



17. und 18. Mai 2004
Kultur- & Kongresszentrum Liederhalle
in Stuttgart

KONGRESSKATALOG

Kristian Ditlev Jensen

»Jetzt bin ich bereit es zu sagen.
Ich werde es sagen

Ich hoffe, die Welt ist bereit
Geschichte einer mißbrauchten Kindheit
zuzuhören.«



Kristian Ditlev Jensen:
Ich werde es sagen
309 Seiten, € 19,50 (D)/35,30
buch.jensen@klett-cotta.de

Oft ist es ein langer Weg, sich der Wahrheit zu stellen.
Kristian D. Jensen ist ihn gegangen. So entstand ein
schonungsloses Selbstzeugnis, der packende Bericht einer
mißbrauchten Kindheit.

»Schon nach wenigen Seiten möchte man dieses Buch nicht
mehr aus der Hand legen. Und dann folgt man der Erzählung
dreihundert Seiten lang, wenn es geht ohne Pause. ...«

3sat, DENKmal, Kerstin Achenbach

www.klett-cotta.de/jensen





9. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

17. und 18. Mai 2004

Kultur- & Kongresszentrum Liederhalle
in Stuttgart

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 10€

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon 0511-235 49 49

Fax 0511-235 49 50

E-Mail DPT@praeventionstag.de

Internet www.praeventionstag.de

Redaktion und Layout

Erich Marks & Karla Schmitz

Druck

poppdruck, Langenhagen

Hannover, April 2004

Übersicht

Grußworte Seite 5–10

DPT & Partner Seite 11–24

Programm Seite ~~844~~ 25

Vorträge Seite 65–97

Workshops Seite 99–183

Events Seite 185–213

Ausstellung Seite 215–344

Erwin Teufel, MdL

Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg und Schirmherr
des 9. Deutschen Präventionstages

Seite 7

Dr. Thomas Schäuble, MdL

Innenminister des Landes
Baden-Württemberg

Seite 8

Dr. Wolfgang Schuster

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Stuttgart

Seite 10



Zum 9. Deutschen Präventionstag in Stuttgart begrüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich.

In Baden-Württemberg wird der Kommunalen Kriminalprävention eine große Bedeutung beigemessen. Sie leistet einen unersetzlichen Beitrag dazu, unser Gemeinwesen harmonisch und friedlich zu gestalten.

Sinnvolle Vorbeugung beruht auf einer engen Zusammenarbeit all derer, die für Erziehung, Lebensgestaltung und das gesellschaftliche Zusammenleben im Land Verantwortung tragen. Der Präventionstag ist eine Plattform, auf der sich alle Beteiligten treffen und austauschen können.

Ich wünsche den Organisatoren des 9. Deutschen Präventionstages für ihre wichtige Veranstaltung ein gutes Gelingen und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele interessante und praktikable Anregungen für ihre wertvolle Präventionsarbeit.

Erwin Teufel MdL
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg



Seit der landesweiten Empfehlung zur Einführung der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) durch das Innenministerium und die Kommunalen Landesverbände im Jahr 1997 hat sich die KKP in Baden-Württemberg mit beachtlicher Dynamik zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Kommunale Kriminalprävention ist heute Markenzeichen und zentraler Bausteine der baden-württembergischen Sicherheitsphilosophie. Der Spitzenplatz Baden-Württembergs bei der Inneren Sicherheit ist nicht zuletzt auch dieser konsequent ursachenorientiert und vernetzt angelegten Präventionsarbeit vor Ort zu verdanken, an der neben Behörden und Institutionen auch viele engagierte Bürgerinnen und Bürger wesentlichen Anteil haben. Aufgabe der Kommunalverantwortlichen ist es, die vielfältigen Aktivitäten in einem Netzwerk für mehr Sicherheit zu bündeln und Kommunale Kriminalprävention als dauerhaften kommunalen Planungsgegenstand fest zu verankern.

Der 9. Deutsche Präventionstag findet in diesem Jahr zum ersten Mal in Baden-Württemberg statt. Er steht unter dem wichtigen Leitthema Kommunale Kriminalprävention. Eine doppelte Premiere, über die ich mich als Innenminister des Landes Baden-Württemberg besonders freue. Als nationaler Kongress richtet sich der Deutsche Präventionstag an Vertreter aus Politik, Kommunalverwaltung, Schulen, sozialen Trägern, Jugendhilfeeinrichtungen, Kirchen, Wissenschaft, Vereinen, Verbänden, Wirtschaft, Justiz, Polizei und an alle, die an Kommunalen Kriminalprävention interessiert sind. Zu Recht gilt der Deutsche Präventionstag als das „Flaggschiff“ der Kriminalprävention, denn er leistet einen wichtigen Beitrag, um die Kriminalprävention in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen, Partner in der Prävention zusammen zu führen, internationale Verbindungen zu knüpfen und sich auszutauschen.

Flankiert wird dieser innovative Kongress von über 100 Fachvorträgen und einer großen Ausstellung erstmals auch von einer Präventionsmeile, bei der beispielhafte Projekte Kommunalen Kriminalprävention auch außerhalb des Kongressgebäudes interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden. Und für unsere Jüngsten bietet eine Kinder-Universität zwei Vorlesungen zum Thema „Ach was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen“ an. Über 700 Kinder erhalten so einen altersgerechten, spannenden Zugang zu der wichtigen Frage, warum und wie Menschen kriminell werden und was dagegen getan werden kann.

Mit dem 9. Deutschen Präventionstag in Stuttgart unterstreichen wir den hohen Stellenwert der Kriminalprävention und bieten eine hervorragende Plattform, um neue Erkenntnisse und Erfahrungen auszutauschen, Bilanz zu ziehen und Perspektiven für die künftige Arbeit zu entwickeln. Ich wünsche dem 9. Deutschen Präventionstag und seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen interessanten und diskussionsfreudigen Verlauf und hoffe auf ertragreiche Ergebnisse, von denen weitere wichtige Impulse für die praktische Präventionsarbeit ausgehen mögen.



Dr. Thomas Schäuble MdL
Innenminister des Landes
Baden-Württemberg



Herzlich willkommen in Stuttgart!

Wir Stuttgarter freuen uns sehr, den 9. Deutschen Präventionstag ausrichten zu dürfen.

Wir leben mit dem erfreulichen Prädikat, eine der sichersten Großstädte in Europa zu sein; in einer Metropolregion mit hoher Lebensqualität und vergleichsweise niedriger Kriminalitätsbelastung. Dieses Ergebnis haben wir einer gut funktionierenden, bewährten Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stuttgarter Bevölkerung, der Polizei und dem Rathaus zu verdanken.

Wir wollen diesen Präventionstag deshalb auch gerne nutzen, unsere Erfahrungen in der Kommunalen Kriminalprävention in bundesweite Gremien einzubringen, aber auch von anderen zu lernen. Die Landeshauptstadt Stuttgart engagiert sich im Arbeitskreis „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“ des Deutschen Forums für Kriminalprävention.

Städte und Gemeinden haben nur dann eine gute Zukunft, wenn sich die Menschen in ihnen wohl und sicher fühlen. In diesem Sinn wünsche ich dem 9. Deutschen Präventionstag viel Erfolg, uns allen einen regen Austausch mit neuen Impulsen für unsere Arbeit – damit die Kommunen in Deutschland insgesamt sicherer werden.

A handwritten signature in black ink, reading "Wolfgang Schuster". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

DPT & Partner

Leitbild	Seite	12
Trägergesellschaft	Seite	13
Bisherige Kongresse	Seite	14
Veranstaltungspartner	Seite	15–21
Organisation	Seite	22
Programmbeirat	Seite	23
www.praeventionstag.de	Seite	24

Leitbild

Der Deutsche Präventionstag will die Kriminalprävention in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darstellen und stärken. Er will dazu beitragen, dass weniger Straftaten begangen werden, weniger Menschen Opfer werden und das Sicherheitsgefühl gestärkt wird. So verstanden, dient innere Sicherheit damit der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der Kriminalprävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Kriminalprävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Der Deutsche Präventionstag richtet sich an alle Verantwortungsträger der Kriminalprävention:

- Behörden
- Gemeinden, Städte und Kreise
- Gesundheitswesen
- Jugendhilfe
- Justiz
- Kirchen
- Medien
- Politik
- Polizei
- Präventionsgremien
- Projekte
- Schulen
- Vereinigungen und Verbände
- Wissenschaft etc.
- etc.

Trägersgesellschaft

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

Bisherige Kongresse

1. Deutscher Präventionstag, 1995 in Lübeck
2. Deutscher Präventionstag, 1996 in Münster
3. Deutscher Präventionstag, 1997 in Bonn
4. Deutscher Präventionstag, 1998 in Bonn
5. Deutscher Präventionstag, 1999 in Hoyerswerda
6. Deutscher Präventionstag, 2000 in Düsseldorf
7. Deutscher Präventionstag, 2001 in Düsseldorf
8. Deutscher Präventionstag, 2003 in Hannover

Veranstaltungspartner

Gastgebende Veranstaltungspartner:

- Land Baden-Württemberg
- Landeshauptstadt Stuttgart

Ständige Veranstaltungspartner

- DBH Bildungswerk
- Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)
- Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
- WEISSER RING e.V.

Veranstaltungspartner

Land Baden-Württemberg

Prävention in Baden-Württemberg

Die niedrige Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg ist auch auf unsere Sicherheitsphilosophie und deren konsequente Umsetzung zurückzuführen. Die Polizei lässt die Dinge nicht „treiben“, sondern geht im Verbund mit vielen Partnern gegen Fehlentwicklungen schon im Ansatz, frühzeitig, ursachenorientiert und entschlossen vor – repressiv wie präventiv. Über 70 % aller Tatverdächtigen begehen ihre Straftaten an ihrem Wohnort. Wirksame Kriminalprävention muss deshalb in erster Linie vor Ort ansetzen. Dort, wo Probleme auftreten, können sie am besten gelöst werden. Dieser Erkenntnis folgend wurde die Präventionsarbeit nachhaltig ausgebaut, konsequent ursachenorientiert angelegt und intensiv mit anderen Institutionen vernetzt. Dem gesamtgesellschaftlichen Ansatz tragen wir mit der Kommunalen Kriminalprävention umfassend Rechnung. Seit der landesweiten Einführung wurden mit großer Dynamik in fast 300 Städten, Kreisen und Gemeinden über 550 konkrete Präventionsprojekte initiiert. Erfolgsfaktor für eine dauerhafte kriminalpräventive Arbeit ist – neben dem engen Schulterschluss zwischen Polizei und den Kommunen – vor allem das hohe Engagement der Kommunalverantwortlichen sowie der gesellschaftlichen Kräfte vor Ort, die sich in die Sicherheitsarbeit einbringen. Ausgangspunkt der vernetzten Zusammenarbeit sind gemeinsame Sicherheitsanalysen von Polizei und Kommune. Auf örtlicher Ebene werden gemeinsame Handlungsfelder einvernehmlich definiert, Maßnahmen abgesprochen und verbindlich festgelegt. Kommunale Mandats- und Verantwortungsträger werden so systematisch und dauerhaft in die Präventionsarbeit eingebunden. Auf Landesebene gewährleistet das Ressort übergreifende Projektbüro Kommunale Kriminalprävention beim Innenministerium (www.praevention-bw.de) als Koordinierungs- und Lenkungsorgan, dass die vielfältigen Aktivitäten zur Verhütung von Straftaten gebündelt und bestehende Gremien- und Kommunikationsstrukturen vernetzt werden sowie eine permanente Ressort übergreifende Gestaltung kriminalpräventiver Konzepte bereits in der Ideenfindungs- und Planungsphase erfolgt.

Veranstaltungspartner

Landeshauptstadt Stuttgart

Stuttgart – ein Kurzporträt

Die baden-württembergische Landeshauptstadt mit rund 590.000 Einwohnern ist Mittelpunkt einer der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas und genießt weltweiten Ruf als innovativer Wirtschaftsstandort. Unternehmen wie Daimler-Chrysler, Porsche und Bosch haben hier ihre Firmenzentralen. Stuttgart besitzt ebenso einen hohen Stellenwert als Dienstleistungs- und High-Tech-Zentrum.

Den Medienstandort prägen der Südwestrundfunk, zwei überregionale Tageszeitungen und 150 Verlage mit den unterschiedlichsten Schwerpunkten.

Zwei Universitäten, zahlreiche Fachhochschulen, eine Musikhochschule, die Kunstakademie und das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) empfehlen die baden-württembergische Landeshauptstadt als renommierten Standort für Wissenschaft und Forschung.

Architektonische Zeugen von Bedeutung sind der Schillerplatz mit dem Alten Schloss als Renaissance-Ensemble, das barocke Neue Schloss als Residenz der Herzöge und späteren Könige von Württemberg, klassizistische Bauten, die weltberühmte Weißenhofsiedlung oder auch der Fernsehturm.

Das Staatstheater, Deutschlands größtes Dreispartentheater, viele Privattheater, Musicals, Konzerte und Museen bieten ein vielseitiges Kulturangebot. Internationale Großveranstaltungen – Stuttgarts Ruf als Sportstadt in die Welt. Höhepunkt dabei ist die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, bei der insgesamt sechs Partien im Gottlieb-Daimler-Stadion ausgetragen werden.

Mit zahlreichen Projekten und einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Polizei hat es Stuttgart geschafft, zu einer der sichersten Großstädte Deutschlands zu werden. Zudem gilt Stuttgart als Stadt mit der höchsten Lebensqualität in Deutschland. Stuttgart besitzt ein einmaliges Panorama, attraktive Naherholungsziele, zahlreiche Parks und verfügt mit zahlreichen Quellen über das zweitgrößte Mineralwasseraufkommen Europas.

Veranstaltungspartner

DBH – Bildungswerk

Das DBH-Bildungswerk will die im Bereich von Strafrechtspflege, Kriminalprävention und Kriminalpolitik haupt- und ehrenamtlich Tätigen fortlaufend über einschlägige und neue Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft informieren um ihre Kompetenzen im Hinblick auf ihre Tätigkeit und das Agieren und Reagieren auf Kriminalität zu erweitern.

Das DBH-Bildungswerk

- informiert über neue Entwicklungen
- bietet Möglichkeit für Austausch, Diskussion und die Weitergabe von Erfahrungen
- qualifiziert durch Aus- und Weiterbildung
- entwickelt und erprobt neue Handlungsansätze
- berät und unterstützt in Fortbildungsfragen
- trägt bei zu einer sachgerechten Aufklärung der Öffentlichkeit
- beobachtet und analysiert internationale Entwicklungen
- fördert die ehrenamtliche Arbeit in der Straffälligen- und der Opferhilfe

Internet: www.dbh-bildungswerk.de

E-Mail: kontakt@dbh-bildungswerk.de

Der Träger des Bildungswerkes – DBH – ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband, der seinen Beitrag zur tertiären Kriminalprävention leistet, in dem er

- die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege fördert,
- an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität arbeitet,
- die Wiedereingliederung von Strafgefangenen unterstützt,
- sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) einsetzt,
- durch fachlich fundierte Stellungnahmen Einfluss auf kriminal- und sozialpolitische Entwicklungen nimmt,
- das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement unterstützt und
- aktiv einen Beitrag zur Kriminalprävention leistet

Internet: www.dbh-online.de, E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Veranstaltungspartner

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ist ein länderübergreifend finanziertes und konzipiertes Vorbeugungsprogramm, dessen interne und externe Maßnahmen des Kommunikationsauftritts zwischen den Ländern und dem Bund abgestimmt sind.

Die Polizeiliche Kriminalprävention verfolgt seit 1965 das Ziel, die Bevölkerung, Multiplikatoren, Medien und andere Präventionsträger über Erscheinungsformen der Kriminalität und Möglichkeiten zu deren Verhinderung aufzuklären. Dies geschieht unter anderem durch kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit und durch die Konzipierung und Herausgabe von Medien (z. B. zu den Themen Gewalt, Eigentum, Diebstahl, Einbruch, Drogen) und Konzepten (z. B. Präventionspreis der Polizei), welche die örtlichen Polizeidienststellen in ihrer Präventionsarbeit unterstützen. Das ProPK ist gewissermaßen die Kommunikations- und Marketingabteilung der polizeilichen Kriminalprävention und übernimmt damit unter dem Aspekt der sich ständig weiterentwickelnden Informationsgesellschaft eine sehr wichtige Aufgabe. Durch die Zusammenarbeit mit Werbeagenturen und Logistikunternehmen bei der Aufbereitung der Themen sowie der Gestaltung und Verteilung der Medien ist der Kommunikationsauftritt des ProPK von einer hohen Professionalität geprägt.

Veranstaltungspartner

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Der allgemeinen Erkenntnis folgend, dass die Verhinderung von Straftaten aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten der späteren Bekämpfung vorzuziehen ist, verfolgt die im Jahr 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern gegründete privatrechtliche Stiftung „Deutsches Forum für Kriminalprävention“ (DFK) das Ziel, alle staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte, die hierzu einen Beitrag leisten können, zu gemeinsamer Verantwortung zusammen zu führen und so Kriminalität im Wege eines ganzheitlichen gesamtgesellschaftlichen Ansatzes in Deutschland nachhaltig zu reduzieren. Dabei wird der primären, sekundären und tertiären Prävention gleichgewichtig Rechnung getragen.

Zweck der Stiftung ist es, die Möglichkeiten der Prävention in möglichst großem Umfang zu nutzen und die Kriminalprävention in allen Aspekten zu fördern. Dies insbesondere durch Empfehlungen, Öffentlichkeitsarbeit, Förderung und Initiierung von Maßnahmen der Aus- und Fortbildung sowie der Erziehung. Ferner durch wissenschaftliche Forschung, Förderung und Initiierung von kriminalpräventiven Aktionen und Projekten sowie Beteiligung am Meinungs- und Erfahrungsaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene und auf allen Feldern der Prävention.

Dem Kuratorium der Stiftung unter Vorsitz der Bundesjustizministerin, Frau Brigitte Zypries, gehören derzeit fünf Mitglieder der Bundesregierung, 15 Mitglieder von Landesregierungen, vier kommunale Vertreter, je ein Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Deutschen Bischofskonferenz, des Zentralrates der Juden in Deutschland sowie weiterer 26 Verbände, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen an.

Veranstaltungspartner

WEISSER RING e.V.

Kriminalitätsoffer brauchen Hilfe

Effektive Kriminalitätsvorbeugung ist wichtiges Satzungsziel des WEISSEN RINGS

Eine große Zahl von Menschen erleiden als Opfer von Kriminalität und Gewalt körperliche, seelische und materielle Schäden. Sie werden bedroht, überfallen, beraubt, misshandelt, sexuell missbraucht oder gar getötet. Bei derzeit jährlich mehr als 6 Millionen registrierten Straftaten liegen insbesondere Gewaltkriminalität und Rohheitsdelikte auf einem hohen Niveau (mehr als 600.000 Fälle pro Jahr).

Seit mehr als 25 Jahren hilft der WEISSE RING Opfern von Kriminalität und Gewalt: Schnell, unbürokratisch, direkt. Rund 2.300 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in bundesweit 400 Außenstellen leisten menschlichen Beistand, stehen unmittelbar Betroffenen sowie ihren Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite und vermitteln den Opfern das wichtige Gefühl, mit ihren vielfältigen Problemen nicht alleine zurecht kommen zu müssen. Der WEISSE RING ermöglicht Opferzeugen anwaltlichen Beistand bei der Wahrung ihrer Persönlichkeitsrechte im Strafverfahren ebenso wie bei der Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche, insbesondere auf Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz oder der Anerkennung als Nothelfer.

Die Arbeit des WEISSEN RINGS unterstützen mittlerweile nahezu 70.000 Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung. Weitere Mittel für seine Opferbetreuung und Vorbeugungsarbeit erhält der gemeinnützige Verein auch durch Spenden, Erbschaften und Vermächtnisse sowie Zuweisungen von Geldbußen. Bisher wurde vielen hunderttausend Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfe zuteil.

Weitere Satzungsziele neben der praktischen Hilfe für Kriminalitätsoffer ist die Unterstützung bei der Schadenswiedergutmachung, z. B. durch Begleitung von Projekten des Täter-Opfer-Ausgleichs sowie die Kriminalitätsvorbeugung.

Info-Telefon/Opfer Notruf 0 18 03-34 34 34

Spendenkonto 343434 Deutsche Bank Mainz, BLZ 55070040

WEISSER RING e.V., Weberstraße 16, 55130 Mainz

www.weisser-ring.de, info@weisser-ring.de

Organisation

Geschäftsführung

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Erich Marks

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität
Tübingen und Vorsitzender der DVS

Kongressmanagement

Prof. Dr. Britta Bannenberg
Universität Bielefeld

Renate Engels
Leiterin des DBH-Bildungswerks

Erich Marks
Geschäftsführer des Landespräventionsrates Niedersachsen
und Geschäftsführer der DVS

Karla Schmitz
Leiterin der DPT-Geschäftsstelle

Dr. Wiebke Steffen
Dezernatsleiterin Forschung, Statistik und Prävention im
Bayerischen Landeskriminalamt

Programmbeirat des 9. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse. Mitglieder des Programmbeirates des 9. Deutschen Präventionstages sind:

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Renate Engels

Edgar Hemmerich

Reinhold Hepp

Sven Hieronymus

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Thomas Krebs

Erich Marks

Jürgen Mutz

Dr. Reinhard Schlossnikel

Karla Schmitz

Dr. Wiebke Steffen

Uwe Stürmer

www.praeventionstag.de

DPT & PARTNER

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen und können dort einen Newsletter abonnieren, der Sie in unregelmäßigen Abständen mit neuen Informationen versorgt.

Programm

Übersicht	Seite	27
Eröffnungsplenum	Seite	28
Abendveranstaltung	Seite	29
1. Kongresstag – 17. Mai		
Vorträge	Seite	30–32
Workshops	Seite	33–38
2. Kongresstag – 18. Mai		
Vorträge	Seite	39–43
Workshops	Seite	44–55
Liste aller Vortragenden	Seite	57–64
Eventbühne	Seite	186–193
Präventionsmeile	Seite	194–211
Kinderuniversität	Seite	213
Ausstellung	Seite	215–344

Programmübersicht

	17. Mai	18. Mai
Eröffnungsplenum	11.00–12.30	
1. Kongresstag – 17. Mai		
Vorträge und Workshops	14.00–18.00	
2. Kongresstag – 18. Mai		
Vorträge und Workshops		09.00–17.00
Ausstellung	12.30–18.00	09.00–17.00
Eventbühne	13.00–17.30	10.30–10.30
Präventionsmeile	12.00–17.00	10.30–15.30
Kinderuniversität	11.30–12.30	10.30–11.30
Abendveranstaltung	19.00–24.00	

Eröffnungsplenum

Montag, 17. Mai

11.00 – 12.30
Beethoven-Saal

Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner
Kongresspräsident

Dr. Wolfgang Schuster
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Stuttgart

Dr. Edgar Wais
Präsident Landkreistag
Baden-Württemberg

Freddy Thielemans
Oberbürgermeister der Stadt Brüssel
Vorsitzender Forum Européen pour la
Securité Urbaine (EFUS)

Festvortrag

Dr. Thomas Schäuble MdL
Innenminister des Landes
Baden-Württemberg
in Vertretung des Schirmherrn
Ministerpräsident Erwin Teufel

Abendveranstaltung

Montag, 17. Mai

19.00 Uhr

Das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt Stuttgart laden Sie am 17. Mai 2004 um 19.00 Uhr zu einem gemütlichen Beisammensein ins *forum* der Landesbank Baden-Württemberg ein. Die musikalische Unterhaltung übernimmt die Polizeirockband „CRIMESTOP“. Für das leibliches Wohl unserer Gäste ist gesorgt.

Das *forum* befindet sich direkt am Stuttgarter **Hauptbahnhof** und ist über die Stadtbahn-Haltestelle **Berliner Platz** (Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle) mit der Linie U9 in Richtung Hedelfingen oder mit der Linie U14 in Richtung Neckargröningen Remseck in jeweils 5 Minuten zu erreichen.

Vorträge

Montag, 17. Mai

Parallel 14.00–15.00 Uhr

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 66

Erwin Hetger
Landespolizeipräsident
Innenministerium Baden-Württemberg
*Kommunale Kriminalprävention –
Netzwerke für mehr Sicherheit*

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 67

Prof. Dr. Martin Killias
Universität Lausanne, Schweiz
*Situative Faktoren von Kriminalität und
Präventionsstrategien*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 68

Uwe Bösel
Polizei Sindelfingen
*Alcopops – harmlose Modedrinks oder
neue Einstiegsdroge?*

**Liederhalle
Raum 2**
Katalogseite 69

**Jana Eckardt
Susanne Gizyki**
Universität Hamburg
*Kriminalprävention bei nicht straf-
mündigen Kindern*

Vorträge

Montag, 17. Mai

Parallel 15.30–16.30 Uhr

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 70

Prof. Dr. Helmut Thome
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
*Langfristiger Wandel von Kriminalität /
Gewaltkriminalität in modernen
Gesellschaften*

**Liederhalle
Raum 2**
Katalogseite 71

Frank Goldberg
Präventionsrat der Stadt Frankfurt
am Main
*Vernetzte Stadtteilprävention am
Beispiel der Stadt Frankfurt am Main*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 72

Thomas Grüner
AGJ – Fachverband Prävention und
Rehabilitation in der Erzdiözese
Freiburg e.V.
*Prävention durch Soziale Kompetenz.
Wertevermittlung, Soziale Spielregeln,
Mediation und Täter-Opfer-Ausgleich.
Bausteine einer „Konflikt-Kultur“ in
Schule und Jugendhilfe.*

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 73

Dr. Frank Rose
Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend
und Familie des Landes Schleswig-
Holstein
*Kooperation im Fall jugendlicher
Mehrfach- und Intensivtäter*

Vorträge

Montag, 17. Mai

Parallel 17.00–18.00 Uhr

**Liederhalle
Raum 2**
Katalogseite 74

Prof. Dr. Wolfgang Heinz
Universität Konstanz
*Kommunale Kriminalprävention aus
wissenschaftlicher Sicht*

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 75

Dr. Wiebke Steffen
Bayerisches Landeskriminalamt
*Gremien Kommunaler Kriminalpräven-
tion: Bestandsaufnahme und
Perspektive*

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 76

Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
WEISSER RING e.V.
*Modelle der Gewaltprävention in der
Schule*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 77

**Norbert Axnick
Birgit Plüm**
Jugendhilfe und Beschäftigungsförde-
rung der Stadt Krefeld
*Eltern im Gespräch – Vorstellung der
Gesprächs- und Projektreihe*

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Montag, 17. Mai

14.00 – 18.00

Literaturhaus
Raum 2

Crime Prevention and Urban Security in an European Perspective (in englischer Sprache)

Moderation: **Jean-Paul Buffat**,
Project Manager European Forum for
Urban Safety (EFUS)

Michel Marcus, Magistrate, Executive
Director European Forum for Urban
Safety (EFUS)

*Overview of European crime prevention
policies and practices*

Jean-Pierre Titz, Programme Director,
Council of Europe

*Presentation of the project “Responses
to Violence in Everyday Life in
Democratic Society”*

Nel Vandevannet, Coordinator, Crime
Prevention Council of the city of
Brussels

*Implementing a crime prevention
policy in Brussels*

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Montag, 17. Mai

14.00 – 18.00

Hotel Maritim
Raum Köln-Bonn

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Moderation: **Dieter Schneider**
Landeskriminaldirektor,
Innenministerium
Baden-Württemberg

Mit Beiträgen von:

Hanno Hurth
Landrat Landkreis Emmendingen

Werner Spec
Oberbürgermeister
der Stadt Ludwigsburg

Franz-Hellmut Schürholz
Präsident Landeskriminalamt
Baden-Württemberg

Bernd Fuchs
Leiter Polizeidirektion Heidelberg

Herta Wahl
Bürgerverein Nordstadt e.V.

Dr. Roland Bertet
Rektor Uhlandschule Kornwestheim

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Montag, 17. Mai

14.00 – 18.00

Kommunale Lagebilder

Literaturhaus
Raum 1

Moderation: **Jörg Bässmann**
Bundeskriminalamt

Gunther Dreher

Dr. Joachim Oberfell-Fuchs

Prof. Dr. Helmut Kury

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht, Freiburg
*Bevölkerungsumfragen in ländlichen
und städtischen Regionen, Krimina-
litätsanalysen und gezielte proaktive
Maßnahmen*

Martin Feigl

Leiter Polizeirevier Leonberg

Die Lagebildanwendung „LABIS“

PD Dr. Dieter Hermann

Dr. Christian Laue

Institut für Kriminologie der Universität
Heidelberg

*Wirkungen Kommunaler Kriminal-
prävention – ein Fallbeispiel*

Dr. Johannes Luff

Bayerisches Landeskriminalamt

*Kriminologische Regionalanalysen:
zu Moden und Methoden, Notwendig-
keit und Nutzen*

Sylke Osterloh

Stadtentwicklungsamt Erfurt

*Sozialorientierte Stadtentwicklung und
kommunale Kriminalprävention in der
Landeshauptstadt Erfurt – Der Krimi-
nalitätsatlas als Kooperationsprojekt*

Workshop im Offenen Forum

Montag, 17. Mai

- 14.00 – 18.00** **Hass und Gewalt –
Neue Wege in der Prävention**
- Liederhalle
Mozart-Saal** Moderation: **Norbert Seitz**
Direktor des Deutschen Forums für
Kriminalprävention (DFK)
- 14.00 – 14.45 *Primäre Prävention von Gewalt gegen
Gruppenangehörige – insbesondere junge
Menschen. Herausforderung für die Gewalt-
prävention!*
Ergebnisse einer Untersuchung, vorgestellt durch
Prof. Dr. Britta Bannenberg, Universität Bielefeld
Prof. Dr. Dieter Rössner, Universität Marburg
- 14.45 – 15.45 *Kommunale Gewaltprävention „Städte für
Sicherheit, Gewaltlosigkeit und Toleranz“ im DFK*
Vorstellung von Städteprojekten
- 15.45 – 16.00 – **Pause** –
- 16.00 – 17.30 Podiumsdiskussion zum Thema:
„Was ist uns die (Gewalt-)Prävention wert?“
Moderation:
Prof. Jörg Hafkemeyer
Universität der Künste Berlin
- Teilnehmer:
Renate Hendricks, Bundeselternverband
Prof. Dr. med. Manfred Cierpka, Psychoso-
matische Kooperationsforschung und Fami-
lientherapie, Universitätsklinikum Heidelberg
Prof. Dr. Rudolf Egg, Direktor der Kriminolo-
gischen Zentralstelle
Prof. Dr. Friedrich Lösel, Lehrstuhl für
Psychologie der Universität zu Erlangen
Gerhard Müllenbach, Staatssekretär im
Ministerium für Inneres und Sport des
Saarlandes
- 17.30 – 18.00 Präsentation einer Konzeption für eine Öffent-
lichkeitsmaßnahme zur Gewaltprävention
*(Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erzie-
hungskraft von Familie und Schule)*
Helmut Dirschner, Connect – Agentur für
soziale Kommunikation GmbH

Workshop im Offenen Forum

Montag, 17. Mai

14.00 – 18.00

Liederhalle
Raum 1

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Moderation: **Jens Petersen**
Leiter Konzernsicherheit, Deutsche
Bahn AG

Dipl.-Ing. Reinhard Conrads

Leiter Security, VdS-Schadenverhütung
*Sicheres Wohnen – Schutz gegen
Einbruchdiebstahl und Raub im Privat-
bereich*

Carsten Ens

Verband der Wohnungswirtschaft
Niedersachsen und Bremen e.V.
*Kriminalprävention und Sicherheit in
Wohngebieten*

Rainer Hannich

Zentraler Schutzbeauftragter der
NORD/LB
*Konzept zur Betreuung von Überfall-
opfern*

Rolf Kleinknecht

SBT – Siemens Building Technologies
*Bildübertragung aus gesicherten
Objekten*

Dr. Norbert Taubken, CSR-Consult

*Präventionsarbeit und Sponsoring?
Neue Unternehmensstrategien bringen
privatwirtschaftliche Interessen und
gemeinnütziges Engagement zusam-
men*

Workshop im Offenen Forum

Montag, 17. Mai

14.00 – 18.00

Verkehrsprävention

Liederhalle
Silcher-Saal

Moderation: **Volker Weinstock**
Innenministerium Baden-Württemberg

Thomas Gerbert

Bundesgrenzschutzinspektion Lörrach

Dieter Troppmann

Polizeidirektion Lörrach

FFiBB (Faires Fahr'n in Bus und Bahn)

*– Präventionsprojekt zum Thema
Schulwegsicherung*

Rudolf Prach

Polizeidirektion Heilbronn

Illegale Drogen im Straßenverkehr

Daniel Rölle, M. A.

Institut Wohnen und Umwelt (IWU)

*Erhöhung der subjektiven Sicherheit in
öffentlichen Verkehrssystemen*

Dieter Speiser

Koordinierungs- und Entwicklungs-
stelle Verkehrsprävention Baden-
Württemberg

*Vorstellung der Aktion GIB ACHT IM
VERKEHR*

Katja Striefler

Arbeitsgruppe des Kommunalen
Kriminalpräventionsrates der Landes-
hauptstadt Hannover

Sicher mit Bus und Bahn

Walter Sturm

Polizeidirektion Schwäbisch Hall

Busschule

Vorträge

Dienstag, 18. Mai

Parallel 09.00–10.00 Uhr

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 78

Dr. Andreas Zick
Institut für interdisziplinäre Konflikt-
und Gewaltforschung der Universität
Bielefeld
*Gruppenbezogene Menschenfeindlich-
keit in Deutschland – Das GMF-Projekt*

**Hotel Maritim
Raum Köln-Bonn**
Katalogseite 79

Corinna Werwig-Hertneck
Justizministerin des Landes
Baden-Württemberg
*Bekämpfung der Jugendkriminalität
aus strafrechtlicher Sicht*

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 80

Uwe Stürmer
Innenministerium Baden-Württemberg
*Neue Wege zur Bekämpfung der
Jugendkriminalität – landesweite
Konsequenzen aus dem Haus des
Jugendrechts*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 81

Werner Adamek
Polizeipräsidium Köln
Sabine Reichert
Sozialdienst kath. Frauen Köln
Verlagerung des Straßenstrichs

Vorträge

Dienstag, 18. Mai

Parallel 10.30–11.30 Uhr

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 82

Werner Leonhardt
Beigeordneter der Landeshauptstadt
Düsseldorf
*Möglichkeiten Kommunaler Kriminal-
prävention*

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 83

Jörg Bülow
Deutscher Städte- und Gemeindebund
*Kommune schafft Sicherheit – Trends
und Konzepte Kommunaler Kriminal-
prävention*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 84

Prof. Dr. Heribert Ostendorf
Forschungsstelle für Jugendstrafrecht
und Kriminalprävention an der
Christian-Albrechts-Universität, Kiel
*Mehr Prävention und weniger Strafe,
weniger Prävention und mehr Strafe
oder mehr Prävention und mehr
Strafe?*

**Hotel Maritim
Raum Köln-Bonn**
Katalogseite 85

(in englischer Sprache)
Prof. Leoluca Orlando
vormaliger Oberbürgermeister von
Palermo
*The role of culture in fighting identity
based illegality*

Vorträge

Dienstag, 18. Mai

Parallel 13.00–14.00 Uhr

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 86

Prof. Dr. Dieter Rössner
Philipp-Universität Marburg
*Wirkungsforschung – Konsequenzen
für die Kommunale Kriminalprävention*

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 87

Dr. Joachim Obergfell-Fuchs
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht,
Freiburg
*Wirkung und Effizienz Kommunalen
Kriminalprävention*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 88

PD Dr. Günter H. Seidler
Universitätsklinikum Heidelberg
Die Heidelberger Opferstudie

**Liederhalle
Raum 2**
Katalogseite 89

Ilona Piel, Sozialdienst kath. Männer
Neuss e.V.
Achim Schnegule, Jugendamt Köln
Körpersprache als Konflikthilfe

Vorträge

Dienstag, 18. Mai

Parallel 14.30–15.30 Uhr

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 90

Manfred Bayer, Polizeirevier Aalen
Marc Coester, Universität Tübingen
Sonja Fehrenbacher,
Rechts- und Ordnungsamt Aalen
Ulrich Goritzka, Polizei Bremen
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner,
Universität Tübingen

**Liederhalle
Raum 2**
Katalogseite 91

Gabriele Steffen
SRL – Vereinigung für Stadt-,
Regional- und Landesplanung
*Erfahrungen mit der ‚Sozialen Stadt‘ –
Konflikte und Störungen als städte-
bauliche und zivilgesellschaftliche
Herausforderung*

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 92

Susanne Wolter
Landespräventionsrat Niedersachsen
*Präventive Projekte erfolgreich
managen*

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 93

Barbara Negrelli, Eduard-Spranger-
Förderschule Mannheim
Kai Gärtner, Stadtjugendamt
Mannheim
*InvaS – Interventionsprogramm für
verhaltensauffällige Schüler*

Vorträge

Dienstag, 18. Mai

Parallel 16.00–17.00 Uhr

**Liederhalle
Raum 4**
Katalogseite 94

Dr. Rüdiger Wulf, Projekt Chance e.V.
Bürgermeister Hartmut Holzwarth,
Creglingen
Dr. Thomas Trapper, Creglingen
Projekt Chance – Kommunale Kriminalprävention durch Jugendstrafvollzug in freien Formen

**Liederhalle
Raum 3**
Katalogseite 95

Ute Wolski
Soziologin
Mechanismen der Segregation

**Liederhalle
Raum 5**
Katalogseite 96

Ernst Strohmaier
Deutsche Jugend aus Russland e.V.
(DJR)
Patenschaften- und Mentorenprogramm der DJR – parteiliche Jugendsozialarbeit

**Liederhalle
Raum 2**
Katalogseite 97

Friedrich Koch
Leiter der Polizeiinspektion
Essen-Mitte
Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Dienstag, 18. Mai

09.00 – 11.30

Literaturhaus
Raum 2

The European Crime Prevention Network (EUCPN) – Examples for Community based Prevention from Member States
(in englischer Sprache)

Moderation and Introduction:

Detlef Otto Bönke

Federal Ministry of Justice, Berlin

Jan Andersson

Brottsförebyggande radet (BRA),
Stockholm

Structures and Goals in Sweden

Victor Jammers

Ministry of Justice, Netherlands

Status quo and Future Development in the Netherlands

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Dienstag, 18. Mai

09.00 – 11.30

Migration und Prävention

Liederhalle
Mozart-Saal

Prof. Dr. Christian Pfeiffer
Direktor des Kriminologischen
Forschungsinstituts Niedersachsen
(KFN), Hannover

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Dienstag, 18. Mai

09.00 – 11.30

„Mein Kind ist unschlagbar“

Liederhalle
Raum 2

Im Vordergrund des Workshops steht die Arbeit der Stiftung „Bündnis für Kinder – gegen Gewalt“ und die Vorstellung des von ihr unterstützten Gewaltpräventionsprojektes „Faustlos“, das Kinder in ihren sozialen Kompetenzen stärkt und gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien aufzeigt.

Barbara Ammer

Geschäftsführung „Bündnis für Kinder
– gegen Gewalt“

Dr. Andreas Schick

Heidelberger Präventionszentrum

Workshop im Offenen Forum

Dienstag, 18. Mai

09.00 – 11.30

Literaturhaus
Raum 1

Gewaltkriminalität: Opferwerdung und Prävention

Moderation: **PD Dr. Dieter Hermann**
Institut für Kriminologie der Universität
Heidelberg,
Mitglied im Fachbeirat Vorbeugung
des WEISSEN RINGS

Prof. Dr. Hans-Georg Voss
TU-Darmstadt, Institut für Psychologie
Zur Psychologie des Stalking

Dr. Gudrun Doering-Striening
Fachanwältin für Familien- und Sozial-
recht; Mitglied im Fachbeirat Straf-
recht des WEISSEN RINGS
*Schütteltrauma – eine unbekannte
Form der Kindesmisshandlung*

PD Dr. Dieter Hermann
*Geschlechtsspezifische Aspekte der
Gewaltprävention*

Workshop im Offenen Forum

Dienstag, 18. Mai

09.00 – 11.30

Prävention häuslicher Gewalt

Liederhalle
Raum 1

Moderation und Einführung:
Andrea Buskotte
Landespräventionsrat Niedersachsen

Ilse Buddemeier

Gleichstellungsstelle Bielefeld
*Interventionsprojekt gegen Gewalt von
Männern in Beziehungen*

Prof. Dr. Cornelia Helferich

Evangelische Fachhochschule
Freiburg
*Wissenschaftliche Untersuchung zur
Situation von Frauen und zum
Beratungsangebot nach einem Platz-
verweis bei häuslicher Gewalt*

Dr. Susanne Heynen

Kinderbüro Stadt Karlsruhe
Kinder als Opfer „häuslicher“ Gewalt

Dr. Ursula Matschke

Landeshauptstadt Stuttgart – Stabs-
stelle für individuelle *Chancengleich-
heit von Frauen und Männern*
*Effiziente Koordination der Interventi-
onsbereiche gegen häusliche Gewalt:
Neue Steuerungsstrategien*

Workshop im Offenen Forum

Dienstag, 18. Mai

09.00 – 11.30

Liederhalle
Silcher-Saal

Opferschutz und Prävention bei sexueller Gewalt und Menschenhandel

Moderation: **Jürgen Mutz**
Vorsitzender des Kuratoriums der
Deutschen Stiftung für Verbrechens-
verhütung und Straffälligenhilfe

Hans-Alfred Blumenstein

Deutsche Gesellschaft gegen
Kindesmisshandlung und
-vernachlässigung (DGgKV)
*Kinder als Zeugen vor Gericht –
Opferschutz im Strafverfahren*

Prof. Dr. Helmut Kury

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht,
Freiburg
*Das Dunkelfeld insbesondere bei
Sexualstraftaten*

Manfred Paulus

ehemals Polizeidirektion Ulm
*„Sexuelle Gewalt gegen Kinder –
Die Auslandsstraftaten“ und
„Frauenhandel – Präventionsarbeit in
den Rekrutierungsländern Osteuropas*

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Dienstag, 18. Mai

13.00 – 17.00

Literaturhaus
Raum 2

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Moderation: **Thomas Müller**
Landespräventionsrat Niedersachsen

Sönke Hinrichs

Polizeiinspektion Neumünster
*SIPA (Sicherheitspartnerschaft für
Neumünster)*

Dietmar Krüger

Polizeipräsidium Hannover
*Von der Opferhilfe zur Kriseninterven-
tion – 25 Jahre Sozialarbeit in der
Polizei*

Siegfried Löprick

Präventionsrat Göttingen
*Kriminalpräventive Vernetzung als
Anspruch und Umsetzung in kommu-
naler Praxis am Beispiel der Anlauf-
stelle Innenstadt (Die Blechtrommel)*

Hartmut Pfeiffer

Landeskriminalamt Niedersachsen
*Aufgabenstellung der Polizei in der
Kommunalen Kriminalprävention am
Beispiel des Landes Niedersachsen*

Jürgen Schendel

Stiftung SPI, Berlin
*Einsichten“ – Hospitationen zwischen
Jugendhilfe und Polizei als Beitrag zur
Kriminalprävention auf lokaler Ebene*

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Dienstag, 18. Mai

- 13.00 – 17.00** **Das Stuttgarter Modell – der Weg zu einer sicheren Stadt**
- Literaturhaus Raum 1** Moderation: **Stephan Schlentrich**
SWR-Fernsehen Mainz
- 13.00 – 14.00 **Gemeinschaftsinitiative Sicheres und Sauberes Stuttgart**
Entwicklung und Stand der Kommunalen Kriminalprävention in der Landeshauptstadt Stuttgart
Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister
Dr. Martin Schairer, Polizeipräsident
Senator Georg Mehl, Vorsitzender im Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.
- 14.30 – 15.30 **Haus des Jugendrechts**
Zusammenfassung von staatlichen und kommunalen Dienststellen sowie freien Trägern unter einem Dach, um eine koordinierte Aufgabenerledigung bei der Reaktion auf Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden zu gewährleisten
Rosa-Maria Wolff, Staatsanwaltschaft Stuttgart
Rainer Rudat, Landespolizeidirektion Stuttgart II
Norbert Vogler, Richter am Amtsgericht Bad Cannstadt
Donald Bieß, Jugendamt Stuttgart
- 16.00 – 17.00 **Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt**
Verbindliche Vereinbarung/Kooperation zwischen Polizei, dem Amt für öffentliche Ordnung, den psychosozialen Schutz-, Beratungseinrichtungen und -diensten sowie der Justiz zur Ermöglichung eines koordinierten Vorgehens gegen häusliche Gewalt
Dr. Ursula Matschke, Leiterin der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit Stuttgart
Gabriele Klinger, Projektleiterin der Männerinterventionsstelle, Sozialberatung Stuttgart e.V.
Dirgis-Beate Wansor, Bereichsleitung Soziale Dienste und Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, Jugendamt Stuttgart
Matthias Merz, Staatsanwaltschaft Stuttgart
Alfons Nastold, Leiter der Dienststelle allgemeine Sicherheitsangelegenheiten, Amt für öffentliche Ordnung, Stuttgart
Joachim Schloz, Landespolizeidirektion Stuttgart II

Workshop zum Schwerpunktthema „Kommunale Kriminalprävention“

Dienstag, 18. Mai

13.00 – 17.00

Hotel Maritim
Raum Köln-Bonn

Nachbarschaft und bürger- schaftliches Engagement

Moderation: **Dr. Ralf Vandamme**
Institut für Sozialarbeit und Sozial-
pädagogik

Prof. Dr. Claus Eiselstein
Geschäftsführer der Landesstiftung
Baden-Württemberg gGmbH

Landeshauptstadt Stuttgart:
Brigitte Kunath-Scheffold
Bezirksvorsteherin im Stadtbezirk
Degerloch

Rolf Armbruster
Gewerbe- und Handelsverein
Degerloch e.V.

Axel Fricke
Geschäftsführer Quartierswerkstatt
Augustenstraße e.V.

Edgar Hemmerich
Geschäftsführer Förderverein Sicheres
und Sauberes Stuttgart e.V.

Robert Hahn
Sozialministerium Baden-Württemberg
– Stabsstelle Bürgerschaftliches
Engagement
Wege in der Bürgergesellschaft

Workshop im Offenen Forum

Dienstag, 18. Mai

13.00 – 17.00

Schulische Prävention

Liederhalle
Mozart-Saal

Moderation: **Bernd Strauch**
Bürgermeister der Landeshauptstadt
Hannover

Hartmut Balsler
Jens Hildebrand
Carlo Schulz

*Koord. Stelle Staatl. Schulamts Wetzlar
Baukasten „Schule ohne Gewalt“,
Prävention, Intervention,
Verantwortungsübernahme – Ergeb-
nisse von 6 Modellversuchen*

Sabine Behn, Camino Berlin
Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm

Institut für Sozialpädagogische
Forschung Mainz e.V. (ism)

Doris Pleiger

Institut des Rauhen Hauses Hamburg
*Evaluation von Mediationsprogram-
men an Schulen*

Willi Rogler

Kriminalpolizeiinspektion Hof

*„Push together“ – ein Anti-Gewalt-
projekt*

Bettina Wilhelm

Büro für Frauenfragen, Ludwigsburg
RESPEKT – Aktion gewaltfreie Schule

Ulrike Muthwill

Cornelie Wittsack-Junge

Tages- und Abendschule tas, Köln
*Gewaltprävention – Kommuni-
kationstraining und Konfliktlösungs-
strategien. Ein handlungsorientiertes
Konzept für 16-25-Jährige*

Workshop im Offenen Forum

Dienstag, 18. Mai

13.00 – 17.00

Liederhalle
Raum 1

Internetkriminalität und -überwachung – Sachstand und Entwicklung in Europa

Moderation: **Thorsten Hofmann**
PRGS – Public Relatio Governmental
Solutions

- Situation (Vorstellung der Verbände eco und EuroISPA, Situation der Internetkriminalität und -überwachung, politische Situation, internationale Anforderungen an die Überwachung)
- Zusammenarbeit Polizeibehörden und Internetserviceprovider in Deutschland
- Technische Weiterentwicklung der Mobilien Kommunikation
- Strategie (Verbandsstrategie und Gemeinsamkeiten/Unterschiede auf nationaler und internationaler Ebene, Koordination von Aktivitäten/Interessenbündelung auf Verbandsebene (deutsch und europäisch))
- Möglichkeiten (Darstellung der technischen Herausforderungen im Bereich Internetüberwachung, Maßnahmen und Produkte, Anforderungen auf Provider- und Behördenseite)

Prof. Michael Rotert

Präsident EuroISPA

Karin Binz

Lucent Technologies Network
Systems GmbH

Volker Mogk-Hohenleiter, GTEN AG

Helmut Ujen, Bundeskriminalamt

Workshop im Offenen Forum

Dienstag, 18. Mai

13.00 – 17.00

Liederhalle
Silcher-Saal

Lokale Jugendkriminalitäts- prävention – Grenzen und Möglichkeiten von Community-Ansätzen

(Vortrag in englischer Sprache)

Alan France

University of Sheffield, UK

Reviewing the evidence on community based social prevention and intervention programmes (Überblick über Erkenntnisse zu 'community-basierten' sozialen Präventions- und Interventionsprogrammen)

Consolata Peyron

be.co.me Freiburg

Mehr als Mediation: Europäische Projekte zur Konfliktbearbeitung im Stadtteil

Sylvia Lustig

Deutsches Jugendinstitut München

Nachbarschaftliche Konfliktbearbeitung als Beitrag zur Jugendkriminalitätsprävention



**Zivilgesellschaft stärken:
Bundeszentrale für politische Bildung**

Publikationen

Websites

audiovisuelle Medien

Veranstaltungen

internationale Studienreisen

www.bpb.de

info@bpb.de

Bundeszentrale für
politische Bildung
Postfach 1369
53003 Bonn

Liste aller Vortragenden

Werner **Adamek**, Polizeipräsidium Köln, Waidmarkt 1,
D-50676 Köln

Barbara **Ammer**, Stiftung „Bündnis für Kinder –
gegen Gewalt“, Winzererstraße 9, D-80797 München

Jan **Andersson**, Brottsförebyggande radet (BRA),
P.O Box 1386, SE-11193 Stockholm

Rolf **Armbruster**, Gewerbe-und Handelsverein Degerloch
e.V., Gomaringer Str. 17, D-70597 Stuttgart

Norbert **Axnick**, Stadt Krefeld Fachbereich Jugendhilfe und
Beschäftigungsförderung Abteilung Jugend,
Von der Leyen Platz 1, D-47798 Krefeld

Hartmut **Balsler**, Koordinierungsstelle Gewaltprävention im
Staatlichen Schulamt, Brühlsbachstr. 15, D-35578 Wetzlar

Prof. Dr. Britta **Bannenber**g, Universität Bielefeld FB
Rechtswissenschaft – U 8 – 229, 231, Universitätsstraße 25,
D-33615 Bielefeld

Jörg **Bässmann**, Bundeskriminalamt KI 14 – Polizeiliche
Kriminalprävention, Thaerstraße 11, D-65173 Wiesbaden

Manfred **Bayer**, Polizeirevier Aalen, Stuttgarter Str. 5,
D-73430 Aalen

Sabine **Behn**, Camino, Scharnhorststr. 5, D-10115 Berlin

Dr. Roland **Bertet**, ESG Kornwestheim, Jägerstr. 47,
D-70806 Kornwestheim

Donald **Bieß**, Landeshauptstadt Stuttgart Jugendamt/
Jugendgerichtshilfe, Wilhelmstr. 3, D-70182 Stuttgart

Karin **Binz**, Lucent Technologies Network Systems GmbH,
Josef-Wirmer-Strasse 6, D-53123 Bonn

Hans-Alfred **Blumenstein**, Deutsche Gesellschaft gegen
Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV),
Andreaskloster 14, D-50667 Köln

Detlef Otto **Bönke**, Bundesministerium der Justiz,
Mohrenstraße 37, D-10117 Berlin

Uwe **Bösel**, Polizei Sindelfingen, Gartenstraße 4,
D-71063 Sindelfingen

Ilse **Buddemeier**, Stadt Bielefeld Gleichstellungsstelle –
Frauenbüro, Altes Rathaus, D-33597 Bielefeld

Jean-Paul **Buffat**, Magistrat Délégué Général Forum
Européen pour la Sécurité Urbaine, 38, Rue de Liancourt,
F-75014 Paris

Jörg **Bülow**, Deutscher Städte- und Gemeindebund,
Marienstr. 6, D-12207 Berlin

Andrea **Buskotte**, Niedersächsisches Justizministerium
Landespräventionsrat Niedersachsen, Am Waterlooplatz 5 A,
D-30169 Hannover

Prof. Dr. Manfred **Cierpka**, Uniklinikum Heidelberg
Ärztlicher Direktor der Abteilung für Psychosomatische
Kooperationsforschung und Familientherapie,
Bergheimer Str. 54, D-69115 Heidelberg

Marc **Coester**, Universität Tübingen Institut für
Kriminologie, Sand 6/7, D-72076 Tübingen

Reinhard **Conrads**, VdS-Schadensverhütung,
Friedrichstraße 191, D-10117 Berlin

Helmut **Dirschner**, Connect – Agentur für soziale Kommu-
nikation GmbH, Am Auernberg 2, D-61476 Kronberg

Dr. Gudrun **Doering-Striening**, Rüttenscheider Str. 94-98,
D-45130 Essen

Gunther **Dreher**, Polizeidirektion Rottweil,
Oberamteigasse 13, D-78628 Rottweil

Jana **Eckardt**, Universität Hamburg, Margarethenstr. 22,
D-21244 Buchholz

Prof. Dr. Rudolf **Egg**, Kriminologische Zentralstelle,
Viktoriastraße 35, D-65189 Wiesbaden

Prof. Dr. Claus **Eiselstein**, Landesstiftung Baden-
Württemberg, Richard-Wagner-Str. 51, D-70184 Stuttgart

Carsten **Ens**, vdw Verband der Wohnungswirtschaft
Niedersachsen und Bremen e.V., Leibnizufer 19,
D-30169 Hannover

Sonja **Fehrenbacher**, Stadt Aalen Leiterin des Recht-und
Ordnungsamtes, Marktplatz 30, D-73430 Aalen

Martin **Feigl**, Polizeirevier Leonberg, Gerhard-
Hauptmannstr. 8, D-71229 Leonberg

Prof. Dr. Wolfgang **Feuerhelm**, Institut für Sozialpädago-
gische Forschung Mainz e.V. (ism), Kaiserstraße 31,
D-55116 Mainz

Dr. Alan **France**, University of Sheffield, Elmfield,
Northumberland Road, UK – Sheffield S 10 2TU

Axel **Fricke**, Quartierswerkstatt Augustenstr. e.V.,
Ruhrstr. 21, D-70374 Stuttgart

Bernd **Fuchs**, Polizeidirektion Heidelberg, Römerstr. 2-4,
D-69115 Heidelberg

Kai **Gärtner**, Stadtjugendamt Mannheim Jugendgerichts-
hilfe, E 3,1, D-68161 Mannheim

Karl-Heinz **Georg**, Kriminalpräventiver Rat der Stadt
Lübeck, Braunstr. 21-23, D-23539 Lübeck

Thomas **Gerbert**, Bundesgrenzschutzinspektion Lörrach,
Basler Straße 51, D-79540 Lörrach

Susanne **Gizyki**, Otzenstr. 1, D-12159 Berlin

Frank **Goldberg**, Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main, Kurt-Schumacher-Str. 45, D-60313 Frankfurt am Main

Ulrich **Goritzka**, Freie Hansestadt Bremen Polizei Bremen Präsidialabteilung PA 12, In der Vahr 76, D-28329 Bremen

Thomas **Grüner**, AGJ – Fachverband Prävention und Rehabilitation, Oberau 21, D-79102 Freiburg

Prof. Jörg **Hafkemeyer**, Universität der Künste, Bundesallee 1-2, D-10595 Berlin

Robert **Hahn**, Sozialministerium Baden-Württemberg Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement, Schellingstr. 15, D-70174 Stuttgart

Rainer **Hannich**, Nord/LB, Georgsplatz 1, D-30151 Hannover

Jürgen **Hedderich**, Stadtverwaltung Chemnitz Kriminalpräventiver Rat, Geschäftsstelle, Annaberger Str. 93, D-09120 Chemnitz

Prof. Dr. Wolfgang **Heinz**, Universität Konstanz Fachbereich Rechtswissenschaft, Universitätsstraße 10, D-78457 Konstanz

Prof. Dr. Cornelia **Helfferich**, Ev. Fachhochschule Freiburg SoFFI K. – Sozialwissenschaftliches FrauenForschungs Institut, Bugginger Str. 38, D-79114 Freiburg

Edgar **Hemmerich**, Landeshauptstadt Stuttgart Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V. Interims-Rathaus, Heilbronner Str. 7, D-70174 Stuttgart

Renate **Hendricks**, Bundeselternverband, Görresstr. 13, D-53113 Bonn

Dr. Dieter **Hermann**, Universität Heidelberg Institut für Kriminologie, Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, D-69117 Heidelberg

Erwin **Hetger**, Innenministerium Baden-Württemberg Landespolizeipräsident, Dorotheenstr. 6, D-70173 Stuttgart

Dr. Susanne **Heynen**, Kinderbüro Stadt Karlsruhe, Kaiserstraße 99, D-76133 Karlsruhe

Jens **Hildebrand**, Dr.-Kanngießer-Weg 11, D-35619 Braunfels

Sönke **Hinrichs**, Polizeiinspektion Neumünster – Präventionsstelle –, Alemannenstr. 14-18, D-24539 Neumünster

Thorsten **Hofmann**, PRGS - ECCO Berlin, Unter den Linden 74, D-10117 Berlin

Christian **Hölscher**, Präventionsverein Kompakt e.V., Göttingen, Untere Karspühle 4, D-37073 Göttingen

Hartmut **Holzwarth**, Stadt Creglingen, Torstraße 2 (Rathaus),
D-97933 Creglingen

Hanno **Hurth**, Landkreis Emmendingen, Bahnhofstr. 2-4,
D-79312 Emmendingen

Bernd **Israng**, Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein
Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung,
Westendstraße 17, D-67059 Ludwigshafen

Victor **Jammers**, Ministry of Justice, Box 20301,
NL-2500 EH The Hague

Prof. Dr. Hans-Jürgen **Kerner**, Institut für Kriminologie der
Universität Tübingen, Sand 6/7, D-72076 Tübingen

Prof. Dr. Martin **Killias**, ESC-UNIL – Université Lausanne
Ecole des sciences criminelles, CH-1015 Lausanne/
Schweiz

Rolf **Kleinknecht**, SBT – Siemens Building Technologies,
Weissacher Straße 11, D-70499 Stuttgart

Gabriele **Klinger**, Sozialberatung Stuttgart e.V.,
Rosenbergstr. 135, D-70193 Stuttgart

Friedrich **Koch**, Polizeiinspektion 1 (Essen-Mitte),
Gerlingstr. 16, D-45127 Essen

Dietmar **Krüger**, Polizeidirektion Hannover, Waterloostr. 7,
D-30169 Hannover

Brigitte **Kunath-Scheffold**, Landeshauptstadt Stuttgart
Bezirksamt Degerloch, Große Falterstr. 2, D-70597 Stuttgart

Prof. Dr. Helmut **Kury**, Max-Planck-Institut für aus-
ländisches und internationales Strafrecht, Günterstalstr. 73,
D-79100 Freiburg

Dr. Christian **Laue**, Universität Heidelberg Institut für Krimi-
nologie, Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, D-69117 Heidelberg

Werner **Leonhardt**, Landeshauptstadt Düsseldorf –
Dezernat 07, Zollstraße 4, D-40213 Düsseldorf

Siegfried **Löprick**, Präventionsrat Göttingen c/o Jugendhilfe
Göttingen, Rosdorfer Weg 76, D-37081 Göttingen

Prof. Dr. Friedrich **Lösel**, Universität Erlangen Institut für
Psychologie I, Bismarckstraße 1, D-91054 Erlangen

Dr. Johannes **Luff**, Bayerisches Landeskriminalamt Krimi-
nologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei
(KFG), Maillinger Straße 15, D-80636 München

Sylvia **Lustig**, Deutsches Jugendinstitut – DJI, Nockherstr. 2,
D-81541 München

Michel **Marcus**, Magistrat Délégué Général Forum
Européen pour la Sécurité Urbaine, 38, Rue de Liancourt,
F-75014 Paris, Frankreich

Dr. Ursula **Matschke**, Landeshauptstadt Stuttgart,
Eberhardstraße 61, D-70137 Stuttgart

Georg **Mehl**, Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart,
Gähkopf 25, D-70192 Stuttgart

Matthias **Merz**, Staatsanwaltschaft Stuttgart, Neckarstr. 145,
D-70190 Stuttgart

Volker **Mogk-Hohenleiter**, GTEN AG,
Oskar-Messter Straße 16, D-85737 Ismaning

Gerhard **Müllenbach**, Ministerium für Inneres und Sport
des Saarlandes, Franz-Josef-Röder Str. 21,
D-66119 Saarbrücken

Thomas **Müller**, Landespräventionsrat Niedersachsen,
Am Waterlooplatz 5 A, D-30169 Hannover

Ulrike **Muthwill**, TAS Köln, Genovevastr. 72, D-51063 Köln

Jürgen **Mutz**, Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung,
Berliner Straße 5, D-88212 Ravensburg

Alfons **Nastold**, Landeshauptstadt Stuttgart Amt für
öffentliche Ordnung, Eberhardstr. 39, D-70173 Stuttgart

Barbara **Negrelli**, Eduard-Spranger-Förderschule
Mannheim, Anemonenweg 8, D-68305 Mannheim

Dr. Joachim **Obergfell-Fuchs**, Max-Planck-Institut für aus-
ländisches und internationales Strafrecht, Güntertalstr. 73,
D-79100 Freiburg

Prof. Leoluca **Orlando**, Villa Virginia, via Dante 159,
I-90141 Palermo

Prof. Dr. Heribert **Ostendorf**, Forschungsstelle für
Jugendstrafrecht und Kriminalprävention an der Christian-
Albrechts-Universität, Olshausenstr. 75, D-24118 Kiel

Sylke **Osterloh**, Stadtverwaltung Erfurt Stadtentwicklungs-
amt Bereich Gesundheit und Soziales, Fischmarkt 11,
D-99084 Erfurt

Manfred **Paulus**, Polizeidirektion Ulm, Leubeweg 47,
D-89134 Blaustein

Jens **Petersen**, Deutsche Bahn AG Konzernsicherheit
(Security), Potsdamer Platz 2, D-10785 Berlin

Consolata **Peyron**, be.co.me Freiburg beratung – conflict
management – mediation, Talstraße 1 A, D-79102 Freiburg

Hartmut **Pfeiffer**, Landeskriminalamt Niedersachsen
Dezernat 24 – Prävention, Schützenstr. 25,
D-30161 Hannover

Prof. Dr. Christian **Pfeiffer**, Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen e.V., Lützerodestr. 9,
D-30161 Hannover

Ilona **Piel**, Further Straße 147, D-41462 Neuss

Doris **Pleiger**, Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis, Beim Rauhen Haus 21, D-22111 Hamburg

Birgit **Plüm**, Stadt Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1, D-47798 Krefeld

Rudolf **Prach**, Polizeidirektion Heilbronn, Karlstr. 108, D-74076 Heilbronn

Sabine **Reichert**, Sozialdienst kath. Frauen Köln, Machaberstr. 31, D-50668 Köln

Erwin **Ress**, Stadt Ludwigshafen am Rhein Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung, Westendstraße 17, D-67059 Ludwigshafen

Willi **Rogler**, Kriminalpolizeiinspektion Hof, Kulmbacher Str. 101, D-95030 Hof

Daniel **Rölle**, Institut für Wohnen und Umwelt (IWU), Annastr. 15, D-64285 Darmstadt

Thomas **Römer**, Rathaus, D-45117 Essen

Dr. Frank **Rose**, Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Theodor-Heuss-Ring 49, D-24113 Kiel

Prof. Dr. Dieter **Rössner**, Philipp-Universität Marburg – Fachbereich Rechtswissenschaften Institut für Kriminalwissenschaften Savignyhaus, Universitätsstr. 6, D-35032 Marburg

Prof. Michael **Rotert**, EuroISPA, Rue Montoyer 39, BP 3, B-1000 Brüssel

Rainer **Rudat**, Landespolizeidirektion Stuttgart II Haus des Jugendrechts, Krefelder Str. 11, D-70376 Stuttgart

Clemens **Schäfer**, Starenweg 35, D-70736 Fellbach

Dr. Martin **Schairer**, Landespolizeidirektion Stuttgart II, Hahnemannstr. 1, D-70191 Stuttgart

Dr. Thomas **Schäuble**, Innenministerium Baden-Württemberg, Dorotheenstraße 6, D-70173 Stuttgart

Jürgen **Schendel**, Stiftung SPI, Clearingstelle Jugendhilfe/ Polizei, Kremmener Straße 9-11, D-10435 Berlin

Dr. Andreas **Schick**, Heidelberger Präventionszentrum, Keplerstr. 1, D-69120 Heidelberg

Stephan **Schlenrich**, SWR-Fernsehen Mainz, Am Fort Gonsenheim 139, D-55122 Mainz

Joachim **Schloz**, Landespolizeidirektion Stuttgart II, Hahnemannstr. 1, D-70191 Stuttgart

Achim **Schnegule**, Stadt Köln Jugendamt, Düsselthaler Str. 41, D-40211 Düsseldorf

Dieter **Schneider**, Innenministerium Baden-Württemberg, Dorotheenstr. 6, D-70173 Stuttgart

Carlo **Schulz**, Koordinierungsstelle Gewaltprävention,
Runkeler Straße 36 A, D-35781 Weilburg

Franz-Hellmut **Schürholz**, Landeskriminalamt
Baden-Württemberg, Taubenheimstr. 85, D-70372 Stuttgart

Wolfgang **Schuster**, Landeshauptstadt Stuttgart Interims-
Rathaus, Heilbronner Str. 7, D-70161 Stuttgart

Yvonne **Schütz**, Landeshauptstadt Stuttgart Referat
Umwelt, Sicherheit und Ordnung USO/B.E, Nadlerstraße 4,
D-70173 Stuttgart

Prof. Dr. Hans-Dieter **Schwind**, Bismarckstraße 19,
D-49076 Osnabrück

Günter **Seidler**, Universitätsklinikum Heidelberg Psycho-
somatische Klinik, Thibautstr. 2, D-69115 Heidelberg

Norbert **Seitz**, Stiftung Deutsches Forum für Kriminal-
prävention (DFK), Dahlmannstr. 7-9, D-53113 Bonn

Werner **Spec**, Stadt Ludwigsburg, Wilhelmstr. 9,
D-71638 Ludwigsburg

Dieter **Speiser**, Koordinierungs- und Entwicklungsstelle
Verkehrsprävention Baden-Württemberg (KEV-BW) bei der
LPD Tübingen, Konrad-Adenauer-Str. 30,
D-72072 Tübingen

Gabriele **Steffen**, Weeber + Partner Institut für
Stadtplanung und Sozialforschung (W + P GmbH),
Mühlrain 9, D-70180 Stuttgart

Dr. Wiebke **Steffen**, Bayerisches Landeskriminalamt,
Maillingerstraße 15, D-80636 München

Bernd **Strauch**, Landeshauptstadt Hannover Rathaus,
Tramplatz 2, D-30159 Hannover

Katja **Striefeler**, Region Hannover Fahrgastsicherheit,
Arnswaldtstr. 19, D-30159 Hannover

Ernst **Strohmaier**, Deutsche Jugend aus Russland e.V.
(DJR), Landhausstr. 5, D-70182 Stuttgart

Walter **Sturm**, Polizeidirektion Schwäbisch Hall, Gräterweg 8,
D-74523 Schwäbisch Hall

Uwe **Stürmer**, Innenministerium Baden-Württemberg
Projektbüro „Kommunale Kriminalprävention“, Dorotheen-
straße 6, D-70173 Stuttgart

Dr. Norbert **Taubken**, CSR-Consult, Arnoldstraße 60,
D-22763 Hamburg

Freddy **Thielemans**, Hôtel de Ville, Grand Place 1,
B-1000 Bruxelles

Prof. Dr. Helmut **Thome**, Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg Institut für Soziologie,, D-06099 Halle/Saale

Jean-Pierre **Titz**, Conseil de l'Europe Office B 137,
F-67075 Strasbourg

Dr. Thomas **Trapper**, Frauental 53, D-97933 Creglingen

Dieter **Troppmann**, Polizeidirektion Lörrach,
Weinbrennerstr. 8, D-79539 Lörrach

Helmut **Ujen**, Bundeskriminalamt KI 26, Thaerstr. 11,
D-65173 Wiesbaden

Dr. Ralf **Vandamme**, Institut für Sozialarbeit und Sozial-
pädagogik, Am Stockborn 5-7, D-60439 Frankfurt

Nel **Vandevannet**, Council of the town of Brussels

Norbert **Vogler**, Amtsgericht Bad Cannstatt, Badstr. 23,
D-70372 Stuttgart

Prof. Dr. Hans-Georg **Voss**, TU Darmstadt Institut für
Psychologie, Schleusenplatz 12, D-64293 Darmstadt

Herta **Wahl**, Bürgerverein Nordstadt e.V., Kreuzsteinallee 72,
D-75177 Pforzheim

Dr. Edgar **Wais**, Landkreistag Baden-Württemberg

Dirgis-Beate **Wansor**, Landeshauptstadt Stuttgart
Jugendamt – Allgemeiner Sozialdienst, Wilhelmstr. 3,
D-70182 Stuttgart

Volker **Weinstock**, Innenministerium Baden Württemberg,
Dorotheenstraße 6, D-70173 Stuttgart

Waldemar **Welter**, Deutsche Jugend aus Russland e.V.
Kreisgruppe Stuttgart, Landhausstr. 5, D-70182 Stuttgart

Corinna **Werwig-Hertneck**, Justizministerin des Landes
Baden-Württemberg, Schillerplatz 4, D-70173 Stuttgart

Bettina **Wilhelm**, Stadtverwaltung Ludwigsburg Büro für
Frauenfragen, Obere Marktstraße 1, D-71634 Ludwigsburg

Cornelie **Wittsack-Junge**, Tages- und Abendschule tas,
Genoveastr. 72, D-51063 Köln

Rosa-Maria **Wolff**, Staatsanwaltschaft Stuttgart im Haus
des Jugendrechts, Krefelder Str. 11, D-70376 Stuttgart

Ute **Wolski**, Bildstr. 15, D-71364 Winnenden

Susanne **Wolter**, Landespräventionsrat Niedersachsen,
Am Waterlooplatz 5 A, D-30169 Hannover

Dr. Rüdiger **Wulf**, Justizministerium Baden Württemberg,
Schillerplatz 4, D-70173 Stuttgart

Dr. Andreas **Zick**, Universität Bielefeld Institut für
interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung,
Universitätsstraße 25, D-33615 Bielefeld

Vorträge – Abstracts

1. Kongresstag (17. Mai)

14.00 – 15.00	Erwin Hetger	Seite 66
14.00 – 15.00	Prof. Dr. Martin Killias	Seite 67
14.00 – 15.00	Uwe Bösel	Seite 68
14.00 – 15.00	J. Eckardt/S. Gizyki	Seite 69
15.30 – 16.30	Prof. Dr. Helmut Thome	Seite 70
15.30 – 16.30	Frank Goldberg	Seite 71
15.30 – 16.30	Thomas Grüner	Seite 72
15.30 – 16.30	Dr. Frank Rose	Seite 73
17.00 – 18.00	Prof. Dr. Wolfgang Heinz	Seite 74
17.00 – 18.00	Dr. Wiebke Steffen	Seite 75
17.00 – 18.00	Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind	Seite 76
17.00 – 18.00	Norbert Axnick/Birgit Plüm	Seite 77

2. Kongresstag (18. Mai)

09.00 – 10.00	Dr. Andreas Zick	Seite 78
09.00 – 10.00	Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck	Seite 79
09.00 – 10.00	Uwe Stürmer	Seite 80
09.00 – 10.00	W. Adamek/S. Reichert	Seite 81
10.30 – 11.30	Werner Leonhardt	Seite 82
10.30 – 11.30	Jörg Bülow	Seite 83
10.30 – 11.30	Prof. Dr. Heribert Ostendorf	Seite 84
10.30 – 11.30	Prof. Dr. Leoluca Orlando	Seite 85
13.00 – 14.00	Prof. Dr. Dieter Rössner	Seite 86
13.00 – 14.00	Dr. Obergfell-Fuchs	Seite 87
13.00 – 14.00	PD Dr. Günter H. Seidler	Seite 88
13.00 – 14.00	Ilona Piel/Achim Schnegule	Seite 89
14.30 – 15.30	Bayer/Coester/Fehrenbacher/ Goritzka/Kerner	Seite 90
14.30 – 15.30	Gabriele Steffen	Seite 91
14.30 – 15.30	Susanne Wolter	Seite 92
14.30 – 15.30	Barbara Negrelli/Kai Gärtner	Seite 93
16.00 – 17.00	Dr. R. Wulf/H. Holzwarth/ Dr. Th. Trapper	Seite 94
16.00 – 17.00	Ute Wolski	Seite 95
16.00 – 17.00	Ernst Strohmaier	Seite 96
16.00 – 17.00	F. Koch/Th. Römer	Seite 97

Erwin Hetger

Landespolizeipräsident, Innenministerium Stuttgart

Kommunale Kriminalprävention – Netzwerke für mehr Sicherheit

Das Leitthema des 9. DPT – Kommunale Kriminalprävention (KKP) – ist ein zentraler Baustein der baden-württembergischen Sicherheitsphilosophie. Mit KKP wird auf sich abzeichnende Fehlentwicklungen frühzeitig, konsequent und ursachenorientiert in einem breit angelegten Ansatz vor Ort reagiert. Die exakte Kenntnis der örtlichen Probleme, die eigene Betroffenheit und das Wissen um die zur Problemlösung verfügbaren Ressourcen machen die Beteiligten dabei zu starken Partnern. Aufgabe der Kommunalverantwortlichen ist es, die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden und Institutionen in einem Netzwerk für mehr Sicherheit zu bündeln. Auf Landesebene koordiniert das beim Innenministerium eingerichtete „Projektbüro KKP“ (www.praevention-bw.de) als Steuerungs- und Lenkungsgremium in enger Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden die vielfältigen Aktivitäten des Innen-, Justiz-, Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsministeriums zur Verhütung von Straftaten bereits in der Ideenfindungs- und Planungsphase. Es setzt neue Impulse, forciert ressortübergreifende Konzepte und gewährleistet eine kontinuierliche kriminalpräventive Arbeit auf allen Ebenen. Mit gemeinsamen Sicherheitsanalysen von Polizei und Kommunen sowie der im Rahmen der Verwaltungsreform bevorstehenden Übertragung der Federführung für die Koordination der KKP auf die Stadt- und Landkreise sind weitere wichtige Akzente zur Fortentwicklung der KKP gesetzt.

Prof. Dr. Martin Killias

Ecole des sciences criminelles, Universität Lausanne

Situative Faktoren und die Erklärung und Vorbeugung von strafbaren Handlungen

Traditionelle kriminologische Ansätze haben die Ursachen des Verbrechens in der Persönlichkeit des Täters und seinen Motiven gesucht. Die Frage, was zur Verhinderung von Straftaten getan werden könnte, wurde so oft auf die Frage reduziert, was mit dem Täter zu geschehen habe. Das ist eine wichtige, aber zu enge Fragestellung, denn die meisten Straftaten haben auch eine situative Komponente, die sich – gerade im kommunalen Rahmen – sehr viel einfacher präventiv beeinflussen lässt. Dabei zeigen Forschungen, dass Verlagerungseffekte weit weniger ins Gewicht fallen, als oft unterstellt wurde. Situative Präventionsmassnahmen begrenzen sich nicht allein auf vermehrte Ueberwachung (wie etwa Kameras), sondern schließen auch positive Massnahmen (wie etwa die Heroinverschreibung) ein, die Anreize zum Delinquieren vermindern. Auch verändert sich die soziale Umwelt fortdauernd insofern, als laufend neue Gelegenheiten zur vereinfachten Begehung von Straftaten entstehen. Situative Faktoren erklären besser als die meisten anderen Theorien die Zu- und Abnahme von Kriminalität, wie auch die enormen Unterschiede zwischen einzelnen Stadtvierteln. Auch in der Sozialisation Jugendlicher und der Entstehung krimineller Motivationen spielen situative Umstände eine erhebliche Rolle, womit Verbindungen zur „Täterforschung“ ins Blickfeld geraten.

Uwe Bösel

Polizeibeamter, Polizeirevier Sindelfingen

Alcopops – harmlose Modedrinks oder neue Einstiegsdroge?

Im Sommer vergangenen Jahres startete das Polizeirevier Sindelfingen eine bislang bundesweit einmalige Präventionskampagne zur Thematik ‚Alcopops‘. Seit über 9 Monaten wird das Thema in Form von Informationsveranstaltungen, Vorträgen und Fachdiskussionen behandelt und stößt auf stets wachsendes Interesse.

Der Referent, Herr Uwe Bösel, Präventionsbeamter beim Polizeirevier Sindelfingen, geht in seinem Vortrag u. a. auf folgende Punkte ein:

- Begriffsdefinition Alcopops
- Merkmale/Besonderheiten
- Inhaltsstoffe und Wirkungsweise
- Absatzzahlen der Industrie
- Rechtliche Situation
- Haltung der Spirituosenindustrie
- Veranstaltungen
- Konsumentenverhalten
- Erfahrungen europäischer Nachbarländer
- Durchgeführte Präventionsaktionen
- Prominente machen sich stark
- Politische Initiativen
- Erfahrungen
- Aktuelle Entwicklungen

Jana Eckardt, Diplom-Sozialpädagogin
Susanne Gizyki, Juristin
Universität Hamburg, Institut für Kriminologische
Sozialforschung, Aufbau- und Kontaktstudium Kriminologie

Kriminalprävention bei nichtstrafmündigen Kindern

Kinder und auch Jugendliche sind keine „kleinen Erwachsenen“. Die aus entwicklungspsychologischer und pädagogischer Perspektive besondere Lebensphase erfordert besondere Maßnahmen für delinquente Kinder und Jugendliche. Im Rahmen unseres Vortrages werden wir allgemeine Merkmale von Kindheit und Jugend beschreiben. Ausgehend von dieser Grundlage werden wir einige praktische kriminalpräventive Maßnahmen für den Umgang mit delinquenten Kindern und Jugendlichen vorstellen.

Prof. Dr. Helmut Thome

Martin-Luther-Universität, Institut für Soziologie, Halle

Langfristiger Wandel von Kriminalität/ Gewaltkriminalität in modernen Gesellschaften

Es werden zunächst Daten präsentiert, die die Entwicklung der Gewaltkriminalität in verschiedenen europäischen Ländern seit Beginn der Neuzeit (ca. 1500) anhand von Homizid-raten (ermittelt auf der Basis von Gerichtsakten und – später – amtlichen Statistiken) zeigen. Für die Zeit nach 1950 werden weitere Deliktkategorien hinzugefügt: Entwicklung der Inzidenz, der Tatverdächtigtenbelastungszahlen nach Alter und Geschlecht, des Viktimisierungsrisiko von Frauen und Männern. Diese Daten werden im Vergleich Deutschland, England/Wales und Schweden präsentiert.

Im zweiten Teil des Vortrags wird ein theoretischer Ansatz zur Erklärung des langfristigen Trendverlaufs vorgestellt.

Frank Goldberg

Ltd. Magistratsdirektor,
Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main

Vernetzte Stadtteilprävention am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main

Gewalt und Kriminalität haben sehr oft einen lokalen Bezug und örtliche Ursachen. Kriminalprävention muss daher schon im Stadtteil/im Quartier beginnen, um zielgerichtet die Entstehung von Kriminalität vor Ort bekämpfen zu können.

In Frankfurt am Main wurde daher auf Wunsch der Bevölkerung ein Netz von Präventionsräten in den Stadtteilen gegründet. Diese sogenannten „Regionalräte“ verstehen sich als behördenübergreifende Arbeitsgemeinschaften eines Stadtteils. Durch Sammlung, Auswertung und Verbreitung von Informationen zur Kriminalitätsverhütung, der Planung und Durchführung von Stadtteilprojekten sowie Förderung eines „Wir“ Gefühls wird ein Umfeld geschaffen, das kriminelle Handlungen wesentlich erschwert oder gar nicht erst möglich macht.

Zur Unterstützung der Arbeit in den lokalen Regionalräten bietet die Geschäftsstelle des städtischen Präventionsrats umfassende Hilfe, Service und stellt dabei den Informationsfluss im Netzwerk sicher.

Durch die kooperative Zusammenarbeit von Vereinen, Jugendeinrichtungen, Schulen, Parteien, Stadtteilinitiativen, Kirchengemeinden, Gewerbevereinen mit Polizei und Stadtverwaltung in den „Regionalräten“ werden nicht nur örtliche Kriminalitätsprobleme einer Lösung näher gebracht, sondern auch lokale nicht lösbare Sicherheitslagen, einem Frühwarnsystem vergleichbar, dem Stadtpräventionsrat weitergemeldet.

Dipl.-Psych. Thomas Grüner
AGJ Fachverband für Prävention und Rehabilitation

Prävention durch Soziale Kompetenz. Bausteine einer Konflikt-Kultur in Schule und Jugendhilfe

In Vortrag und Diskussion wird ein Überblick über das Fortbildungsprogramm Konflikt-Kultur® gegeben, mit dessen Methoden zur Zeit bundesweit 78 Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe arbeiten. Ziel ist es, mit möglichst wenig Kraftaufwand eine gute **Unterrichtsqualität** und ein positives soziales Klima an der jeweiligen Einrichtung zu schaffen. Dazu zählt auch die **Wertevermittlung**. Gleichzeitig möchten wir **soziales Lernen** ermöglichen, das mit den alltäglichen Konflikten der Kinder und Jugendlichen verknüpft ist. Konflikte sind für beide Seiten wertvolle Gelegenheiten zur Entwicklung persönlicher und sozialer Kompetenzen. Im einzelnen werden vier Fortbildungsbausteine vorgestellt:

1. Regeln des Zusammen-Arbeitens

Ziel dieses Bausteins ist es, in einer Klasse oder Gruppe eine konstruktive Arbeitsatmosphäre, Wertebewusstsein und die Grundbedingungen für effektives Lernen zu schaffen.

2. Regeln des Zusammen-Lebens

Hier geht es darum, wie Kinder und Jugendliche darin unterstützt werden können, sich in einer Klasse oder Gruppe eine Atmosphäre von Zusammenhalt, Respekt und gegenseitiger Wertschätzung zu schaffen.

3. Mediation

Mit Hilfe eines festen Konfliktlösungsrituals wie der Mediation können Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Es werden sowohl Erwachsene als auch Jugendliche ausgebildet.

4. Täter-Opfer-Ausgleich (TOA)

Der TOA zielt auf alle Arten und Fälle einseitiger Gewaltanwendung, wozu auch Sachbeschädigungen zählen. Täter/-innen werden mit der Opferperspektive konfrontiert und müssen eine persönliche Wiedergutmachung leisten. Rechtfertigungsstrategien werden abgelehnt.

Dr. jur. Frank Guido Rose

Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie
des Landes Schleswig-Holstein

Modellprojekt „Kooperation im Fall jugendlicher Mehrfach- und Intensivtäter“

Das Modellprojekt beschäftigt sich mit jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern, zu denen zwar nur etwa 5 % der männlichen Jugendlichen zählen, auf welche jedoch bis zu 75 % aller registrierten Straftaten zurückgehen.

Das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (MJF) entwickelte gemeinsam mit dem schleswig-holsteinische Landkreistag und dem Städteverband Schleswig-Holstein sowie dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, das Konzept für das Modellprojekt, das seit Oktober 2001 in der Hansestadt Lübeck und dem Landkreis Dithmarschen mit besonderer Unterstützung der dortigen Jugendämter durchgeführt wird. Zentraler Ansatzpunkt des Modellprojektes ist die Verbesserung der Zusammenarbeit der verantwortlichen Institutionen. Dies sind insbesondere Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Polizei, Justiz sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Das Projekt sieht eine Umsetzung in zwei Schritten vor. In der ersten, bereits abgeschlossenen Phase wurde eine fallbezogene Schwachstellenanalyse der institutionellen lokalen Zusammenarbeit in der Hansestadt Lübeck und dem Kreis Dithmarschen, die als Modellregionen gewählt wurden, erarbeitet. In der zweiten Phase werden zur Zeit auf Basis der Analyse auf lokaler Ebene der Modellregionen Wege gesucht, wie durch konkrete Absprachen und die Entwicklung geeigneter Verfahren die sichtbar gewordenen Probleme zukünftig vermieden werden können.

Das mit der Aktenauswertung betraute DJI legte Ende April 2003 dem MJF die Ergebnisse seiner Schnittstellenanalyse vor. Aus dem Bericht ergeben sich zahlreiche Chancen für eine effektivere Gestaltung der Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen, er leitete mithin zur 2. Projektphase über.

In der Modellregion Hansestadt Lübeck vereinbarten die lokal mit der Problematik beschäftigten Institutionen, dass eine Steuerungsgruppe gegründet und in 5 Arbeitsgruppen konkrete Problemfelder diskutiert werden sollen.

In der Modellregion Kreis Dithmarschen wurde vereinbart, dass zunächst bilaterale Gespräche zwischen dem Jugendamt und den jeweils sonst betroffenen Institutionen zu den fünf in Dithmarschen drängendsten Problemen geführt werden sollen.

Nach Abschluss der 2. Projektphase sollen die in Lübeck und Dithmarschen erzielten Ergebnisse auf einer Veranstaltung präsentiert werden, die gleichzeitig den „Startschuss“ für die Etablierung gleichartiger Kooperationsvereinbarungen in den anderen Kreisen und Städten Schleswig-Holsteins beinhalten soll.

Prof. Dr. Wolfgang Heinz

Geschäftsführender Direktor des Instituts für
Rechtsstatsachenforschung in Konstanz

**Kommunale Kriminalprävention aus wissen-
schaftlicher Sicht**

Die Einsicht, dass Prävention Vorrang hat vor Repression, ist alt. Dass diese Einsicht in Deutschland erst seit etwa einem Jahrzehnt (wieder) beherzigt wird, ist demnach kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Auch hinsichtlich der zweiten Zieldimension von Kriminalprävention, Kriminalitätsfurcht, vermag Strafrecht (fast) nichts zu bewirken. Unbestritten ist schließlich, dass der auf kommunaler Ebene durchgeführten Kriminalprävention besondere Bedeutung zukommt.

Auf den ersten Blick ist deshalb das, was in den letzten Jahren in kriminalpräventiver Hinsicht in den Kommunen geschehen ist, von einer bestechenden Vernünftigkeit. Ein zweiter Blick lohnt gleichwohl. Kritisch ist zu fragen, ob Kommunale Kriminalprävention nicht zu stark polizeiorientiert, überwiegend behörden- bzw. institutionenzentriert (geworden) ist, Bürgerpartizipation, Kooperation und Gemeinsinn der BürgerInnen zu wenig gefördert worden sind. Die Zielwahl – Schwerpunkte sind zumeist Jugendkriminalität, die Drogen- und die öffentlich sichtbare Kriminalität, während andere Kriminalitätsformen mit beträchtlichen Schadensrisiken vielfach ausgeblendet werden – wie die Mittelwahl – Erkenntnisse ausländischer Wirkungsforschungen werden noch zu selten berücksichtigt – verdienen ebenso einen kritischen Blick wie der Stand der Ergebnisevaluation und der Kontrolle von Verlagerungs- oder Verdrängungseffekten der hiesigen kriminalpräventiven Projekte auf kommunaler Ebene.

Manchmal scheint es, als ob die Diskussion über Ziele und Grenzen Kommunaler Kriminalprävention etwas zu kurz käme: Totale Sicherheit, wie sie in der Zielvorgabe die „sichere Stadt“ anklingt, ist nicht nur nicht erreichbar, sie ist nicht einmal wünschenswert, weil sie auf Kosten unserer aller Freiheit und der unabdingbaren Persönlichkeitsrechte ginge. Der Blick in das Ausland zeigt unübersehbar Abwege der Kriminalprävention, so wenn Ausgangssperren für Jugendliche zur Nachtzeit eingeführt werden oder wenn Stigmatisierung als Mittel der Kriminalprävention eingesetzt wird. Kriminalprävention ohne Blick auf die Grenzen, die durch die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte unserer Verfassungsordnung gesetzt sind, ist uferlos, weil sie alle Bereiche und jeglichen Lebensabschnitt erfasst. Nicht nur über die Mittel, sondern auch über die Ziele (und die Grenzen) dessen, was mit Prävention erreicht werden soll und darf, ist eine offene und grundsätzliche Diskussion notwendig.

Dr. Wiebke Steffen

Bayerisches Landeskriminalamt, München

Gremien Kommunalen Kriminalprävention: Bestandsaufnahme und Perspektive

Die Entwicklung kommunaler Kriminalprävention in Deutschland liest sich wie eine Erfolgsgeschichte: Seit 1990 sind ca. 2000 kommunale Präventionsgremien eingerichtet worden und in fast allen Ländern auch Landesräte für Kriminalprävention.

Unter qualitativen Gesichtspunkten ist die Entwicklung allerdings nicht ganz so positiv verlaufen: Nicht nur, dass mehr Konzepte, Papiere und Diskussionen produziert wurden als wirksame Taten, fehlt es den meisten Gremien auch an der notwendigen personellen und finanziellen Ausstattung, ihre Beschlüsse und Empfehlungen sind häufig nur von geringer Verbindlichkeit und kaum ein Gremium ist demokratisch legitimiert. Außerdem konnte nur ausnahmsweise der Anspruch verwirklicht werden, die Bürger an der Verantwortung für den Sicherheitszustand ihres Gemeinwesens zu beteiligen.

Die Einrichtung kommunaler Präventionsgremien war ein erster und richtiger Schritt, um Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Allgemeinen und die Gemeinde als dafür zentrales Aktionsfeld im Besonderen wieder zu entdecken. Jetzt muss auf diesem Wege aber weiter gegangen werden: Kommunale Kriminalprävention muss in Richtung einer kommunalen Sicherheitspolitik weiter entwickelt, als kommunale Querschnittsaufgabe ausgestaltet und demokratisch legitimiert werden, mit klaren politischen Zielsetzungen und vernetzten, interdisziplinären und integrativen Vorgehensweisen.

Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
WEISSER RING E.V.

Modelle der Gewaltprävention in der Schule

Die zunehmende Gewaltentwicklung (zumindest in sozialen Brennpunktschulen) wurde von der Kultusbürokratie bis weit in die 80er Jahre hinein zunächst nicht zur Kenntnis genommen. Man fürchtete um den Ruf gewaltbelasteter Schulen. Diese Situation hat sich unter dem Druck (vor allem) der Medien erst Ende der 80er Jahre verändert. Von da ab war auch entsprechende Forschung in den Schulen willkommen. Insoweit ging es vor allem um die Ursachenfrage. Inzwischen wollen Lehrkräfte aber nichts mehr über entsprechende Einflussfaktoren hören, sondern darüber informiert werden, was man tun kann, um mit Gewaltphänomenen in der Schule fertig zu werden.

Das Referat befasst sich vor diesem Hintergrund mit

1. einzelnen (täterorientierten) Maßnahmen;
2. einzelnen (opferorientierten) Ansätzen;
3. breiter angelegten Opfer-Hilfs- und Behandlungsprogrammen, und zwar
 - spezifischen Mediationsprogrammen, die sich auf die Reduzierung von Gewaltphänomenen beziehen; dazu gehören nicht nur Streitschlichterprogramme, sondern auch „fliegende Lehrerschulen“;
 - unspezifische Programme, die sich zum Ziel gesetzt haben, soziale Fähigkeiten und Handlungskompetenzen zu vermitteln, die gewaltpräventiv wirken sollen;
4. den 12 Thesen des WEISSEN RINGES, der auch zu allen Fragen, die im Referat besprochen werden, im Juni d. J. einen speziellen Band in der Schriftenreihe des WEISSEN RINGES (mit Kontaktadressen zu weitergehenden Informationen) veröffentlichen wird.

Norbert Axnick

Birgit Plüm

Stadt Krefeld,

Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung

Eltern im Gespräch – Vorstellung der Gesprächs- und Projektreihe

Mit dem Serviceangebot „Eltern im Gespräch“ werden Hilfen für den erzieherischen Alltag gegeben. Es werden unterschiedliche Themenbereiche angeboten, die z. B. für einen Elternabend im Kindergarten, einen Elterngesprächskreis, einen Gruppenabend oder für Gespräche in privater Runde „gebucht“ werden können.

Die Referentinnen des Fachbereiches Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung stehen kostenlos zur Verfügung und stimmen Inhalte und Ablauf individuell auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gruppen ab. Das Seminar ist ebenfalls kostenfrei. Die Durchführung kann in den „eigenen vier Wänden“ stattfinden. Weitergehende Projekte und Angebote können bei Bedarf vereinbart werden.

Vorteile dieses Angebotes:

- Prävention „vor Ort“
- Überwindung von Schwellenängsten
- Auf die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Eltern abgestimmte Inhalte.
- Ansprache von Eltern, die sonst schwer zu erreichen sind.
- Weiterempfehlung durch Eltern (Mundpropaganda)

Dr. Andreas Zick

Universität Bielefeld – Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in
Deutschland – Das GMF-Projekt**

Vorurteile gegenüber Ausländern, anders Farbigen, Homosexuellen, Behinderten, Obdachlosen, Juden, Moslems oder Frauen haben eins gemeinsam – es sind negative Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen. Im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer) werden diese Vorurteile, ihre Ursachen und Konsequenzen unter Einbeziehung der Vorrechtstellung von Etablierten als Syndrom verstanden und empirisch untersucht. Das Syndrom, seine Ursachen und Konsequenzen werden in repräsentativen Bevölkerungsumfragen (jeweils 3.000 Befragte) über einen Zeitraum von 10 Jahren (3. Welle abgeschlossen) sowie einem 3-jährigen Längsschnitt verfolgt (2. Welle abgeschlossen) analysiert. Die Ziele sind, das Ausmaß und die Entwicklung der Menschenfeindlichkeit zu bestimmen, Erklärungsansätze zu vergleichen, dabei gesellschaftspolitische Entwicklungen einzubeziehen und die Studie in die öffentliche Diskussion der Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen und Verhaltensweisen zu stellen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, wie soziale Desintegrationsprozesse unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen menschenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen beeinflussen. Dabei kommt auch der Frage nach den Ursachen der Gewaltbilligung und –neigung gegen sozial schwache Gruppen eine besondere Bedeutung zu. Der Vortrag skizziert das Projekt und zeigt wesentliche empirische Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Ebenso werden Konsequenzen für die Gewaltprävention diskutiert.

Corinna Werwig-Hertneck
Justizministerin des Landes Baden-Württemberg

Bekämpfung der Jugendkriminalität aus strafrechtlicher Sicht

Jugendkriminalität ist zumeist ein ubiquitäres, bagatell- und episodenhaftes Phänomen, welches Ausdruck eines Reifungsprozesses ist, in dem Grenzen ausgetestet und Normen gelernt werden. Die normstabilisierende Wirkung des Jugendstrafverfahrens tritt in diesen Fällen zumeist schon durch das bloße Faktum des „Erwischtwerdens“ ein. Einer förmlichen Intervention bedarf es in diesen Fällen häufig nicht. Ganz anders, nämlich rasch und nachdrücklich muss hingegen bei Intensivtätern reagiert werden. Die Aufgabe der an der Bekämpfung der Jugendkriminalität beteiligten Institutionen ist es, durch eine eingehende, multidisziplinäre Diagnose frühzeitig festzustellen, ob die bekannt gewordene Jugendstraftat bloße Episode oder Symptom einer tieferen Persönlichkeitsstörung ist. Dies kann nur gelingen, wenn die Behörden eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten und möglicherweise bestehende gegenseitige Vorbehalte überwinden. Baden-Württemberg hat hier insbesondere mit dem Haus des Jugendrechts Vorbildhaftes geleistet. Ab 2005 werden die dort gewonnenen positiven Erfahrungen für eine flächenhafte Umsetzung fruchtbar gemacht. Neben diesen verfahrenstechnischen Maßnahmen sind aber auch gesetzliche Maßnahmen notwendig. Ziel muss es sein, dem Jugendrichter mehr Möglichkeiten zur erzieherischen Einwirkung auf jugendliche Straftäter zu geben. Der von Baden-Württemberg initiierte Gesetzentwurf will deshalb das Jugendstrafrecht flexibler gestalten und um bisher nicht vorhandene Möglichkeiten, wie beispielsweise den Warnschussarrest, erweitern, um kriminelle Karrieren von Jugendlichen in einem möglichst frühen Stadium abubrechen.

Uwe Stürmer

Kriminaloberrat,
Innenministerium Baden-Württemberg

Neue Wege in der Bekämpfung der Jugendkriminalität – landesweite Konsequenzen aus dem Haus des Jugendrechts

Das Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“, bei dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe unter einem Dach zusammen arbeiten, hat sich uneingeschränkt bewährt. Gleichwohl wird sich dieser idealtypische Ansatz nicht flächendeckend realisieren lassen. Vor diesem Hintergrund hat eine ressortübergreifende Projektgruppe unter Federführung des Innenministeriums BW eine Konzeption erarbeitet, wie sich die Arbeitstechniken im Haus des Jugendrechts für die landesweite Eindämmung der Jugendkriminalität nutzbar machen lassen. Zentrale Bedeutung kommt hier dem Wechsel vom Tatort- zum Wohnortprinzip in der polizeilichen Jugendsachbearbeitung zu. Hierdurch werden weitgehend übereinstimmende Zuständigkeiten zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe geschaffen; eine wichtige Voraussetzung für eine noch engere Kooperation. Durch ein in den Diversionsrichtlinien festgeschriebenes „Stufenmodell“ sollen eine differenzierte, den verschiedenen Facetten der Jugendkriminalität optimal gerecht werdende Reaktion gewährleistet, das normverdeutlichende Gespräch gestärkt und „Einstellungskarrieren“ ausgeschlossen werden. Flankiert wird das Konzept durch eine stärkere Einbindung der Vereine, frühzeitige gemeinsame Maßnahmen von Eltern, Schule, Jugendhilfe und Polizei gegen Schulschwänzen sowie die Förderung von Projekten der Jugendkriminalprävention aus Mitteln der Landesstiftung BW.

Werner Adamek, Polizeipräsidium, Köln
Sabine Reichert, Diplom-Sozialpädagogin
Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Köln/Café Mäc-Up

Verlagerung des Straßenstrichs in Köln

Am 4.10.2001 wurde der innerstädtische Straßenstrich auf ein dafür eingerichtetes städtisches Gelände verlagert. Die Polizei und das Amt für öffentliche Ordnung sorgen vor Ort für die Sicherheit der Prostituierten und den geregelten Ablauf auf und um das Gelände herum. Der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. und das Gesundheitsamt betreuen die Prostituierten vor Ort.

Durch dieses Projekt konnte der Straßenstrich in der Innenstadt aufgelöst und Gewaltübergriffe zu Lasten der Prostituierten deutlich reduziert werden.

Werner Leonhardt

Beigeordneter, Landeshauptstadt Düsseldorf

Möglichkeiten Kommunalen Kriminalprävention

Die Entwicklung der letzten Jahren hat gezeigt, dass insbesondere die Kommunen durch die konsequente Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bereits bei der Erledigung ihrer originären Aufgaben nicht nur zur Verbesserung der objektiven Sicherheit, sondern auch wesentlich zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls ihrer Bürger beitragen können. So können etwa bei Anwendung der Erkenntnisse der Wirkungsforschung kriminalpräventiver Maßnahmen kriminalitätsbegünstigende Faktoren im Aufgabenfeld Stadtplanung/Stadtentwicklung gänzlich ausgeschaltet, zumindest aber reduziert werden. Weitere Anwendungsfelder sind beispielhaft die Jugendhilfe sowie die kommunale Wirtschaftsförderung.

Erforderlich ist ferner eine gezielt geförderte Zusammenarbeit aller gesellschaftlich relevanten Gruppen und Einrichtungen und letztlich die Vernetzung und Koordinierung aller Aktivitäten der Akteure im Aufgabenfeld der Kriminalprävention bzw. Sicherheitspolitik auf kommunaler Ebene. Hierzu gehört auch die umfassende Verzahnung zwischen Prävention und Repression sowie die Verankerung des Sicherheitsaspektes als Querschnittsaufgabe in den Kommunalverwaltungen. In der Landeshauptstadt Düsseldorf wird sowohl in der täglichen Arbeit als auch bei der Realisierung entsprechender Projekte diesen Anforderungen weitgehend Rechnung getragen.

Jörg Bülow

Referatsleiter, Deutscher Städte- und Gemeindebund,
Berlin

**Kommune schafft Sicherheit – Trends und
Konzepte kommunaler Kriminalprävention**

Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und den kommunalen Räten liegt die Sicherheit der Bürger am Herzen. Dabei ist die kommunale Kriminalprävention durch Kreativität, Innovationskraft und Kooperationsbereitschaft gekennzeichnet. Neben zahllosen konkreten Projekten und Maßnahmen und neben der systematischen Berücksichtigung kriminalpräventiver Aspekte z. B. bei Bauplanung oder Stadtgestaltung, lassen sich vier strukturbildende Trends der letzten Jahre identifizieren. Mit (1.) der Sicherstellung öffentlicher Präsenz von Ordnungskräften, (2.) der Vernetzung lokaler Akteure unter Federführung der Kommune, (3.) institutionalisierten Kooperationen zwischen Polizei und Kommune und (4.) dem Einsatz moderner Sicherheitstechnik wird in immer mehr Städten und Gemeinden eine tragende Struktur für die kommunale Kriminalprävention errichtet. Als fünften Trend könnte man die Einbeziehung des Ehrenamtes in die kommunale Sicherheitsstruktur bezeichnen. All dies ist nicht selbstverständlich, denn damit ist eine – auch kritisch zu betrachtende – Aufgabenverschiebung auf die Kommunen verbunden. Gleichwohl sollten die Kommunen mit diesen Leistungen offensiver werben. In dem Vortrag werden die vier Trends in ihrer Entstehung und Ausprägung beschrieben und mit aktuellen Beispielen veranschaulicht. Daraus ergeben sich 10 Thesen des DStGB zur Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention.

Prof. Dr. Herbert Ostendorf

Forschungsstelle für Jugendstrafrecht und Kriminalprävention, Kiel

**Mehr Prävention und weniger Strafe, weniger
Prävention und mehr Strafe oder mehr Prävention
und mehr Strafe?**

Mit der Neuentdeckung der Prävention wurde u. a. die Hoffnung verbunden, den Strafeinsatz zurückfahren zu können. Tatsächlich findet in den letzten Jahren und z. Zt. insbesondere eine Ausweitung des Strafrechts statt bei gleichzeitiger Verlagerung von einem Resozialisierungsstrafrecht hin zu einem Sicherungsstrafrecht (Stichwort: Sicherungsverwahrung). Auch bei der Prävention wird mit Videoüberwachung, Sicherheitswachen der repressive Aspekt verstärkt, wobei die Angstprävention eine immer größere Bedeutung gewinnt. Ist das der richtige, weil notwendige kriminalpolitische Weg oder ein populistischer Irrweg, auf dem auch Prävention mitgezogen wird?

Prof. Dr. Leoluca Orlando
vormaliger Bürgermeister von Palermo

(in englischer Sprache)
**The role of culture in fighting identity based
illegality**

Worldwide network of culture and economy of human rights
– a Sicilian Renaissance Institute project –

1. Identity and legality (first among human rights; used to destroy other human rights; Identity based criminality)
2. From identity based criminality to identity based legality (The Palermo, Sicily experience; two wheeled cart: the role of civil society; a lawfulness that is joyful and convenient)
3. From Identity based legality (culture of lawfulness) to legality based economy (economy of lawfulness)
4. From culture and economy of lawfulness to culture and economy of human rights to identity based democracy
5. Democracy (Representative actions, co-operative actions, direct actions); the HOW od DEMOCRACY is PARTICIPATION
6. Participation to BE identity; to BE informed transparency; to BE ALLOWED TO ACT freedom

Prof. Dr. Dieter Rössner

Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Marburg

Wirkungsforschung – Konsequenzen für die kommunale Kriminalprävention

Kommunale Prävention von Straftaten sollte spezifische Kriminalprävention sein, die sich in ein Fünf-Punkte-Programm fassen lässt:

Gemeinschafts- und institutionenbezogene Thematisierung von Straftaten, ihre strikte Aufdeckung und Verfolgung unter Einbeziehung aller Betroffenen sowie der Opferunterstützung und Bemühungen um eine möglichst integrierende Sanktion (Verantwortungsübernahme, Täter-Opfer-Ausgleich) vor allem in klar abgegrenzten Institutionen wie Kindergarten, Schule, Nachbarschaft, Verein usw.

Problemorientierte Kontrolle der Kriminalität in unterschiedlichen sozialen Räumen der Gemeinde im Zusammenwirken mit Bürgern, Polizei und Sozialeinrichtungen (Stärkung der informellen sozialen Kontrolle). In diesem Zusammenhang sind dezentrale Präventionsräte sinnvoll. Videoüberwachung durch aktuelle Monitorbilder mit Aufzeichnung besonders kriminalitätsbedrohter Räume.

Frühe und intensive Förderung von Kindern und Jugendlichen in Problemfamilien mit Überlegungen zu einem Mentoren- oder Pflegefamilienprogramm.

Spezifische Behandlungsangebote für kriminalitätsbezogene Problemgruppen wie Gewalttäter, Rechtsextreme, Drogenabhängige u.a.

Die eingehende Darstellung des wirkungsorientierten „Düsseldorfer Gutachtens“ findet sich als Kurzfassung unter www.duesseldorf.de/download/dgll.pdf oder in der Langfassung mit der umfangreichen Projektdokumentation www.duesseldorf.de/download/dg.pdf oder auf meiner Homepage mit weiteren Materialien.

Dr. Joachim Obergfell-Fuchs
Max-Planck-Institut für Strafrecht, Freiburg

Wirkung und Effizienz Kommunalen Kriminalprävention

Wenngleich in den vergangenen 10 Jahren die Kommunale Kriminalprävention in Deutschland einen erheblichen Aufschwung genommen hat, konnte doch die zugehörige Begleitforschung in nicht annäherndem Umfang dieser Entwicklung Rechnung tragen. Zwar war bereits im Pilotprojekt zur Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg die Begleitforschung ein fester Bestandteil der Konzeption und auch die vorgelegten Ergebnisse der Forschungsgruppe trugen zur Systematisierung der Vorgehensweise bei. Allerdings konnte sich eine, wie in Nordamerika häufig praktizierte, kontinuierliche Effizienz- und Wirkungsforschung zur Kriminalprävention in Deutschland bislang nicht etablieren. So bestehen einerseits oftmals erhebliche Widerstände gegenüber einer Evaluation, hier werden insbesondere Argumente angeführt, dass eine (externe) Evaluation den besonderen sozialen Gegebenheiten nicht gerecht werden könne oder aber dass eine Evaluation Projektstellen gefährde. Andererseits werden auch die Kosten der Evaluation einer Präventionsmaßnahme in der Regel weder durch öffentliche noch durch private Institutionen getragen. Hier wäre ein Umdenken wünschenswert; so zeigen umfassende amerikanische Untersuchungen dass Programm- oder Prozessevaluationen nicht nur zur Systematisierung und Optimierung von Maßnahmen beitragen, sondern dass z.B. auch Kosten-Nutzen-Analysen die gesellschaftliche und politische Durchsetzbarkeit kriminalpräventiver Maßnahmen fördern. Damit könnte der konsequente Einsatz von Wirksamkeitsanalysen zur verbesserten Verwendung finanzieller Ressourcen beitragen.

PD Dr. med. Günter H. Seidler

Sektion Psychotraumatologie der Universität Heidelberg

Die Heidelberger Opferstudie

In die vom WEISSEN RING finanziell unterstützte Heidelberger Gewaltopferstudie (HeiGOS) wurden für die Dauer eines Jahres Personen einbezogen, die in Heidelberg Opfer eines Gewaltverbrechens geworden waren. Insgesamt wurden zirka 80 Teilnehmer zu fünf Untersuchungszeitpunkten tatzzeitnah und maximal ein Jahr nach dem Ereignis mit unterschiedlichen Instrumenten sowie einem selbstentwickelten Interview auf das Vorliegen von Traumafolgestörungen und verschiedene andere Merkmale untersucht. Ziel der Studie war die Identifizierung von Prädiktoren für die Entwicklung einer Traumafolgestörung zwecks entsprechender, rechtzeitiger Beratung (Sekundärprävention) sowie die Erfassung des aktuellen Standes der Opferversorgung in der Region. – Durch eine von Herrn Ehrensator M. Lautenschläger, MLP, Heidelberg, geförderte Studie war der HeiGOS-Studie eine Therapiestudie angegliedert. In diesem Projekt wurden drei unterschiedliche Treatments gegeneinander auf ihre Wirksamkeit zur Therapie einer akuten PTSD bei Akuttraumatisierten geprüft. – Die Ergebnisse zeigen, dass ausländische Frauen, die nach dem Ereignis ihre berufliche Tätigkeit verlieren oder verändern müssen und über längere Zeit aus unterschiedlichen Gründen krankgeschrieben sind, die höchste Wahrscheinlichkeit zur Herausbildung einer Traumafolgestörung haben. Hinsichtlich der Therapiestudie zeigte sich eine Überlegenheit der Kombination von EMDR und einer von uns neu entwickelten Form von Gruppentherapie überlegen gegenüber der Anwendung von Nur-EMDR oder Nur-Gruppentherapie.

Ilona Piel, Dipl.-Sozialpäd./Trainerin für Kommunikation und Körpersprache
Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V.
Achim Schnegule, Dipl.-Sozialpäd.
Jugendamt Köln

„Körpersprache als Konflikthilfe“ Mit der Erfahrung aus Pädagogik, Psychologie und Theaterarbeit Konflikte konstruktiv lösen.

„Ein Geheimnis des Erfolges ist, den Standpunkt des anderen zu verstehen“. (Henry Ford)

Das Kommunikations- und Konflikttraining mit dem Schwerpunkt Theaterarbeit ist eine Weiterentwicklung des Anti-Aggressions-Trainings. In dem Training sollen die Teilnehmer lernen, Konflikte rechtzeitig wahrzunehmen und durch den Einsatz körpersprachlicher Kommunikationselemente zu entschärfen.

Das Training wird grundsätzlich im Team-Teaching durchgeführt. Es wird in der primären, sekundären und tertiären Prävention eingesetzt und ist für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende geeignet. Das Training wird ebenfalls für Multiplikatoren angeboten.

Trainingsinhalte:

- Wahrnehmungsübungen zur Selbst- und Fremdwahrnehmung
- Grundlagen und Wirkungen der Körpersprache
- Selbstbehauptung
- Kultivieren von Aggressionen
- Deeskalationstechniken in Bedrohungssituationen
- Entwicklung von Handlungsalternativen zur Intervention bei Gewalt
- Erlernen persönlicher Strategien zur Intervention bei Gewalt
- Sozialkompetenz
- Strategien für einen erfolgreichen Umgang mit Konflikten in Familie, Schule, Beruf und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen
- Konfliktmanagement / Kooperationsfähigkeit
- Selbstpräsentation
- Video-Coaching

Methoden/Formen:

Die von den Trainern praktizierten Methoden / Formen stammen aus verschiedenen Grundsätzen der Psychologie und Pädagogik und gehen von lerntheoretischen Ansätzen aus. Die Methoden werden flexibel und situationsbezogen eingesetzt.

Manfred Bayer, Polizeioberrat
Universität Aalen/Institut für Kriminalogie
Dipl.-Päd. Marc Coester
Universität Tübingen/Institut für Kriminalogie
Sonja Fehrenbacher, Stadtrechtsdirektorin
Universität Aalen/Institut für Kriminalogie
Ulrich Goritzka, Dipl.-Kriminologe
Universität Bremen/Institut für Kriminalogie

Bürgerbefragungen in Deutschland und ihre Wirkung auf die Kommunale Kriminalprävention am Beispiel der Städte Bremen und Aalen

Das Sicherheitsgefühl, Opfererfahrungen, die sich in einem nicht bekannten Ausmaß im Dunkelfeld abspielen, und die Kriminalitätsfurcht gehören zu den Einflussfaktoren auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in einer Gemeinde. Seit langem ist bekannt, dass offizielle Statistiken nicht in der Lage sind, diese Umstände ausreichend zu erfassen. Demgegenüber verheißen Bürgerbefragungen, welche in den letzten 10 Jahren in unzähligen deutschen Städten und Gemeinden durchgeführt worden sind, zum einen umfassendere Einblicke in die Sorgen, Nöte und Wünsche der Bevölkerung zum anderen sollen sie Fundament einer erfolgreichen Kommunalen Kriminalprävention sein.

An Hand der Bürgerbefragungen in der norddeutschen Großstadt Bremen und der süddeutschen Mittelstadt Aalen werden Erfahrungen bei Planung, Durchführung, Analyse und Umsetzung solcher Repräsentativuntersuchungen aufgezeigt.

Die Referenten stellen die Befragungsergebnisse gegenüber und weisen auf Parallelen sowie teilweise divergierende Erkenntnisse in den Studien hin. Der Projektverlauf wird im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen (Kommune, Wissenschaft und Polizei) reflektiert. Im Zentrum der gemeinsamen Betrachtungen stehen dabei Fragen nach Durchführung, Nutzen und Wirkung solcher Erhebungen, insbesondere im Hinblick auf Implementierungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention und in der Organisation der Polizei.

Gabriele Steffen

Geschäftsführerin WEEBER + PARTNER,
Institut für Stadtplanung und Sozialforschung,
Stuttgart/Berlin
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung
(SRL e.V.),
Sprecherin Baden-Württemberg, Erste Bürgermeisterin a.D.

**Erfahrungen mit der „Sozialen Stadt“ – Konflikte
und Störungen als städtebauliche und zivilgesell-
schaftliche Herausforderung**

Konflikte und Störungen sind in vielen Stadtteilen an der Tagesordnung, sehr häufig im Zusammenhang mit Jugendlichen und anderen Gruppen, die sich im öffentlichen Raum treffen. Aktuell diskutierte Lösungen zur Prävention solcher Konflikte greifen oft zu kurz: technische Maßnahmen, organisierte soziale Kontrolle – neighborhood watch – ebenso wie einzelne bauliche Veränderungen, z.B. Vermeidung von Nischen und dunklen Ecken, bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit. Nötig ist ein komplexer Ansatz, der den Blick auch auf die städtebaulichen Strukturen richtet: Warum wird in manchen Siedlungen schon ein Spielplatz oder ein Jugendtreff als Störung empfunden, gegen die man sich zur Wehr setzen muss, während andere – oft die traditionell funktional und sozial gemischten Stadtteile – mit einem bestimmten Maß an Konflikten ganz gut zurechtkommen?

Städtebauliche Voraussetzungen, fach- und zuständigkeitsübergreifende Kooperationsformen und Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Konfliktbewältigung werden anhand konkreter Praxisbeispiele dargestellt: Robuste Räume, die sich auch als informelle Jugendtreffs eignen, das Projekt „Open Space“ – offene Treffs für Teenies in der Ulmer Weststadt, Erfahrungen aus weiteren Projekten des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, eigene Forschungsergebnisse zu anpassungsfähigen Stadtstrukturen und Erfahrungen aus einem großen Konversionsprojekt in der Tübinger Südstadt, bei dem das Thema Bestandteil eines integrativen (und erfolgreichen) städtebaulichen Konzepts ist.

Susanne Wolter

Landespräventionsrat Niedersachsen

Präventive Projekte erfolgreich managen

Projektmanagement bietet ein vielfältiges Instrumentarium, um Ihr (präventives) Projekt erfolgreich zu planen, durchzuführen und abzuschließen. Entsprechende Literatur gibt es in Hülle und Fülle. Das dort beschriebene Instrumentarium zielt jedoch oft auf Megaprojekte mit umfangreichen personellen und finanziellen Ressourcen ab. Begriffe, wie ABC-Analyse oder Vorgangspfeilnetze schrecken viele potentielle Projektarbeiter/-innen ab. Wer indes den Grundregelkreis des Projektmanagements „verinnerlicht“ hat und versteht, sich die Instrumente „herauszupicken“, die für seine Bedürfnisse angemessen sind, wird die Methode schätzen lernen.

In meinem Vortrag geht es darum, die Grundidee des Projektmanagements darzustellen. Was ist ein Projekt? Was sind die „neuralgischen Punkte“, wie funktioniert der „Regelkreis“ des Projektmanagements?

Dann möchte ich ganz praktische Fragen aufgreifen. Warum sind Ziele für Projektmanagement essentiell? Was gehört in den Projektauftrag? Wann startet ein Projekt? Welche besonderen organisatorischen Anforderungen müssen erfüllt sein? Brauche ich einen Projektleiter? Wie müssen die mitwirkenden Personen „gestrickt“ sein? usw. Den Methodenkoffer kann ich dabei immer nur ein kleines Stück öffnen. Je intensiver Sie sich mit Projektmanagement beschäftigen, desto sicherer werden Sie selbst in der Auswahl geeigneter Methoden. Durch Projektmanagement allein können wir Kriminalität (leider) nicht verhindern. Sie ist jedoch ein vorzügliches Hilfsmittel, um präventive Aktivitäten gezielt zu steuern. Projektmanagement hilft nicht nur, Komplexität zu reduzieren. Die konsequente Beachtung des Regelkreises ist gleichzeitig Garant für ein Maximum an Prozess- und Ergebnisqualität.

Barbara Negrelli, Antiaggressivitätstrainerin^o
Kai Gärtner, Antiaggressivitätstrainer
Jugendamt Mannheim

InvaS-Interventionsprogramm für verhaltens- auffällige Schüler

**– ein Kooperationsprojekt von Stadtjugendamt,
Staatliches Schulamt und Polizei Mannheim –**

Als Angebot der Sekundärprävention im Bereich „Gewalt“ soll das Projekt dazu beitragen,

- strafunmündigen Kindern das eigene (Gewalt-)Verhalten bewusst zu machen.
- mit den Kindern Handlungsalternativen zu entwickeln.

Zielgruppe sind Kinder von 11–13 Jahren, die durch Gewaltbereitschaft auffallen und für die eine Erziehungs- und Ordnungsmaßnahme z. B. Unterrichtsausschluss ansteht.

Das Training gliedert sich in zwei Teile.

Der erste Teil findet an fünf aufeinander folgenden Tagen von 8–17 Uhr statt. Schwerpunkt des ersten Teils ist die Konfrontation mit dem gewaltbereiten Verhalten.

Der zweite Teil erstreckt sich über einen Zeitraum von bis zu 4 Monaten mit 10 wöchentlichen Trainingseinheiten à 3 Schulstunden während der Unterrichtszeit. Schwerpunkt des zweiten Teiles ist die Erarbeitung von Handlungsalternativen und Förderung der sozialen Kompetenzen.

Dr. Rüdiger Wulf

Projekt Chance e.V., Stuttgart

Hartmut Holzwarth

Bürgermeister, Creglingen

Dr. Thomas Trapper

Creglingen

Projekt Chance – Kommunale Kriminalprävention durch Jugendstrafvollzug in freien Formen

Wulf, Geschäftsführer des Trägervereins, eröffnet den gemeinschaftlichen Vortrag mit einer Übersicht über Ziele, Organisation, Finanzierung und Evaluation der ersten deutschen Einrichtung des Jugendstrafvollzugs in freien Formen gemäß § 91 Abs. 3 Jugendgerichtsgesetz.

Als Bürgermeister der Standortgemeinde Creglingen berichtet Holzwarth über die Standortfindung und die erfolgreichen Bemühungen in der Kommune, der Einrichtung Akzeptanz zu verschaffen.

Trapper, Leiter der Einrichtung, wird die pädagogische Konzeption vorstellen und erste Erfahrungen im Umgang mit den seit September 2003 betreuten Jugendlichen im Projekt einbringen.

Ein Jugendlicher im Projekt wird den Tageslauf und die eigenen Erfahrungen im Projekt schildern.

Dias und ein Video sollen einen möglichst unmittelbaren Eindruck vom Ambiente des Projekts im Kloster Frauental bei Creglingen vermitteln.

Ute Wolski
Soziologien, M.A., Winnenden

Mechanismen der Segregation

Armut und soziale Ungleichheit als Folge von Globalisierung, ökonomischem Strukturwandel und Arbeitslosigkeit nehmen besorgniserregend zu. Im Zusammenhang mit Zuwanderung und selektiven Wohnungsmarktmechanismen entmischen sich zunehmend Wohngebiete entsprechend ihrer Bevölkerungsstruktur. Ergebnis dieser Abgrenzungs- und Ausgrenzungsprozesse ist eine Polarisierung der Städte mit Wohnquartieren, die benachteiligt und für ihre Bewohner gleichermaßen benachteiligend sind, und die nicht nur den städtischen Etat, sondern auch den sozialen Frieden bedrohen. Selektive Abwanderung läßt diejenigen zurück, die keine andere Wahl haben: Marginalisierte einheimische Bewohner und Zuwanderer verschiedenster Nationalitäten und Kulturen.

Hauptsächliche Dimensionen der mit der Abwanderung einhergehenden Abwärtsspirale sind bauliche und infrastrukturelle Defizite, insbesondere aber eine unausgewogene soziale Durchmischung. Eine besondere Rolle spielt darüber hinaus die individuelle Wahrnehmung und Bewertung von Wohnumgebung und Wohnsituation, die zu subjektiver Unsicherheit und Kriminalitätsfurcht beitragen, selbst wenn diese durch die objektive Sicherheitslage nicht gedeckt sind.

Mit diesem Beitrag wird versucht, Ursachen und Zusammenhänge deutlich zu machen, aber auch Möglichkeiten für Verbesserungen aufzuzeigen, wie sie in zahlreichen Präventions- und Integrationsmodellen in Baden-Württemberg, zumindest in Ansätzen, bereits praktiziert werden.

Ernst Strohmaier

Deutsche Jugend aus Russland e.V., Stuttgart

**Patenschaften- und Mentorenprogramm der DJR –
parteiliche Jugendsozialarbeit**

Patenschaften- und Mentorenprogramm für die soziale Integration straffälliger und gefährdeter Spätaussiedler und anderen Migrantenjugendlichen.

Die Grundlage für das PMP bildet die **Parteiliche Jugendsozialarbeit**, die von den Jugendlichen selbst organisiert wurde. Hier geht die Rede um die konfliktorientierte Jugendhilfe. Die sozial benachteiligten und ausgegrenzten Jugendlichen, die meistens aus den Migrantenfamilien kommen, werden in der aktuellen Lebenssituation begleitet. In der Beziehung zwischen den Paten, bzw. Mentoren und den Jugendlichen wird die Biografie der jungen Menschen so akzeptiert, dass eine eigenverantwortliche und autonome Lebensplanung der Jugendlichen möglich ist.

Gescheiterte Integrationsbemühungen, mangelnde Perspektiven oder das Umfeld von gewaltgeneigten Jugendcliquen von jungen Migrantinnen und Migranten verschärfen die Problematik und führen immer wieder zu Wiederholungsdelikten. Das Potenzial der ehrenamtlich Aktiven in den Migrantenvereinen wurde bisher zu wenig für die Integrationsarbeit und für die Kriminalprävention genutzt. Diese Personen haben andere Zugänge zu den Migranten als professionelle Einrichtungen, besonders in der Elternarbeit. Sie sind wichtige „Türöffner“ und „Berater zwischen den Welten“ und deshalb wichtige Kooperationspartner bei allen integrationsfördernden Maßnahmen. Mit dem PMP entwickelte die Deutsche Jugend aus Russland (DJR) ein Projekt, das die Hilfe zur Selbsthilfe und das Engagement für Mitmenschen unabhängig von Herkunft und Glauben fördern soll.

In den Vortrag werden authentische Fälle als Beispiele der Arbeit mit Migrantengruppen und mit einzelnen Jugendlichen aus Migrantenfamilien eingebaut.

Friedrich Koch, Polizeidirektor, Essen
Thomas Römer, Rathaus Essen

Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens

Anfang der 90er Jahre entwickelte sich in Essen rund um den Hauptbahnhof, aber auch an verschiedenen Orten des Stadtkerns eine offene Drogenszene. Rauschgiftabhängige, Drogenhändler, Prostituierte, Nichtsesshafte und alkoholisierte Menschen gehörten zum alltäglichen Bild.

Die Szene war für die Bürger das Symbol des Versagens von Polizei, Stadt und Hilfeorganisationen. Alle diese Behörden und Institutionen trafen isolierte Maßnahmen, die jedoch das Anwachsen der Szene nicht verhindern konnten.

Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass durch die offene Drogenszene das Elend noch weiter vergrößert wird, schloss man sich im Jahre 2000 zu einer Ordnungspartnerschaft zusammen, die folgende Ziele verfolgte:

- Eine deutliche und dauerhafte Reduzierung der offenen Szene
- Verhinderung der Entstehung einer Szene vergleichbarer Größe an anderen Plätzen der Stadt
- Wirksame Hilfeangebote für suchtkranke Menschen, um ihnen den Ausstieg aus dem sozialen Elend zu ermöglichen

Das Konzept ist aufgegangen. Durch koordinierte Maßnahmen aller Beteiligten werden die Hilfeangebote von den Betroffenen angenommen. Die Szene ist aufgelöst und die Kriminalität in der Innenstadt deutlich zurückgegangen. Die Entstehung von Nachfolgeszenen konnte verhindert werden. Die Ordnungspartnerschaft besteht weiterhin und ist jederzeit in der Lage, auf aktuelle Probleme zeitnah zu reagieren.

Workshops – Abstracts

1. Kongresstag (17. Mai)

14.00 – 18.00	Crime Prevention and Urban Security in an European Perspective	Seite 101–107
14.00 – 18.00	Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des Vor-Ort-Ansatzes	Seite 108–115
14.00 – 18.00	Kommunale Lagebilder	Seite 116–121
14.00 – 18.00	Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention	Seite 122–127
14.00 – 18.00	Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie	Seite 128–133
14.00 – 18.00	Verkehrsprävention	Seite 134–140

2. Kongresstag (18. Mai)

09.00 – 11.30	The European Crime Prevention Network (EUCPN)	Seite 141–144
09.00 – 11.30	Migration und Prävention	Seite 145
09.00 – 11.30	„Mein Kind ist unschlagbar“	Seite 146–149
09.00 – 11.30	Gewaltkriminalität: Opferwerdung und Prävention	Seite 150–153
09.00 – 11.30	Prävention häuslicher Gewalt	Seite 154–158
09.00 – 11.30	Opferschutz und Prävention bei sexueller Gewalt und Menschenhandel	Seite 159–162
13.00 – 17.00	Netzwerke und Kooperation vor Ort	Seite 163–168
13.00 – 17.00	Das Stuttgarter Modell – der Weg zu einer sicheren Stadt	Seite 169–173
13.00 – 17.00	Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement	Seite 174–175
13.00 – 17.00	Schulische Prävention	Seite 176–181
13.00 – 17.00	Internetkriminalität und -überwachung – Sachstand und Entwicklung in Europa	Seite 182
13.00 – 17.00	Lokale Jugendkriminalitätsprävention – Grenzen und Möglichkeiten von Community-Ansätzen	Seite 183

Montag, 17. Mai
14.00–18.00 Uhr

Literaturhaus
Raum 2

Crime Prevention and Urban Security in an European Perspective

– in Zusammenarbeit mit
FORUM EUROPÉEN POUR LA SÉCURITÉ URBAINE –

(in englischer Sprache)

Moderation:

Jean-Paul Buffat

Project Manager European Forum for Urban Safety (EFUS)

Mit Beiträgen von:

Michel Marcus	Seite 101–102
Jean-Pierre Titz	Seite 103–104
Nel Vandevannet	Seite 105–107

Crime Prevention and Urban Security in an European Perspective

Michel Marcus

Magistrate, Executive Director, European Forum for Urban Safety

“Overview of crime prevention policies and practicies”

Implementation of the National Councils on Crime, beginning in 1971 in Denmark, or equivalent, specialised structures such as the *Permanent Secretariat for Prevention Policy* in Belgium in 1992 or, more recently, the *Deutsches Forum für Kriminalprävention* in 2001 in Germany, the launching of national crime prevention programmes in a majority of European States, and the development of partnership at the local level all represent varied responses that have been implemented since the 1970s to combat insecurity.

It is also a matter of responses to an increasingly strong social demand in face of a situation that can be attributed, in large part, to the crisis of regulatory systems linked to the welfare state and signs of the preoccupation of public authorities. To this must be added the attitude of elected officials, quite often the first ones having to confront the demands of their constituents and who have become aware of the structuring effect of the questions of security on the occasion of elections and who find themselves seeking models for action or, more simply, concrete arrangements.

In addition to the cross-disciplinary nature of all the policies that have been stimulated, the interest being accorded to the local level by national and European policies constitutes a strong point of the initiatives being carried out. The pertinence of the local level in dealing with crime appears as of the early 1990s in the work of European and even international institutions.

Aside from the recognition of the local level in the handling of crime, all the initiatives have, in common, the idea of enhancing an interdisciplinary approach, an articulation of safety and accompaniment policies, the establishment of partnerships between the prevention players as well as the development of approaches favouring proximity with the citizens.

There is no alternative but to observe that, despite the origins of a policy, the complexity of the local scene obliges its players to both go beyond established frameworks (which are proposed or imposed on them) or, if need be, to invent them. In truth, they use the tools placed at their disposal as much as local specificities. In this sense, all the policies carried out in cities are innovative and the expression of the ability of a territory and its players to act. Instancing all the differences that have been mentioned does not prevent, either in theory or in practice, comparing and exchanging local experiences because these concern individuals (perpetrators, victims or citizens) and jurisdictions, which are often similar. Crime prevention policies must be analysed as so many means or obstacles, not for permitting the attaining of an ideal type of public policy but for preserving this common good of individuals and property.

It is therefore not surprising that a considerable amount of work carried out in Europe concerning crime prevention comes to the conclusion of the necessity of developing exchanges at the european level of know-how and experiences. This theme of exchange has become recurrent at all levels, and the work of the European Forum For Urban Safety, is a good example of this. Meetings such as the Naples Conference (December 2000) have shown that many players of crime prevention policies are henceforth ready to federate around the European idea.

Crime Prevention and Urban Security in an European Perspective

Contribution of Jean-Pierre TITZ

Project Manager of the Integrated Project “Responses to violence in everyday life in a democratic society” at the Council of Europe

Council of Europe against violence

Individual security is threatened in everyday life in a wide array of circumstances and places: at home, school, work, sports events and in streets. While violence and the fear of violence affects the quality of life of the entire population, certain groups of people may be perceived as specific targets of violence such as women, children and older persons as well as migrants, refugees and ethnic groups.

The integrated project “Responses to violence in everyday life in a democratic society” has been set up to help decision-makers and other actors to implement consistent policies on awareness raising, prevention and appropriate punitive measures for combating everyday violence during a three-year period 2002-04. These policies have to be formulated and applied in a manner which respects human rights and the rule of law. Only then can the conditions and feelings about security in Europe be improved on a permanent basis.

Objectives and outcomes

The final outcome of the project will be a Council of Europe White Paper on responses to everyday violence, which will lay out a coherent and comprehensive policy for preventive action along with a series of implementation tools. The specific outcomes will take a number of different forms including conventions, recommendations of the Committee of Ministers, general policy guidelines, handbooks, teaching aids, compendiums of good practice, introductory booklets, reports and surveys. Networks of experts will be set up and hearings held to gather information on the theme. Gender equality is a general concern for all activities. The primary objective of the project – assistance to member states to implement policies to combat everyday violence – is broken down to three specific objectives.

Policy principles

Although the objective situations of violence and individuals' perceptions of them vary widely among the member countries, the project aims to identify generally shared policy principles on which a coherent and comprehensive policy to combat everyday violence can be based. Accordingly, the current national policies in this field need to be analysed for their common and specific aspects so as to establish European principles and standards for general policies on information, awareness-raising, prevention and appropriate punishment measures to curb violence in everyday life. Such basic principles are also essential in guiding the development and application of specific implementation tools. The policy principles will form the core of the White Paper on responses to violence.

Social developments

Most social developments facing European societies are not causes of violence as such but their effects may become connected to certain forms of violence. Therefore the project aims to prevent everyday violence that is related to cultural and religious diversity, social exclusion, trafficking in human beings and the mass media. Booklets summarising the earlier work of the Council of Europe on these issues will be published while specific policy guidelines and implementation tools will be prepared for those themes for which further efforts need to be made.

Prevention strategies

For certain places and situations it is possible to identify recurrent patterns and types of violence including their causes. Once this is achieved, specific policies and implementation tools can be prepared and applied. To this end the project will concentrate on violence in towns, in the home, in schools and at sports events. Its objective is also to develop approaches to awareness raising and training for young people, assistance for the victims of violence and mediation in penal matters. In addition to booklets summarising the Council of Europe's earlier work on these themes, new recommendations and implementation tools will be prepared to ensure a comprehensive prevention strategy.

Crime Prevention and Urban Security in an European Perspective

Nel Vandevannet

Coordinator, Crime Prevention Council of the city of Brussels

CITY OF BRUSSELS

LOCAL POLICY IN INTEGRATED PREVENTION

1. History of the local Security and Prevention Policy

The city of Brussels was one of the 5 cities who concluded a security contract with the Federal Government of Internal affairs. This contract is a financial support of around 500.000 € to develop prevention and security projects.

The first security contract of the City, worked out at the time within the Brussels police, was started in 1992.

As from 1996, the contract benefited from closer cooperation with the services more specifically concerned with prevention: the youth service, the social services department, the department of public education, the welfare services and the local authority housing companies.

At that time the services developed within the framework of the security contracts were incorporated into the existing structures. This option was to pave the way for

- better coordination of the projects with the initiatives taken within the services
 - the possibility for each department to work according to its specific deontology
 - greater involvement of the municipal and para-municipal services in the development of the policy in matters of security.
- With time, however, it became clear that the integration of the different provisions of the contract, especially the socio-preventive ones, into different departments within the City which are all linked to one coordination unit of the security contract placed in the orbit of the city police, did not favour the harmonization of the actions taken. Earlier reports, for that matter, had already condemned:
- the management of a contract which “from year to year became heavier and more inflexible, so as to considerably reduce its positive results”;

- the administrative procedures relating to the budget of the security contract, which it is difficult to fit in with municipal management.

2. 2002: A year marking a turning point – the police reform

The establishment of the police zone on 1st January 2002 and the resulting split between the police part and the preventive part of the contract enabled the City authorities to revise the security policy fundamentally and to emphasize priorities. Since then the security and prevention contract of the City of Brussels has been going through a process of profound transformation from several points of view: renewal of personnel and structures, readjustment of the objectives, redefinition of profiles and missions.

Within the new set up of the new mixed team concerned with the programme Grandes Villes – Contrat de Sécurité and at the operational level, it has become clear to the city authorities that:

- at the external level, the restriction of the spiral which associates pauperisation, marginality, criminality and the feeling of insecurity felt by part of the people can only be achieved by an approach that is integrated and as broad as possible. The current profusion of programmes focusing on the fight against social exclusion calls for more coherent action.
- At the internal level, the provisions and the structure of the security contract ought to be made more coherent. The current situation does not contribute to visibility of the projects, to particular flexibility in the actions taken, or to particular synergy with other municipal services. The content of the contracts has remained practically unchanged for years. Moreover, the present position within the municipal administration has become a handicap with regard to the selection and recruitment of new agents, which considerably jeopardizes the actualisation of the projects.

3. Structure of the semi-public association in charge of integrated prevention, “BRAVVO-Bruxelles / BRussel AVance VOoruit”:

Since the first of January 2004 the local authorities decided to create a semi-public association as an answer to the difficulties of the past. The association regroups about 90 social workers who work on four types of activities.

One constituent, activity of the association is concerned with **youth** and deals with Youth Centres, streetcorner workers as well as the unit “catching on youngsters”.

The constituent concerning **guidance and justice** provides front line legal aid as well as a service managing alternative legal measures (SEMJA).

The constituent **mediation** deals with:

- 1) social mediation (informing, creating social links and positive dynamics in the neighbourhoods, improving the relationships between the citizens and their institutions, anticipating problematic situations and provide the local authorities with suggestions for improvement)
- 2) educational mediation (fighting school absenteeism, preventing school violence)
- 3) local mediation (neighbourhood conflicts, interpersonal conflicts,...)

Finally, a constituent **presence in the quarters**, including park attendants, stewards etc., aims at creating a more convivial environment by re-appropriating public space.

Apart from the existing projects, it is also BRAVVO's ambition to develop new actions with regard to prevention.

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des Vor-Ort-Ansatzes

Moderation:

Dieter Schneider

Landeskriminaldirektor, Innenministerium Baden-Württemberg

Mit Beiträgen von:

Dieter Schneider	Seite 109
Hanno Hurth	Seite 110
Werner Spec	Seite 111
Franz-Hellmut Schürholz	Seite 112
Bernd Fuchs	Seite 113
Herta Wahl	Seite 114
Dr. Roland Bertet	Seite 115

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Dieter Schneider

Landeskriminaldirektor, Innenministerium Baden-Württemberg

Die Kommunale Kriminalprävention (KKP) in Baden-Württemberg ist bundesweit eines der besten Beispiele, wie Land und Kommunen, Kommunale Landesverbände und Ministerien erfolgreich an einem Strang ziehen. Der Spitzenplatz Baden-Württembergs im Bereich der Inneren Sicherheit ist nicht zuletzt der bürgerorientierten und vernetzten Präventionsarbeit vor Ort zu verdanken, an der neben den verschiedensten Behörden viele engagierte Bürgerinnen und Bürger ganz wesentlichen Anteil haben. Kommunale Kriminalprävention ist dabei kein statisches Gebilde, sondern ein kontinuierlicher, dauerhafter Prozess, der aktuellen Entwicklungen in den Kommunen unterliegt und immer wieder neu angepasst werden muss.

Ziel des Workshops ist es, mehr als sechs Jahre seit der landesweiten Einführung der KKP in der Diskussion Entwicklungslinien nachzuzeichnen, Bilanz zu ziehen und Perspektiven für die Fortentwicklung der KKP vor Ort anhand von Thesen zu erarbeiten. Dabei sollen die Erfahrungen und wechselseitigen Erwartungshaltungen der unterschiedlichen Träger und Partner kriminalpräventiver Arbeit vor Ort ausgetauscht und konkrete Verbesserungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aus deren jeweiliger Perspektive erörtert werden. Im Fokus des Workshops stehen die festgestellten erfolgskritischen Faktoren in der präventiven Arbeit. Insbesondere sollen auch die Ursachen analysiert werden, die dazu führen, dass sich der Ansatz der KKP in einzelnen Gemeinden mit großer Dynamik entwickelt, während andernorts die Akteure auf der Stelle treten.

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Hanno Hurth

Landrat, Landsratsamt Emmendingen

Ein wesentlicher, übergreifender Erfolgsfaktor der kommunalen Kriminalprävention ist die „Nähe zu den konkreten Problemen“, sowohl räumlich als auch im übertragenen Sinne. Im Landkreis Emmendingen sind die verschiedenen Aktivitäten der kommunalen Kriminalprävention in einem Förderverein gebündelt.

In diesem Verein sind neben Kommunen, Landkreis, Polizeidirektion und anderen Institutionen auch Ehrenamtliche Mitglieder. Dadurch ist eine Verankerung des Vereines in der Bevölkerung gewährleistet.

Erfolgreiche Kriminalprävention setzt ein klares Erkennen der konkreten örtlichen Problematik voraus. Nicht immer notwendig, aber sehr hilfreich, haben sich daher spezifische Problemanalysen in Form von Befragungen etc. erwiesen.

Kriminalprävention sollte einen breiten Ansatz haben und bewusst auch allgemeine präventive Ansätze mit einbeziehen.

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Werner Spec

Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Die Kommunalen Kriminalprävention bietet die Chance, unterschiedliche gesellschaftliche Themen und Probleme, die in einer Kommunen aktuell sind, zukunftsorientiert aufzugreifen und zu bearbeiten. Durch die Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte, vor allem aber unter Einbeziehung der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger können ganzheitliche Lösungsansätze gefunden werden, die die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung langfristig verbessern.

Die Stadt Ludwigsburg hat diese Möglichkeit frühzeitig erkannt und entsprechende Strukturen geschaffen.

Bereits im Jahr 1998 wurde der Förderverein „Sicheres Ludwigsburg e.V.“ gegründet. Er hat das Ziel, Initiativen, Aktionen und Fortbildungsveranstaltungen finanziell und ideell zu unterstützen sowie die Bevölkerung zu informieren und zu Zivilcourage zu ermutigen.

Eine Lenkungsgruppe koordiniert das Engagement in den Projekt- und Arbeitsgruppen und stellt die Verbindung zum Förderverein, zu den zuständigen Behörden sowie zur Presse her.

Folgende Themenbereiche wurden unter anderem seither erfolgreich bearbeitet:

- Kampagne „Aktiv gegen Männergewalt an Frauen, Mädchen und Jungen“
- „Runder Tisch Häusliche Gewalt“
- RESPEKT: Aktion gewaltfreie Schulen
- Projekt „Sicherheit am Bahnhof“
- Projekt „Störungen im öffentlichen Raum“

Kommunale Prävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Franz-Hellmut Schürholz

Präsident Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Die Kommunale Kriminalprävention (KKP) entwickelt sich in Baden-Württemberg zunehmend zum Markenzeichen. Mehr als 6 Jahre Erfahrung in der praktischen Umsetzung und derzeit rund 530 aktuelle Projekte im Land sprechen für dieses Erfolgsmodell und verpflichten uns, diesen Weg der Prävention konsequent und zielgenau weiter zu gehen. Die vorhandenen Spielräume sind noch nicht ausgeschöpft. Problemanalysen, innovative und kreative Interventionskonzepte sowie Evaluierungsmaßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung müssen ständige Wegbegleiter der KKP sein. Die Orientierung an den nachfolgenden Leitlinien halte ich dabei für unerlässlich.

1. KKP ist **Chefsache**. Der Erfolg ist in hohem Maße vom Engagement kommunaler, staatlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsträger abhängig.
2. KKP muss von einem **Prozess der Kontinuität** geprägt sein, der aktuelle Entwicklungen berücksichtigt und anpassungsfähig ist.
3. KKP lebt im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes von der Kooperation und dem Erfahrungsaustausch interdisziplinärer Partner sowie der Einbeziehung des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements.
4. KKP erfordert **langfristige und nachhaltige Investitionen** im personellen, materiellen und ideellen Bereich. Erfolgreiche KKP benötigt den anhaltenden Schmelbrand statt kurzer Strohfeuer.
5. KKP berücksichtigt neben den objektiv messbaren Daten vor allem auch das **Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger**.

Kommunale Prävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Bernd Fuchs

Leiter Polizeidirektion Heidelberg

(Kommunale) Kriminalprävention als wenig verständliche Wortschöpfung muss dem Adressatenkreis übersetzt werden. Dies gilt sowohl für die handelnden Akteure auf der Organisationsebene als auch für die „Nutznießer“ und Mitgestalter von Projekten. Die breite organisatorische Palette reicht von einem straff organisierten Lenkungsgremium bis hin zu loseren aber nicht zwangsläufig ineffizienteren Strukturen. Zwei Präventionsvereine bilden eine sehr wichtige gemeinsame Klammer (www.sicherheit.de und www.praevention-rhein-neckar.de).

Engmaschige Netzwerke haben sich gebildet. Permanente Nachhaltigkeit ist gefordert. Menschen mit ihrem sensiblen Bedürfnis nach Sicherheit müssen ernst genommen werden. Mit regelmäßigen Befragungen zur Sicherheitslage konnten einerseits neue Erkenntnisse und Handlungsansätze gewonnen, andererseits die Akzeptanz gemeinsamer Programme und Maßnahmen verbessert sowie die Identifikation vor Ort erhöht werden. Rund 100 verschiedene Projekte, vor allem Jugendprojekte, Sicherheitswochen, Fachtagungen, Seniorenprojekte und praktizierter Opferschutz machen Prävention (be)greifbar.

Unsere wissenschaftliche Begleitforschung belegt, dass sich Prävention in jeder Hinsicht „lohnt“. Zudem gelingt es uns dadurch, Präventionsansätze zu überprüfen und auszurichten. Die Stadt Heidelberg sparte durch die gemeinsamen Anstrengungen der letzten Jahre bis zu 1,5 Millionen Euro jährlich bei den stationären Hilfen im Jugendbereich ein. Diese Summe wird in die Prävention reinvestiert. Im Bereich der Polizeidirektion Heidelberg ist seit sechs Jahren kommunale Kriminalprävention nicht nur Programm sondern Realität. Konsens des Lenkungsgremiums im Oktober 2003 nach 5 Jahren: Es gibt strukturell nichts zu verändern.

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Herta Wahl

Vorsitzende Bürgerverein Nordstadt e.V.

Die Zusammenarbeit der Polizei mit dem Bürgerverein Nordstadt e.V. im Rahmen der Sozialraumkonferenz hat den Verein veranlasst, sich präventiv zu betätigen, indem er sich ehrenamtlich vernachlässigter Grundschulkinder annimmt, mit ihnen kocht, Tischtennis spielt und bastelt oder auch vorliest.

Ein zweites kriminalpräventives Projekt hat sich für den Verein durch den Hinweis auf die großen Anstrengungen der Sachbearbeiter für Graffitischäden bei der Polizeidirektion Pforzheim ergeben. Das Unvermögen der öffentlichen Einrichtungen hat zu einer unkonventionellen Methode geführt. Der Bürgerverein Nordstadt e.V., die Maler-Innung Pforzheim/Enzkreis, die Polizei und der Bezirksverein für soziale Rechtspflege sowie die Justiz arbeiten zusammen. Die Schäden werden kostenlos für die Geschädigten beseitigt. Der Täter-Opfer-Ausgleich bewahrt die in aller Regel jugendlichen Schmierer vor Kriminalisierung und großen Schulden.

Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des vor-Ort-Ansatzes

Dr. Roland Bertet

Dr. Dipl.-Pädagoge, Schulleiter Uhlandschule Kornwestheim, ESG Kornwestheim

Die ESG Kornwestheim ist ein Verein mit ca. 1500 Mitgliedern. Die Jugendfußballabteilung hat ca. 200 aktive Kinder und Jugendliche, wobei der Ausländeranteil ca. 90% beträgt. In der Vergangenheit gab es Spielabbrüche, Schlägereien, Vandalismus auf dem Vereinsgelände u.a.m. Ich habe dann ein Konzept entwickelt, das sportliche, soziale und pädagogische Ziele in sich vereinigt und zu Verhaltensänderungen der Beteiligten führen soll und damit die Integrationschancen erhöht. Die Umsetzung seit 8 Jahren erfolgt mit den Jugendtrainern und Detlef Olaidotter, einem ehemaligen Profi und Inhaber der DFB Bundesligatrainerlizenz, der als hauptamtlicher Trainer von der Stadt Kornwestheim bezahlt wird.

Inhaltlich geschieht dies durch die Schulung der Jugendtrainer in den folgenden Bereichen:

Pädagogischer Bereich

- Erziehungsrahmen definieren
 - Regeln gemeinsam aushandeln
 - Sanktionen gemeinsam bestimmen
 - Regeln konsequent umsetzen
- Konfliktmanagement
 - Streitschlichtungsausbildung der Trainer
 - Umgang mit Widerständen
 - Gesprächsführung

Sportlicher Bereich

- Ausbildung der Trainer in den Bereichen Trainingsplanung, Trainingssteuerung

Kommunale Lagebilder

Moderation:
Jörg Bässmann
Bundeskriminalamt

Mit Beiträgen von:

Gunther Dreher	
Dr. Joachim Obergfell-Fuchs	
Prof. Dr. Helmut Kury	Seite 117
Martin Feigl	Seite 118
PD Dr. Dieter Hermann	
Dr. Christian Laue	Seite 119
Dr. Johannes Luff	Seite 120
Sylke Osterloh	Seite 121

Kommunale Lagebilder

Gunther Dreher, Rottweil

Prof. Dr. Helmut Kury, Dr. Joachim Oberfell-Fuchs

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Strafrecht, Freiburg

Bevölkerungsumfrage in ländlichen und städtischen Regionen, Kriminalitätsanalyse und gezielte proaktive Maßnahmen

Kommunale Kriminalprävention ist innerhalb und außerhalb der Polizei ein zentraler und an Bedeutung stetig wachsender gemeinsamer Aufgabenbereich von Polizei und Kommunen. Mit dem Bedeutungszuwachs sind gleichzeitig auch Anforderungen an Professionalität und Qualität gestiegen. Um genaue Erkenntnisse über die Sicherheitslage einer Kommune im Rahmen einer Bestandsaufnahme zu erhalten, ist die Durchführung einer Bevölkerungsbefragung zur Ergänzung der objektiven Kriminalitätslage (Polizeilichen Kriminalstatistik) und eine optionale Untersuchung der Streifenwageneinsätze sowie der Notrufe eine unabdingbare Voraussetzung. Bei einer unvollständigen Gesamtsicht besteht die Gefahr, dass die präventiven und proaktiven Folgemaßnahmen nicht mit den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung korrespondieren. Zur Vorbereitung gezielter kriminalpräventiver Maßnahmen wurde in Rottweil das Standardinventar für Bevölkerungsbefragungen der Forschungsgruppe „Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg“ eingesetzt. Im Sommer 2003 wurde an 5000 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger Rottweils ab dem 12. Lebensalter ein mehrseitiger Fragebogen verschickt. Ein relativ hoher Anteil von rund 30 % der Befragten nahm an der empirischen Untersuchung teil. Die Auswertung wurde von der Arbeitsgruppe Forensische Psychologie und Kriminologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg vorgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass Kriminalität für die Bewohner in Rottweil zwar ein wichtiges, aber nicht das zentrale Problem darstellen. Als erste Maßnahme startet bereits im Mai 2004 das Programm „Gegenwind“ mit dem Themenschwerpunkt Gewaltprävention mit sechs Netzwerk- und 23 Kooperationspartnern. Die Bevölkerungsbefragung geht auf eine gemeinsame Initiative von Polizei und Stadt zurück.

Kommunale Lagebilder

Martin Feigl

Leiter Polizeirevier Leonberg

LABIS

Bei der Polizeidirektion Böblingen wurde ein DV-gestütztes, tagesaktuelles Lagebild (LABIS) entwickelt, welches bei 27 Polizeidienststellen in BW verwendet wird. Datengrundlage sind die im Rahmen des täglichen Dienstes getroffenen Maßnahmen, die einschließlich dem dazugehörigen Sachverhalt und den dabei festgehaltenen personenbezogenen Daten im Vorgangsbearbeitungssystem „M-Text“ erfasst werden. Diese Daten werden automatisiert ausgelesen und in eine Datenbankanwendung eingestellt. Über eine programmierte Web-Oberfläche können Recherchen in den Datensätzen durchgeführt werden. Der Zugriff ist von allen Bildschirmarbeitsplätzen aus und für jeden Sachbearbeiter möglich.

Auswertemöglichkeiten

1. Unterschiedliche Ereignisse (Straftaten, Ordnungsstörungen, Verkehrsunfälle usw.) werden zahlenmäßig in einer Tabelle dargestellt. Diese Tabellen werden nach Bedarf zusammengestellt und vordefiniert.
2. Einzelauswertungen sind individuell nach folgenden Kriterien möglich: Ereignis, Datum, Uhrzeit, Ort, Straße, Wochentag.
Das Ergebnis der Einzelauswertung wird in einem Suchergebnis dargestellt. Hierbei sind die Kerndaten sowie der komplett hinterlegte Sachverhalt abbildbar.
3. Eine Volltextrecherche ist möglich.

Eine kartografische Darstellung der Auswertergebnisse befindet sich in der Entwicklung.

Kommunale Lagebilder

Dr. Christian Laue

PD Dr. Dieter Hermann

Universität Heidelberg, Institut für Kriminologie

Wirkungen kommunaler Kriminalprävention – ein Fallbeispiel

Der Vortrag beschreibt die Ergebnisse der Initiative einer süddeutschen Kleinstadt im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention. Diese Initiative wurde vom Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg wissenschaftlich begleitet, u. a. durch die Problemanalyse mittels einer Bevölkerungsbefragung im Jahre 1996. Im Jahre 2004 wurde eine zweite Bevölkerungsbefragung durchgeführt, um zu erheben, in wie weit die Maßnahmen der kommunalen Kriminalprävention wirksam waren. Dazu werden Änderungen der objektiven Kriminalitätslage und deren Zusammenhang mit den Maßnahmen der kommunalen Kriminalprävention beschrieben.

Kommunale Lagebilder

Dr. Johannes Luff

Bayerisches Landeskriminalamt

Kriminologische Regionalanalysen: Zu Moden und Methoden, Notwendigkeit und Nutzen

Zur Kriminalität gehören Täter, in den meisten Fällen auch Opfer sowie der Raum, in dem sich die Tat ereignet. Dem dritten Aspekt geht seit Jahrzehnten die Kriminalgeografie in Form von Kriminalitätsatlanten, computergestützten Lagebildern, Kriminologischen Regionalanalysen bzw. neuerdings auch regionalen Kriminalitätsanalysen nach.

Manche Kriminologische Regionalanalyse muss sich der kritischen Frage stellen, ob sie als unverzichtbares Instrument zur kommunalen Kriminalprävention konzipiert wurde oder eher als Modeerscheinung der 90er-Jahre in die kriminologische Geschichte des 20. Jahrhunderts eingeht. Zudem scheint bei einigen dieser Analysen, die sich an vorgegebenen Gliederungsrastern orientieren, das Kosten-Nutzen-Kalkül zumindest für den unbeteiligten Leser nicht unmittelbar nachvollziehbar zu sein.

Analysen der Kriminalität im Raum müssen einerseits individuell und dynamisch sein, andererseits aber auch neben dem physischen Raum Aspekte des sozialen Raums bzw. des sozialen Umfelds berücksichtigen, wie sie sich z.B. als „Aneignung“ eines öffentlichen Parks, eines Straßenzugs oder gar eines ganzen Stadtviertels durch bestimmte ethnische/soziale Gruppierungen vollziehen.

Kriminologische Regionalanalysen wurden unseres Wissens bisher mit nur einer Ausnahme für Städte erstellt. Es stellt sich nicht zuletzt die Frage: Welchen Einfluss übt der Raum außerhalb des Raums auf den Raum aus?

Kommunale Lagebilder

Sylke Osterloh

Stadtentwicklungsamt, Erfurt

Sozialorientierte Stadtentwicklung und Kommunale Kriminalprävention in der Landeshauptstadt Erfurt – Der Kriminalitätsatlas als Kooperationsprojekt

Für die Stadt Erfurt wurde im Jahr 2000 durch eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Kriminalpräventiven Rates ein erster „Kriminalitätsatlas“ erarbeitet. Eine Fortschreibung ist für Ende 2004/Anfang 2005 vorgesehen. Im Vortrag wird die Entstehungsgeschichte, Herangehensweisen, Datenaufbereitungen, Methoden und Ergebnisse bei der Erarbeitung des Kriminalitätsatlases vorgestellt.

Entstanden ist er durch die Zusammenarbeit zwischen der Polizeidirektion, dem Thüringer Landeskriminalamt, der Fachhochschule Erfurt und der Stadtverwaltung unter Federführung des Stadtentwicklungsamtes. Schwerpunkte bilden kleinräumige Analysen, um daraus schlussfolgernd Berührungspunkte zwischen der räumlichen Verteilung der registrierten Kriminalität, soziostrukturellen Merkmalen sowie dem Sicherheitsempfinden und Befindlichkeiten der Erfurter Bürger darzustellen. Im Ergebnis liegen Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung insbesondere räumliche Schwerpunktbereiche für die kommunale Kriminalprävention in der Stadt Erfurt vor.

An Hand von konkreten Beispielen wird verdeutlicht, welche Rolle die analytische Aufbereitung in Form des Kriminalitätsatlases für eine ausgewogene soziale Stadtentwicklung darstellt.

Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention

– in Zusammenarbeit mit der
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) –

Moderation:

Norbert Seitz

Direktor des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK)

Mit Beiträgen zu den Themenbereichen:

Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige	Seite 123
„Städte für Sicherheit, Gewaltlosigkeit und Toleranz“ im DFK – Städteprojekte	Seite 124–125
Podiumsdiskussion zum Thema: „Was ist uns die (Gewalt-)prävention wert?“	Seite 126
Präsentation einer Konzeption für eine Öffentlichkeitsmaßnahme zur Gewaltprävention	Seite 127

Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Universität Bielefeld

Prof. Dr. Dieter Rössner

Universität Marburg

Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppen- angehörige – insbesondere junge Menschen. Herausforderung für die Gewaltprävention!

Ergebnisse einer Untersuchung

Vorurteils kriminalität, die man bisher üblicherweise als Hasskriminalität bezeichnet, hat eine besondere kriminal- und gesellschaftspolitische Bedeutung. Vorurteilsbedingte Gewaltstraftaten treffen nicht nur ein individuelles Opfer, sondern zielen auf eine ganze Bevölkerungsgruppe, die die gleichen abgelehnten Eigenschaften hinsichtlich Rasse, Nationalität, Religion, sexueller Orientierung oder sonstiger Lebensstile wie das danach ausgesuchte individuelle Opfer hat. Auf diese Weise sollen die Fremdgruppe eingeschüchtert und die Eigengruppe des Täters zu weiteren vorurteilsorientierten Aktivitäten aufgefordert werden. Die besondere Gefährlichkeit der Vorurteilskriminalität liegt danach in ihrem willkürlichen Angriff auf ein Zufallsopfer, um Teile der Bevölkerung zu verunsichern. Solche Angriffe auf die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens müssen durch kriminalpräventive Interventionen nachhaltig verhindert werden. Mit der vorliegenden Bestandsaufnahme, der Analyse des Problemfelds und vor allem den Überlegungen zur primären Prävention wird das Problemfeld in Deutschland erstmals systematisch bearbeitet, um die kriminalpolitische Diskussion zu versachlichen und wirkungsvolle Gegenstrategien zu entwickeln.

Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention

Kommunale Gewaltprävention – „Städte für Sicherheit, Gewaltlosigkeit und Toleranz“ im DFK

Vorstellung von Städteprojekten

Projekt zur Zivilcourage

14.45 – 15.05 Uhr

„Gewalt-Sehen-Helfen“ Eine Kampagne für Zivilcourage

Erfahrungswerte aus Frankfurt nach mehrjähriger Durchführung der Kampagne.

Frank Goldberg, Geschäftsführer des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main

Erfahrungsbericht über die aktuelle Implementierung der Kampagne in Chemnitz.

Jürgen Hedderich, Leiter der Geschäftsstelle des Kriminalpräventiven Rates der Stadt Chemnitz

Theaterstücke zur Gewaltprävention in Schulen

15.05 – 15.25 Uhr

„Es geht auch anders“

Theater als Medium schulischer Gewaltprävention.

Karl-Heinz Georg, Geschäftsführer des Kriminalpräventiven Rates der Hansestadt

Lübeck

„Das Bobomodul – Zwei in friedlicher Mission“

Einführung in ein Theaterstück zum Umgang mit Gefühlen.

Clemens Schäfer, Theaterpädagoge, Drehbuchautor und Regisseur

Edgar Hemmerich, Stabsstelle des Oberbürgermeisters, Sachbereich Kommunale Kriminalprävention der Stadt Stuttgart

Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention

Anti-Gewalt-Trainings

15.25 – 15.45 Uhr

Prävention mit Kampfkunst

Präsentation eines Anti-Gewalt-Projektes des Rates für Kriminalitätsverhütung der Stadt Ludwigshafen am Rhein.

Bernd Israng, Dipl.-Sozialpädagoge (FH), Karate-Do und Tai-Chi Lehrer

Erwin Röss, Dipl.-Sozialarbeiter (FH), Budo-Pädagoge und Karate-Do Lehrer

„Boxen im Osten“ (BiO)

Vorstellung einer Initiative zur Förderung der Integration von jungen Rußlanddeutschen im Sinne der Drogen- und Gewaltprävention.

Waldemar Welter, Geschäftsführung Kreisgruppe Stuttgart des Bundesverbands DJR Deutsche Jugend aus Russland e.V.

Edgar Hemmerich, Stabsstelle des Oberbürgermeisters, Sachbereich Kommunale Kriminalprävention der Stadt Stuttgart

Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention

Podiumsdiskussion zum Thema „Was ist uns die (Gewalt-)Prävention wert?“

Moderation:

Prof. Jörg Hafkemeyer
Universität der Künste Berlin

Teilnehmer:

Renate Hendricks, Bundeselternrat

Prof. Dr. med. Manfred Cierpka, Psychosomatische
Kooperationsforschung und Familientherapie des
Universitätsklinikums Heidelberg

Prof. Dr. Rudolf Egg, Direktor der Kriminologischen
Zentralstelle und Vorstandsvorsitzender des DFK

Prof. Dr. Friedrich Lösel, Lehrstuhl für Psychologie der
Universität Erlangen

Gerhard Müllenbach, Staatssekretär im Ministerium für
Inneres und Sport des Saarlandes

Für die Podiumsdiskussion „Was ist uns die (Gewalt-)Prävention wert?“ wird bewusst „Gewalt“ in Klammern gesetzt. Denn die Ursachen von Gewalt sind vielfältig und mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu eng verknüpft. Es reicht deshalb nicht aus, sich mit isolierten Maßnahmen gegen bestimmte Erscheinungsformen sozialschädlichen Verhaltens bzw. von Straftaten zu richten.

Vielmehr müssen wir den Blick weg von dem konkreten Delikt, das es zu verhindern gilt, hin zu dem richten, was Kinder und Jugendliche generell vor abweichendem, gewalttätigem Verhalten schützen kann und auf die positiven Bedingungen für ein sozialverträgliches, eigenverantwortliches Leben und die entsprechenden Schutzfaktoren.

Diskutiert werden sollen Chancen und notwendige (finanzielle) Rahmenbedingungen einer solchen langfristigen und breit angelegte Präventionsarbeit.

Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention

Präsentation einer Öffentlichkeitskampagne zur primären Gewaltprävention (Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule)

Präsentation:

Helmut Dirschner

Connect – Agentur für soziale Kommunikation GmbH

Im Juni 2003 beauftragte die Ministerpräsidentenkonferenz das Deutsche Forum für Kriminalprävention mit der Koordination des Programms zur Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule.

In enger Zusammenarbeit mit allen mit dieser Thematik und ihren zahlreichen Facetten befassten Einrichtungen und Institutionen, namentlich dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und der Polizeilichen Kriminalprävention soll die Umsetzung des umfangreichen Maßnahmenpaketes begleitet und gefördert werden, insbesondere durch Vernetzung und Bündelung unterschiedlicher Kompetenzen.

Als einer der ersten Schritte wurde die konzeptionelle Vorbereitung einer nachhaltigen Öffentlichkeitsmaßnahme zur Thematik veranlasst, die im Rahmen des offenen Forums Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention vorgestellt werden soll.

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Moderation:

Jens Petersen

Leiter Konzernsicherheit, Deutsche Bahn AG

Mit Beiträgen von:

Reinhard Conrads	Seite 129
Carsten Ens	Seite 130
Rainer Hannich	Seite 131
Rolf Kleinknecht	Seite 132
Dr. Norbert Taubken	Seite 133

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Reinhard Conrads

Leiter Security, VdS-Schadenverhütung

Einbrüche, Diebstahle, Vandalismus und Brandstiftung belasten nicht nur die Volkswirtschaft und die Budgets der Versicherer, sondern lassen auch oft das Vertrauen in die Gesellschaft schwinden. Dazu kommen oft noch nicht genau bilanzierbare Schäden in Milliardenhöhe, wenn z. B. wichtige Unterlagen verschwinden oder zerstört werden.

In der Praxis würden viele Angriffe von Tätern scheitern, wenn ausreichende Sicherungsmaßnahmen gegen Einbruchdiebstahl vorhanden wären.

Hier seien zunächst einmal die mechanischen Sicherungen zu nennen, also Sicherungsmaßnahmen an Türen, Fenstern und anderen Gebäudeöffnungen sowie von schwach ausgeführten Wänden, Decken und Böden. Ist die Installation von kompletten einbuchhemmenden Elementen wie z. B. einbruchhemmenden Türen und Fenstern nicht möglich, kann der Fachmann die vorhandenen Bauteile nachrüsten, d. h. sicherungstechnisch verbessern.

Eine sinnvolle Ergänzung der mechanischen Sicherungstechnik sind Einbruchmeldeanlagen (EMA), aber auch Zutrittskontroll- und Videoüberwachungsanlagen (ZKA, VÜA). EMA können sowohl die gesamte Außenhaut eines Bereiches/Gebäudes überwachen als auch Teile davon. Sie sollten in jedem Fall mit einer Notruf- und Serviceleitstelle verbunden werden, damit im Falle eines Alarmes eine Intervention z. B. durch ein Wach- und Sicherheitsunternehmen oder die Polizei erfolgen kann.

Sowohl für die mechanischen Sicherungen als auch EMA, ZKA und VÜA stehen bewährte Konzepte und zuverlässige Techniken und Dienstleistungen zur Verfügung, die Schäden Einbruchdiebstahl u. ä. deutlich minimieren können.

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Dipl.-Ökonom Carsten Ens

vdw Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen
Bremen e.V.

Kommunalprävention und Sicherheit in Wohngebieten

Der demographische Umwälzungsprozess stellt die Städte vor ganz neue Herausforderungen. Die Dimension dieser Aufgaben ist noch nicht ansatzweise erkannt worden. Der vdw Verband der Wohnungswirtschaft Niedersachsen Bremen weist seit langem darauf hin, dass die fortschreitende Alterung der Gesellschaft, die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten, die vermehrte Zuwanderung aus allen Teilen der Welt und ungelöste Fragen der Integration ausländischer Mitbürger deutliche Spuren im städtischen Zusammenleben hinterlassen haben.

Sicherheit als städtebauliches Thema steht für den vdw Niedersachsen Bremen spätestens seit der Veröffentlichung einer Studie des empirica-Institutes mit dem bezeichnenden Titel „Überforderte Nachbarschaften“ auf der Agenda. Die Untersuchung hatte 1998 den sozialen Erosionsprozess in Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus beschrieben. Heute sind mehr als zuvor in unserer direkten Nachbarschaft Plätze, Straßenzüge oder auch nur einzelne Häuser von Verwahrlosungstendenzen betroffen.

Die Wohnungsunternehmen stemmen sich gegen diese Erosionsprozesse. Aus naheliegenden betriebswirtschaftlichen Gründen, also zur Sicherung ihres Bestandes. Aber auch aus einer seit vielen Jahren fest verankerten sozialen Verantwortung gegenüber den Menschen, die schon lange Zeit sehr gerne in diesen Quartieren leben und sich dort wohlfühlen wollen. So trägt soziales Management vielerorts dazu bei, dass sich die Menschen in ihrer Umgebung wohlfühlen können.

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Rainer Hannich

Stv. Bankabteilungsdirektor, Hannover

Konzept zur Betreuung von Überfallopfern

Als Mitarbeiter Opfer eines Überfalls oder Geiselnahme in einem Kreditinstitut, Tankstelle, Supermarkt o.ä. zu werden, ist eine permanente Gefahr, die verdrängt wird. Kommt es zu einem Ereignis, so ist stets eine Traumatisierung die Folge. Da Opfer häufig keine körperlichen Verletzungen davon tragen, ist im dienstlichen und privaten Umfeld selten Sensibilität für die Schwierigkeiten der Betroffenen vorhanden. Diese entwickeln z.T. massive Probleme, die – nach langjährigen Erfahrungen der NORD/LB und einer Reihe von Opfern – gezielt verhindert können. Dies erfordert konzeptionelles Vorgehen. Unterbleibt konkrete psychologische Hilfe, sind Krankheiten, Arbeitsunfähigkeiten bis hin zur Frühverrentung nicht selten.

Ziel der Präsentation ist es aus den Erfahrungen der NORD/LB darzulegen, welche Erfolge das Unternehmen erzielen kann, wie die Vorgehensweise ist und wie die Betroffenen diese gezielte Hilfe im Rahmen der betrieblichen Fürsorge bewerten. Ferner wird erläutert, wie die Erstversorgung erfolgen kann, anschließend aus psychologischer Sicht vorgegangen wird, welche Methoden dabei erfolgreich angewendet und Erfahrungen für die Prävention gesammelt und umgesetzt werden können.

Schließlich ist ausreichend Zeit für den freien Dialog mit den Teilnehmern über ein Thema, welches für alle Überfall-Opfer gleichermaßen gilt.

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Rolf Kleinknecht

Siemens Building Technologies GmbH & Co oHG, Stuttgart

Bildübertragung aus gesicherten Objekten

Technischer Ansatz zum Übertragen von Videobildern zur Polizei mittels objektautarkem System unter Mitverwendung der gem. UVV Kassen vorhandenen Kameras.

- Von der grundsätzlichen Überlegung bis zur Inbetriebnahme einer Pilotanlage bei der LPD Stuttgart II.
- Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und des Datenschutzes bei der Übertragung von Bildern.
- Technische Anforderungen an das System auf Sender- und Empfängerseite.
- Die daraus resultierende technische Lösung durch Siemens Building Technologies.

Präventionskonzepte in Wirtschaft und Industrie

Dr. Norbert Taubken
CSR-Consult, Hamburg

Präventionsarbeit und Sponsoring? Neue Unternehmensstrategien bringen privatwirtschaftliche Interessen und gemeinnütziges Engagement zusammen

Unternehmen und soziale Organisationen haben sich in den vergangenen Jahren deutlich aufeinander zu bewegt. Nicht aus Liebe, sondern weil sie erkennen, dass beide Seiten davon profitieren können. Auf Seiten sozialer Projekte erfolgt eine Zusammenarbeit in der Regel aus reinem Finanzierungsdruck. Auf Unternehmensseite geht es um Vermarktung oder um strategische Ziele. Dann heißen die Motoren: Corporate Citizenship, Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen, Corporate Responsibility oder Soziale Nachhaltigkeit.

Auch wenn seit einigen Jahren die Verwendung von Budgets genauer überprüft wird, erhöht sich der politische Druck, sich als Unternehmen gesellschaftlich zu positionieren. Allerdings werden an Partnerschaften Anforderungen gestellt, die in der Regel nur wenig transparent sind.

Der Referent wird darstellen, aus welchen strategischen Überlegungen und Vorstellungen heraus, partnerschaftliche Projekt für Unternehmen interessant sind. Daraus lassen sich Erkenntnisse für Präventionsprojekte gewinnen: Kommt ein Wirtschaftspartner für uns in Betracht? Und wie finden wir den richtigen Partner?

Verkehrsprävention

Moderation:

Volker Weinstock

Innenministerium Baden-Württemberg

Mit Beiträgen von:

Thomas Gerbert

Dieter Troppmann

Seite 135

Rudolf Prach

Seite 136

Daniel Rölle

Seite 137

Dieter Speiser

Seite 138

Katja Striefler

Seite 139

Walter Sturm

Jürgen Keller

Seite 140

Verkehrsprävention

Dieter Troppmann

Leiter Sachbereich Prävention, Polizeidirektion Lörrach

Thomas Gerbert

Pressereferent bei der BGSi Lörrach

FFiBB (Faires Fahr'n in Bus und Bahn) – Präventionsprojekte zum Thema Schulwegsicherung

FFiBB steht für **Faires Fahr'n in Bus und Bahn** und beschäftigt seit Februar 2002 die Verantwortlichen für Verkehrs- und Kriminalprävention von Polizei, Bundesgrenzschutz, Stadt Lörrach, Staatliches Schulamt, Landratsamt sowie die im Landkreis vertretenen Verkehrsunternehmen SüdbadenBus GmbH, Südwestdeutsche Verkehrs AG, Deutsche Bahn AG und den Dachverband der Verkehrsunternehmen, den Regio Verkehrsverbund Lörrach. Seit Mitte November ist auch die SBB GmbH Mitglied im Projekt.

Ziel des Projektes **FFiBB** ist die Ausbildung/Schulung von SchülerInnen ab 14 Jahren (i.d.R. Klassenstufe 8 der weiterführenden Schulen) zu **FahrzeugbegleiterInnen**.

Die wesentlichen Inhalte dieser Ausbildung liegen in der Stärkung der Sozialkompetenz und der Zivilcourage, im Bereich Streitschlichtung und Konfliktthandhabung sowie in der Verbesserung des Sozialverhaltens der Jugendlichen.

Das Tätigwerden ist situationsabhängig und soll unter kritischer Einschätzung der eigenen Möglichkeiten erfolgen. Die Jugendlichen sollen möglichst zu zweit oder zu dritt auftreten.

Die FahrzeugbegleiterInnen erhalten einen speziellen Ausweis, den sie bei ihren Fahrten sichtbar umhängen haben.

Deutlich herauszustellen ist, dass sie **keine Hilfsheriffs** oder **Securities**, **keine Kontrolleure der Verkehrsbetriebe** und auch **keine „Petzer oder Verräter“** sind.

Die Ausbildung erfolgt durch fachkundiges Personal, unterstützt durch Polizei, BGS und die Verkehrsunternehmen im Rahmen von theoretischen und praktischen Unterrichtseinheiten während des normalen Schulunterrichts an den Schulen sowie direkt in den entsprechenden Fahrzeugen (Bus und Bahn).

Die ständige Betreuung der FahrzeugbegleiterInnen ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtkonzeption von **FFiBB**. Neben regelmäßigen Feedbackveranstaltungen steht an jeder teilnehmenden Schule ein(e) Ansprechpartner(in) (Lehrer) zur Verfügung.

Die FahrzeugbegleiterInnen sind nach Abschluss der Ausbildung im Rahmen ihrer Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln in der Regel auf dem Schulweg tätig. Dabei stehen ihnen die Busfahrer oder Zugbegleiter als Kontaktpersonen zur Verfügung. Diese Personengruppen wurden deshalb ebenfalls entsprechend ausgebildet/informiert.

Eine materielle Entlohnung ist nicht vorgesehen, wohl aber sog. Gruppenerlebnis-Events.

Am Ende ihrer Tätigkeit (i.d.R. nach Abschluss der 10. Klasse) erhalten die Jugendlichen einen Vermerk über ihr soziales Engagement im Zeugnis. Die Projektleitung stellt ihnen zusätzlich ein Zertifikat aus.

Verkehrsprävention

Rudolf Prach, Polizeidirektion Heilbronn

Illegale Drogen im Straßenverkehr

„Illegale Drogen im Straßenverkehr“ ist ein multimediales Präsentationswerk. Es dient der programmierten Unterrichtsgestaltung und audiovisuellen Vortragsbegleitung zum Problembereich der zunehmenden Teilnahme von jungen Kraftfahrern (Alter 18–25 Jahre) unter Einfluss von illegalen Drogen im Straßenverkehr.

Verkehrsprävention

Daniel Rölle

Institut Wohnen und Umwelt (IWU), Darmstadt

Erhöhung der subjektiven Sicherheit im öffentlichen Verkehrssystem

Ähnlich wie in anderen Gesellschaftsbereichen, lässt sich auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beobachten, dass die „objektive“ Sicherheitslage nicht mit der „subjektiven“ Sicherheit übereinstimmt. Unsicherheitsgefühle sind bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowohl für die Fahrgäste als auch für die Verkehrsunternehmen ein zentrales Problem, auf das die Verkehrsunternehmen reagieren müssen. Während für die Verkehrsunternehmen Attraktivitätsverluste des ÖPNV und Einnahmeausfälle zu den Folgen gehören, befürchten einige Fahrgäste Belästigungen, tätliche Angriffe und Überfälle, wenn sie im ÖPNV unterwegs sind.

Die Voraussetzung für die Problemlösung sind Erkenntnisse über problematische Orte und Situationen im Zusammenhang mit der Nutzung des ÖPNV und Maßnahmen, die präventiv sowie unmittelbar zur Problemlösung eingesetzt werden können.

Der Vortrag stellt erste Ergebnisse des vom BMBF geförderten Projekts „Subjektives Sicherheitsempfinden im Personennahverkehr mit Linienbussen, U-Bahnen und Stadtbahnen“ (SuSi-PLUS) vor. In Zusammenarbeit mit Verkehrsunternehmen werden dabei Potentiale des subjektiven Unsicherheitsgefühl im ÖPNV von verschiedenen Perspektiven betrachtet. Dabei werden u.a. die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Verkehrsunternehmen dargestellt, die Aufschluss über die Art der Sicherheitsprobleme und die praktizierten Lösungsstrategien geben.

Verkehrsprävention

Dieter Speiser

Koordinierungs- u. Entwicklungsstelle Verkehrsprävention
Baden-Württemberg bei der Landespolizeidirektion Tübingen

Vorstellung der Aktion „Gib acht im Verkehr“

Die landesweite Verkehrsaufklärungsaktion GIB ACHT IM VERKEHR aus Baden-Württemberg stellt Verkehrsprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Die Partnergemeinschaft Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Polizei, ADAC Württemberg und Baden, Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V., Landesverkehrswacht, Fahrlehrerverband, Landessportverband und Unfallkasse Baden-Württemberg widmet sich deshalb gemeinsam der Verkehrssicherheitsarbeit vom Kind bis zum Senior und vom Fußgänger bis zum Brummi-Fahrer. Ziel der Initiative ist es, die Unfallzahlen zu senken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das partnerschaftliche Verhalten im Straßenverkehr zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch Erstellung landesweiter Medien zur Verkehrsprävention, Finanzierung und Bereitstellung von Informationsständen zur Verkehrssicherheitsarbeit in Stadt- und Landkreisen, Initiierung von Verkehrssicherheitsprojekten, die auf örtlicher Ebene umgesetzt werden, Prämierung erfolgreicher Verkehrspräventionsprojekte sowie durch Förderung und Unterstützung der Arbeitskreise „Verkehrssicherheit“ in den Stadt- und Landkreisen.

Dafür ziehen in Baden-Württemberg alle an einem Strang! Im Vortrag werden die Einmaligkeit der Partnergemeinschaft als Kompetenzzentrum in Sachen Verkehrssicherheit, Möglichkeiten der Kooperation mit weiteren Partnern, das Medien- und Produktangebot der Aktion GIB ACHT IM VERKEHR und einzelne, beispielhafte Aktionen und Maßnahmen vorgestellt.

Verkehrsprävention

Dipl. Pol. Katja Striefler

Polizeidirektion Hannover, Beauftragte für Kriminalprävention Landeshauptstadt Hannover,
Kommunaler Kriminalpräventionsrat Region Hannover

Sicher mit Bus und Bahn

„Sicher mit Bus & Bahn“ – unter diesem Motto arbeiten in Hannover seit 2002 ExpertInnen aus dem örtlichen Verkehrsunternehmen, Polizei, Region, Präventionsgremien, Jugendschutz und Blindenverband zusammen, damit sich Fahrgäste in Stationen und Fahrzeugen wohl fühlen können.

Katja Striefler, Koordinatorin für Fahrgastsicherheit der Region Hannover, wird im Workshop „Verkehrsprävention“ Philosophie und Arbeitsergebnisse des ExpertInnenkreises „Sicher mit Bus & Bahn“ vorstellen.

Stichworte: Erleben der Fahrgäste im Mittelpunkt – Veranstaltungen für Fahrgäste – Film „Tu was. Dann tut sich was!“
Mehr Informationen: www.hannover.de und www.regionhannover.de (Suchbegriff „sicher“ eingeben)

Verkehrsprävention

Walter Sturm, Jürgen Keller
Polizeidirektion Schwäbisch Hall

Busschule

Die Busschule im Landkreis Schwäbisch Hall ist ein Kooperationsprojekt mit den Zielen, Kinder mit den potentiellen Gefahren des Schulweges vertraut zu machen und das richtige Verhalten sowie fairen Umgang miteinander zu üben und zu lernen. Darüber hinaus werden Aspekte der Verkehrs- und Kriminalprävention miteinander verknüpft. Für die Entwicklung und Durchführung der Busschule haben sich das Landratsamt Schwäbisch Hall (Schirmherrschaft), der Kreisverkehr (zentrale Geschäftsstelle der Busunternehmen im Landkreis), die Verkehrswacht und die Polizeidirektion Schwäbisch Hall zusammengeschlossen. Diese Partnerschaft ermöglicht es uns zum einen inhaltlich weit über sonst übliche Busschulen hinauszugehen und zum anderen eine fast flächendeckende Umsetzung im Landkreis Schwäbisch Hall gewährleisten zu können.

Aufbau und Inhalte der Busschule:

Teil 1: Elternabend/Informationsbrief

Teil 2: Das Werkheft „Das kleine Zebra auf dem Schulweg“ dient als Einführung in das Thema und wird vorbereitend im Rahmen des Unterrichts besprochen.

Teil 3: Das für die örtliche Schülerbeförderung zuständige Busunternehmen stellt einen Bus und einen Busfahrer für den praktischen Teil der Busschule zur Verfügung. Neben den Besonderheiten eines Busses als Verkehrsmittel werden auch Gefahrenpunkte im Zusammenhang mit dem Busfahren besprochen (ein Polizeibeamter begleitet diesen Teil)

Teil 4: Etwa eine Woche nach dem praktischen Teil findet ein ca. zweistündiger kriminalpräventiver Unterricht mit den Schwerpunktthemen „Wiederholung von Teil 3“, Sinn und Zweck von Regeln“, „Konflikte lösen – ohne Gewalt“, „Diebstahl“ und „Zeugenverhalten“ statt. Die verwendeten Arbeitsbogen werden nach der gemeinsamen Besprechung mit dem Stempel „Das kleine Zebra“ versehen.

Mit einem Klassenvertrag und einem auf Dauer angelegten Kalender können die Schülerinnen und Schüler ihr Verhalten auf dem Schulweg reflektieren und gegenseitig kontrollieren.

Zum Abschluss werden die Teilnehmer der Busschule mit einer Urkunde ausgezeichnet. Jede erste Klasse bekommt ein „Kleines Zebra“ als Plüschtierchen für das Klassenzimmer.

The European Crime Prevention Network (EUCPN)

– Examples for Community based Prevention from Member States –

(in englischer Sprache)

Moderation and Introduction:

Detlef Otto Bönke

Federal Ministry of Justice, Berlin

Mit Beiträgen von:

Detlef Otto Bönke

Seite 142

Jan Andersson

Seite 143

Victor Jammers

Seite 144

The European Crime Prevention Network (EUCPN)
– Examples for Community based Prevention from Member States –

(in englischer Sprache)

Detlef Otto Bönke

Federal Ministry of Justice, Berlin

The European Crime Prevention Network (EUCPN) – Examples for Community-based Prevention from Member States

The workshop will give an overview of the activities of the EUCPN, of its organisation and future development. Examples for Community-based Prevention from two Member States will be presented within the scope of national crime prevention policies.

In May 2001 the EU Council adopted a Decision establishing the European Crime Prevention Network (EUCPN). The objectives of the network are to contribute to developing the various aspects of crime prevention at Union level and to support crime prevention activities at local and national level. Although covering all types of criminality, the Network shall pay particular attention to the fields of juvenile, urban and drug-related crime. In this respect the Network facilitates co-operation, contacts and exchanges of information and experience between Member States, national organisations, the EU Commission and other organisations specialising in crime prevention matters.

Discussion in the workshop should focus on the questions as to whether, and how, European and national bodies should foster crime prevention activities at the local level.

The European Crime Prevention Network (EUCPN)

– Examples for Community based Prevention from Member States –

(in englischer Sprache)

Jan Andersson

Director General, Stockholm

Structures and Goals in Sweden

In the spring of 1996 the Swedish Government presented a national crime prevention programme, Our Collective Responsibility. The main conclusion drawn was that a considerably broader crime policy approach must be brought to bear in fighting crime than had previously been the case.

The programme can be said to rest on three cornerstones:

1. An increased attention must be given to how societal developments, as well as political decisions concerning other than crime policy, can exert an influence on criminality
2. It is essential to improve legislation and administrative activities within the crime policy sphere so as to make them more effective.
3. The circumstances that causes crime can be changed and the best available knowledge of how this is done, is on the local level. Hence, the programme stresses the importance of collaboration between public authorities and citizens at the local level.

In order to enable the intentions of the programme to be translated into reality, the National Council was given the task of initiating, supporting and following up local crime prevention activities. Today, some 80 per cent of the 290 municipalities in Sweden has established Local crime prevention councils.

The support given from the National Council is presented in the work shop. It includes best practice manuals, local crime statistics presented graphically on a monthly basis, net working and much more.

The European Crime Prevention Network (EUCPN)

– Examples for Community based Prevention from Member States –

(in englischer Sprache)

Victor Jammers

Ministry of Justice, Netherlands

Status quo and Future Development in the Netherlands

Crime prevention in the Netherlands is focussing on four subjects: youth crime, violence, business community and integrity.

Prevention of youth crime has proven to be difficult at the community level. Many organisations are involved, but it's not easy for parents and their children to decide which organisation to turn to.

Prevention of different forms of violence at the local level (domestic, in the streets, in public transport) has been given strong impulses since 2000. Local networks against domestic violence, publicity campaigns against violence in the streets, grants for prevention measures in public transport.

To prevent crime aimed at the business community, a new plan of the government and the business community was launched in January 2000. Projects were started with the retail sector, with jewellers. Prevention concepts for local co-operation against crime are developed.

Integrity is an important political topic in Dutch politics. Instruments were developed for integrity screening of individual persons and companies.

In the workshop an overview of (local) projects on these subjects will be given.

Migration und Prävention

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts
Niedersachsen (KFN)

Im Auftrag des Zuwanderungsrates der Bundesregierung hat Prof. Pfeiffer gemeinsam mit drei Mitarbeitern kürzlich eine umfangreiche Studie zum Thema „Probleme der Kriminalität bei Migranten“ verfasst.

Sein einleitender Vortrag wird die bisher zum Teil noch nicht veröffentlichten empirischen Befunde der Untersuchung darstellen und dann auf die sich daraus ableitenden Präventionsperspektiven eingehen. Schwerpunkte sind:

- Junge Migranten als Täter und Opfer
- Kriminalität von Aussiedlern
- Strafverfolgung von Ausländern
- Vorschläge für die Präventionsarbeit vom Kindergarten über die Schule, die Auseinandersetzung mit den Familien, den Freizeitbereich bis zur Stadtteilarbeit.



**ZEIGEN SIE FLAGGE. TRAGEN SIE
UNSER T-SHIRT. ERHÄLTlich ÜBERALL
BEI QUELLE 0180-53100**

WWW.BUENDNIS-FUER-KINDER.DE



„Mein Kind ist unschlagbar“

– in Zusammenarbeit mit der
Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt –

Mit Beiträgen von:

Barbara Ammer

Seite 148

Dr. Andreas Schick

Seite 149

„Mein Kind ist unschlagbar“

– in Zusammenarbeit mit der Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt –

Barbara Ammer

Geschäftsführung – Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt

„Mein Kind ist unschlagbar“

Gewalt von und gegen Kinder und Jugendliche lässt die Öffentlichkeit aufschrecken. Das Bündnis für Kinder – gegen Gewalt will einen Beitrag zu einem gewaltfreien Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft leisten.

Am Beispiel der bundesweiten Sensibilisierungskampagne „Mein Kind ist unschlagbar“ und dem Gewaltpräventionsprojekt „Faustlos“ wird das Bündnis für Kinder – gegen Gewalt die Schwerpunkte seiner Arbeit

- Aufklärungs- und Öffentlichkeitskampagnen,
- Initiierung und Unterstützung innovativer Projekte zur Gewaltprävention,
- Anregung bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes sowie
- Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustausches vorstellen.

„Mein Kind ist unschlagbar“

– in Zusammenarbeit mit der Stiftung
Bündnis für Kinder – gegen Gewalt –

Dr. Andreas Schick
Heidelberger Präventionszentrum

Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und Gewaltprävention in Grundschule und Kindergarten mit dem Faustlos-Curriculum

Im Workshop wird ein Überblick über die Inhalte und den Aufbau von Faustlos gegeben. Dargestellt werden die drei Bausteine des Programmes Empathieförderung, Impulskontrolle und Umgang mit Ärger und Wut. Am Beispiel einer ausgewählten Curriculums-Lektion wird anschließend in die praktische Arbeit mit Faustlos eingeführt und die Ergebnisse zur Effektivität des Curriculums werden dargestellt. Während des Workshops wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausreichend Raum für Fragen und Diskussion zur Verfügung gestellt, so dass sie sich einen umfassenden Eindruck von Faustlos machen und alle Fragen beantwortet werden können.

Gewaltkriminalität: Opferwerdung und Prävention

– in Zusammenarbeit mit dem WEISSEN RING e.V. –

Moderation:

PD Dr. Dieter Hermann

Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg

Mit Beiträgen von:

Prof. Dr. Hans-Georg Voss

Seite 151

Dr. Gudrun Doering-Striening

Seite 152

PD Dr. Dieter Hermann

Seite 153

Gewaltkriminalität: Opferwerdung und Prävention

– in Zusammenarbeit mit dem WEISSEN RING e.V. –

Prof. Dr. Hans-Georg Voss

Arbeitsstelle für Forensische Psychologie, Institut für
Psychologie Technische Universität Darmstadt

Zur Psychologie des Stalking

Stalking bezeichnet „das willentliche, wiederholte Verfolgen oder Belästigen einer Person, deren Unversehrtheit und Sicherheit dadurch bedroht wird“. Die Angaben zur Verbreitung des Phänomens schwanken (je nach Definition) zwischen 8 bis 15 % aller Frauen und 2 % aller Männer, die irgendwann in ihrem Leben wenigstens einmal Erfahrungen mit Stalking (als Opfer) gemacht haben. In dem Vortrag werden die folgenden vier Themenkomplexe etwas ausführlicher behandelt: Phänomenologie des Stalking (Vorkommen, typische Verhaltensweisen, Auswirkungen), Persönlichkeit und Psychopathologie des Stalkers (Typologien, klinisch-pathologische Aspekte), theoretische Ansätze zur Erklärung des Phänomens (Bindungstheorie, Psychoanalytische Objektbeziehungstheorie, Narzissmustheorie und Psychopathologie, Beziehungsansatz der Familienentwicklungstheorie) und Risikoeinschätzung, Prävention und Management von Stalkingfällen. Entsprechend der thematischen Ausrichtung des Präventionstages wird der Schwerpunkt der Betrachtung auf den letztgenannten Themenbereich gelegt.

Gewaltkriminalität: Opferwerdung und Prävention

– in Zusammenarbeit mit dem WEISSEN RING e.V. –

Dr. Gudrun Doering-Striening

Fachanwältin für Familien- und Sozialrecht, Essen

Schütteltrauma eine unbekannte Form der Kindesmisshandlung

Unwissenheit ist die Wurzel allen Übels (Sokrates). Über das Schütteltrauma weiß der Bürger in der Regel ebenso wenig wie viele Professionelle, die mit Kindern arbeiten.

Schütteltrauma ist eine schwere Form der Kindesmisshandlung und entsteht durch kurzes massives Schütteln des Kindes. Das Schütteln verursacht schwere Hirnschäden bis hin zum Tod. Schreikinder sind eine Hochrisikogruppe für solche Misshandlungen.

„Vom Wickeltisch gefallen“ oder „die Treppe hinuntergefallen“ heißt es dann häufig in amtlichen Berichten. Damit wird die aggressive Gewalt zum tragischen Unfall.

Der Vortrag will anhand eines konkreten Falles informieren, was ein Schütteltrauma ist, damit es vermieden werden kann. Er will zeigen, worauf man achten muss, um es als Gewalttat diagnostizieren zu können.

Wer die freudbestimmte Gewalttat bestreitet und stattdessen auf Grund Unkenntnis einen schicksalhaften Unfall annimmt, bringt Opfer von Gewalttaten um die Anerkennung ihrer Leiden und schafft neues Unrecht. Schlimmstenfalls bringt er sie um Wiedergutmachung und Sozialleistungsansprüche, wie z. B. Opferentschädigungsleistungen. Dem gilt es vorzubeugen, deshalb wird ein rechtlicher Überblick gegeben und ein wichtiges Urteil hierzu vorgestellt werden.

Gewaltkriminalität: Opferwerdung und Prävention

– in Zusammenarbeit mit dem WEISSEN RING e.V. –

PD Dr. Dieter Hermann
Institut für Kriminologie, Heidelberg

Geschlechtsspezifische Aspekte der Gewaltprävention

Kaum ein Merkmal steht mit Kriminalität – insbesondere mit Gewaltkriminalität – in so enger Beziehung wie das Geschlecht. In nahezu allen Hell- und Dunkelfeldstudien wird belegt, dass weniger Frauen als Männer kriminell sind und kriminelle Frauen im Durchschnitt weniger und leichtere Straftaten begehen. Zudem belegen zahlreiche Studien, dass Frauen eine größere Kriminalitätsfurcht als Männer haben. Trotzdem findet man kaum kriminalpräventive Ansätze, die diese Zusammenhänge berücksichtigen und geschlechterdifferenzierende Maßnahmen vorschlagen. In dem Beitrag werden Gründe für den Zusammenhang zwischen Geschlecht und Kriminalität bzw. Kriminalitätsfurcht untersucht und Vorschläge für die Berücksichtigung des Gender-Aspekts bei kriminalpräventiven Maßnahmen diskutiert.

Prävention häuslicher Gewalt

Moderation und Einführung:
Andrea Buskotte
Landespräventionsrat Niedersachsen

Mit Beiträgen von:

Ilse Buddemeier	Seite 155
Prof. Dr. Cornelia Helfferich	Seite 156
Dr. Susanne Heynen	Seite 157
Dr. Ursula Matschke	Seite 158

Prävention häuslicher Gewalt

Ilse Buddemeier

Gleichstellungsstelle für Frauenfragen der Stadt Bielefeld

Interventionsprojekt gegen Gewalt von Männern in Beziehungen

Das Bielefelder Interventionsprojekt wurde im Jahr 1999 ins Leben gerufen, um die polizeiliche, kommunale, juristische sozialarbeiterische und therapeutische Intervention in Fällen häuslicher Gewalt besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen. Die Koordination liegt bei dem Kommissariat Vorbeugung der Polizei Bielefeld und der Gleichstellungsstelle für Frauenfragen der Stadt Bielefeld.

Das Interventionsprojekt ist praxis- und umsetzungsorientiert. Es setzt an den vorhandenen Strukturen und Ressourcen an und versucht, das Alltagshandeln der mit dem Problem befassten Institutionen zu optimieren. Das Projekt wird in mehreren zeitlich aufeinanderfolgenden Schritten erarbeitet. Für jedes Teilkonzept wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die für den jeweiligen Bereich relevanten Institutionen vertreten sind. Bisher wurde zu den Bereichen Polizeilicher Einsatz, Hilfe und Unterstützung für die Opfer, besondere Hilfen für Migrantinnen, Täterprogramm, Strafrecht und Zivilrecht, gesundheitliche Versorgung gearbeitet. Im Vortrag werden die Teilkonzepte, Handlungsansätze, Vernetzungsstrategien des Interventionsprojektes sowie die Arbeitsergebnisse und deren Umsetzung in die Praxis vorgestellt.

Prävention häuslicher Gewalt

Prof. Dr. Cornelia Helferich

SoFFI K. – Sozialwissenschaftliches FrauenForschungsinstitut an der Evang. Fachhochschule Freiburg

Wissenschaftliche Untersuchung zu Situationen von Frauen und zum Beratungsangebot nach einem Platzverweis bei häuslicher Gewalt

Bei wem und unter welchen Bedingungen können ein Platzverweisverfahren und das Gewaltschutzgesetz häusliche Gewalt unterbinden? Ergebnisse des Forschungsprojektes „Platzverweis: Beratung und Hilfen“, in dem das Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsinstitut der Ev. Fachhochschule Freiburg im Auftrag des Sozialministeriums in 12 exemplarischen Regionen Baden-Württembergs 171 Polizeiakten analysierte und 25 Frauen zu zwei Zeitpunkten befragte, können Auskunft über die Perspektive betroffener Frauen geben.

Insgesamt stärkt der Platzverweis die Position des Opfers und verändert als eine Institution, die „von außen“ kommt, die Beziehungskonstellation. Es lassen sich allgemeine Bedingungen benennen, die für die Wirksamkeit des Platzverweises wichtig sind und die von den Opfern positiv erlebt werden (z. B. Trennung der Partner beim Einsatz, eine das Opfer unterstützende Haltung, Sorge für Sicherheit, funktionierende Schnittstellen zu anderen beteiligten Einrichtungen). Darüber hinaus muss die Wirkung eines Platzverweises aber differenziert betrachtet werden: Je nachdem, welche Dynamik die Gewaltbeziehung hat, in deren Rahmen ein Platzverweis ausgesprochen wird, sind weitere Maßnahmen notwendig, um eine dauerhafte Verhinderung weiterer Gewalt zu erreichen. Vier unterschiedliche Muster einer Dynamik der Gewaltbeziehung, die in dem Forschungsprojekt herausgearbeitet werden konnten, werden vorgestellt. Am schwierigsten ist es, eine Veränderung zu erreichen, wenn das Opfer sehr eng an den gewalttätigen Partner gebunden ist und sich im Verfahrensverlauf immer wieder mit ihm solidarisiert.

Prävention häuslicher Gewalt

Dr. Susanne Heynen

Kinderbüro Karlsruhe

Kinder als Opfer ‚häuslicher‘ Gewalt

Seit 01.07.2000 haben Kinder „das Recht auf gewaltfreie Erziehung“. Gleichzeitig erfahren viele Kinder Gewalt in der Familie: Physische und sexualisierte Gewalt, die sich gegen sie selbst richtet, aber auch Gewalt des Vaters gegenüber der Mutter. Trotz Platzverweis und Gewaltschutzgesetz müssen viele dieser Kinder vor der Gewalt fliehen und die Schule wechseln. Sie verlieren ihr vertrautes Wohnumfeld sowie ihre Freunde und Freundinnen.

Auch wenn die familiäre Situation sich äußerlich entspannt hat, werden Kinder aufgrund anhaltender Auseinandersetzungen um das Umgangs- und Sorgerecht, beim Umgang, in Alpträumen und plötzlichen Erinnerungen immer wieder mit der Gewalt konfrontiert. Sie leiden unter Angst, Schlaf- und Konzentrationsstörungen oder haben gelernt, dass Gewalt ein Mittel ist, um sich durchzusetzen. Dabei haben die Kinder häufig das Gefühl, dass all dies nur in der eigenen Familie geschieht. Sie fühlen sich alleine und unverstanden.

Auch die Mütter leiden unter den Wirkungen der erfahrenen Gewalt. Außerdem müssen sie für sich und ihre Kinder ein neues Leben aufbauen. Aufgrund der vielfältigen Belastungen sind sie deshalb häufig nicht in der Lage, auf die Bedürfnisse der Kinder angemessen einzugehen.

Der Vortrag umfasst folgende Themen:

- Einführung zu Formen und Ausmaß ‚häuslicher Gewalt‘,
- Folgen für betroffene Kinder und entsprechende Bewältigungsprozesse sowie
- Interventionen zur Unterstützung der Kinder

Prävention häuslicher Gewalt

Dr. Ursula Matschke

Stabsstelle für Chancengleichheit, Stuttgart

Effiziente Koordination der Interventionsbereiche gegen häusliche Gewalt: Neue Steuerungsstrategien

Nach einer zweijährigen Projektphase wurde die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt – STOP – mit ihren unterschiedlichen polizeilich-juristischen und psychosozialen Interventionsbereichen in den Regelbetrieb überführt. Der besondere Schwerpunkt gilt nun einer effizienten strategischen Abstimmung und Steuerung aller operativen Interventionsabläufe. Im Rahmen einer entsprechenden Koordinationsstruktur wird der gesamte Interventionsprozess kontinuierlich auf bestehende Doppelstrukturen, Schnittstellenprobleme und notwendige neue Handlungsfelder hin überprüft und weiter entwickelt (z. B. Umgang mit Gewalt in verschiedenen Kulturen – Konsequenzen für den Interventionsprozess, ein Beratungskonzept für Frauen, die Gewalt ausüben, sowie ein Projekt des Kinderschutzes bei häuslicher Gewalt). Im Vortrag werden die dafür entwickelten Module anhand von Praxisbeispielen vorgestellt.

Opferschutz und Prävention bei sexueller Gewalt und Menschenhandel

Moderation:

Jürgen Mutz

Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für
Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Mit Beiträgen von:

Hans-Alfred Blumenstein

Seite 160

Prof. Dr. Helmut Kury

Seite 161

Manfred Paulus

Seite 162

Opferschutz und Prävention bei sexueller Gewalt und Menschenhandel

Hans-Alfred Blumenstein

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und Vernachlässigung, Stuttgart

Opferschutz im Strafverfahren

In dem Vortrag werden zunächst die geltenden formellen Opferschutzbestimmungen der Strafprozessordnung vorgestellt und vor allem auf ihre Tauglichkeit für den praktischen Opferschutz untersucht und bewertet. Das Referat befasst sich außerdem mit den Änderungen, die der derzeit in der parlamentarischen Beratung befindliche Entwurf eines Opferrechtsreformgesetzes vorsieht. Der zweite wesentliche Aspekt des Vortrags betrifft den so genannten materiellen Opferschutz, d. h. Verfahrensweisen, die zwar nicht in der Strafprozessordnung ausdrücklich vorgesehen sind, die diese aber auch nicht verbietet. Damit sind alle opferschonenden Maßnahmen gemeint, die dazu geeignet sind, die Ausnahmesituation der gerichtlichen Vernehmung zu mildern, Stress abzubauen und Aussagetüchtigkeit (wieder) herzustellen. Dadurch können therapeutische Prozesse nicht nur nicht gestört, sondern sogar auch angestoßen werden. Nach Hinweisen auf die dazu erforderliche kindgerechte Vernehmungstechnik wird in einem dritten Abschnitt auf die verfassungsrechtliche Bedeutung des Kindeswohls auch im Strafverfahren und seine verfahrensrechtliche Bedeutung eingegangen.

Opferschutz und Prävention bei sexueller Gewalt und Menschenhandel

Prof. Dr. Helmut Kury

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales
Strafrecht, Freiburg

Das Dunkelfeld, insbesondere bei Sexual- straftaten

Neuere Untersuchungen zeigen, dass das Dunkelfeld der Kriminalität größer ist als lange Zeit vermutet. Heute wird nach mehreren Studien das Dunkelfeld auf ca. 90 % aller begangenen Delikte geschätzt. Einigkeit besteht darüber, dass es besonders bei Sexualstraftaten und Gewalttaten im familiären Kontext besonders hoch ist. Wir selbst haben im In- und Ausland verschiedene Umfragen zur sexuellen Viktimisierung bei jungen Frauen durchgeführt, wobei jeweils derselbe Fragebogen, in die einzelnen Landessprachen übersetzt, verwandt wurde. Hierbei zeigten sich über ein breites Spektrum möglicher sexueller Viktimisierungen, von sehr leichten bis sehr schweren, sehr ähnliche Ergebnisse in den einzelnen Ländern. Jeweils ca. $\frac{3}{4}$ der befragten Frauen berichteten mindestens eine Form sexueller Viktimisierung bzw. Belästigung, meist im leichten bzw. minderschweren Bereich. Ca. ein Viertel der bei den anonymen Befragungen mitgeteilten Ereignisse schienen nach den Schilderungen strafrechtlich relevant, waren somit Straftaten. Gleichzeitig fiel auf, dass je schwerer die berichtete Tat war, der Täter umso mehr aus dem sozialen Umfeld des Opfers kam, ein Bekannter, der Freund oder feste Partner war. Ergänzende Untersuchungen zu den Einstellungen und Sichtweisen der Bevölkerung gegenüber Opfern von Sexualstraftaten zeigten, dass Frauen, die Opfer einer sexuellen Viktimisierung wurden in der Gefahr stehen, negativer gesehen zu werden. Hier wirken sich offensichtlich Mythen zur Selbstbeteiligung bzw. Selbstverantwortung des Opfers bei Sexualstraftaten aus, und zwar sowohl bei Männern als auch Frauen. Diese Verantwortungsuschreibung bzw. Abwertung des Opfers wird wiederum deutlich beeinflusst von der Einstellung zu Frauen.

Opferschutz und Prävention bei sexueller Gewalt und Menschenhandel

Manfred Paulus

Erster Kriminalhauptkommissar a. D.

„Sexuelle Gewalt gegen Kinder – Die Auslandsstraftaten“ und „Frauenhandel – Präventionsarbeit in den Rekrutierungsländern Osteuropas“

Thema 1

Sexuelle Gewalt gegen Kinder – Die Auslandsstraftaten

Jahr für Jahr reisen zahllose (so genannte) Pädophile aus Deutschland und aus anderen westlichen Industriestaaten in verschiedene Zielgebiete dieser Welt, um dort Kinder sexuell auszubeuten.

Und wir haben diese Kriminalität inzwischen auch direkt vor unserer Haustür: Tschechien und die Europastraße 55 sorgen immer wieder für entsprechende Schlagzeilen.

Sexuelle Handlungen mit Kindern im Ausland sind nach deutschem Recht strafbar, wenn der Täter Deutscher ist.

Nur: Die Strafvorschrift findet kaum Anwendung. Das Dunkelfeld ist extrem hoch. Einem riesigen Kriminalitätsaufkommen stehen nur wenige einzelne Strafverfahren gegenüber.

Warum ist das so und was ist zu tun, um diese dramatische und nicht hinnehmbare Situation zu verändern?

Thema 2

Frauenhandel-Präventionsarbeit in Osteuropa

Eine ausgeprägte Migrations- und Risikobereitschaft wird ergänzt durch geschickte Anwerbungsmethoden und ermöglicht den kriminellen, innereuropäischen Handel mit der „Ware Frau“, der in engem Zusammenhang mit der EU-Erweiterung und dem Fortschreiten der Organisierten Kriminalität zu sehen ist. Erste Versuche gezielter Präventionsarbeit in den Rekrutierungsländern fanden großes Interesse und zeigten Wirkung. Die Situation in Weißrussland und der Republik Moldau und dort durchgeführte Projekte stehen im Mittelpunkt dieses Referats.

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Moderation:

Thomas Müller

Landespräventionsrat Niedersachsen

Mit Beiträgen von:

Sönke Hinrichs	Seite 164
Dietmar Krüger	Seite 165
Siegfried Löprick	Seite 166
Hartmut Pfeiffer	Seite 167
Jürgen Schendel	Seite 168

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Sönke Hinrichs

Polizeihauptkommissar
Polizeiinspektion Neumünster

(Kurz-)Konzept zur SIPA – Sicherheitspartnerschaft für Neumünster

Mit der SIPA, der Sicherheitspartnerschaft für Neumünster, zielt der Rat für Kriminalitätsprävention auf ein netzwerkartiges Zusammenwirken aller Sicherheitspartner ab. Der zentrale Ansatz zum verbesserten Schutz vor Kriminalität und Gefahren ist

1. der Informationsaustausch über sicherheitsrelevante Sachverhalte und
2. die Weitergabe von Notrufen an die Polizei.

In beiden Fällen handelt es sich ausschließlich um Ideen von **Zivilcourage** und **Zeugen- und Helferverhalten**.

Die Sicherheitspartner Stadt Neumünster (kommunale Überwachung), Stadtwerke Neumünster, Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG, Taxiunternehmen, Deutsche Post AG, Sicherheit Nord, Marketing-Initiative-Neumünster, Hotel- und Gaststättenverband und Polizei Neumünster unterzeichneten eine gemeinsame Willenserklärung zur **SIPA**. Dabei handelt es sich nicht um ein rechtsverbindliches Vertragswerk, sondern vielmehr um eine moralische Verpflichtung eines jeden Sicherheitspartners, seinen Teil zur Verbesserung der Sicherheit in Neumünster beizutragen.

Dazu zählt unter anderem

1. die Annahme und Weitergabe von Notrufen an die Polizei (*jeder Hilfesuchende kann sich an jeden Sicherheitspartner wenden in der Gewissheit, Hilfe zu erfahren*),
2. die unmittelbare Übermittlung eilbedürftiger Hinweise auf Straftaten, besondere Ereignisse oder Gefahren an die Polizei (*etwa der Hinweis auf einen Unfall, eine hilflose Person oder verdächtige Personen an fremdem Eigentum*),
3. die Unterstützung der Polizei auf deren Ersuchen bei Fahndungen oder anderen besonderen Geschehnissen im Rahmen ihrer Tätigkeit (*zum Beispiel Unterstützung bei der Suche nach einem vermissten Kind*).

Woher weiß nun der rat- oder hilfesuchende Bürger, wer im Einzelfall angesprochen werden kann? Er kann es nicht zuletzt an den Aufklebern „**SIPA** – Sicherheitspartnerschaft für Neumünster“ erkennen, die an den Fahrzeugen der beteiligten Partner angebracht sind. Mit diesen Aufklebern, die auch jedem Bürger zur Verfügung stehen, wollen die Partner ihre Zugehörigkeit zur „Allianz der inneren Sicherheit“ dokumentieren.

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Dietmar Krüger

Dipl.-Sozialarbeiter
Polizeidirektion Hannover

Von der Opferhilfe zur Krisenintervention – 25 Jahre Sozialarbeit in der Polizei

Mit diesem Vortrag wird die 25-jährige Geschichte des Präventionsprogramm Polizei-Sozialarbeit reflektiert. Dipl.-Sozialarbeiter/innen sind in der Polizeidirektion Hannover tätig mit dem Auftrag, „Soforthilfe durch Sozialarbeit im polizeilichen Aufgabenbereich“ zu leisten, und zwar für Menschen, die sich in so genannten akuten psychosozialen Notlagen befinden.

Mehr als 90 % der Menschen, die von den Dipl.-Sozialarbeiter/innen betreut und beraten wurden, hatten zuvor einen wie auch immer gearteten Kontakt zur Polizei. Es handelt sich um Menschen, die Opfer von Straftaten wurden, denen die Nachricht vom Tod eines nahestehenden Menschen zu überbringen war, Menschen in suizidalen oder akuten psychiatrischen Krisen oder nach extrem belastenden Ereignissen wie z. B. einen Verkehrsunfall mit Toten und/oder Schwerverletzten. Darüber hinaus nimmt die Intervention nach Häuslicher Gewalt einen breiten Raum der Arbeit ein.

Es wird auch die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit zu beleuchten sein, welche nach anfänglicher Skepsis auf beiden Seiten einer großen Akzeptanz gewichen ist, die trotz unterschiedlicher Aufgabenstellung und inhaltlichen Abgrenzungen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Interesse der Klientel ermöglicht hat.

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Siegfried Löprick
Christian Hölscher
Jugendhilfe Göttingen e.V.

Kriminalpräventive Vernetzung als Anspruch und Umsetzung in kommunaler Praxis am Beispiel der Anlaufstelle Innenstadt – Die Blechtrommel

Kaum ein Projekt kommt heute ohne „Vernetzung“ als formuliertem Anspruch und formulierter Zielsetzung aus. Wie sieht es in der konkreten Arbeit aus? Am Beispiel der Anlaufstelle Innenstadt – Die Blechtrommel - in Göttingen steht vernetzte praktische Präventionsarbeit im Mittelpunkt des Vortrags. Zur Blechtrommel gehören neben der Anlaufstelle des Weiteren das Projekt Kontakt – aufsuchende Arbeit, TOUCH – Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, socialine – Arbeit mit neuen Medien und andere.

Alle Projekte in der Blechtrommel haben entweder eigene Netzwerke aufgebaut oder arbeiten in Netzwerken mit wie z. B. dem Arbeitskreis offene Jugendarbeit, dem Regionalmodell Göttingen zur Gewaltprävention an Schulen, der Innenstadtjugendkonferenz, dem Plenum des Präventionsrats, dem Netzwerk Migration, dem Runden Tisch Grone, dem AK Jugend & Sport, oder der Weststadtkonferenz. Der offene Jugendvollzug und der Jugendarrest sind Bestandteil der Netzwerkarbeit. Komm.pakt e.V. Der örtliche Präventionsverein hat seinen Sitz in der Blechtrommel; von hier aus werden Aktivitäten zum „Modellstandort Prävention“ in enger Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat und dem Justizministerium koordiniert.

Messlatte für den Erfolg von Kooperations- und Netzwerkarbeit ist der Nutzen für die Zielgruppe. Die Erfahrungen aus der mehrjährigen Aufbauarbeit werden vor diesem Hintergrund dargestellt und diskutiert.

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Hartmut Pfeiffer

Landeskriminalamt Niedersachsen

Aufgabenstellung der Polizei in der Kommunalen Kriminalprävention am Beispiel des Landes Niedersachsen

Die Aufgabenstellungen der niedersächsischen Polizei in der Kriminalprävention sind in einem Erlass des Innenministeriums von 1997 geregelt; sie umfassen im Bereich der kommunalen Kriminalprävention lediglich die Mitwirkung in Präventionsräten. Eine führende oder gar dominierende Rolle bei der kommunalen Präventionsarbeit ist für die Polizei nicht vorgesehen. Diese Aufstellung der Polizei in der „zweiten Reihe“ der kommunalen Kriminalprävention basiert konzeptionell zum einen auf den Aussagen der „Leitlinien Polizeiliche Kriminalprävention“ des AK 2 der IMK, ebenfalls aus dem Jahr 1997, zum anderen auf den Erfahrungen, die in Niedersachsen mit den ersten kommunalen Präventionsräten seit Ende der 1980er Jahre gemacht wurden, so in Osnabrück, Delmenhorst und Hannover.

Inwiefern diese Konstruktion in der heutigen Realität der über 150 kommunalen Präventionsräte in Niedersachsen sich noch abbildet, ist derzeit Gegenstand einer Untersuchung des LKA Niedersachsen. Nachgegangen wird u.a. den Fragen, ob bzw. in welchem Ausmaß

- bei den vielen Neugründungen seit dem Jahr 2000 die Polizei den wesentlichen Impuls gab,
- die Arbeit der Präventionsräte wesentlich auf Arbeitsinhalte der polizeilichen Kriminalprävention bezogen ist,
- eine kommunalpolitische und organisatorische Grundlage für kommunale Präventionsarbeit außerhalb der Polizei existiert.

Herausgearbeitet werden inhaltliche und organisatorische Standards für eine partnerschaftliche Kooperation zwischen Kommune und Polizei bei der Kriminalprävention und das Erfordernis eines Rahmens für die Prävention durch eine kommunale Sicherheitspolitik.

Netzwerke und Kooperation vor Ort

Jürgen Schendel

Stiftung SPI, Clearingstelle, Jugendhilfe/Polizei, Berlin

„Einsichten“ – Hospitationen zwischen Jugendhilfe und Polizei als Beitrag zur Kriminalprävention auf lokaler Ebene

Mit dem Projekt „Einsichten“ organisiert, koordiniert und begleitet die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei der Stiftung SPI Hospitationen von Sozialarbeitern/-innen in Polizeidienststellen und von Polizeibeamten/-innen in Einrichtungen der Jugendhilfe in Berlin. Ziele der Hospitationen sind

- das unmittelbare Kennenlernen des jeweils anderen Arbeitsbereiches,
- der Abbau eventuell bestehender Vorbehalte,
- der direkte persönliche Austausch,
- die Reflexion über beruflich geprägte Denkweisen (z.B. über normabweichendes Verhalten junger Menschen),
- die Förderung des Dialogs und gegebenenfalls der Kooperation zwischen Mitarbeitern/-innen der Jugendhilfe und der Polizei.

Es werden Ergebnisse und Wirkungen bisher durchgeführter Hospitationen vorgestellt. Sie beziehen sich auf gegenseitige Hospitationen zwischen

1. Mitarbeitern/-innen von Jugendfreizeiteinrichtungen und Beamten/-innen örtlicher Abschnitte der Schutzpolizei bzw. der Operativen Gruppe Jugendgewalt,
2. Straßensozialarbeitern/-innen und Polizeibeamten/-innen, die an den großen innerstädtischen Bahnhöfen Berlins arbeiten.

Abschließend werden die Bedingungen für das Gelingen von Hospitationen zwischen Jugendhilfe und Polizei erörtert.

Das Stuttgarter Modell – der Weg zu einer sicheren Stadt

Moderation:
Stephan Schlenrich
SWR-Fernsehen Mainz

Mit Beiträgen zu den Themenbereichen:

Gemeinschaftsinitiative Sicheres und Sauberes Stuttgart	Seite 170–171
Haus des Jugendrechts	Seite 172
Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt	Seite 173

Das Stuttgarter Modell – der Weg zu einer sicheren Stadt

Dr. Wolfgang Schuster

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Dr. Martin Schairer

Polizeipräsident der Landespolizeidirektion Stuttgart II

Georg Mehl

Senator e.h. Vorsitzender im Förderverein

„Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.“

Gemeinschaftsinitiative Sicheres und Sauberes Stuttgart

Mit dem Startschuss des Projekts „Sichere Stadt“ unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters wurden im Frühjahr 1997 Sicherheitsbeiräte in allen 23 Stadtbezirken eingerichtet, in denen Vertreter von Polizei, Bezirksverwaltung, der Sozialen Dienste und der Jugendgerichtshilfe der Landeshauptstadt sowie der Schulen, Vereine, freien Wohlfahrtsträger, der ehrenamtlichen Organisationen, der lokalen Geschäftswelt und der Kirche zusammenarbeiten. Darüber hinaus wurden themenorientierte Arbeitsgruppen ins Leben gerufen; der Förderverein „Sicheres und Sauberes Stuttgart“ e.V. gegründet; ein Kriminalbeamter zur Koordinierung von Projekten in der Kommunalen Kriminalprävention zwischen der LPD Stuttgart II und der Landeshauptstadt Stuttgart bei der Stabsstelle des Oberbürgermeisters eingesetzt.

In der Folge wurde die Zentrale Arbeitsgruppe für Kommunale Kriminalprävention (ZAKKP) eingerichtet. Hier repräsentieren die BürgermeisterInnen und ReferentenInnen sowie der Präsident der Landespolizeidirektion Stuttgart II unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die an der Kommunalen Kriminalprävention vertretenen staatlichen und kommunalen Instanzen. Zur Verfestigung der bis dahin geschaffenen Strukturen und zur Verbesserung der Transparenz nach außen gründete sich die Gemeinschaftsinitiative Sicheres und Sauberes Stuttgart. Sie versteht sich als eine Partnerschaft zwischen der Stuttgarter Bevölkerung, der Polizei und dem Rathaus für mehr Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt Stuttgart. Zu den verantwortlichen Mitgliedern zählen der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident und der Vorsitzende im Förderverein „Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.“ Die

Idee der Initiative liegt im Wesentlichen darin, sich gemeinsam um erkannte Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite zu kümmern. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens möglichst vieler Personen und Institutionen und zwar auf eine systematische und organisierte Weise. Dies ist in Stuttgart durch die bereits erwähnte, flächendeckende Einrichtung der Sicherheitsbeiräte in den Stadtbezirken geschehen, wobei es gelungen ist, Eigeninitiative, Mitverantwortung, Solidarität und Gemeinsinn zu fördern.

Die Präventionsarbeit hat in den Stadtbezirken bereits ein sehr hohes Niveau erreicht, so dass sich die Erfolge in dem erstmals für das Jahr 1998 herausgegebenen gemeinsamen Präventionsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart und der Landespolizeidirektion Stuttgart II fortschreiben lassen. Mit dem Präventionsbericht 2003 haben die Landeshauptstadt Stuttgart und die Landespolizeidirektion Stuttgart II bereits zum sechsten Mal gemeinsam Bilanz aus der Sicherheitspartnerschaft gezogen. Insofern ermöglicht der Stuttgarter Präventionsbericht den Verantwortlichen in den Stadtbezirken, dass sie sich vergleichen und in einen Wettbewerb der besten Ideen und Aktivitäten treten können.

Das Stuttgarter Modell – der Weg zu einer sicheren Stadt

Rosa-Maria Wolff, Oberamtsanwältin, Stuttgart
Rainer Rudat, Kriminalhauptkommissar, Stuttgart
Norbert Vogler, Richter am Amtsgericht, Stuttgart
Donald Bieß, Jugendamt Stuttgart

Haus des Jugendrechts

Das Haus des Jugendrechts ist ein Projekt behördenübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Jugendkriminalität. Dort arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Amtsgericht zusammen.

Das Haus des Jugendrechts ist Ansprechpartner für alle im Projektgebiet wohnenden Kinder, Jugendliche und Heranwachsende (bis 21 Jahre) und setzt sich nicht nur mit allen begangenen Straftaten auseinander, sondern versucht, auf die Folgen aufmerksam zu machen und Hilfestellung zur Verhinderung von kriminellen Karrieren zu geben.

Dabei soll zeitnah, flexibel und kompetent auf von Kindern, Jugendlichen oder Heranwachsenden begangene Straftaten reagiert werden. Die Polizei leitet die ersten Maßnahmen ein, die Staatsanwaltschaft wird sofort benachrichtigt, das Jugendamt wird frühzeitig informiert und das Amtsgericht erhält nach Anklageerhebung sofort die Akte.

Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt der Arbeit des Haus des Jugendrechts in der Prävention. Es werden u. a. Sprechstunden an Schulen für Schüler, Eltern und Lehrer angeboten, es werden Präventionsunterrichte und Projektstage durchgeführt und mit lokalen Jugendhilfeeinrichtungen kooperiert.

Die Ziele sind die langfristige Reduzierung der Jugendkriminalität, schnelles reagieren auf normwidriges Verhalten durch Beschleunigung staatlicher und kommunaler Reaktionen auf Straftaten junger Menschen und Optimierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit.

Das Stuttgarter Modell – der Weg zu einer sicheren Stadt

Dr. Ursula Matschke, Stuttgart
Dirgis-Beate Wansor, Stuttgart
Gabriele Klinger, Stuttgart
Matthias Merz, Stuttgart
Alfons Nastold, Stuttgart
Joachim Schloz, Stuttgart

Das Stuttgarter Modell – koordinierte Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt: der Weg zu einer sicheren Stadt

Das Stuttgarter Modell STOP – Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt – wurde nach einer zweijährigen Projektphase 2003 in den Regelbetrieb überführt. Mit diesem Erfahrungshintergrund diskutieren unterschiedliche Interventionsbereiche des Stuttgarter Modells (Stabsstelle für Chancengleichheit/Koordination, Polizei, Amt für öffentliche Ordnung, Jugendamt/ Allgemeiner Sozialdienst, Sozialberatung e.V./Männerintervention, Staatsanwaltschaft) anhand konkreter Beispiele Abstimmungskonzepte und Schnittstellenprobleme (z. B. Weitervermittlung von Betroffenen, Statistikabgleich) auf struktureller und operativer Ebene, entwickeln Lösungsansätze eines effizienten Zusammenspiels der unterschiedlichen Handlungsfelder im Geflecht häuslicher Gewalt und stellen neue Handlungsfelder vor (z. B. Umgang mit Gewalt in verschiedenen Kulturen – Konsequenzen für den Interventionsprozess, ein Beratungskonzept für Frauen, die Gewalt ausüben, sowie ein Projekt des Kinderschutzes bei häuslicher Gewalt).

Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement

Moderation:

Dr. Ralf Vandamme

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Referenten:

Brigitte Kunath-Scheffold, Stuttgart

Rolf Armbruster, Stuttgart

Axel Fricke, Stuttgart;

Edgar Hemmerich, Stuttgart

Robert Hahn

Prof. Dr. Claus Eiselstein

Am 8. April 1997 wurde der Förderverein „Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.“ gegründet. Geschäftsleute, Bürgervereine, Polizei und Stadt haben sich zusammengeschlossen, um die Arbeit der Sicherheitsbeiräte, aber auch anderer Initiativen nachhaltig zu unterstützen und durch eigene Initiativen für ein sicheres und sauberes Stuttgart zu werben. Ziel ist es, die Kriminalität in Stuttgart zu verringern sowie das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung zu verbessern. Die Geschäftsführung des Vereins wurde von einem Kriminalbeamten in ehrenamtlicher Funktion übernommen. Er ist auch gleichzeitig der Verbindungsbeamte zur bereits erwähnten Stabsstelle des Oberbürgermeisters.

Unter den neuen zentralen Projekten erfährt die Bürgeraktion „Gute Fee“ eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Ziel ist es, die Geborgenheit und Sicherheit von Kindern in den Stadtbezirken zu verbessern. Die Idee ist einfach: Einzelhändler, Gewerbetreibende, soziale Institutionen und die Fahrerinnen und Fahrer der Stuttgarter Straßenbahnen AG wirken als Ansprechpartner und Verbündete für Kinder, um ihnen bei Notfällen im Alltag unkompliziert Hilfe zu leisten. Hierzu kennzeichnen die Beteiligten ihre Ladengeschäfte und Fahrzeuge mit dem Aktionslogo „Gute Fee“ und machen so auf sich selbst und ihre Bereitschaft zu helfen aufmerksam. Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen werden direkt mit einbezogen und um Mithilfe gebeten. Sie sollen die Kinder mit der Aktion vertraut machen und ihnen bei einem Spaziergang durch den Stadtbezirk die einzelnen „Rettungsinseln“ zeigen.

Auch die Eltern müssen dabei ein gutes Gefühl haben. Daher unterstützen die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen als Multiplikatoren und informieren im Rahmen von Elternabenden. Die Bürgeraktion wurde bereits 1999 im Stuttgarter Westen von ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Quartierswerkstatt Augustenstraße e.V. zusammengefunden haben, ins Leben gerufen.

In Kooperation mit der Gemeinschaftsinitiative Sichereres und Sauberes Stuttgart soll die Bürgeraktion in allen Stuttgarter Stadtbezirken etabliert werden. Die Realisierung in den 23 Stadtbezirken ist annähernd abgeschlossen. Dort konnten bislang über 700 Partner für die Aktion gewonnen werden. Seit Januar 2004 wird die Bürgeraktion auch von der Stuttgarter Straßenbahnen AG unterstützt. Das Verkehrsunternehmen beklebt hierzu über 400 Straßenbahnen, Stadtbahnen und Busse mit dem Aktionslogo „Gute Fee“. Damit werden die Fahrzeuge zu „mobilen Stützpunkten“ und deren Fahrerinnen und Fahrer zu verlässlichen Ansprechpartner für die Kinder. Die Bürgerumfrage 2003 spiegelt die breite Anerkennung des Bürgerengagements wider. Demnach entspannt sich die subjektive Einschätzung der öffentlichen Sicherheit merklich und kommt mit der weiteren Verbesserung der objektiven Sicherheitslage immer besser in Einklang. Dieser Trend findet seine Entsprechung in der wachsenden Zustimmung zur Gemeinschaftsinitiative Sichereres und Sauberes Stuttgart, die ganz wesentlich auf dem Bürgerengagement basiert. Überhaupt ist auf dem Kommunalbarometer eine steigende Zufriedenheit mit den Bereichen Öffentliche Sicherheit, Arbeit der Polizei und Arbeit der Stuttgarter Stadtverwaltung festzustellen.

Schulische Prävention

Moderation:

Bernd Strauch

Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Mit Beiträgen von:

Hartmut Balsler

Carlo Schulz

Jens Hildebrand

Seite 177

Sabine Behn

Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm

Doris Pleiger

Seite 178

Willi Rogler

Seite 179

Bettina Wilhelm

Seite 180

Ulrike Muthwill

Cornelie Wittsack-Junge

Seite 181

Schulische Prävention

Koordinierungsstelle Gewaltprävention, Wetzlar

Referenten: **Hartmut Balsler**, Psychologie Oberrat, Wetzlar
Carlo Schulz, Direktor, Weilburg
Jens Hildebrand, Dipl.-Psychologe, Braunfels

Baukasten „Schule ohne Gewalt“, Prävention, Intervention, Verantwortungsübernahme – Ergebnisse von sechs Modelversuchen

Der „Baukasten Schule ohne Gewalt“ ist in mehr als zehnjähriger gewaltpräventiver Arbeit entstanden. Er zeigt erprobte und durch die Wissenschaft belegte Präventionsmöglichkeiten auf, die auf der primären, sekundären und auch tertiären Ebene der Gewaltprävention dazu beitragen, Gewalt zu verhindern, sie zu reduzieren und erfolgreich zu bekämpfen. Zwei der wichtigsten Bausteine sind dabei die Stärkung des Selbstwertgefühls von Kindern und Jugendlichen über deren Verantwortungsübernahme und derjenigen von Erwachsenen. Der Baukasten Schule ohne Gewalt ist ein ganzheitlicher Ansatz und richtet sich auf den ganzen Menschen, dessen Leib, Seele und Verstand. Alle im Baukasten enthaltenen Bausteine beruhen auf dem Prinzip der Vernetzung. Es liegt auf der Hand, dass gemeinsam statt einsam mehr zu erreichen ist. Die Gemeinsamkeit beginnt bei der geteilten Verantwortung von Schülern, Lehrern und Eltern für die Schule, erstreckt sich auf die kommunalen Kinder- und Jugendbehörden, Polizei, Präventionsräte und begreift Mediziner, Psychologen, Justiz und Polizei ebenso ein wie Freie Verbände und Sponsoren aus Wirtschaft und Politik. Alle sieben Bausteine zeigen das Konzept auf, beschreiben die Zielsetzung, geben Einblick in die Evaluationen. Darüber hinaus werden umfangreiche Kontaktadressen angeboten, unter denen man sich Anregungen und auch tatkräftige Hilfe holen kann.

Selbstverständlich sind im Baukasten auch alle erforderlichen Medien vorhanden, die man erwerben kann, um „vor Ort“ alsbald gewaltpräventive Prozesse angemessen und nachhaltig in Gang zu setzen.

Lehrer, Eltern und Behörden müssen nicht hilflos reagieren, es gibt wissenschaftlich erprobte Konzepte.

Schulische Prävention

Sabine Behn

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisberatung und
Forschung im sozialen Bereich gGmbH, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Feuerhelm

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Doris Pleiger

Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis gGmbH,
Hamburg

Evaluation von Mediationsprogrammen an Schulen

Gewalt an Schulen ist ein Thema, das seit mehreren Jahren sowohl Pädago/innen und Politiker/innen, Schüler/innen und Eltern beschäftigt als auch in regelmäßigen Abständen für mediale Aufmerksamkeit sorgt. Auf der Suche nach adäquaten Reaktionsmöglichkeiten sind in vielen Schulen Mediationsprojekte, Antigewalt- und Konflikttrainings eingeführt worden. Ein Blick in die bundesdeutsche Situation zeigt, dass es zwar eine Vielzahl von Initiativen, Projekten und Ansätzen gibt, eine Diskussion um fachlich begründete Qualitätsstandards aber bislang weitgehend fehlt.

Evaluationen solcher Programme sind selten und beziehen sich meist nur auf eng umgrenzte lokale Ansätze.

Im Vortrag wird ein Forschungsprojekt vorgestellt, das auf eine bundesweite Evaluation von Schulmediationsprogrammen gerichtet ist. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Gemeinsam durchgeführt wird die Evaluationsstudie vom Institut des Rauhen Hauses für Soziale Praxis gGmbH (isp) in Hamburg, von Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung gGmbH Berlin und vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism).

Im Vortrag wird das Konzept des Forschungsprojekts vorgestellt. Weiter werden erste Zwischenergebnisse präsentiert.

Schulische Prävention

Willi Rogler

Kriminalhauptkommissar,
Kriminalpolizeiinspektion Hof

„Push-together“ – ein Anti-Gewalt-Projekt

PUSH-together ist ein Anti-Gewalt-Projekt, das allen Schulen für die Jahrgangsstufen 6 bis 8 angeboten und jeweils im Klassenverband durchgeführt wird.

PUSH wurde gemeinsam konzipiert von Polizei und Jugendamt. Durch die vorgeschaltete Schulanalyse hebt sich PUSH von den vielen anderen Projekten deutlich ab. So wird zunächst der „Iststand“ ermittelt. Dieser ermöglicht dann wirkliches zielgruppenorientiertes, bedarfs- und analysegerechtes Arbeiten mit den Schülern.

Ein Polizeibeamter, der Sozialpädagoge vom Jugendamt und der Klassenlehrer bilden das 3-er-Team für die Durchführung des Projekttag (6 UE), der der Schulanalyse folgt.

Ein thematischer Elternabend und die Verteilung eines Elternbriefes runden das Projekt ab.

Für die Projektumsetzung ist für das PUSH-Team ein Zeitaufwand von ca. 10 Stunden pro Projektklasse erforderlich. PUSH-together wird seit nunmehr zwei Jahren erfolgreich in den Landkreisen Hof und Wunsiedel umgesetzt und die Nachfragen der Schulen halten nach wie vor an. Seitens der Projektleitung gibt es keine zeitliche Begrenzung. Solange sich interessierte Schulen anmelden, wird das Projekt PUSH durchgeführt.

Schulische Prävention

Bettina Wilhelm, Dipl.Soz.päd.
Frauenberauftragte Ludwigsburg

RESPEKT: Aktion gewaltfreie Schulen – ein kommunales Gewaltpräventionsprogramm macht Schule

Prävention gegen Gewalt geht auch die Kommunen an. Die Stadt Ludwigsburg hat daher mit RESPEKT ein ressourcen- und lösungsorientiertes Gewaltpräventionskonzept entwickelt. Über 14 Monate hinweg wurde RESPEKT an 21 Schulen erfolgreich erprobt. Durch die Unfallkasse Baden-Württemberg soll nun das Projekt auf 32 Kommunen übertragen werden. RESPEKT zeichnet sich besonders durch einen kooperativen Planungs- und Umsetzungsprozess in einer breiten kommunalen Vernetzung aus. Um Gewaltprävention am Lebensort Schule zu verankern, muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Jungen und Mädchen Gewalt unterschiedlich und aus verschiedenen Motiven ausüben. In der Praxis werden so gut wie keine geschlechts- und kulturspezifischen Erklärungsmuster für die Entstehung von Gewalt herangezogen, die Ansätze stecken noch in den Kinderschuhen. RESPEKT will diesem Missstand begegnen, indem die Kategorien Geschlecht und Kultur als grundständige Kriterien verankert wurden. RESPEKT hat sich auch der Herausforderung knapper werdender kommunaler Finanzen, die auch Auswirkungen auf die Gewaltprävention an Schulen haben, gestellt und durch die Zusammenarbeit mit dem Büro für Sozialkommunikation Höppner & Höppner ein Kommunikationskonzept entwickelt, das Öffentlichkeitsarbeit neben der Akquisition finanzieller, materieller und personeller Ressourcen zum Qualitätskriterium macht.

Schulische Prävention

Cornelie Wittsack-Junge

Ulrike Muthwill

Tages- und Abendschule (tas), Köln

Gewaltprävention – Kommunikationstraining und Konfliktlösungsstrategien

Der Workshop beschäftigt sich mit den Ergebnissen eines EU-Projekts zur Gewaltprävention, das von sechs Schulen der zweiten Chance aus fünf europäischen Ländern getragen wurde.

Zielgruppen dieses transnationalen Projekts sind einerseits pädagogische Fachkräfte und andererseits benachteiligte Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren, häufig mit Migrationshintergrund, die im Regelschulsystem ihren gewünschten Abschluss nicht erreicht haben und diesen nun an Schulen der zweiten Chance nachholen wollen.

Gewalt – besonders unter Jugendlichen – ist als Phänomen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Zu berücksichtigen ist, dass Gewalt bei Jugendlichen häufig deren Lebenssituation und soziales Umfeld widerspiegelt. Viele dieser jungen Erwachsenen kommen aus sozial benachteiligten Familien und leben in ungünstigen Verhältnissen, andere weisen einen Migrationshintergrund auf. Oft fühlen sie sich benachteiligt und haben ein geringes Selbstwertgefühl. Hinzu kommen nicht selten Sprach- und kulturelle Anpassungsprobleme. Die meisten haben bereits Gewalterfahrung - als Täter oder Opfer.

Das Ziel des Projekts besteht in der Entwicklung und Umsetzung eines handlungs- und teilnehmerorientierten Konzepts zur Gewaltprävention und Konfliktlösung für die Zielgruppe junger Erwachsener zwischen 16 und 25 Jahren, da hier keine entsprechenden Programme vorliegen. Neben der allgemeinen Gewaltprävention geht es hier besonders um die Einbindung der allgemeinen und der interkulturellen Kommunikation als Mittel zur Vermeidung von Gewalt.

Internetkriminalität und -überwachung – Sachstand und Entwicklung in Europa

– in Zusammenarbeit mit EuroISPA –

Moderation:

Thorsten Hofmann

PRGS – Public Relatio Governmental Solutions

Referenten:

Prof. Michael Rotert, EuroISPA

Volker Mogh-Hohenleiter, GTEN AG

Karin Binz, Lucent Technologies Network Systems GmbH

Helmut Ujen, Bundeskriminalamt

Immer neue Formen der Internetkriminalität zwingen die Strafverfolgungsbehörden zum Handeln und die Internet Service Provider zur Kooperation. Der Workshop beleuchtet das komplexe Thema Internetkriminalität aus verschiedenen Blickwinkeln und weist einen Weg für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Internet Service Providern und Strafverfolgungsbehörden, um das Internet als das zu erhalten, was es in den letzten Jahren geworden ist: ein revolutionäres Kommunikations- und Informationsmedium für jedermann:

- Phänomenologie der Internetkriminalität (Internet als Tatmittel und Tatort, neue technologische Entwicklungen als Strafverfolgungshindernis)
- Herausforderung für die Strafverfolgung (Hindernisse bei der Strafverfolgung und technologische Möglichkeiten)
- Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Internet Service Providern (Aktueller Sachstand und mögliche Entwicklungen – Ziele des Verbandes EuroISPA)
- Differenz zwischen Anspruch an die Strafverfolgung und Ausrüstungsstand/Ausbildungsstand der Strafverfolgungsbehörden
- Vergleich der rechtlichen Situation auf deutscher und auf internationaler Ebene

Lokale Jugendkriminalitätsprävention – Grenzen und Möglichkeiten von Community-Ansätzen

– in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) –

Referenten:

Dr. Alan France, Sheffield – GB

Concolata Peyron, Dipl.-Pol., Feiburg

Sylvia Lustig, Dipl.-Soz., München

Lokale Jugendkriminalitätsprävention – Grenzen und Möglichkeiten von Community-Ansätzen

Internationale Evaluationsergebnisse, europäische Erfahrungen und ein Konzept zur Jugendkriminalitätsprävention in Deutschland formen diesen Workshop.

Alle drei Beiträge lenken den Blick dabei weniger auf Ordnung und Sicherheit, sondern vielmehr auf die gemeinsame Verantwortung für das Aufwachsen junger Menschen.

Alan France (University of Sheffield, Vortrag in englischer Sprache) präsentiert Evaluationsergebnisse aus ‚community-basierten‘ Projekten im angelsächsischen Raum, die auf ‚Risikogruppen‘ im Kindes- und Jugendalter abzielen. Er skizziert, was funktioniert, wie es funktioniert, und was die zentralen Botschaften aus der Implementation des ‚Risikofaktorenmodells‘ sind.

Consolata Peyron (beratung-conflictmanagement-meditation, Freiburg) berichtet über europäische Projekte, deren Erfahrungen und die verschiedenen Wege des Umgangs mit sozialen Konflikten im Stadtteil. Der Rolle der Konfliktparteien und deren Akzeptanz angewandter Verfahren kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Sylvia Lustig (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI, München) stellt ein Modellprogramm zur Erprobung kriminalpräventiver Strategien vor, die bedarfsorientiert sind und die Beteiligten vor Ort mit ihren Problemlösungspotenzialen in den Mittelpunkt stellen.

Die Diskussion wird sich auf alle drei Beiträge beziehen und insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit die deutsche Jugendkriminalitätsprävention von den Erfahrungen im Ausland lernen kann.

Events

Eventbühne	Seite 186–193
Präventionsmeile	Seite 194–211
Kinderuniversität	Seite 213

Montag, 17. Mai

13.00 – 14.00 **„Hexe Gunda zieht nach Quirlquitsch“** Seite 188
Liederhalle *Figurentheater zu*
Schiller-Foyer *Gewaltprävention im*
Ebene 2 *Kindergarten*

Puppenbühne Ostrach
Polizeidirektion Sigmaringen
Schulsozialarbeit Ostrach
Jugendamt Sigmaringen

15.00 – 16.00 **„Große Klappe – stumme Schreie“** Seite 189
Liederhalle *Theaterstück zum Thema Gewalt*
Schiller-Foyer *für Kinder der 5. und 6. Klasse*
Ebene 2

theaterpädagogische werkstatt
in der lagerhalle Osnabrück

16.30 – 17.30 **„Das Bobomodul – Zwei in friedlicher Mission“** Seite 190
Liederhalle *Videoaufzeichnung einer*
Schiller-Foyer *Theateraufführung*
Ebene 2

Ein Theaterstück von Clemens Schäfer,
Theaterpädagoge und Regisseur und
von Marla Levenstein und Felix Beck

Eventbühne

Dienstag, 18. Mai

- 10.30 – 12.00** **„Game Over“** Seite 191
Liederhalle *Theaterstück für Jugendliche*
Schiller-Foyer *zwischen 11 und 16 Jahren*
Ebene 2 *zum Thema Mobbing*
 und Gewalt in der Schule
- Gotcha! – Der Theaterbetrieb GbR
-
- 13.30 – 14.00** **„Wenn du klast,**
 bist zu dabei“ Seite 192
Liederhalle *Ein Film zur Prävention von*
Schiller-Foyer *Ladendiebstählen*
Ebene 2
- Polizeidirektion Coburg
-
- 15.00 – 16.00** **„Anti-Aggressivitäts-**
 Training“ Seite 193
Liederhalle *Präsentation des AAT als*
Schiller-Foyer *eine Methode der*
Ebene 2 *Tertiärprävention – Umgang*
 mit gewaltbereiten Jugendlichen
- Bewährungshilfe Ulm
Jugendgerichtshilfe Ulm

„Hexe Gunda zieht nach Quirliquitsch“

Puppenbühne Ostrach
Polizeidirektion Sigmaringen
Schulsozialarbeit Ostrach
Jugendamt Sigmaringen

Hexe Gunda in der Gewaltprävention

(Gemeinschaftsprojekt der Puppenbühne Ostrach mit der Polizeidirektion Sigmaringen, der Schulsozialarbeit Ostrach und dem Jugendamt Sigmaringen)

„Hexe Gunda zieht nach Quirliquitsch“, so heißt ein Theaterstück der Puppenbühne Ostrach, welches Kindergartenkinder ab vier Jahren und auch Kinder im Grundschulalter für das Thema Gewalt sensibilisieren soll. Dabei wollen die Akteure keine fertigen Lösungsmuster anbieten oder gar den Zeigefinger erheben. Sie wollen vielmehr Denkanstöße vermitteln, damit Kinder Recht von Unrecht unterscheiden lernen und ganz nebenbei zu Toleranz und Zivilcourage ermutigt werden. Seit der Premiere im März 2003 wurde das Stück schon vielfach im Landkreis Sigmaringen aufgeführt.

Das Theaterstück steht nicht für sich alleine da. Es ist vielmehr eingebettet in ein Gesamtkonzept, bestehend aus

- der Vorbereitung mit den Erzieherinnen
- der unmittelbaren Nachbereitung mit den Kindern
- sowie einem Elternabend.

Die bisherigen Reaktionen der Erzieherinnen, Kinder und Eltern haben gezeigt, dass die Initiatoren mit diesem Projekt genau richtig liegen.

Kontakt:

Polizeidirektion Sigmaringen
Karlstraße 15
72488 Sigmaringen
Fon.: 07571/104-303
Fax: 07571/104-315
kriminalpraevention@pdsig.bwl.de

„Große Klappe – stumme Schreie“

Regie/Autor: Jens Pallas

Zielgruppe: 5. und 6. Klasse

„Große Klappe - stumme Schreie“ erzählt von vier Kindern, die aus unterschiedlichen Milieus stammen. Eine Geschichte, die, indem sie die Gründe der Entstehung einer Gewaltspirale deutlich macht, unterschiedlichste Facetten von Gewalt diskutiert. Eine Geschichte, in der die Schüler sich wieder finden, die auf- und berührt - eine Geschichte, deren Ende offen bleibt.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt

Lange Straße 15/17

49080 Osnabrück

Tel.: 0541/600 26 70

Fax: 0541/600 2674

E-Mail: tpw@osnanet.de

Website: www.theaterpaed-werkstatt.de

„Das Bobomodul – Zwei in friedlicher Mission“

Videoaufzeichnung einer Theateraufführung

Clemens Schäfer, Marla Levenstein, Felix Beck

Als ein weiterer Baustein im „Bündnis für Erziehung“ ist im Auftrag der Projektpartner Landespolizeidirektion Stuttgart II, Jugendamt Stuttgart und Staatlichem Schulamt Stuttgart das Theaterstück „Das Bobomodul – Zwei in friedlicher Mission“ entstanden.

Es wendet sich an Grundschul Kinder der Klassenstufen 3 und 4 und verfolgt die Intention, die Gewaltproblematik in einer altersgerechten Inszenierung aufzuarbeiten und die Konfliktlösungskompetenz der Kinder zu stärken.

In dem Theaterstück setzen sich die beiden Außerirdischen Ephila und Gemilon vom Planet Wunderland mit Witz und Tiefgang, aber auch in vielen ernsten Szenen mit der Gefühlswelt von Kindern und Erwachsenen auseinander. Die Protagonisten zeigen, was Gefühle mit uns machen, und wie wir lernen können, mit ihnen umzugehen. Verschiedene lebensnahe Spielszenen zeigen den Kindern, dass nicht Wegdrängen oder zwanghaftes Harmonisieren von Gefühlen, wie auf „Wunderland“ praktiziert, die Lösung ist, sondern nur der lebendige Austausch und die bewusste, faire Auseinandersetzung aus der Sackgasse „Gewalt“ führen.

Die Figuren des Theaterstücks zeigen Handlungsmuster auf, die in einem sich anschließenden Unterricht ebenso in eigene Rollenspiele aufgenommen werden können und geben den Kindern damit die Gelegenheit, auf eine spielerische und reflektierte Art den Umgang mit Konflikten und das Entwickeln von gewaltfreien Lösungsstrategien einzuüben.

Autor und Regisseur des Theaterstücks ist der in der Region Stuttgart bekannte Theaterpädagoge Clemens Schäfer. Er hat mit seinem Ensemble, einer Schauspielerin und einem Schauspieler, im Januar 2003 damit begonnen, das Stück in einem ersten Durchgang an 20 Stuttgarter Grundschulen auf zu führen.

Theater – Konzept und Realisation:

Clemens Schäfer

Starenweg 35, 70736 Fellbach

Fon: 0711/519096

clemes.schaefer@t-online.de

„Game Over“

Theaterstück für Jugendliche zwischen 11 u. 16 Jahren

Wieder ein Schultag. Für Marion beginnt der Horror von neuem: Kaum in der Schule angelangt, läuft sie Sylvia über den Weg. Die ist beliebt, weil sie „cool“ ist und kann sich alles erlauben. Ihre „Scherze“ gehen meistens auf Marions Kosten und sind längst kein Spiel mehr, reichen von ständigen Sticheleien über Erpressung bis zur körperlichen Gewalt. Johannes ist eigentlich ganz nett, aber wenn Sylvia in der Nähe ist, ist sie der Chef, und er macht an ihrer Seite alles mit. Und dann ist da noch Piet, ein älterer Schüler, der DJ, in den beide Mädchen verliebt sind. Als er sich auf der Schulparty mehr für Marion interessiert, eskaliert die Situation. Weggucker und Mitläufer müssen nun Position beziehen.

Game Over bietet – zusammen mit unserem pädagogischen Begleitprogramm zur Vor- und Nachbereitung – einen eindrucksvollen Anstoß zu einer offenen Auseinandersetzung mit Mobbing und Gewalt in der Schule. Game Over will verfestigte Meinungen irritieren und Fragen aufwerfen, um damit die Auseinandersetzung zu provozieren, wie jeder einzelne sich selbst in solche oder ähnliche (Gewalt-)Strukturen einordnet.

Kontakt:

gotcha! – Der Theaterbetrieb GbR
Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik und
Erwachsenenbildung
Krummer Timpen 64
48143 Münster
Fon und Fax: 0251/47 49 3
www.gotcha-theater.de

Wenn du klaust, bist du dabei!?

Der Videofilm soll in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden und hat ein pädagogisches Ziel: „Die Verhinderung von Ladendiebstählen“.

Der Film zeigt die Folgen eines Ladendiebstahls in chronologischem Ablauf, vom „Anstiften“ und „Erwischen“, von den Maßnahmen der Polizei bis hin zur Gerichtsverhandlung und deren Ausgang.

Inhaltsbeschreibung: Die 15-jährige Nina Voss möchte Mitglied in einer Clique werden. Dabei nimmt sie auch in Kauf, durch eine Mutprobe mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen: Ihre „Freunde“ nehmen sie nur auf, wenn sie eine CD aus einem Kaufhaus stiehlt. Nina lässt sich überreden und wird prompt erwischt. Das Unheil nimmt seinen Lauf.

Das Medium wird zu einem didaktischen Mittel und bedarf einer didaktischen Vor-, Auf- und Nachbereitung. Von der Fachhochschule Coburg wurden in einem Begleitheft zum Film didaktische Handreichungen zusammengestellt. Sie sollen ermöglichen, dass der Film von allen Polizeibeamten in Schulen vorgeführt werden kann.

Kontakt:

Polizeiinspektion Coburg
Neustadter Straße 1
96450 Coburg
Fon: 09561/645-240
Fax: 09561/645-208
Wolfgang.Desombre@polizei.bayern.de

Anti-Aggressivitäts-Training

Gewalttätige Kinder und Jugendliche leben nach dem Motto: **Gewalt macht stark und unangreifbar**. Sie erleben Gewalt als ein positives Lebensgefühl. Gewalttäter wollen so bleiben wie sie sind. Was tun mit Kindern und Jugendlichen die so denken und handeln, die das Leid ihrer Opfer nicht sehen können oder wollen?

Mit den traditionellen Methoden der Sozialarbeit können gewalttätige Wiederholungstäter oft nicht mehr erreicht werden. In Einrichtungen und Institutionen, die mit diesem Personenkreis zu tun haben ist deshalb zunehmend Ratlosigkeit und Resignation zu beobachten. Gewalttätern wird, wenn überhaupt, erst sehr spät entschieden entgegengetreten. Unsicheres und unentschlossenes Auftreten bestätigt jedoch Aggressive in ihrem Verhalten.

Aggressive Kinder und Jugendliche brauchen klare Grenzen. Die Grenzziehung als einer der schwierigsten Erziehungsprozesse überhaupt, muss bei diesem Personenkreis nachgeholt werden.

Im AAT© lernen diese Jugendlichen Grenzen anderer zu erkennen und zu respektieren. Dazu sind zum Teil sehr harte Auseinandersetzungen nötig, aber gerade dies mögen Gewalttäter. Deshalb bietet ihnen das AAT© genau die Konfrontation die sie immer gesucht haben.

Die Präsentation gibt einen Überblick über das gemeinsame Projekt von Bewährungshilfe und Jugendgerichtshilfe in Ulm.

Kontakt:

Bewährungshilfe Ulm
Zeughausgasse 12
89073 Ulm
Fon: 0731/189 2085
Fax: 0731/189 2084
Rupert.Morath@t-online.de

Montag, 17. 5. 2004

Freiluftaktivitäten: 12.00 bis 17.00 Uhr

- Streetsoccer (Streetsport Neckar-Alb e.V.)
- Basketball (Sportkreis Stuttgart/Gemeinschaftserlebnis Sport)
- Funtower (Stuttgarter Jugendhaus e.V.)
- Baumklettern (Herr Vogel, Erlebnispädagoge, Mannheim)
- Projekt K.A.R.T.-Kartbahn (Polizeipräsidium Mannheim) frei ab 14 Jahren
- Informationsfahrzeug der mobilen kriminalpolizeilichen Beratung

Kinder- und Jugendzelt

Seniorenzelt

12.00 bis 12.45 Uhr

„Die Mutprobe – oder wer hat Angst vor Möffin?“

ein Puppenspiel zu verbaler Gewalt und Mobbing (Puppenbühne Knirpsenland, Friedrichshafen)
Zielgruppe: 6–10 J. (Kl. 1–4)

12.00 bis 13.00 Uhr

Seniorentheater „Clever im Alter“

(Arche Noah – Beratungsstelle für Senioren Karlsruhe)

13.15 bis 13.35 Uhr

„Powerkids“ ein Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurs Gewalt und Mobbing (Jujutsu-Verein, Denkendorf)
Zielgruppe: 6–10 J. (Kl. 1–4)

13.15 bis 14.00 Uhr

Konzert des Polizeimusikkorps Baden-Württemberg (Bläser-Quintett)

13.50 bis 14.10 Uhr

„Schule – Kampfkunst – Polizei“

(Kaufmännische Schule und Bereitschaftspolizei, Böblingen)
Zielgruppe: 14–17 J. (Kl. 8–11)

14.00 bis 17.00 Uhr

Besichtigung der Präventionsmeile und des Informationsfahrzeuges (IFZ) der mobilen kriminalpolizeilichen Beratung

14.30 bis 15.30 Uhr

Interaktives Theaterspiel zur Gewalt- und Drogenprävention

(Wilde Bühne, Stuttgart)
Zielgruppe: 13–15 J. (Kl. 7–9)

14.15 bis 15.45 Uhr

Seniorentheater zum Thema Haustürgeschäfte und Kaffeefahrten (Polizeidirektion Tuttlingen)

15.50 bis 16.10 Uhr

Hip-Hop-Musical

(Jugendhaus Stuttgart-Zuffenhausen)
Zielgruppe: 12–17 J. (Kl. 6–11)

16.15 bis 17.00 Uhr

Konzert des Internationalen Kammerorchesters der Deutschen Jugend Russland e.V.

Dienstag, 18. 5. 2004

Freiluftaktivitäten: 10.30 bis 15.30 Uhr

- Streetsoccer (Streetsport Neckar-Alb e.V.)
- Basketball (Sportkreis Stuttgart/Gemeinschaftserlebnis Sport)
- Funtower (Stuttgarter Jugendhaus e.V.)
- Baumklettern (Herr Vogel, Erlebnispädagoge, Mannheim)
- Projekt K.A.R.T.-Kartbahn (Polizeipräsidium Mannheim)
frei ab 14 Jahren
- Informationsfahrzeug der mobilen kriminalpolizeilichen
Beratung

Kinder- und Jugendzelt	Seniorenzelt
<p>10.45 bis 11.30 Uhr</p> <p>„Die Mutprobe – oder wer hat Angst vor Möffin?“ ein Puppenspiel zu verbaler Gewalt und Mobbing (Puppenbühne Knirpsenland, Friedrichshafen) Zielgruppe: 6–7 J. (Kl. 1–2)</p>	<p>10.00 bis 10.45 Uhr</p> <p>Konzert des Polizeimusik- korps Baden-Württemberg (Bläser-Quintett)</p>
<p>12.00 bis 12.45 Uhr</p> <p>„Das kleine Zebra“ die etwas andere Verkehrs- erziehung mit dem Live-Zebra (Stadttheater und Polizei- direktion, Aalen) Zielgruppe: 6–7 J. (Kl. 1–2)</p>	<p>11.00 bis 12.00 Uhr</p> <p>Seniorentheater zum Thema Haustürgeschäfte (Polizeidirektion Tuttlingen)</p>
<p>13.15 bis 14.15 Uhr</p> <p>Interaktives Theaterspiel zur Gewalt- und Drogen- prävention (Wilde Bühne, Stuttgart) Zielgruppe: 13–15 J. (Kl. 7–9)</p>	<p>12.00 bis 15.00 Uhr</p> <p>Besichtigung der Präven- tionsmeile und des Infor- mationsfahrzeuges der mobilen kriminalpolizeilichen Beratung</p>
<p>14.30 bis 14.50 Uhr</p> <p>„Boxen im Osten“ ein Projekt zur Drogen- und Gewaltprävention (Deutsche Jugend aus Russ- land e.V.) Zielgruppe: ab 13 J. (ab Kl. 7)</p>	<p>13.00 bis 14.00 Uhr</p> <p>Seniorentheater zum Thema Kaffeefahrten (Polizeidirektion Tuttlingen)</p>
<p>15.10 bis 15.30 Uhr</p> <p>Streetdance (Jugendgemeinschaftswerk Reutlingen) Zielgruppe: ab 6 J. (ab Kl. 1)</p>	<p>14.15 bis 15.00 Uhr</p> <p>Konzert des Internationalen Kammerorchesters der Deutschen Jugend Russland e.V.</p>

Streetsoccer

Fairplay und Flexibilität

„Streetsport für Integration – gegen Gewalt und Drogen“ heißt das Projekt des Fördervereins Streetsport-Neckar-Alb e.V. in Reutlingen, bei dem es um Fairplay, Toleranz und Integration geht.

Jörg Steinegger, Polizeibeamter bei der Landespolizeidirektion in Tübingen und Vorstand im Förderverein Streetsport Neckar-Alb, Initiator und Koordinator des Projektes, hat das Streetsport-Projekt zu seinem Ehrenamt gemacht. Ende des Jahres 2002 wurde der Verein gegründet. Unterstützt vom Landessportverband Baden-Württemberg und von örtlichen Unternehmen und Institutionen wurden zwei 10 mal 15 Meter große mobile Spielfelder, geeignet für Streetsoccer, Streethockey und Streetball angeschafft, auf denen das Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Sportbundes umgesetzt wird. Das zentrale Ziel des Programmes ist die Integration von Spätaussiedlern und Ausländern in die Gesellschaft und den organisierten Sport.

Konkret wollen die Initiatoren des Streetsport-Projekts Neckar-Alb in der Region Reutlingen eine Begegnungsplattform schaffen, um die „integrativen und gewaltpräventiven Potentiale des Sports“ zu nutzen, um „das Fairplay und das soziale Miteinander“ zu fördern, und um Aggressionen und Spannungen der Jugendlichen auf spielerische Art zu lösen. Dahinter stehen die generellen Ziele der Gewaltprävention.

Kontakt:

Streetsport Neckar-Alb e.V.

Jörg Steinegger

Telefon/Fax: 07121/506504

E-Mail: streetsportna@aol.com

Internet: www.street-sport.de

Basketball

Sportkreis Stuttgart / „Gemeinschaftserlebnis Sport“

Im Schuljahr 1995/96 wurde das Projekt „Gemeinschaftserlebnis Sport – Neue Wege der Kooperation Schule und Verein“ gemeinsam vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, der Landeshauptstadt Stuttgart und dem Sportkreis Stuttgart initiiert.

Das „Gemeinschaftserlebnis Sport“ bildet dabei den Rahmen, in dem verschiedene Einrichtungen qualifizierte, sportbezogene Angebote für eine kind- und jugendgemäße Freizeitgestaltung anbieten. Dabei sollen Teamfähigkeit und soziale Integration gefördert und der zunehmenden Aggressivität und Gewalt präventiv begegnet werden.

Seit über sieben Jahren wird im Rahmen des „Gemeinschaftserlebnis Sport“ das Projekt „Basketball um Mitternacht“ durchgeführt. Das Projekt ist als Tour durch die Stuttgarter Stadtbezirke organisiert. In jedem Jahr finden zwischen 15 und 20 Einzelveranstaltungen statt. Die Tour ist unverändert populär, zu jeder Veranstaltung kommen zwischen 60 und 110 Jugendliche.

Neben den projekteigenen Aktivitäten beteiligt sich das „Gemeinschaftserlebnis Sport“ an Stadtteilfeiern, Suchtpräventionstagen, Schul- und Sportfesten und anderen Veranstaltungen mit sportiven Angeboten. Verleih von Sportgeräten, Beratung und Hilfestellung bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen anderer Einrichtungen runden das Angebot ab.

Kontakt:

Sportkreis Stuttgart
Dominik Hermet
Telefon: 0711/2489-1030

Der FunTower des Stuttgarter Jugendhaus e.V.

Der **FunTower** des Stuttgarter Jugendhaus e.V. ist ein mobiler Kletterturm, der bei Projekten, insbesondere präventiver Art, flexibel eingesetzt wird. Das Bouldern und Klettern ist bis in eine Höhe von 3 m möglich. Diese Höhe hat den versicherungstechnischen Vorteil, dass bei Aufstellung des **FunTowers** keine zusätzliche Abnahme durch den städtischen TÜV erforderlich wird. Der **FunTower** bietet noch mehr als das Bouldern und Klettern: es können ein Basketballkorb und eine Torwand angebracht werden. Der **FunTower** ist hervorragend einsetzbar bei Projekten zu den Themen wie:

- Persönlichkeitsentwicklung (Förderung der Selbstwahrnehmung und Reflexionsfähigkeit)
- Soziale Kompetenz (Entwicklung eines größeren Wissens über Zusammenarbeit und Kommunikation in der Gruppe)
- Vertrauen (Basis für gemeinsame Herausforderungen)
- Kooperation (Förderung des Einzelnen in der Gruppe, Teamkultur entwickeln)
- Grenzerfahrung (persönliche Grenzen erfahren und erleben)

Kontakt:

Stuttgarter Jugendhaus e.V.

Geschäftsstelle

Schloßstraße 56

70176 Stuttgart

Telefon: 0711/2372815

E-Mail: sachbearbeitung1@jugendhaus.net

Internet: www.jugendhaus.net

Baumklettern

Erlebnisklettern im >Baumraum< – Umweltpädagogik

Die Naturschule >Baumraum< hat ein erlebnispädagogisches Angebot entwickelt, das sich an dem Bedürfnis nach intensiver Begegnung mit Bäumen in unserer Umgebung und dem Verstehenlernen ihrer Lebensbedingungen orientiert. Dabei soll das Begreifen, das praktische Erleben, im Vordergrund stehen, um die Grundlage für eine dauerhafte Bindung und Fürsorge für die Bäume zu schaffen.

Die Einzigartigkeit des >Baumraums< als Klettermedium kann mit der baumschonenden, seilunterstützten Baumklettertechnik eindrucksvoll und sicher erlebbar gemacht werden.

Um aber der Besonderheit des Kletterns im >Baumraum< gerecht zu werden, wird beim Baumklettern neben den allgemeinen Zielen der Erlebnispädagogik das Biotop Baum als bedeutsamer und schützenswerter Lebensraum in den Vordergrund gestellt.

Weiterführende Informationen und Gespräche über Lebenszusammenhänge im Wald und Naturschutz-Prinzipien werden teilnehmergemäß in jeden Kurs mit eingebracht. Die Bewegung im >Baumraum< als eine unmittelbare Quelle von Freude soll ebenfalls dazu beitragen, Bäume als unsere Mitgeschöpfe zu hüten.

Kontakt:

Thomas Vogel
Gartenbau-Ing. u. Waldorfpädagoge – Baumpflege –
Nahestraße 22
68167 Mannheim
Telefon: 0621/3390606
E-Mail: thomas.vogel@fernuni-hagen.de

K.A.R.T-Fahren

„Körperbehinderte Jugendliche & Auffällige Jugendliche im Rennsport-Team“

Ein Integrationsprojekt des Polizeipräsidiums Mannheim und des Fördervereins „Sicherheit in Mannheim“, das bisher nicht vorhandene soziale Kontakte zwischen unterschiedlichen jugendlichen (Rand)gruppen ermöglicht und die Integration auf beiden Seiten fördern soll.

Zu den Kooperationspartnern gehören außerdem Schulen, der Behinderten- und Nichtbehinderten-Club „Roll-In“ sowie die Kriminalprävention des Polizeipräsidiums Mannheim und die Jugendsachbearbeiter der zuständigen Polizeiposten.

Nach einem mehrtägigen Kurs, in dem neben Technik, Sicherheit und intensivem Fahrtraining auch die Grundbegriffe und Fertigkeiten im Umgang mit Körperbehinderten und soziale Kompetenz vermittelt werden, dürfen die jugendlichen „Kart-Meister“ gemeinsam mit ihren körperbehinderten Schützlingen auf die Rennbahn.

Die Jugendlichen sollen soziale Verantwortung übernehmen, ihr Selbstbewusstsein soll gestärkt, Vorurteile abgebaut und soziale Kompetenz erlernt werden. Außerdem bietet die Aktion eine gute Möglichkeit zur Integration von Behinderten.

Kontakt:

Claus Himburg und Roland Matzke

Polizeipräsidium Mannheim

L 6, 1

68161 Mannheim

Telefon: 0621/174-3010 und -3011, Fax: 0621/174-3005

E-Mail: kbst@ppma.bwl.de

Reiner Erfurth

Geschäftsstelle „Sicheres Mannheim“

E 5 (Rathaus)

68159 Mannheim

Telefon: 0621/293-9315, Fax: 0621/293-9701

E-Mail: reiner.erfurth@mannheim.de

Informationsfahrzeug der Polizei – Mobile Beratungsstelle

Der Aufleger des Sattelfahrzeugs ist als mobiler Ausstellungsraum mit modernsten sicherungstechnischen Exponaten ausgestattet und soll dem Bürger vor Ort die Möglichkeit geben, sich über technische Sicherungsvorkehrungen, insbesondere gegen Wohnungseinbruchdiebstahl, zu informieren.

Gezeigt wird eine Vielzahl an Sicherheitstechnik für Türen, Fenster, Rollläden, Kellerlichtschächte etc., bis hin zu Einbruchmeldesystemen. Selbst Beispiele für Zweirad- und Pkw-Sicherungen fehlen nicht.

Kontakt:

Dezernat 424

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Telefon: 0711/5401-2424

Fax: 0711/5401-3485

E-Mail: dezernat424@lka.bwl.de

Für Zivilcourage und gegen Gewalt „Die Mutprobe – oder, wer hat Angst vor Möffin?“

heißt ein Theaterstück der Puppenbühne Knirpsenland aus Friedrichshafen, das bereits Kinder im Grundschulalter für das Thema Gewalt sensibilisieren soll. Dabei wollen die Akteure keine fertigen Lösungsmuster anbieten, sondern Denkanstöße vermitteln, damit Kinder Unrecht erkennen, zu Zivilcourage ermutigt werden und Konflikte im Schulalltag bewältigen können. Seit der Premiere im Oktober 2001 wurde das Stück schon mehr als hundertmal im Bodenseekreis gezeigt.

Initiiert wurde das Projekt von Stadt und Polizeidirektion Friedrichshafen als Konsequenz aus den Ergebnissen einer Schülerbefragung an allen Schulen in Friedrichshafen, die 1999 der Arbeitskreis „Kommunale Kriminalprävention“ durchgeführt hatte. Diese Befragung hatte deutlich gemacht, dass Gewalt in Form verbaler Aggression bis hin zu Mobbing, Bedrohung und Tötlichkeiten keine Seltenheit an den Schulen ist. Deutlich wurde ebenfalls, dass entsprechende Präventionsmaßnahmen bereits in der Grundschule notwendig und sinnvoll wären.

Kontakt:

Puppenbühne Knirpsenland
Andrea und Andreas Schulz
Oberhofstraße 19
88045 Friedrichshafen
Telefon: 07541/583055
Fax: 07541/583056
E-Mail: Puppenbuehne@gmx.de
Internet: www.puppenbuehne-knirpsenland.de

„Powerkids“ – Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Schulkinder

Im Landkreis Esslingen werden Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Schulkinder im Alter von 6 Jahren bis 12 Jahren durch besonders qualifizierte Kursleiter angeboten, die seit Jahren erfolgreich mit der Polizeidirektion Esslingen kooperieren. Bei der Aus- und Fortbildung der Trainerinnen und Trainer haben sachkundige Pädagogen und Fachleute mitgewirkt. Unter der Regie der Polizeidirektion Esslingen treffen sich die Kursleiter zu regelmäßigen Workshops und zum Erfahrungsaustausch, so dass die Aktualität der Kurse gewährleistet ist und neueste kriminalwissenschaftliche Erkenntnisse stets in die Kurskonzeption eingearbeitet werden können. Die Trainer erfüllen bestimmte Rahmenbedingungen und halten sich an festgelegte Qualitätsstandards.

Durch die Kurse sollen Schulkinder in ihrem Selbstvertrauen, den eigenen Fähigkeiten und in ihrer körperlichen Selbstbestimmung gestärkt werden. In Rollenübungen wird den Kindern vermittelt, wie sie Gefahrensituationen frühzeitig erkennen, richtig einschätzen und angemessen reagieren können. Daneben werden auch körperliche, kindgerechte Abwehrtechniken trainiert.

Die Kurse finden hauptsächlich in den Schulen statt und werden altersentsprechend für die jeweiligen Klassenstufen angeboten.

Ansprechpartner:

Paul Mejzlik
Polizeidirektion Esslingen
Kriminalprävention
Agnespromenade 4
73728 Esslingen
Telefon 0711/3990-133
E-Mail: kbst@pdes.bwl.de

„Schule – Kampfkunst – Polizei“

Präventionsprojekt der 5. Bereitschaftspolizeiabteilung und der Kaufmännischen Schule in Böblingen

Die Kampfkunst zielt darauf ab, einen reagierenden, statt einen aggressiven Körper zu schaffen, d.h. der Teilnehmer benutzt nicht als erstes Gewalt. Die körperliche Auslastung durch den Zusatzsport, das Abreagieren von Spannung durch Bewegung führt zu einem Abbau des Aggressionspotentials. Das Entspannen können lenkt zur Ruhe und zum Nachdenken. Und in Rollenspielen werden Täter und Opfergefühle gespürt, Lösungs- und Verhaltensmöglichkeiten erlernt und eine Anleitung zur Selbstreflexion vermittelt.

Wichtig ist aber auch die Verantwortungsübergabe an die Jugendlichen, damit das Gefühl des Gebrauchtwerdens und der Wichtigkeit der eigenen Person erlebt wird. Außerdem sollen unterschiedlichste Erlebnisse geschaffen werden, denn je weniger erlebt wird, desto mehr steigen Streit- und Gewaltbereitschaft.

Durch die Projektdauer von sechs Monaten mit je zwei bis drei Unterrichtseinheiten pro Woche wird eine wichtige und lebendige Beziehungsebene zwischen Polizei und Schüler hergestellt. Diese Beziehung erleichtert im Wesentlichen die Präventionsarbeit.

Zielgruppe:

BVJ-Klassen, Klassen mit hohem Konfliktpotential,
Brennpunktschulen

Kontakt:

Rainer Linsenmayr

5. Bereitschaftspolizeiabteilung Böblingen

Telefon: 07031/621-2050

E-Mail: rainer.linsenmayr@bpa5.bwl.de

Theaterpädagogisches Präventionsprojekt zum Thema Gewalt und Drogen

Die „Wilde Bühne e.V. Soziokulturelles Forum für ehemalige Drogenabhängige“ in Stuttgart entwickelte im Auftrag des Landeskriminalamts ein Theaterstück zur Gewalt – und Drogenprävention für Jugendliche in Form eines Forumtheaters, in dem das Publikum in die Problemsituation integriert werden soll, um im Dialog mit den Schauspielern selbst Lösungswege zu erarbeiten und zu erproben. So ist die Spielhandlung nur bis zu einem bestimmten Punkt fest angelegt, wird dann gestoppt, um gemeinsam mit dem Publikum Varianten für den Fortgang der Handlung zu erarbeiten. Diese Theaterform geht auf den international bedeutenden Theaterpädagogen Augusto Boal zurück.

Bei knapp 60 Aufführungen in den Klassenstufen 7–9 erwies sich die Theaterpädagogik als geeignetes Mittel, die Themen Gewalt und Drogen in einem engen inhaltlichen Zusammenhang jugendgerecht aufzubereiten. Wichtig ist, dass die Handlung zur Erfahrungswelt der Schüler gehört. Die Aufführungen wurden im Unterricht nachbereitet und konnten durch zusätzliche Informationsangebote der zuständigen Polizeidirektion oder des Dezernates Mobile Prävention/Rauschgiftaufklärungsgruppe des Landeskriminalamtes ergänzt werden.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Dezernat 423

Uwe Drendel

Telefon: 0711/5401-3475

Telefax: 0711/5401-3475

E-Mail: dezernat423@lka.bwl.de

Hip Hop Musical – Kinder- und Jugendhaus Zuffenhausen

Familie, Schule, Gewalt, Drogen, Macht sind Themen, mit denen sich die Kinder und Jugendlichen beschäftigen. Sie stellen spielerisch ihre Probleme dar, kommen zu einem neuen Bewusstsein für solidarisches Handeln und beginnen gesellschaftliche Vorgänge zu hinterfragen. In Tanz und Schauspiel drücken sie ihre Gedanken und Gefühle aus. Durch das Fehlen fertiger Texte können die Teilnehmer ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Dadurch lernen sie ihre Stärken und Schwächen kennen und mit ihnen umzugehen.

Kontakt:

Werner Mast
Polizeirevier Zuffenhausen
Telefon: 0711/8990-4250

Eva Natzke
Jugendhaus Zuffenhausen
Telefon: 0711-871990

Seniorentheater Clever im Alter

Senioren werden häufig Opfer von Betrugsfällen an der Haustür und Trickdiebstählen.

Täter und Täterinnen nutzen dabei oftmals die Vertrauensseligkeit älterer Menschen aus, um sie um das Ersparte zu bringen.

Das Polizeirevier Karlsruhe-Waldstadt suchte nach neuen Wegen, verhaltensorientierte Präventionsarbeit mit Senioren zu gestalten. So wurde 1999 eine „Laienschauspieltruppe“, bestehend aus Beamten und Angestellten des Reviers sowie des Sachbereichs Kriminalprävention, gegründet. Zunächst auf den Revierbereich beschränkt, wurden Präventionsveranstaltungen in Seniorengruppen durchgeführt. Schon bald führte die Bekanntheit der Maßnahme dazu, dass sich die Anfragen auf Stadt- und Landkreis Karlsruhe ausdehnten und von der Polizei nicht mehr bewältigt werden konnte.

So übernahm die Laien-Theatergruppe der Seniorenberatungsstelle „Arche Noah“, besetzt mit Senioren und Jugendlichen, das Präventionsprojekt und zeigt nun ebenfalls in Einzelszenen typische Fälle von Betrug an der Haustür und Trickdiebstahl. Neue Tricks und Themen, bspw. der EURO, werden unter fachlicher Begleitung des Sachbereichs Kriminalprävention des Polizeipräsidiums Karlsruhe in die Spielszenen aufgenommen.

Das Projekt wird vom Förderverein „Sicheres Karlsruhe“ e.V. unterstützt.

Kontakt:

Frank Weingärtner

Telefon. +49(721)9394580

Fax: +49(721)9394589

E-Mail: frank.weingaertner@ppka.bwl.de

„Rollenspiel für die Sicherheit von Senioren“

Ein Theaterstück der Polizeidirektion Tuttlingen für Senioren zu den Themen Haustürgeschäfte, Butterfahrten und Sicherungstechnik, durchgeführt von zwei Polizeibeamten als Laienschauspieler.

Bei den Haustürgeschäften werden die gängigsten Tricks der „Drücker“ vorgeführt und entsprechende Verhaltensweisen aufgezeigt.

Im zweiten Teil wird die Problematik der Kaffeefahrten hautnah vorgeführt.

Es wird auch versucht den Teilnehmern die strafrechtliche Problematik bei Vertragsabschlüssen zu verdeutlichen und die einschlägigen Bestimmungen werden erklärt.

Schließlich wird noch auf die neuesten Maschen der Kundengewinnung bei Werbeveranstaltungen, sei es durch Inaussichtstellung von Gewinnen oder Anschrieben von Vereinsvorsitzenden hingewiesen.

Vor der allgemeinen Fragerunde, welche stets zum Ende der Veranstaltung durchgeführt wird, werden noch aktuelle Fälle bzw. neu bekannt gewordene Arbeitsweisen bei Betrug zum Nachteil von Senioren vorgestellt.

Kontakt:

Herr Bacher

Polizeidirektion Tuttlingen

Telefon: 07461/941-0

E-Mail: Poststelle@pdtut.bwl.de

„Das Kleine Zebra“ – Die etwas andere Verkehrserziehung.

In Zusammenarbeit der Polizeidirektion Aalen mit dem Theater der Stadt Aalen, Kinder- und Jugendtheater, wurde eine Spielfigur, das kleine Zebra, kreiert. Dieses kleine Zebra tritt mit einem Polizeibeamten zusammen auf und bringt den Kindern so gespielt bei, was ihnen bisher in der Verkehrserziehung herkömmlich vermittelt wurde.

Das kleine Zebra, das zwischenzeitlich über 250 Auftritte absolvierte, hat den ersten Preis der Aktion „Gib acht im Verkehr“ als besonders gelungene Verkehrspräventionsveranstaltung gewonnen. Mittlerweile ist das Schauspielteam auch nicht mehr beim Theater der Stadt Aalen, sondern bei der Projektgruppe NewLimes beschäftigt. Die Schauspieler und Polizisten sind jedoch noch dieselben.

Nachdem das kleine Zebra bereits etwas älter geworden ist, ist es auch flügge geworden. Es hat schon die Deutsche Bahn bei den drei Löwentagen in Mannheim, das Staatsministerium in Stuttgart, die Landesgartenschau, die Fahrradtage in Saarbrücken und viele Kinder in Karlsruhe, Ludwigsburg, Freudenstadt und Heilbronn besuchen dürfen.

Jetzt ist es in Stuttgart bei den Präventionstagen und würde sich natürlich freuen, wenn es neue Freunde finden würde.

Kontakt:

Polizeidirektion Aalen

Verkehrserziehung

Thomas Maile

Telefon: 07361/580-430

E-Mail: das-kleine-zebra@pdaa.bwl.de

B.i.O. – Boxen im Osten – Stuttgart

Mit dem Projekt wenden sich der Bundesverband Deutsche Jugend aus Russland e.V., örtliche Vereine und das Polizeirevier Ostendstraße an zugewanderte Kinder und Jugendliche sowie interessierte junge Menschen mit dem Ziel, diese über den Sport in Kontakt zu bringen und die Integration der Neuankömmlinge zu fördern.

In dem aus Mitteln der Landesregierung im Rahmen der Zukunftsoffensive III – Junge Generation geförderten Projekt trainieren zur Zeit 38 Kinder und Jugendliche, die unter anderem aus der Türkei, Albanien, aus osteuropäischen Ländern und aus Deutschland stammen, zweimal wöchentlich unter der Leitung von ehemaligen Juniorenweltmeistern und Deutschen Meistern aus den Bereichen Boxen, Kickboxen und Aerobic.

Neben dem Boxtraining wird Drogen- und Gewaltprävention mittels regelmäßiger Filmvorführungen und Fachvorträgen durch die Polizei durchgeführt. Die Begegnungsplattform im Stuttgarter Osten ist nicht nur sportlicher Natur, sondern zugleich regionale Schnittstelle verschiedener Jugendrichtungen.

Kontakt:

Ernst Strohmaier

Telefon: 0711/2849480/-81, 0711/2849479

E-Mail: djr-bund@t-online.de

Streetdance – Reutlingen

Als Einrichtung im Rahmen der Eingliederungshilfen für Migrantenjugendliche ist der Jugendmigrationsdienst der Bruderhaus Diakonie Stiftung-Gustav-Werner und Haus am Berg in der Beratung und längerfristigen Betreuung dieser Zielgruppe tätig. Unsere Aufgabe ist, den Jugendlichen den Start in der neuen Heimat zu erleichtern, mit dem Lebensalltag hier in Deutschland besser vertraut zu machen und sie in den ersten schwierigen Jahren mit unseren Angeboten zu begleiten.

Um den Aufbau von Vertrauen und Kontakt bei den Jugendlichen zu fördern wurde eine vielfältige Gruppenarbeit aufgebaut, wie z. B. Computerkurse, Sport und Tanzangebote.

12 Mädchen, die die Gruppen „Heiße Angels“ und „Secret“ bilden, besuchen Tanzunterrichte der JMD.

Tanzangebote sind besonders wichtig für die pubertierenden Mädchen, um ihre Selbstwertgefühle zu stärken und die Gefahr von Essstörungen, die sehr oft in solchem Alter Mädchen betreffen, zu vermeiden.

Eine Besonderheit dieser Tanzgruppen ist, dass sie sich nicht nur an einer Tanzrichtung orientieren, sondern viele Tanzrichtungen, wie Street-Dance, Hip-Hop, Elemente aus spanischen, orientalischen und russischen Tänzen, ausprobieren. Beide Gruppen haben schon bei einigen Veranstaltungen gute Eindrücke hinterlassen. Die Gruppe „Heiße Angels“ hat 2002 den 5. Platz beim Street-Dance-Contes belegt, die Gruppe „Secret“ beim Tanzwettbewerb im Stuttgarter Jugendhaus 2003 den 5. Platz.

Kontakt:

Jugendgemeinschaftswerk Reutlingen
Tatjana Naumann
Telefon: 07121/29171

Aula der Fachhochschule für Technik

17. Mai 2004 – 11.30–12.30 Uhr

18. Mai 2004 – 10.30–11.30 Uhr

Professor Dr. Bannenberg, Universität Bielefeld,

Professor Dr. Rössner, Universität Marburg

Vorlesung zum Thema:

„Ach, was muss man oft von bösen Kindern hören oder lesen!“ – Wie wird man kriminell und was lässt sich dagegen tun?

1. Kinder-Universität beim Deutschen Präventionstag

Was Kriminalität ist, bestimmt im Wesentlichen das Strafgesetzbuch (StGB): Man muss ein verbotenes Verhalten begehen, um bestraft zu werden. Geldstrafen sind sehr häufig, Freiheitsstrafen eher selten. Kinder werden nicht bestraft, Jugendliche ab 14 Jahren unter bestimmten Umständen nach Jugendstrafrecht und Erwachsene ab 21 Jahren nach Erwachsenenstrafrecht. Bei Jugendlichen gibt es Arbeitsauflagen, Trainingskurse und vielleicht auch einmal einen Segeltörn nach Griechenland. Ist das Strafe? Was soll Strafe? Warum muss man sich an Gesetze halten? Fahren nicht alle mal schwarz und klauen etwas? Sind wir alle kriminell oder gibt es Unterschiede? Was unterscheidet den Mörder vom Jugendlichen, der Graffiti an Mauern sprüht? Ist ein Mensch böse, wenn er eine Straftat begeht? Was sind eigentlich Straftaten? Worin liegt das Gemeinsame von Gewalt und einer Raserei mit dem Auto? Was kann man dafür, wenn man Eltern hat, die einen misshandeln und man dann am Ende selbst seine Mitschüler verprügelt? Ist Rauchen strafbar? Darf ein Kind Alkohol trinken? Was können wir gegen Gewalt und kriminelle Entwicklungen tun? Warum wir Opfern beistehen müssen. Wie wir Kriminalität verhindern können und was uns das nützt. All dies soll in unserer Vorlesung für alle interessierten Kinder angesprochen werden. Wir freuen uns auf euren Besuch und eure Fragen!

Ausstellung

Kurzbeschreibungen Seite 216–336

Listen der Aussteller

– **sortiert nach Institutionen** Seite 337–340

– **sortiert nach Standnummern** Seite 341–344

Übersichtsplan Umschlag

**Aktion GIB ACHT IM VERKEHR
Baden-Württemberg –
ARGE Alkohol/Drogen/Medikamente**

Die landesweite Verkehrsaufklärungsaktion GIB ACHT IM VERKEHR aus Baden-Württemberg stellt Verkehrsprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Die Partnergemeinschaft Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Polizei, ADAC Württemberg und Baden, Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V., Landesverkehrswacht, Fahrlehrerverband, Landessportverband und Unfallkasse Baden-Württemberg widmet sich deshalb gemeinsam der Verkehrssicherheitsarbeit vom Kind bis zum Senior und vom Fußgänger bis zum Brummi-Fahrer. Ziel der Initiative ist es, die Unfallzahlen zu senken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das partnerschaftliche Verhalten im Straßenverkehr zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch Erstellung landesweiter Medien zur Verkehrsprävention, Finanzierung und Bereitstellung von Informationsständen zur Verkehrssicherheitsarbeit in Stadt- und Landkreisen, Initiierung von Verkehrssicherheitsprojekten, die auf örtlicher Ebene umgesetzt werden, Prämierung erfolgreicher Verkehrspräventionsprojekte sowie durch Förderung und Unterstützung der Arbeitskreise „Verkehrssicherheit“ in den Stadt- und Landkreisen.

Dafür ziehen in Baden-Württemberg alle an einem Strang!

Experten der ARGE Alkohol/Drogen/Medikamente informieren über das Medienangebot zu illegalen Drogen und Alkohol im Straßenverkehr.

Kontakt:

Koordinierungs- und Entwicklungsstelle

Verkehrsprävention BW bei der LPD Tübingen

Konrad-Adenauer-Straße 30, 72072 Tübingen

Telefon 07071/972-3090, Telefax 07071/972-3099

dieter.speiser@kev-bw.de und peter.roth@apdka.bwl.de

www.gib-acht-im-verkehr.de

Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Junge Fahrer

Die landesweite Verkehrsaufklärungsaktion GIB ACHT IM VERKEHR aus Baden-Württemberg stellt Verkehrsprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Die Partnergemeinschaft Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Polizei, ADAC Württemberg und Baden, Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V., Landesverkehrswacht, Fahrlehrerverband, Landessportverband und Unfallkasse Baden-Württemberg widmet sich deshalb gemeinsam der Verkehrssicherheitsarbeit vom Kind bis zum Senior und vom Fußgänger bis zum Brummi-Fahrer. Ziel der Initiative ist es, die Unfallzahlen zu senken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das partnerschaftliche Verhalten im Straßenverkehr zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch Erstellung landesweiter Medien zur Verkehrsprävention, Finanzierung und Bereitstellung von Informationsständen zur Verkehrssicherheitsarbeit in Stadt- und Landkreisen, Initiierung von Verkehrssicherheitsprojekten, die auf örtlicher Ebene umgesetzt werden, Prämierung erfolgreicher Verkehrspräventionsprojekte sowie durch Förderung und Unterstützung der Arbeitskreise „Verkehrssicherheit“ in den Stadt- und Landkreisen.

Dafür ziehen in Baden-Württemberg alle an einem Strang!

Mit dem aktuellen Thema „Modedrinks“ werden den Besuchern Informationen zu den Gefahren für Jugendliche und Junge Erwachsene durch Alcopops und Premixgetränke sowie zu den Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes und Lösungsansätze für entsprechende Maßnahmen angeboten.

Kontakt:

**Koordinierungs- und Entwicklungsstelle
Verkehrsprävention BW bei der LPD Tübingen**

Konrad-Adenauer-Straße 30, 72072 Tübingen
Telefon 07071/972-3090, Telefax 07071/972-3099
dieter.speiser@kev-bw.de **und** reiterka@pdbc.bwl.de
www.gib-acht-im-verkehr.de

**Aktion GIB ACHT IM VERKEHR
Baden-Württemberg –
ARGE Kinder/Sicherer Schulweg**

Die landesweite Verkehrsaufklärungsaktion GIB ACHT IM VERKEHR aus Baden-Württemberg stellt Verkehrsprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Die Partnergemeinschaft Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Polizei, ADAC Württemberg und Baden, Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V, Landesverkehrswacht, Fahrlehrerverband, Landessportverband und Unfallkasse Baden-Württemberg widmet sich deshalb gemeinsam der Verkehrssicherheitsarbeit vom Kind bis zum Senior und vom Fußgänger bis zum Brummi-Fahrer. Ziel der Initiative ist es, die Unfallzahlen zu senken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das partnerschaftliche Verhalten im Straßenverkehr zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch Erstellung landesweiter Medien zur Verkehrsprävention, Finanzierung und Bereitstellung von Informationsständen zur Verkehrssicherheitsarbeit in Stadt- und Landkreisen, Initiierung von Verkehrssicherheitsprojekten, die auf örtlicher Ebene umgesetzt werden, Prämierung erfolgreicher Verkehrspräventionsprojekte sowie durch Förderung und Unterstützung der Arbeitskreise „Verkehrssicherheit“ in den Stadt- und Landkreisen.

Dafür ziehen in Baden-Württemberg alle an einem Strang!

Experten der ARGE Kinder/Sicherer Schulweg und der Verkehrserziehungsdienst der Polizeidirektion Heilbronn informieren über das Medienangebot zu den Themenbereichen „Kindersicherung“ und „Sicherer Schulweg“.

Kontakt:

**Koordinierungs- und Entwicklungsstelle
Verkehrsprävention BW bei der LPD Tübingen**

Konrad-Adenauer-Str. 30, 72072 Tübingen

Telefon 07071/972-3090, Telefax 07071/972-3099

Dieter.speiser@kev-bw.de und burgerma@pdaa.bwl.de

www.gib-acht-im-verkehr.de

**Aktion GIB ACHT IM VERKEHR
Baden-Württemberg – Koordinierungs- und
Entwicklungsstelle Verkehrsprävention bei der
LPD Tübingen**

Die landesweite Verkehrsaufklärungsaktion GIB ACHT IM VERKEHR aus Baden-Württemberg stellt Verkehrsprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Die Partnergemeinschaft Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Polizei, ADAC Württemberg und Baden, Bund gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr e.V, Landesverkehrswacht, Fahrlehrerverband, Landessportverband und Unfallkasse Baden-Württemberg widmet sich deshalb gemeinsam der Verkehrssicherheitsarbeit vom Kind bis zum Senior und vom Fußgänger bis zum Brummi-Fahrer. Ziel der Initiative ist es, die Unfallzahlen zu senken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das partnerschaftliche Verhalten im Straßenverkehr zu fördern. Dies geschieht zum Beispiel durch Erstellung landesweiter Medien zur Verkehrsprävention, Finanzierung und Bereitstellung von Informationsständen zur Verkehrssicherheitsarbeit in Stadt- und Landkreisen, Initiierung von Verkehrssicherheitsprojekten, die auf örtlicher Ebene umgesetzt werden, Prämierung erfolgreicher Verkehrspräventionsprojekte sowie durch Förderung und Unterstützung der Arbeitskreise „Verkehrssicherheit“ in den Stadt- und Landkreisen.

Dafür ziehen in Baden-Württemberg alle an einem Strang!

Unser Angebot reicht von der Vorstellung unserer aktuellen Medien und Produkte bis hin zur Beratung interessierter Besucher, etwa für die Erstellung von Medien oder Planung von Veranstaltungen.

Kontakt:

**Koordinierungs- und Entwicklungsstelle
Verkehrsprävention BW bei der LPD Tübingen**
Konrad-Adenauer-Straße 30, 72072 Tübingen
Telefon 07071/972-3090, Telefax 07071/972-3099
Dieter.speiser@kev-bw.de
www.gib-acht-im-verkehr.de

Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg

Die Aktion Jugendschutz (ajs) ist ein Zusammenschluss von achtzehn Spitzenverbänden (Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Kommunale Spitzenverbände usw.) Baden-Württembergs. Die ajs setzt sich für die Stärkung, den Schutz und die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein.

Ziel der Aktion Jugendschutz ist es, den erzieherischen, gesetzlichen und strukturellen Kinder- und Jugendschutz im Land Baden-Württemberg zu fördern. Schwerpunktmäßig engagiert sich die Aktion Jugendschutz in den Fachgebieten Suchtprävention, Jugendmedienschutz und Medienpädagogik, Sexualerziehung, Gewaltprävention, Gesetzliche Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, Rechte von Kindern und Jugendlichen.

Für Multiplikator/innen und Pädagog/innen gibt die ajs Fachpublikationen zu den genannten Themen heraus, entwickelt und vermittelt pädagogische Konzepte und führt Fortbildungen, Tagungen und andere Fachveranstaltungen durch.

An ihrem Info-Stand präsentiert die ajs ihre Fachpublikationen sowie ihre website, stellt ausgewählte Projekte vor, so z. B. das Landesnetzwerk für medienpädagogische Elternarbeit, und präsentiert ihre Seminarkonzepte zu Themen wie „Kulturelle und interkulturelle Kompetenz“, „Konfliktschlichtung“, „Cool sein – cool bleiben“.

Außerdem: Bei einem Jugendschutzquiz können die Besucher/innen aktuelle ajs-Publikationen gewinnen!

Kontakt:

Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg

Stafflenbergstraße 44, 70184 Stuttgart

Telefon 0711/237370, Telefax 0711/2373730

info@ajs-bw.de

www.ajs-bw.de

**Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz
(AJS) Landesstelle NRW e.V.**

Die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e.V. ist eine landeszentrale Einrichtung zur Förderung des Kinder- und Jugendschutzes in Nordrhein-Westfalen. Die Träger des Vereins sind unter anderem die Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände, Familienverbände, pädagogische Berufsvereinigungen.

Gefördert wird die AJS aus Mitteln des Landesjugendplanes NRW.

Aufgabenschwerpunkte sind die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Fortbildung, Kampagnen und Projekte zu aktuellen Themen sowie Beratung von pädagogischen Einrichtungen, Ämtern, Verbänden, Schulen und Weiterbildungsstellen.

Aus den zentralen Gefährdungsbereichen in der Gesellschaft ergeben sich die Themenschwerpunkte der AJS: Jugendschutzrecht, Jugendmedienschutz, Jugendkriminalitäts- und Gewaltprävention, Prävention gegen den sexuellen Mißbrauch, Suchtprävention sowie die Information und Dokumentation über sogenannte Sekten/Psychogruppen.

Kontakt:

**Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS)
Landesstelle NRW e.V.**

Poststraße 15–23, 50676 Köln

Telefon 0221/921392-0, Telefax 0221/921392-20

info@mail.ajs.nrw.de

www.ajs.nrw.de

BDWS – Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V.

Der Bundesverband Deutscher Wach- Sicherheitsunternehmen e.V. Wirtschafts- und Arbeitgeberverband wurde 1948 als Zentralverband des Deutschen Bewachungsgewerbes in Frankfurt/M. gegründet. Als Wirtschaftsverband fördert er die allgemeinen beruflichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber allen staatlichen Institutionen, Dienststellen, Behörden und den Einrichtungen der Wirtschaft. Gleichzeitig fungiert er als Arbeitgeberverband und damit als Sozialpartner und Tarifvertragspartei.

Der Bundesverband gliedert sich in 15 Landesgruppen. Dem BDWS gehören zur Zeit ca. 600 Mitgliedsunternehmen an. Diese erzielten 2003 mit 3,95 Mrd. € ca. 80 Prozent des Branchenumsatzes und beschäftigen 116.000 Mitarbeiter. Er geht gegen unlauteren Wettbewerb vor und betreut seine Mitgliedsunternehmen in allen Angelegenheiten des Gewerbes. Eine wichtige Aufgabe des Verbandes liegt in der Öffentlichkeitsarbeit. Auf verschiedenen Ebenen und unter zu Hilfe-nahme aller modernen Medien informiert er die Öffentlichkeit über Entwicklungen im privaten Sicherheitsgewerbe.

In den letzten Jahren hat der BDWS bei den Bemühungen um eine Qualitätsoffensive im Bewachungsgewerbe große Erfolge erzielen können. So wurde unter seiner Mitwirkung das Bewachungsgewerberecht reformiert und ein neuer Ausbildungsberuf „Fachkraft für Schutz und Sicherheit“ geschaffen. Zudem wurde im Jahr 2002 die DIN 77200 „Anforderungen an Sicherungsdienstleistungen“ vorgestellt.

Kontakt:

BDWS – Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V.

Norsk-Data-Straße 3, 61352 Bad Homburg

Postfach 1211, 61282 Bad Homburg

Telefon 06172/948050, Telefax 06172/458580

mail@bdws.de

www.bdws.de

Beratungsstelle „NEUE WEGE“ – Abt. Ambulante Rückfallvorbeugung

„Wir haben doch nur gekuschelt..“

Arbeit mit minderjährigen Sextätern

Das Bochumer Modell –

Kooperative Jugendhilfe Behandlung und Erziehung

Ambulante Therapie:

NEUE WEGE

Beratungsstelle gegen Misshandlung Vernachlässigung und sexuellen Missbrauch von Kindern

Abteilung Rückfallvorbeugung für minderjährige Missbraucher

Stationäre Maßnahme für Strafmündige:

Jungenwohngruppe Ev. Kinder- und Jugendheim Overdyck

Stationäre Maßnahme für 10- bis 13-Jährige:

Sozialtherapeutische Jungenwohngruppe St. Vinzenz Bochum

Die Beratungsstelle NEUE WEGE, Abt. Ambulante Rückfallvorbeugung, das Ev. Kinder- und Jugendheim Overdyck und St. Vinzenz Bochum bieten in enger Abstimmung eine Kombination aus ambulanter Diagnose und Therapie einerseits und stationärer Jugendhilfe andererseits an. Das Angebot ist gedacht für Jungen und männliche Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren, die als sexuelle Misshandler auffällig geworden sind und auf Grund ihrer Tat/en, zum Schutze der Opfer, zur Deeskalation der häuslichen Situation und nicht zuletzt zu ihrer eigenen Förderung zumindest vorübergehend nicht mehr in ihrem sozialen Umfeld (Familie, andere Einrichtungen der Jugendhilfe) verbleiben können.

Kontakt:

Beratungsstelle „NEUE WEGE“

Abt. Ambulante Rückfallvorbeugung

Klinikstraße 58a, 44791 Bochum

Telefon 0234/9650349, Telefax 0234-9503516

NeueWegeRV@t-online.de

www.caritas-bochum.de

**Bereitschaftspolizeipräsidium
Baden-Württemberg**

Die Bereitschaftspolizei in Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren ihr Engagement in der Kriminal- u. Verkehrsprävention intensiviert: sowohl in der Ausbildung der Polizeischüler/-innen als auch im praktischen Einsatz. Mit ihrer besonderen Infrastruktur, mit „menpower“ und geschultem Fachpersonal, ist die Bereitschaftspolizei ein leistungsfähiger Partner zur Unterstützung der örtlichen Polizeidienststellen. Über zwei Projekte wird in der Ausstellung informiert.

Neue Wege geht die Polizeischule der 3. BPA Biberach bei der Gewaltprävention. Die jungen Polizisten/-innen sind bereits während ihrer Ausbildung in Präventionsprojekte eingebunden. Der Grundgedanke ist: Junge gleichaltrige Menschen finden schnell und unkonventionell zueinander Kontakt – sie sind „peers“. Die Polizeischüler/-innen diskutieren zielorientiert in Workshops mit den Jugendlichen die Thematik „Gewalt“. „Ich verpetz doch keinen Freund“ lautet das Motto der Aktion. Wie das in der Praxis geht? Fragen sie die „peers“ am Stand.

Das Projekt der 5. BPA Böblingen „Aggressions- und Gewaltabbau durch Kampfkunst“ zielt darauf ab – auch körperlich – angemessen statt aggressiv zu reagieren. Die praktische körperliche Auslastung, das Abreagieren von Spannung durch Bewegung, führt zu einem Abbau des Aggressionspotentials – lenkt zur Ruhe und zum Nachdenken. In Rollenspielen werden Täter- und Opfergefühle erlebt und erspürt, Verhaltensmöglichkeiten erlernt und eine Anleitung zur Selbstreflexion vermittelt.

Praktische Vorführungen: 17.05.04, 13.50 Uhr,
Präventionsmeile, Kinder- und Jugendzelt.

Kontakt:

Bereitschaftspolizeipräsidium Baden-Württemberg

Heininger Straße 100, 73037 Göppingen

Telefon 07161/616-1199, Telefax 07161/616-624

thomas.fischer@bpp.bwl.de

www.polizei-bw.de

**Bewährungshilfe Hechingen,
Ulm und Baden-Baden**

In Baden-Württemberg werden weit über 20.000 Menschen durch eine/n Bewährungshelfer/in betreut. Über 20.000 Personen, denen in Form von Einzelfallhilfe, an ihre Lebensumstände angepasst, Unterstützung angeboten wird.

Regional unterschiedlich ergänzen Bewährungshelfer/innen dieses Angebot durch unterschiedlichste Projekte der Gruppenarbeit. In Baden-Baden, Hechingen und Ulm haben Bewährungshelfer Projekte zur Gewaltprävention initiiert, die auf dem Deutschen Präventionstag vorgestellt werden. Es handelt sich dabei um „Anti-Aggressivitäts-Training“ (in Ulm und Baden-Baden) und das Projekt „Blitzdefence“ (in Hechingen). Gemeinsam haben die Konzepte die Auseinandersetzung mit männlichen Rollenbildern, den jeweiligen Täter- und Opferanteilen und den eigenen Aggressionsauslösern.

In dem eintägigen „Blitzdefence“ liegt der Schwerpunkt auf der Reflexion der Körpersprache im Konfliktfall. Kritische Situationen sollen richtig eingeschätzt und eingeübte Deeskalationsstrategien angewandt werden.

Das AAT dagegen erstreckt sich über mehrere Monate. Es zielt auf eine Persönlichkeitsentwicklung, ausgelöst durch die Konfrontation auf dem „heißen Stuhl“, intensive Zuwendung und die ehrliche Auseinandersetzung mit sich und der eigenen Biographie.

Kontakt:

Bewährungshilfe Hechingen, Ulm und Baden-Baden

Rheinstraße 237, 76532 Baden-Baden

Telefon 07221/50438-19, Telefax 07221/50438-28

E-Mail Bwhbaden-baden@t-online.de

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Der Verein **Bewährungshilfe Stuttgart e.V.** unterstützt die beim Amts- und Landgericht Stuttgart tätigen Sozialarbeiter der Justiz in der Bewährungshilfe, der Gerichtshilfe und im Strafvollzug vorwiegend durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln für ihre Probanden.

- Unterstützungen erfolgen durch
- das Betreiben von **Betreutem Wohnen in Wohngruppen für Probanden**, 40 Plätze;
- **das Betreute Wohnen im Individualwohnraum**, 29 Plätze. Die Trennung zwischen Wohnen und sozialpädagogischer Betreuung ist Kern des Konzeptes;
- die Durchführung der **Betreuungsweisungen** nach § 10 JGG im Rems-Murr-Kreis;
- die Anlauf- und Beratungsstelle zur Haftvermeidung durch Tilgungsberatung und freie Arbeit – **Schwitzen statt Sitzen** – im Amts- und Landgerichtsbezirk Stuttgart. Hierunter fallen die gemeinnützige Arbeit zur Abwendung der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe bei Uneinbringlichkeit der Geldstrafe, im Rahmen einer Bewährungsaufgabe, als Auflage nach § 153a StPO;
- das Betreiben einer **Psychotherapeutischen Ambulanz für Sexualstraftäter**, für den wirksamen Schutz der Bevölkerung vor Sexualdelikten;
- die **Zeugenbegleitung** von Opferzeugen im Amts- und Landgerichtsbezirk Stuttgart;
- Handgelder zur **Linderung der ersten Not**, die Gewährung zinsloser **Überbrückungsdarlehen**;
- die Finanzierung von **Gruppenarbeit in den Vollzugsanstalten**;
- die Förderung des Ausgleichs zwischen Täter und Opfer und Bereitstellung eines Opfer-Fonds;
- das Projekt **Bürgerschaftliches Engagement** in der Bewährungshilfe.

Kontakt:

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Uhlandstraße 16, 70182 Stuttgart

Telefon 0711/239883, Telefax 0711/2398850

info@bewaehrungshilfeverein-stuttgart.de

www.bewaehrungshilfeverein-stuttgart.de

**Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim –
Polizeidirektion Pforzheim – Fachberatungsstelle
für Beratung und Unterstützung Diakonie
Pforzheim Stadt**

Der Bezirksverein zeigt zusammen mit Kooperationspartnern, insbesondere der Polizei Pforzheim, Reaktionen und Hilfen bei Häuslicher Gewalt im Netzwerk der Stellen in Pforzheim und Enzkreis.

Hierzu zählen Vorgehen und Arbeitsansätze der Polizei, des Amts für öffentliche Ordnung, der Fachberatungsstelle für Betroffene bei der Diakonie (Ersthilfe und Koordination), des Bezirksvereins für soziale Rechtspflege Pforzheim (Sozialtraining für gewaltbereite und gewalttätige Menschen), der Frauenhäuser, usw.

Die Stadt Pforzheim hatte am Modellversuch zum Platzverweisverfahren in Baden-Württemberg teilgenommen.

Das heutige Hilfesystem bei Häuslicher Gewalt und Platzverweis in Pforzheim und Enzkreis geht zurück auf eine 1999–2001 eingerichtete Arbeitsgruppe zum Thema.

Hieran beteiligten sich: Polizei-Geschäftsstelle für Kriminalprävention Pforzheim, Amt für öffentliche Ordnung Pforzheim, Staatsanwaltschaft Karlsruhe/Pforzheim, Frauenhäuser der Diakonie und der kath. Gesamtkirchengemeinde Pforzheim, Amt für Jugend und Familie Pforzheim, Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim, Rechtsanwältin, Telefonseelsorge.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in einem Abschlußbericht festgehalten, der bundesweit Anerkennung fand.

Ein wesentliches Ergebnis war die Einrichtung einer 50%-Stelle Fachberatung für Betroffene, finanziert von Stadt Pforzheim und Enzkreis.

Kontakt:

Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim

Erbprinzenstraße 59/61, 75175 Pforzheim

Telefon 07231/351232, Telefax 07231/353060

Bezirksverein_Pforzheim@gtrrmrz-fr

www.Bezirksverein-Pforzheim.de

**Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt
von Männern in Beziehungen –
Polizei Bielefeld und Stadt Bielefeld –
Sozial- und Kriminalpräventiver Rat der
Stadt Bielefeld**

Das Bielefelder Interventionsprojekt wurde im Jahr 1999 ins Leben gerufen, um die polizeiliche, kommunale, juristische sozialarbeiterische und therapeutische Intervention in Fällen häuslicher Gewalt besser aufeinander abzustimmen und zu vernetzen. Die Koordination liegt bei dem Kommissariat Vorbeugung der Polizei Bielefeld und der Gleichstellungsstelle für Frauenfragen der Stadt Bielefeld.

Das Interventionsprojekt ist praxis- und umsetzungsorientiert. Es setzt an den vorhandenen Strukturen und Ressourcen an und versucht, das Alltagshandeln der mit dem Problem befassten Institutionen zu optimieren. Das Projekt wird in mehreren zeitlich aufeinanderfolgenden Schritten erarbeitet. Für jedes Teilkonzept wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die für den jeweiligen Bereich relevanten Institutionen vertreten sind. Bisher wurde zu den Bereichen Polizeilicher Einsatz, Hilfe und Unterstützung für die Opfer, besondere Hilfen für Migrantinnen, Täterprogramm, Strafrecht und Zivilrecht, gesundheitliche Versorgung gearbeitet.

Kontakt:

**Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt
von Männern in Beziehungen**

Polizei Bielefeld und Stadt Bielefeld

Sozial- und Kriminalpräventiver Rat der Stadt Bielefeld

c/o Gleichstellungsstelle für Frauenfragen der Stadt Bielefeld
Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

Telefon 0521/51-2018, Telefax 0521/51-2002

ilse.buddemeier@bielefeld.de

BSW Bonus & Club

BSW Bonus & Club

BSW Bonus & Club ist seit über 40 Jahren das wohl leistungsstärkste Bonussystem für die öffentlichen Dienste und Organisationen mit öffentlichen Aufgaben. Bei über 27.000 Partnerfirmen aus beinahe allen Branchen bietet BSW seinen 850.000 Mitgliedern auf Ihren Einkauf bundesweit überdurchschnittlich hohe Rabatte und Preisvorteile. Zu den Partnern zählen namhafte Filialisten und Versender wie Karstadt, Quelle, Christ, Hüssel, Apollo Optik, DiBa, Citibank, Herz, kd Drogeriemärkte, Runners Point und Dänisches Bettenlager.

BSW Clubleistungen

BSW ist aber nicht nur ein Bonus- und Rabattsystem, sondern auch ein exklusiver Club mit zahlreichen Leistungen und Angeboten. Dazu zählen unter anderem der Auto-Vermittlungsservice, der Reise-Service mit eigenem BSW Reisebüro ebenso wie der Finanz- oder Multimedia-Service mit umfangreicher Beratung durch die BSW-Experten.

BSW Nutzung

Die BSW-Vorteile sind ganz einfach zu nutzen: Beim Bezahlen an der Kasse ist einfach die BSW Bonus & Club Card vorzulegen und zunächst der normale Preis zu zahlen. Anschließend überweist BSW automatisch den Bonus auf das Bankkonto des BSW-Mitglieds.

Über die BSW-Preisvorteile informiert jeweils der BSW-Katalog sowie die Mitgliederzeitschrift „BSW Magazin“, ergänzt durch Servicehefte und Info-Briefe.

Kontakt:

BSW Bonus & Club

Josephsplatz 8, Postfach 100154

95444 Bayreuth

Telefon 0921/802-154, Telefax 0921/802-300

dialog@bsw.de

www.bsw.de

buch online oHG

-
- buch online oHG ist die Internet-Fachbuchhandlung für Soziale Arbeit/Sozialpädagogik/Pädagogik/Sozialwissenschaften
 - buch online vertritt bundesweit Fachverlage aus dem sozialen Bereich auf Kongressen und Fachtagungen mit themenspezifischer Literatur

<http://www.buchonline.de>

Kontakt:

buch online oHG

Ahlmannshof 50 a, 45889 Gelsenkirchen

Telefon 0209/8182318, Telefax 0209/8182274

info@buchonline.de

<http://www.buchonline.de>

Bund für Soziale Verteidigung e.V.**Bund für soziale Verteidigung e.V.**

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) e.V. ist ein Mitglieder- und Dachverband, der sich dafür stark macht, in gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen gewaltfreie Formen der Konfliktbewältigung umzusetzen. Ziele des BSV e.V. sind ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer Welt ohne Militär und Waffen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in zahlreichen anderen Ländern unterstützt der BSV Friedensinitiativen und Versöhnungsprogramme, so z. B. in Israel/Palestina, im ehemaligen Jugoslawien und in Sri Lanka. Der BSV e.V. fördert die Vernetzung regional arbeitender Gruppen und sucht die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Organisationen.

Der Verein wurde 1989 gegründet und hat sich seither auch als Herausgeber zahlreicher Bücher und Arbeitsmaterialien zu Gewaltprävention, Konfliktanalyse und Verständigungsarbeit einen Namen gemacht.

Am Stand vertreten sein wird auch das **Projekt „Konstruktive Konfliktbearbeitung im kommunalen Zusammenhang (KKK)“**.

Kernpunkt des Programms sind die 10-tägigen Fortbildungen in Kommunen und Regionen. Die zertifizierten Fortbildungen richten sich an MultiplikatorInnen, die in ihrem beruflichen Tätigkeitsbereich mit Konflikten, Gewaltprävention und Vernetzungsarbeit zu tun haben. Vermittelt werden Kompetenzen für den erfolgreichen und kooperativen Umgang mit Konflikten. Mit dem KKK-Projekt, das finanziell vom Land NRW gefördert wird, wurden in den vergangenen Jahren über 200 Menschen qualifiziert, u. a. aus den Tätigkeitsbereichen Sozialarbeit, Schule, Jugendarbeit, Verwaltung, Erwachsenenbildung und Verbandsarbeit.

www.konstruktive-konfliktbearbeitung.de

Kontakt: **Bund für Soziale Verteidigung e.V.**

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Telefon 0571/29456, Telefax 0571/23019

soziale_verteidigung@t-online.de

www.soziale-verteidigung.de

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

Neben den Kernaufgaben im Asylbereich nimmt das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge seit 01.07.2002 Aufgaben im Bereich der Integration von Spätaussiedlern und Ausländern wahr.

Integration meint die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderinnen und Zuwanderer am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Aus Haushaltsmitteln des Bundesamtes werden zur Erreichung dieses Zieles jährlich rund 1000 Projekte zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Integration der Spätaussiedler und Ausländer gefördert. Hinzu kommen zahlreiche Maßnahmen des Deutschen Sportbundes über die Förderung des Programmes „Integration durch Sport“.

Die präventive Ausrichtung von Integrationsprojekten gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung. So werden z. B. durch die Verknüpfung von sozialpädagogischer Betreuung und sinnvoller Freizeitgestaltung von Jugendlichen deren Selbstwertgefühl gestärkt, und sie so besser vor Drogenkonsum und Kriminalität geschützt.

Ein wichtiger Beitrag zur Kriminalprävention!

Kontakt:

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

Telefon 0911/943-6120, Telefax 0911/943-6003

horst.winkler@bafli.bund.de

www.bafli.de

Bundesgrenzschutzamt Stuttgart

Das Bundesgrenzschutzamt Stuttgart stellt die polizeiliche Kriminalprävention der Polizei des Bundes organisatorisch zum 9. Deutschen Präventionstag vor.

An einem 30qm großen Informationsstand stellt die BGS-Abteilung Bayreuth das Gemeinschaftsprojekt „Pfeife“ (Projekt für ein friedfertiges Eingreifen) von BGS, Kirche, Gemeinde (und anderen Organisationen) vor. Hierbei sind Schüler, Eltern und Lehrer der Adressatenkreis. In verschiedenen workshops können Kinder lernen, was Gewalt bedeutet und wie sie in unterschiedlichen Situationen handeln sollten. Lehrer und Eltern werden dazu aufgefordert, eine solche Intensivveranstaltung nicht als einmalig im Raum stehen zu lassen, sondern diese weiter fortzusetzen.

Auszüge aus Gästebüchern, Fotos und Filmsequenzen geben hierbei aufschlussreich Inhalte des Veranstaltungsprojektes bekannt.

Außerdem wird das Projekt „Graffiti“ vom BGS Amt Kleve und der BGS-Inspektion Münster repräsentiert. Da sowohl Mobilien (z. B. Züge und S-Bahnen) als auch Immobilien von den hohen Schäden betroffen sind, wurde eine Ordnungspartnerschaft Graffiti in Münster (OPSG) von BGS, Polizei, DB AG, der Stadt und von privaten Organisationen und Unternehmen gebildet.

Dargestellt wird das Projekt mit einem nachgestellten „Graffitizug“, einem Film und einer Power-Point-Präsentation. Die Graffitiszene wird seitens der OPSG teilweise direkt angesprochen, u. a. im Internet www.hot-walls.de/ www.graffiti-muenster.de

Kontakt:

Bundesgrenzschutzamt Stuttgart

Wolfgang-Brumme-Allee 52, 71034 Böblingen

Telefon 07031/2128 570, Telefax 07031/2128 105

gert-henning.spellenberg@bgs.bund.de

www.bundesgrenzschutz.de

Bundeskriminalamt

Polizeiliche Kriminalprävention im Bundeskriminalamt

Innerhalb der Gruppe Kriminalstrategie des Bundeskriminalamtes befasst sich der Fachbereich KI 14 u. a. mit Fragen der polizeilichen Kriminalprävention. Arbeitsfelder sind der „Wissenschaftliche Informationsdienst“ (Infopool Prävention), „Gremienarbeit“ und „Projektarbeit“ (Zentralstellenfunktion nach § 2 VI Nr. 3 BKA-G).

Infopool Prävention

Seit November 1995 betreibt das Bundeskriminalamt mit dem „Infopool Prävention“ eine good practice-orientierte Informationssammlung zu Präventionsprojekten des In- und Auslandes. Diese Sammlung kann u. a. über das Internet (http://www.bka.de/vorbeugung/infopool_de.html) eingesehen werden.

Aktuelle Infopool-Veröffentlichungen:

- Kriminalprävention in Deutschland. Länder-Bund-Projekt-sammlung 2003
- Kriminalprävention. Sammlung ausländischer Präventionsprojekte/-programme 2003

Projektarbeit

Bisherige Projekte deckten die Themen Community Policing, Intensivtäter und Bürgernahe Polizeiarbeit in Deutschland ab. Aktuell erfolgt eine Untersuchung zum Thema „Taschendiebstähle in Köln – eine Evaluation des Erfolgs polizeilicher Maßnahmen“.

Gremienarbeit

Aufgrund der Mitgliedschaft des Bundeskriminalamtes in der

- Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK)
- Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK)

ist der Fachbereich KI 14 eingebunden in die Bund-Länder-Aktivitäten im Rahmen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) mit seiner Zentralen Geschäftsstelle (ZGS) beim Landeskriminalamt in Stuttgart.

Kontakt:

Bundeskriminalamt
KI 14-Polizeiliche Kriminalprävention
Thaerstraße 11, 65173 Wiesbaden

**Bundesverband der
Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.**

Der Zweck des im Jahre 2002 in Berlin gegründeten Verbandes ist darauf gerichtet, das Konzept des Jugendrechtshauses umzusetzen und dazu die Gründung weiterer Jugendrechtshäuser anzuregen und zu unterstützen.

Der Verband vertritt die Interessen der Jugendrechtshäuser und Jugendrechtshaus-Initiativen in der Öffentlichkeit, gegenüber Behörden und sonstigen Institutionen.

Dazu gehören u.a. die Durchführung von Seminaren, Tagungen, Herausgabe von Veröffentlichungen, Initiierung von jugendbezogenen Forschungsvorhaben und deren Trägerschaft.

Die Jugendrechtshäuser wollen Demokratieschulen in der interkulturellen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sein und als Präventionszentren und Partner im Jugendstrafverfahren zur Vorbeugung und Verhinderung von Gewalt, Rechtsextremismus und sonstiger Delinquenz dienen.

Die Jugendrechtshäuser unterstützen als freie Träger den Staat und seine Einrichtungen bei der Erfüllung von basisdemokratischen Aufgaben durch haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte.

Die Jugendrechtshäuser vermitteln Rechtsbewusstsein und Rechtskenntnisse in Kindergarten, Schule, Ausbildungsbetrieb und Jugendclub. Sie bieten Kindern und Jugendlichen kostenlose Rechtsberatung durch Rechtsanwälte an und beteiligen sich am Präventionsnetzwerk Elternhaus-Kindergarten-Schule-Ausbildungsbetrieb und Jugendclub.

Als Partner im Jugendstrafverfahren bieten sie Aussteigerhilfe durch Rechtsanwälte an sowie den Crash-Kurs vor der Hauptverhandlung und interkulturellen Täter-Opfer-Ausgleich.

Die Jugendrechtshäuser bieten Fortbildungsveranstaltungen „Rechtspädagogik“ für Multiplikatoren an.

Kontakt:

Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.

Königsberger Str. 28 A, 12207 Berlin

Telefon 030/76884187(88), Telefax 030/76884190

bundesverband@jugendrechtshaus.de

www.jugendrechtshaus.de

Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb wurde am 25. November 1952 als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gegründet. 1963 wurde sie in „Bundeszentrale für politische Bildung“ umbenannt. Sie ist eine nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und wird von einem wissenschaftlichen Beirat fachlich unterstützt. Ein Kuratorium aus Mitgliedern des Deutschen Bundestags kontrolliert die politische Ausgewogenheit und Wirksamkeit ihrer Arbeit. Gemäß dem Erlass vom 24. Januar 2001 ist es ihre Aufgabe, in der Bevölkerung „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“.

Das Angebot der bpb besteht aus Print-Publikationen, Veranstaltungen sowie audiovisuellen Medien und Online-Angeboten. Die wichtigsten Zielgruppen sind Multiplikatoren/-innen der politischen Bildung, Meinungsführer/-innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und generell interessierte Bürgerinnen und Bürger. Spezielle Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene bilden seit 2001 einen Schwerpunkt. Das Themenspektrum umfasst historische und aktuelle Fragestellungen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Die bpb arbeitet mit den Landeszentralen für politische Bildung und Kooperationspartnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen und fördert bundesweit rund 300 freie Träger der politischen Bildung.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Telefon 01888/5150, Telefax 01888/515113

info@bpb.de

www.bpb.de

Careyoung e.V. in Gründung c/o Wolfsburg AG**Careyoung e.V. in Gründung**

Aktive Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche

Careyoung möchte mit einem ganzheitlichen Ansatz die Gesundheitskompetenzen und die Übernahme von Eigenverantwortung für gesundheitsbewusstes Handeln von Kinder und Jugendlichen fördern.

Erreicht werden soll dies durch die frühestmögliche Implementierung von gesundheitsbezogenen Lernsequenzen in Kindertagesstätten und Schulen. Mit einbezogen werden dabei die Kinder, Eltern, LehrerInnen und ErzieherInnen, sowie Kindertagesstätten und Schulen als Institution.

Das Konzept entsteht durch die Kooperation der im pädagogischen und gesundheitlichen Bereich aktiven Gruppen, Organisationen und Institutionen.

Ziel dabei ist die Vernetzung der Gesundheitsvorsorge mit einem umfassenden und aufeinander aufbauenden Themenkatalog über mehrere Jahre.

Im Herbst '04 sind die ersten Bausteine des Konzeptes „Ernährung“ und „Motorik“ für eine Kindertagesstätte in Wolfsburg geplant.

Weitere Module/Themen werden u.a. Kriminalprävention, Suchtprävention und Prophylaxen sein.

Kontakt:

Careyoung e.V. in Gründung c/o Wolfsburg AG

Major-Hirst-Straße 11, 38442 Wolfsburg

Telefon 05361/8974551, Telefax 05361/8971860

E-Mail Bettina.marschall@wolfsburg-ag.com

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands

Die Jugendhilfe trifft die Justiz – das Projekt Chance des CJD in Creglingen/Baden-Württemberg

Seit einigen Jahren verfolgt das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) besorgt die immer höher werdenden Zahlen inhaftierter Jugendlicher. Dies wird am Beispiel der Jugendvollzugsanstalt Adelsheim deutlich, die z. Zt. eine Aufnahmezahl jährlich von 140 Jugendlichen erreicht. Der Jugendhilfe ist es klar, daß sich trotz aller Bemühungen der dort tätigen MitarbeiterInnen Subkulturen bilden, die der Persönlichkeitsentwicklung vieler Jugendlicher nicht dienlich sind. Auch gibt es viele Jugendliche als Ersttäter, für die aufgrund ihres Alters der Strafvollzug keine angemessene pädagogische Lösung bietet. Wir haben daher vom CJD nach Alternativen gesucht und ein Angebot der Jugendhilfe in der Schnittstelle zur Justiz entwickelt. In Creglingen erhalten 15 Jugendliche eine Chance, ohne Mauer und Stacheldraht, aber mit einer besonderen Pädagogik, sich eine neue Zukunft zu erarbeiten. Wir haben bei diesem Projekt einen gemeinschaftspädagogischen Schwerpunkt und setzen auf die Selbsthilfekräfte dieser Jugendlichen. In einer Gruppe mit einem strengen Regelwerk lernen sie, daß eigene Mühe belohnt wird und Ausdauer letztlich für sie erfolgreich ist. Wir haben am 01.08.2003 begonnen und bis heute gezeigt, daß unsere Pädagogik greift. Insoweit ist in Baden-Württemberg von der Jugendhilfe ein Modell entwickelt worden, das in Partnerschaft mit der Justiz beispielhaft ist.

Kontakt:

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands

Teckstraße 23, 73065 Ebersbach

Telefon 07163/930-174, Telefax 07163/930-281

klaus.stiller@cjd.de

www.cjd.de

Consis GmbH**Einsatzort und Verwendung**

Ringmaster ist ein elektronisches Frühwarnsystem, das in jeder Polizeistation aufgestellt und eingesetzt werden kann. Mit diesem System können Bürger telefonisch gewarnt und um Hinweise bei einem Kriminalfall gebeten werden.

Funktion

Die Ausgabe von Warnmeldungen des Frühwarnsystems wird von einem Computer organisiert. Es funktioniert denkbar einfach: wenn z.B. ein Kind vermisst wird oder Trickdiebe in der Stadt unterwegs sind, kann die Polizei eine Nachricht über ein in der Nähe des Computer stehendes Telefon in den Rechner als Sprache und über die Tastatur als Text eingeben. Diese Eingaben werden in eine digitale Darstellung übersetzt. Der Computer ruft die aus der Gesamtheit aller angeschlossenen Haushalte ausgewählten RINGMASTER Teilnehmer an. Diese Benachrichtigung trifft auf dem Festnetztelefon des RINGMASTER Teilnehmers ein. Sie kann auch auf Mobiltelefon, als SMS oder per E-Mail und Fax ausgegeben werden. Die Anzahl gleichzeitig ausgegebener Benachrichtigungen richtet sich nach der Anzahl der zur Verfügung gestellten ISDN-Telefonleitungen.

Kontakt:

CON SIS GMBH

Weserstraße 19, 63322 Rödermark

Telefon 06074/5152

c.kratzenstein@t-online.de

www.ringmaster.de

Cormoran Fundraising

Fundraising heißt Freunde gewinnen – und Freunde, stehen auch in schwierigen Zeiten zueinander und helfen sich gegenseitig – zum Beispiel durch Zeit-, Geld- oder Sachspenden.

Cormoran Fundraising sucht für Ihre Präventionsarbeit die richtigen Freundinnen und Freunde, mit deren Hilfe Sie Ihre Aufgaben und Projekte verwirklichen und weiterführen können. Dabei verstehen wir Fundraising als längerfristige Begleitung auf Ihrem Weg zu einem besseren Image, zu mehr Mitgliedern und/oder zu dauerhaften Spenderinnen und Spendern.

Cormoran Fundraising bietet Ihnen an:

- Erstellung von Fundraisingkonzepten
- intensive Öffentlichkeitsarbeit
- Betreuung Ihrer Spenderinnen und Spender
- Recherche von Stiftungsmitteln
- Antragsbearbeitung
- Vermittlung von Sponsoren
- Durchführung von Benefizveranstaltungen
- Fundraisingworkshops

Kontakt:

Cormoran Fundraising

Anna Cornelia Moritz

Ring 1, 27777 Ganderkesee

Telefon 04222/946628, Telefax 04222/946629

fundraising@cornelia-moritz.de

www.cornelia-moritz.de

Cottbuser Jugendrechtshaus

Das Cottbuser Jugendrechtshaus

ist ein Projekt zur Lebensvorbereitung und Prävention auf ganzheitlicher Basis. Zur konzeptionellen Umsetzung bietet sich das Cottbuser Jugendrechtshaus an als

- Anlauf-, Beratungs- und Vermittlungsstelle;
- Rechtspädagogische Begegnungs- und Weiterbildungseinrichtung;
- Partner im Jugendstrafverfahren.

Das Netzwerk „Cottbuser Jugendrechtshaus“ präsentiert sich in einem Wissensparcours in Form von Quizfragen oder Bilderrätsel. Kinder und Jugendliche erschließen sich über dieses aktive Mitmachangebot neue Inhalte aus dem Fachgebiet des Rechts und der Politik.

Parcoursinhalte wurden dargestellt vom:

- Landespräventionsrat Brandenburg
- Landeskriminalamt
- Polizeipräsidium Frankfurt/Oder, Schutzbereich Cottbus/Soree-Neiße
- Cottbuser Aufbruch
- Cottbuser Jugendrechtshaus e.V.

Kontakt:

Cottbuser Jugendrechtshaus e.V.

Gerichtsstraße 1, 03046 Cottbus

Telefon 0355/4302382, Telefax 0355/4302383

Cottbuser-jugendrechtshaus@t-online.de

www.jugendrechtshaus.de

**DBH-Fachverband für Soziale Arbeit,
Strafrecht + Kriminalpolitik****DBH – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik**

DBH ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen. DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und
- setzt sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ein.

DBH fördert die Kooperation zwischen Angehörigen der Strafrechtsberufe, der Sozialen Dienste der Justiz und der nicht-staatlichen Straffälligenhilfe. Dabei wird die gegenseitige Bereicherung von Theorie und Praxis im Bereich der sozialen Arbeit und im Strafrecht angestrebt. DBH setzt sich dafür ein, die Anliegen von Kriminal- und Sozialpolitik zu koordinieren. Die Arbeit des DBH-Fachverbandes ist darauf ausgerichtet, in der Bevölkerung Verständnis für die soziale Strafrechtspflege und ihre Aufgaben zu wecken und zu stärken.

Präsident: Prof. Hans-Jürgen Kerner

Bundesgeschäftsführer: Peter Reckling

**Kontakt: DBH-Fachverband für Soziale Arbeit,
Strafrecht + Kriminalpolitik**

Aachener Straße 1064, 50858 Köln

Telefon 0221/94865120, Telefax 0221/94865121

kontakt@dbh-online.de

www.dbh-online.de

**Deutsche Gesellschaft für Baby- und
Kindermassage e.V.**

Die Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage e.V., Zweig der Internationalen Gesellschaft für Babymassage, bildet seit 1995 Babymassage-KursleiterInnen und seit 2002 Kindermassage-KursleiterInnen im gesamten deutschsprachigen Raum aus.

Die Bedeutung der Berührung für die Entwicklung des Kindes ist inzwischen unumstritten. Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass ein Mangel an Berührung und taktiler Stimulation zu höherem Aggressionsverhalten führt, sodass die Baby- und Kindermassage zur Gewaltprävention beitragen kann.

Respektvolle Berührung unterstützt nicht nur die Eltern-Baby, sondern auch die Eltern-Kinder Beziehung. Die Methode „Berührung mit Respekt“, kann in allen Alterstufen angewandt werden, vom Baby/Kleinkind bis zum Jugendlichen und darüber hinaus.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage e.V.

Küffergasse 5, 77652 Offenburg

Telefon 0781/9702822, Telefax 0781/9702824

info@dgbm.de

www.dgbm.de

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV)

Die Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V. (DGgKV) versteht sich als Interessenvertretung aller Berufsgruppen, die in ihrer täglichen Arbeit mit allen Formen von Vernachlässigung oder körperlicher und sexueller Misshandlung von Kindern und Jugendlichen Verantwortung tragen und mit den betroffenen Mädchen und Jungen arbeiten. In ihrer Arbeit geht die DGgKV von einem multiprofessionellen Ansatz aus; sie ist ein Zusammenschluss von Fachleuten für Fachleute. Dabei werden weder bestimmte Gruppierungen noch besondere wissenschaftliche Positionen oder Verfahren bevorzugt.

Die DGgKV will

- den Austausch zwischen Vertretern unterschiedlicher Richtungen und Formen des Kinderschutzes ermöglichen,
- die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Stellen unterstützen,
- die wissenschaftliche Begleitforschung fördern und initiieren,
- die Fort- und Weiterbildung fördern und gestalten.

Die DGgKV führt Fort- und Weiterbildungen für pädagogische und therapeutische Fachkräfte sowie für Kinderärzte durch. Sie gibt einen vierteljährlich erscheinenden Informationsdienst und eine zweimal jährlich erscheinende Fachzeitschrift heraus. Sie ist u. a. die nationale Partnerorganisation der ISPCAN (International Society for Prevention of Child Abuse and Neglect) und weitere internationaler und nationaler Vereinigungen mit gleicher Zielrichtung.

Kontakt:

Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V.

Andreaskloster 14, 50667 Köln

Telefon 0221/136427, Telefax 0221/1300010

dggkv@t-online.de, Internet www.dggkv.de

Deutsche Jugend aus Russland e.V. (DJR)

Die **Deutsche Jugend aus Russland e.V. (DJR)** ist eine Selbstorganisation von Migrantenjugendlichen.

Es gibt in Deutschland 58 Ortsgruppen der DJR. Insgesamt zählt der Verein über **10.000 aktive** Mitglieder.

Da in der Vergangenheit viele gescheiterten Integrationsbemühungen in Straffälligkeiten gemündet sind, hat sich unser Verein der gesellschaftlichen Verantwortung gestellt und ist aktiv in der Kriminalprävention und Integration von straffälligen Jugendlichen tätig geworden.

Wir möchten Ihnen an unserem Stand z.B. unser **Patenschaften- und Mentorenprogramm (PMP)** vorstellen. Die Grundlage für das PMP bildet die Parteiliche Jugendsozialarbeit, die von den Jugendlichen selbst organisiert wurde. Hier geht die Rede um die konfliktorientierte Jugendhilfe, die sozial benachteiligte und ausgegrenzte Jugendliche meistens aus den Migrantenfamilien in der aktuellen Lebenssituation begleitet. Wir organisieren für die Jugendlichen Patenschaften (von Erwachsenen) und übernehmen die Mentorenarbeit (drei Jugendliche nehmen einen Straffälligen in ihren Kreis auf).

Von den bisher 159 in Stuttgart betreuten straffälligen Jugendlichen sind bis heute nur 5 Jugendliche rückfällig geworden!

Wir möchten Ihnen schildern, wieso die Einbindung der Migrantenselbstorganisationen in die Angebote der Jugendhilfe so wichtig ist und Ihnen aufzeigen, warum eine effektive Integration von straffälligen Jugendlichen in das Gemeinwesen, nicht ohne eine erfolgreiche Jugendarbeit auskommt.

Kontakt:

Deutsche Jugend aus Russland e.V.

Landhausstraße 5, 70182 Stuttgart

Telefon 0711/28494 80 oder 0711/28494 81

Telefax 0711/28 49479

djr-bund@t-online.de

www.djrbund.de

Deutsche Post World Net

Prävention durch Mitarbeitertrainings – das konzernweite Security-Awareness-Programm SAFE

„Sicherheit erreicht man durch Training der Mitarbeiter“.

Sicherheit ist für jeden Transport- und Logistikdienstleister ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Sie bestimmt das Vertrauen unserer Kunden und der Öffentlichkeit im Konzern Deutsche Post World Net.

Durch die konsequente Anwendung der Konzernsicherheitsstandards wird bei allen Mitarbeitern das Bewusstsein für existierende Risiken und deren Bewältigung stetig verstärkt. Dies wird unterstützt durch konzernweite Trainingsprogramme für Sicherheitsbewusstsein.

Qualität durch Sicherheit. Sicherheit durch Qualität.

Dieses Motto zieht sich durch die gesamte Konzernsicherheit.

Deutsche Post World Net zählt mit seinen 380.000 Mitarbeitern zu den größten und leistungsfähigsten Logistik Anbietern weltweit. Schon heute transportiert Deutsche Post World Net mehr als 5 % des grenzüberschreitenden Güterhandels der Welt. Der Konzern bietet seinen Kunden einen globalen Brief-, Express- und Logistikservice und ein vielfältiges Angebot an Finanzdienstleistungen.

Unter Deutsche Post, DHL und Postbank ist diese Leistungspalette in einem starken Markenportfolio abgebildet.

Kontakt:

Deutsche Post World Net

Charles-de-Gaulle-Straße 20, 53113 Bonn

Telefon 0228/18267424, Telefax 0228/18267438

f.haacke@deutschepost.de

www.Deutschepost.de

www.dhl.com

Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen – Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter

Der Gesetzgeber stellt einen hohen Anspruch an die Schöffinnen und Schöffen. Mit gleichem Stimmrecht wie die Berufsrichterinnen und Berufsrichter üben sie während der Hauptverhandlung das Richteramt aus.

Auch ehrenamtliche Richterinnen und Richter anderer Gerichtsbarkeiten wirken gleichberechtigt am Rechtsfindungsprozess mit,

Mit dieser großen Verantwortung fühlen sich die Schöffinnen und Schöffen in ihrem Amt häufig isoliert und alleingelassen.

Deshalb wurde 1989 die deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen gegründet. Parteipolitisch und weltanschaulich neutral und unabhängig, verfolgt der Verein den Zweck, die Laienbeteiligung an der Rechtssprechung zu fördern, die Laienrichter auf die Wahrnehmung ihres Amtes vorzubereiten und in der Ausübung zu unterstützen.

Seit 1998 gibt es den Landesverband Baden-Württemberg e.V. In einigen Breichen haben sich inzwischen auch regionale DVS Gruppen gebildet.

Wir bieten:

- Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion rechtspolitischer Fragen.
- Möglichkeiten zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen.
- Regelmäßige schriftliche Informationen durch unsere Zeitschrift „Richter ohne Robe“.
- Vertretung der Interessen in allen Fragen die die Ausübung des Amtes betreffen.

Kontakt:

**Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen
Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter**

Uhlbacher Straße 120, 70329 Stuttgart

Telefon 0711/3280946, Telefax 0711/3280887

DVS-BW@gmx.de

www.dvs-bw.de

ECPAT Deutschland e.V. Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung

ECPAT Deutschland ist ein bundesweites Bündnis von 29 Organisationen zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Es verfolgt das Ziel, Kinderprostitution, Kinderpornografie und Kinderhandel weltweit ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, die Rechte von Kindern zu stärken und betroffene Kinder zu rehabilitieren. ECPAT Deutschland ist Teil eines internationalen ECPAT Netzwerks und arbeitet eng mit diesem und weiteren Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene zusammen.

Schwerpunkte der Arbeit von ECPAT Deutschland sind

- der Dialog mit der Reisebranche: ECPAT Deutschland unterstützt die Reisebranche in der Sensibilisierung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als Teil eines 2001 unterzeichneten Verhaltenskodex, durch den sich die Reisebranche zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung verpflichtet hat.
- Die Verbesserung der internationalen Strafverfolgung von Tätern durch die Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und verstärkte Kooperation von Justiz, Politik, Polizei und Nichtregierungsorganisationen.
- Die Stärkung der Opfer bei der Strafverfolgung.
- Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für alle Kinder und Jugendliche in Deutschland unabhängig von deren Nationalität.
- Die Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet.
- Eine wirksamere Vernetzung aller Organisationen und Institutionen, die sich gegen die sexuelle Gewalt an Kindern einsetzen.

Kontakt:

ECPAT Deutschland e.V.

Alfred Döblin Platz 1, 79100 Freiburg

Telefon 0761/45687148, Telefax 0761/45687149

info@ecpat.de

www.ecpat.de

24

Ev. Gesellschaft Stuttgart e.V.**Mobile Jugendarbeit Stuttgart****Trägerstruktur**

In 19 Stuttgarter Stadtteilen arbeiten 16 BGB-Gesellschaften für Mobile Jugendarbeit. Die ev. und kath. Kirchengemeinden in den jeweiligen Stadtteilen mit Caritas und EVA haben sich als Gesellschafter eine gemeinsame Trägerstruktur gegeben. Diese Trägerstruktur garantiert Stadtteilverankerung. Als Dachverband wurde der Verein „Dachverband für Mobile Jugendarbeit Stuttgart“ gegründet.

Ziele**Lebensfeldorientierung, Lebenslagenorientierung:**

Kontakt- und Beziehungsarbeit, Erschließung und Aufbau von Gruppen im Stadtteil, gruppenbezogene und individuelle Beratung von Jugendlichen, Verhinderung und Aufhebung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen. Arbeit mit drogennutzenden und -gefährdeten Jugendlichen.

Delinquenzorientierung

Reduktion von Jugenddelinquenz und pädagogischen Mitteln, Entwicklung und Erschließung von bedürfnisorientierten Lernfeldern in der Freizeit, Reduzierung und Bewältigung von zuschreibenden, kriminalisierenden Kontakten mit Instanzen sozialer Kontrolle.

Stadtteilorientierung

Die höchstmögliche Kooperation der MitarbeiterInnen mit allen im Lebensfeld der Jugendlichen intervenierenden Institutionen. Mobile Jugendarbeit ist oft die einzige soziale Instanz in den jeweiligen Stadtteilen, die auffällige ausgegrenzte Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Problemlagen erreicht (Gewalt, Kriminalität Sucht, Schulversagen).

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 21 Jahren, in Einzelfällen und je nach Gesellungsform bis 27 Jahre, die bereits ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind. Merkmale der Zielgruppen sind: Delinquenz, Gewaltbereitschaft, Suchtproblematik, subkulturelle Zugehörigkeit, Stigmatisierung etc.

Kontakt:

Ev. Gesellschaft Stuttgart e.V.

Büchsenstraße 34-36, 70174 Stuttgart

Telefon 0711/2054-307, Telefax 0711/2054499-307

klausjuergen.mauch@eva-stuttgart.de

www.mobile-jugendarbeit-stuttgart.de

Evangelische Landeskirche Württemberg – Projektstelle Ökumenische Dekade

Evangelische Landeskirche in Württemberg

Ökumenische Dekade „Gewalt überwinden“ (2001-2010)

Mit ihren Aktivitäten im Bereich Gewaltprävention beteiligt sich die württembergische Landeskirche an dem internationalen Aktionsprogramm „Gewalt überwinden“, das 2001 vom Ökumenischen Rat der Kirchen initiiert wurde. Ziel ist es, Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu überwinden und Gewalt im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext zu begegnen.

Unterschiedliche kirchliche Einrichtungen in Württemberg haben dazu eigene Angebote entwickelt.

„**Schritte gegen Tritte**“ ein Einstiegsprojekt für Schulen und Kirchengemeinden des Entwicklungspädagogischen Informationszentrums Reutlingen und des Dienstes für Mission, Ökumene und Entwicklung.

Demokratie lernen in Schule und Jugendarbeit, die Streitschlichterausbildung der Akademie Bad Boll und des Jugendwerks,

Beratung und Information durch die Projektstelle „Gewaltprävention bei Jugendlichen“ der Landeskirchlichen Schülerarbeit und der Projektstelle „Ökumenische Dekade“ im Evangelischen Oberkirchenrat

Gewaltfreie und konstruktive Konfliktbearbeitung, Grundkurse für Verantwortliche im Pfarramt, Ehrenamt, Schule und Jugendarbeit durchgeführt vom Pfarramt für KDV, ZDL und Friedensarbeit.

Gewaltprävention und Soziales Lernen im Berufsvorbereitungsjahr, ein zweijähriges Weiterbildungsprogramm des Pädagogisch-Theologischen Zentrums, entwickelt in Kooperation mit der Gewerbeschule in Tuttlingen.

Kontakt:

Evangelische Landeskirche Württemberg – Projektstelle Ökumenische Dekade

Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart

Telefon 0711/2149-215, Telefax 0711/2149-9215

dekade@elk-wue.de

www.elk-wue.de

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Der Verein Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V. wurde 1954 gegründet. Seitdem planen, unterhalten und fördern wir Einrichtungen und Projekte der Straffälligen- und Bewährungshilfe in verschiedenen hessischen Städten. Grundgedanke unserer Arbeit ist die Überzeugung, dass eine Verbesserung der Lebenssituation straffälliger Menschen ihre Integrationschancen erhöht und damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention leistet.

Unsere Arbeitsfelder sind:

- **Zur Wohnraumversorgung für Haftentlassene und Bewährungshilfeprobanden** bieten wir 28 Plätze in zwei Übergangwohnheimen in Kassel sowie 14 Einzelwohnungen ohne Betreuungsangebot in Südhessen an.
- Durch Förderung und Organisation **Ehrenamtlicher Arbeit in der Bewährungshilfe** unterstützen wir bürgerliches Engagement. Freiwillige bieten intensive Einzelbetreuung für Bewährungshilfeprobanden zur Unterstützung eines straffreien Lebens an.
- **Der Treffpunkt Frankfurt** ist ein niedrigschwelliges Angebot für Menschen, die wegen ihren finanziellen Möglichkeiten nicht an kommerziellen und konsumorientierten Freizeitangeboten teilhaben können.
- Im Projekt **Theater hinter Gittern** werden jährlich ca. 40 kulturelle Veranstaltungen in hessischen Vollzugsanstalten geplant und durchgeführt
- Wir unterstützen ein Projekt der Bewährungshilfe Wiesbaden zur **gemeinnützigen Arbeit**.
- Wir stellen für die hessischen Bewährungshelfer/-innen **Verfügungsgelder** bereit.
- Wir leisten **Öffentlichkeitsarbeit** und veranstalten Fachtagungen und Fachtreffen.

Unsere Finanzierung erfolgt durch Pflegesatzvereinbarungen, Bußgelder, Mitgliedsbeiträge, Spenden sowie Projektförderungen des hessischen Justizministeriums und der Stadt Frankfurt.

Kontakt:

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Neebstraße 3, 60385 Frankfurt

Telefon 069/451560, Telefax 069/451570

office@fbh-ev.de

www.fbh-ev.de

Förderverein „Sicherheit in Mannheim“ (SIMA) e.V.

In Mannheim stieg die Zahl der tatverdächtigen Jungtäter im Jahr 2000 entgegen dem Landestrend deutlich an. Insbesondere bei den Kindern waren im Vergleich zum Vorjahr Zuwachsraten von 28,2 %, bei den Jugendlichen von 19,5 % sowie bei den Heranwachsenden von 10,9 % festzustellen. Mit einer großflächig angelegten Präventionskampagne, die sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzte, wurde versucht der Delinquenz speziell bei der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen entgegenzuwirken. Unter der Federführung des Fördervereines „Sicherheit in Mannheim e.V.“ wurde hierzu ein enges Netzwerk geknüpft.

Die Aktion begann im Jahr 2001 mit verschiedenen Bausteinen wie:

- Plakataktionen
- Schulveranstaltungen
- Informationen für den Einzelhandel
- uniformierte Bestreifung der Kaufhäuser
- Polizei-Puppenspiel in Kindergärten
- Schulschwänzer-Projekt
- Internet-Auftritt mit Informationen für Eltern u. a.

Ein wichtiger Baustein war die Erstellung des Video-Filmes „voll daneben!“ durch Schüler der „Max-Hachenburg-Schule Mannheim“. Das Institut für Kino- und Filmkultur Köln erstellte ein Arbeitsheft zum Film, der in Schulen und im Einzelhandel eingesetzt wird.

Kontakt:

Förderverein Sicherheit in Mannheim e.V.

E 5, 68159 Mannheim

Telefon 0621/293-9315, Telefax 0621/293-2626

reiner.erfurth@mannheim.de

www.simaweb.de

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg

Auf dem Infostand wird die Arbeit der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg dargestellt. Die Forschungsgruppe besteht aus Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für ausl. u. intern. Strafrecht Freiburg, des Instituts für Kriminologie Heidelberg, des Instituts für Rechtstatsachenforschung Konstanz und des Lehrstuhls für Kriminologie Bochum. Es werden die Befunde veranschaulicht, die bei der Begleitforschung zu den Pilotprojekten der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg in Calw, Freiburg im Breisgau und Ravensburg/Weingarten sowie in bundesweiten Umfragen erhoben worden. Außerdem wird das von der Forschungsgruppe verfasste Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention vorgestellt. Die Publikationen der Forschungsgruppe können eingesehen und ggf. bestellt werden.

Kontakt:

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg

c/o Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, 69117 Heidelberg
Telefon 06221/547489, Telefax 06221/547495
ifk@krimi.uni-heidelberg.de
www.kkp.kriminologie.com

Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Die Gesellschaft Bürger & Polizei e.V. wurde als Verein zur Kriminalitätsverhütung im Bereich der Polizeidirektion Bautzen gegründet und betreibt satzungskonform ein Aussteigerprojekt für rechts gerichtete straffällig gewordene Jugendliche, in dem ein erfahrener Sozialarbeiter tätig ist.

Der Präventionsverein hat, in Zusammenarbeit mit der Inspektion Prävention/Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Bautzen, ein von der Jugendstiftung CIVITAS gefördertes Schulprojekt zum Thema „Rechts – extrem, wovon sprechen wir?“ entwickelt.

Hierzu wurden unter Beteiligung von „Szeneaussteigern“ eine Infowand, ein Arbeitsheft und Flyers geschaffen, durch welche die Schüler zum aktiven Auseinandersetzen mit dem Thema und dem Erkennen möglicher Irrwege angereizt werden sollen. Die Projekttage finden vorwiegend in Hoyerswerda an Schulen sowie interessierten Einrichtungen statt und werden von anderen Präventionspartnern aktiv unterstützt.

In der Gesellschaft Bürger & Polizei e.V. sind u. a. Städte, Gemeinden, Jugendeinrichtungen aber auch Bürgerinnen und Bürger vereinigt. Sie fungiert als kriminalpräventives Gremium, das sich zur Aufgabe gemacht hat, vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung ganzheitlich anzupacken und langfristige Veränderungen zu bewirken.

Kontakt:

Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.

Lessingstraße 7, 02625 Bautzen

Telefon 03591/356-444, Telefax 03591/356-407

Buerger-Polizei@web.de

**Glen Mills Academie Deutschland e.V.,
Regionalbüro NRW**

Die Glen Mills Academie Deutschland e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, in dem sich Praktiker und Wissenschaftler mit den Schwerpunkten Prävention, Sozialpädagogik, Jugendkriminalpolitik und Kriminologie zusammengeschlossen haben. Inhaltlicher Mittelpunkt der Arbeit ist die Bedeutung der Gruppenorientierung junger Menschen für ihre Wertorientierungen und Normbildungsprozesse und deren Berücksichtigung für wirksame Präventions- und Reaktionsstrategien. Eine wichtige Arbeitsgrundlage bildet hierbei das Soziologische Modell der Glen Mills Schools/USA. Hinzu kommen die Berücksichtigung aktueller kriminalsoziologischer Theorien und Erkenntnisse der empirischen Sanktionsforschung (What works? What doesn't?). In gemeinsamer gleichberechtigter Zusammenarbeit mit deutschen Absolventen der Glen Mills Schools als Experten für Ihre Lebenswelterfahrungen und deren Eltern tragen wir der Forderung der MAGDEBURGER INITIATIVE Rechnung, eine neue Kultur im Umgang mit jungen Menschen zu verwirklichen und ihnen eine umfassende Partizipation zu ermöglichen. Neben unserem Angebotsbereich Schulaufenthalt USA für junge Menschen mit Lebenslagenproblemen sind unsere weiteren Schwerpunkte verschiedene Mentoringprogramme, interdisziplinäre und praxisorientierte Schulungen, Aus-, Fort- und Weiterbildungsprogramme, internationale Fachdelegationen sowie Prävention/Kulturakademie. Dem letzteren Arbeitsschwerpunkt wird sich der Informationsstand widmen. Vorgestellt wird das internationale Projekt Kunst und Prävention. Ziel ist die Begründung der ersten transatlantischen Präventions-Städtepartnerschaft in diesem Bereich.

Kontakt:

**Glen Mills Academie Deutschland e.V.,
Regionalbuero NRW**

Postfach 1245, 32292 Luebbecke

Telefon 05741/809007, Telefax 05741/809008

guder@glenmillsaca.de

www.glenmillsaca.de

Haus des Jugendrechts Stuttgart

Das Haus des Jugendrechts ist ein Projekt behördenübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Jugendkriminalität. Dort arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Amtsgericht zusammen.

Das Haus des Jugendrechts ist Ansprechpartner für alle im Projektgebiet wohnenden Kinder, Jugendliche und Heranwachsende (bis 21 Jahre) und setzt sich nicht nur mit allen begangenen Straftaten auseinander, sondern versucht, auf die Folgen aufmerksam zu machen und Hilfestellung zur Verhinderung von kriminellen Karrieren zu geben.

Dabei soll zeitnah, flexibel und kompetent auf von Kindern, Jugendlichen oder Heranwachsenden begangene Straftaten reagiert werden. Die Polizei leitet die ersten Maßnahmen ein, die Staatsanwaltschaft wird sofort benachrichtigt, das Jugendamt wird frühzeitig informiert und das Amtsgericht erhält nach Anklageerhebung sofort die Akte.

Darüber hinaus liegt ein Schwerpunkt der Arbeit des Haus des Jugendrechts in der Prävention. Es werden u.a. Sprechstunden an Schulen für Schüler, Eltern und Lehrer angeboten, es werden Präventionsunterrichte und Projekttag durchgeführt und mit lokalen Jugendhilfeeinrichtungen kooperiert.

Die Ziele sind die langfristige Reduzierung der Jugendkriminalität, schnelles reagieren auf normwidriges Verhalten durch Beschleunigung staatlicher und kommunaler Reaktionen auf Straftaten junger Menschen und Optimierung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit.

Kontakt:

Haus des Jugendrechts

Krefelder Straße 11, 70376 Stuttgart

Telefon 0711/8990-5570/5550

Telefax 0711/8990-5599

Hausdesjugendrechts@polizei-stuttgart.de

www.polizei-stuttgart.de

Hessisches Landeskriminalamt

Das Hauptsachgebiet 16 – Prävention – des Hessischen Landeskriminalamts ist die zentrale Koordinierungsstelle der polizeilichen Prävention der hessischen Polizei. Neben der klassischen Aufgabe der Sicherungstechnik rücken die Belange der Verhaltenprävention immer mehr in den Mittelpunkt. Das Verlangen nach kompetenter, kostenloser und neutraler Informationen zur Kriminalitätsvorbeugung ist seitens der Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessen unverändert hoch.

Daneben gilt es aber auch, unbegründete und teils übersteigerte Kriminalitätsfurcht durch sachliche Informationen zu zerstreuen.

Die Anstrengungen der hessischen Polizei, die Aufgaben der Kriminalitätsvorbeugung kompetent wahrzunehmen führt zu Vernetzungen und fruchtbarer Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und kriminalpräventiven Räten.

Kontakt:

**Hessisches Landeskriminalamt
– HSG 16 –**

Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden
Telefon 0611/831609, Telefax 0611/831605
beratungsstelle.hlka@polizei.hessen.de
www.polizei.hessen.de

Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.

Projekt

Bilder und Buchstaben – eine Brücke zur deutschen Gesellschaft und Kultur

Projektträger

Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.

Der Verein arbeitet mit einem komplexen Angebot aus:

1. intensivem und individuell bezogenen Unterricht in zwei Gruppen

- a) Alphabetisierungskurs
- b) Fortgeschrittenen Kurs

2. **In der Sachsenstraße** lernen die Jugendlichen an Ort und Stelle nach dem Motto: „learning by doing“, wie sie sich z. B. auf den Behörden, auf dem Markt oder im Postamt zurechtfinden können. Sollte ein Teilnehmer oder eine Teilnehmerin eine besondere Begabung haben, zum Beispiel in der bildenden Kunst, so wird speziell und individuell gefördert.

3. Berufsvorbereitung

Im dritten Teil geht es darum, den Jugendlichen Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die für die Berufsvorbereitung und Berufsbildung unerlässlich sind.

Dazu gehören neben einem auf die kognitiven Fähigkeiten bezogenen Kompetenztraining auch die Einübung sozialer Fähigkeiten wie Kooperationsbereitschaft, Teamgeist, Gruppenarbeit.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Kontakt:

Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.

Schwanthaler Straße 40, 80336 München

Telefon 089/5999 2821, Telefax 089/5999 2819

Sadija.klepo@hvmzm.de

www.hvmzm.de

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.**„Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.“****Vereinsdaten:**

Gründung: 15.07.1996

Erster bürgerschaftlicher, gemeinnütziger Verein zur Kriminalitätsprävention in Baden-Württemberg

Mitgliederentwicklung

Ausgabenentwicklung 1996 bis 2003

Wesentliche Ziele:

Zusammenarbeit mit Personen, Vereinen, Institutionen
Initiierung/Unterstützung von Präventionsprojekten im
Landkreis

Öffentlichkeitsarbeit

Auszeichnung/Ehrung von Bürgern

Projektdaten:

Darstellung des Präventionsprojekts
„Zukunftsinvestition Jugend“
mit acht (8) Einzelprojekten

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen

Telefon 07151/950-604, Telefax 07151-502859-78

ulrich.blaschke@pdwn.bwl.de

**InkuTra Interkulturelle Trainings,
Arbeiterwohlfahrt Nürnberg e.V.**

InkuTra – Interkulturelle Trainings richtet sich mit interkulturellen Seminaren an alle Fachkräfte, die im beruflichen Alltag mit MigrantenInnen zu tun haben, ob SozialarbeiterInnen, PolizistInnen, VollzugsbeamtelInnen oder Leitungskräfte.

Durch die fortschreitende kulturelle Pluralisierung der Gesellschaft wird interkulturelle Handlungskompetenz zum unabdingbaren Qualifikationsmerkmal.

Die Trainings setzen an den Erfahrungen, der Wahrnehmung und Reflexion des eigenen Erlebens und Verhaltens an. Die reflektierte Selbst- und Praxiserfahrung wird durch die Vermittlung von Sachwissen unterstützt.

In den Seminaren trainieren die Teilnehmenden ihre Handlungskompetenz im Umgang mit den Menschen aus anderen Kulturkreisen. Ziel ist es die Sensibilität sowohl für Unterschiede als auch für die Gemeinsamkeiten der Kulturen zu erhöhen. Aufbauend auf den Kompetenzen der TeilnehmerInnen werden Handlungsoptionen in kulturellen Überschneidungssituationen erarbeitet.

InkuTra – Interkulturelle Trainings

- Missverständnisse verringern
- Konflikte erkennen und bewältigen
- Unterschiede respektieren
- Synergien suchen und nutzen

Kontakt:

**InkuTra – Interkulturelle Trainings, Arbeiterwohlfahrt
Nürnberg e.V.**

Gartenstraße 9, 90443 Nürnberg

Telefon 0911/27414017, Telefax 0911/27414041

inkutra@awo-nbg.de

www.inkutra.de

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V. (IFK) an der Universität Potsdam und Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.

Informationen zum Projekt „Unsere Schule ...“

Das Projekt „Unsere Schule ...“ integriert zwei Projektbereiche, nämlich eine „schulinterne Evaluation von sozialer Schulqualität und abweichendem Verhalten“ und ein „Weiterbildungsprogramm“ für Lehrerinnen und Lehrer. Im ersten Teilprojekt wird im Rahmen von Schülerbefragungen an 220 Schulen in 10 Bundesländern den Entstehungsbedingungen von Jugenddelinquenz nachgegangen, um Möglichkeiten für eine zielgruppengenaue Prävention zu ermöglichen. Bis Ende 2003 wurden über 50.000 Jugendliche befragt. Der Projektschwerpunkt richtet sich auf den Sozialraum „Schule“: Schulleitung, Lehrerschaft, Eltern und die Schülerschaft sollen die Möglichkeit erhalten, sich präzise Informationen über die Bedingungen an „ihrer“ Schule zu verschaffen. Die Ergebnisse der schulinternen Evaluation werden für jede Schule analytisch aufbereitet und anhand eines schriftlichen Datenreports sowie durch mündliche Präsentationen an den Schulen vorgestellt.

Das zweite Teilprojekt beschäftigt sich mit der Entwicklung und Erprobung eines modularen Fernlehrgangs, der flexibel und berufsübergreifend die schulinterne und schulexterne Lehrerfortbildung ergänzt. Verknüpft mit den Befragungsergebnissen werden für die beteiligten Schulen Präventionskonzepte gegen Gewalt, Extremismus und Ausländerfeindlichkeit entwickelt. Jede der beteiligten Schulen kann dabei für sich aus einem Pool von Lehreinheiten bis zu sieben Module auswählen. Diese werden dann in einer Gruppe von drei bis vier Kollegen/-innen, einschließlich Vertretern der Schulöffentlichkeit, im Zeitraum von einem Schuljahr gemeinsam bearbeitet. In Abstimmung mit der jeweiligen staatlichen Lehrerfortbildung werden landesweite Auftaktveranstaltungen mit den beteiligten Schulen durchgeführt. Als Auswertungs- und Abschlussveranstaltung werden diese nach einem Jahr wiederholt.

Gefördert wird das Projekt mit Mitteln des BMBF.

Kontakt:

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. (IFK) an der Universität Potsdam
Burgwall 15, 16727 Oberkrämer
Telefon 03304/397010, Telefax 03304/397016
ifk@rz.uni-potsdam.de

**Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung
e.V. (ibbw)****„Erfassung und Optimierung von Strukturen der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung für Unterstellte der Bewährungshilfe“ (www.BwH-Service.de)**

Das zweijährige Modellvorhaben (BQF-Programm des BMBF) wird in den Ländern Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt durchgeführt. Dabei bauen wir auf die Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (ADB e.V.), insbesondere mit den Landesarbeitsgemeinschaften sowie mit den Justizministerien der o.g. Länder.

Die Integration der Bewährungsunterstellten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt leistet nach entwicklungs-psychologischen Erkenntnissen einen maßgeblichen Beitrag zur Resozialisierung. Deshalb ist es notwendig, die Fachkräfte der Bewährungshilfe dabei zu unterstützen, neben Betreuungs- und Begleitfunktionen ihre Klientel in Ausbildung und Beruf zu vermitteln. Dabei ist davon auszugehen, dass die Bewährungshilfe durch hohe Fallzahlen Unterstellter je Fachkraft und die meist multiplen Problemlagen der Unterstellten bereits überfordert ist. Insbesondere im Bereich der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung sollen die Fachkräfte der Bewährungshilfe durch die Integration in flankierende Angebotsstrukturen entlastet werden. Ziel des Projektes ist es, vorhandene Unterstützungssysteme der beruflichen Integration für die Probanden der Bewährungshilfe zu erschließen und die Bewährungshilfe mit lokalen Fördernetzwerken zu verzahnen.

Kontakt:

**Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.
(ibbw)**

Weender Landstraße 6, 37073 Göttingen
Telefon 0551/548220, Telefax 0551/548222
info@ibbw.de
www.ibbw.de

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Seit 25 Jahren arbeitet das Institut für Friedenspädagogik als anerkannte Fachstelle. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Themen Gewaltprävention, Umgang mit Gewalt, und konstruktive Konfliktbearbeitung im zwischenmenschlichen, gesellschaftlichen und internationalen Bereich. Dabei liegt der Schwerpunkt in der pädagogischen Auseinandersetzung und der Entwicklung didaktischer Materialien und Medien. Hierzu gehören u. a.

- Didaktisch aufbereitete Publikationen zu Themen wie z. B. „Zivilcourage lernen“, „Rechtsextremismus und Gewalt“, „Konfliktgeschichten“, „Streitkultur“, „Fair play for fair life“.
- Broschüren und Ratgeber für Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen, wie z. B. „Gewaltfrei leben lernen“ oder „Mut zur Einmischung“
- Serviceangebote über das Internet mit umfangreichen Informationen, didaktischen Materialien, Literatur- und Medienübersichten zur Gewaltprävention.
- Erstellung von audiovisuellen Medien wie Videos, CD-ROMs zu Themen der Konfliktbearbeitung, Umgang mit Krisensituationen (u. a. CD-ROMs „Konflikte XXL“, „Max! Prosoziales Verhalten in Konfliktsituationen“ oder „X-krisen. Gewaltprävention, Krisensituationen, Amokläufe“.
- Seminare und Fortbildungsveranstaltungen und Beratungstätigkeiten zu Themen der Gewaltprävention und der Konfliktbearbeitung.

Beim Institut für Friedenspädagogik ist das Sekretariat des „Hans-Götzmann-Preises für Streitkultur“ angesiedelt. (www.goetzmann-preis.de)

Dem Institut für Friedenspädagogik wurde 1982 die Theodor-Heuss-Medaille verliehen. 1999 wurde es mit dem internationalen UNESCO-Ehrenpreis für Friedenserziehung ausgezeichnet.

Kontakt:

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Corrensstraße 12, 72076 Tübingen

Telefon 07071/920510, Telefax 07071/9205111

kontakt@friedenspaedagogik.de

<http://www.friedenspaedagogik.de>

**Interministerielle Arbeitsgruppe
„Kriminalprävention“ des Bundes (IMA)
c/o Bundesministerium der Justiz**

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus. Angeboten werden Unterlagen mit kriminalpräventivem Bezug, aber auch allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz, das auch den Informationsstand auf dem 9. DPT betreut, gegründet. In ihr erörtern Vertreter der Bundesressorts Fragen der Kriminalprävention und unterrichten sich wechselseitig über ihre kriminalpräventiven Aktivitäten.

Kontakt:

**Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“
des Bundes (IMA) c/o Bundesministerium der Justiz**

Adenauerallee 99–103, 53113 Bonn

Telefon 0228/589217, Telefax 0228/588262

Kiermeier-be@bmj.bund.de

www.bmj.bund.de

Jugendamt der Stadt Dortmund

5 Jahre Prävention mit Sprayern

Die Jugendgerichtshilfe Dortmund beschäftigt sich seit 5 Jahren mit straffällig gewordenen Sprayern.

In Absprache mit den unterschiedlichsten Institutionen wurde das Diversionsverfahren auf fast alle geständigen Täter ausgebaut. Dies bedeutet, dass das Verfahren eingestellt wird, wenn das Jugendamt „eine erzieherische Maßnahme“ durchführt.

Diese besteht in der Regel in dem Versuch zwischen Täter und Geschädigten zu vermitteln und eine für beide Seiten tragbare Regulierung zu finden.

In den vergangenen Jahren sind mit fast allen großen Dortmunder Institutionen Vereinbarungen getroffen worden, die eine aktive Schadenswiedergutmachung ermöglichen.

Mit privaten Geschädigten werden im direkten Gespräch Modalitäten erarbeitet.

Aus der zum Teil engen Zusammenarbeit mit den Jugendlichen entstanden viele Aktionen im legalen Bereich.

Es wurden legale Mauern organisiert und das Besprühen von selbst gebauten Leinwänden wurde in mehreren Workshops durchgeführt.

Ausgebaut wurden auch Informationsveranstaltungen in Schulen, die durch Plakate und Flyer unterstützt wurden.

Am Stand werden die beiden Mitarbeiter zugegen sein, die die o.g. Projekte durchführen.

Umfangreiches Dokumentationsmaterial steht zur Verfügung

Kontakt:

Jugendamt Dortmund

Ostwall 64, 44122 Dortmund

Telefon 0231/5023451, Telefax 0123/5026512

wpatra@stadtdo.de

**Jugendhaus „Schiffer“ Teltow – Polizeipräsidium
Potsdam Schutzbereich Teltow-Fläming**

Durch Frau Kerstin Schneider, Stellvertretende Fachbereichsleiterin Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit bei JOB e.V. und POK Olaf Lehnhardt, Leiter Sachgebiet Prävention, wird das Präventionstheaterstück „Der kleine Prinz“, welches von uns mit 12 Kindern und Jugendlichen auf die heutige Zeit umgeschrieben wurde präsentiert. Wir zeigen Fotos der Uraufführung und geben Informationen zu diesem Theaterstück. In unserem Stück geht es allen Beteiligten um das friedliche Miteinander, Zuhören, Toleranz und Freundschaft. Des weiteren stellen wir Material für Interessenten zur Verfügung und berichten von unseren Erfahrungen.

Durch POK Olaf Lehnhardt wird das Projekt „ Klasse ohne Gewalt“ vorgestellt. In diesem Projekt wurden mit der Klasse 5b der Grundschule Blönsdorf gemeinsame Regeln und Sanktionen zum oben genannten Thema in Form eines „Klassenstrafgesetzbuches“ entwickelt. Hierzu wird auf dem 9. Deutschen Präventionstag ebenfalls Material ausgestellt.

Kontakt:

Jugendhaus „Schiffer“ Teltow

Grabenstraße 23, 14943 PP Potsdam SB Teltow-Fläming

JOB e.V., 14513 Teltow

Telefon 03371/404420, Telefax 03371/404329

Kommunaler Präventivrat der Stadt Mainz

Der Kommunale Präventivrat der Stadt Mainz wurde 1997 gegründet. Er hat u.a. das Ziel, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch eine Stärkung des Sicherheitsgefühls zu verbessern und schafft ein Netzwerk zur Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen, die einen Beitrag zur Kriminalitätsverhütung leisten können und wollen.

Darüber hinaus werden eigene Präventionsmaßnahmen entwickelt und durchgeführt.

Vorsitzender des Kommunalen Präventivrates ist der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz Jens Beutel.

Eine Auswahl von durchgeführten Projekte und Maßnahmen, über die am Informationsstand berichtet wird, sind:

- Projekt „Wachsamer Nachbar“ in einigen Mainzer Stadtteilen
- Ausbildung von 26 Seniorensicherheitsberatern für alle Mainzer Stadtteile durch die Mainzer Polizei und anschließende Einrichtung einer Arbeitsgruppe und Betreuung durch den Kommunalen Präventivrat
- Aktion „Wer nichts tut, macht mit“ in den Jahren 2000 und 2002 zum Zeugen- und Helferverhalten
- Gemeinsame Aktion „Vorsicht Taschendiebe“ des Kommunalen Präventivrates und der Mainzer Polizei zur Bekämpfung des Taschendiebstahls in der Innenstadt
- Projekt „Stadtteilfocus“ zur Beseitigung von Problemen in einem Brennpunktgebiet und erarbeiten eines übertragbaren Konzeptes für andere Stadtteile
- Aktion „Bündnis gegen rechts“
- Durchführen einer Sicherheitsumfrage in Mainz

Kontakt:

Kommunaler Präventivrat der Stadt Mainz

Postfach 3820, 55028 Mainz

Telfon 06131/122544, Telefax 06131/122626

praeventivrat@stadt.mainz.de

www.mainz.de

Kontaktbüro Gewaltprävention im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Das Kontaktbüro Gewaltprävention wurde im Jahr 2000 im Rahmen der Initiative „Netzwerk gegen Gewalt an Schulen“, einer gemeinsamen Initiative von Kultus-, Innen- und Sozialministerium, eingerichtet.

Die institutionalisierte Kooperation möglichst vieler Partner im Erziehungsprozess in Bezug auf Gewaltprävention eröffnet gezielte Chancen, bei Jugendlichen soziale Kompetenzen zu entwickeln, destruktives Sozialverhalten abzubauen sowie ein Abgleiten in kriminelle Milieus zu verhindern.

Es sind vor allem drei Herausforderungen, denen sich Schule im Zusammenhang mit der Gewaltproblematik gegenüber sieht:

1. Die Entwicklung eines stabilen Selbstwertgefühls und die Förderung sozialer Verantwortung bei Schülerinnen und Schülern.
2. Die Verständigung aller am Erziehungsprozess Beteiligten über Normen, Normverdeutlichung und Grenzziehung.
3. Die Erarbeitung von Konzepten gegen Gewalt im Rahmen der inneren Schulentwicklung.

Das Kontaktbüro informiert über bestehende schulische Präventionsprogramme und Projektmodule, vermittelt Ansprechpartner, wie z. B. die ca. 70 Gewaltpräventionsberater/innen, berät in Einzelfällen, unterstützt Schulen bei der Entwicklung eines Schulcurriculums zu Sozialem Lernen und Gewaltprävention, erstellt Infomaterial für Lehrer/innen und Eltern und arbeitet im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe eng mit dem Innen – und Sozialministerium zusammen. Ein gemeinsamer Reader „Aktiv gegen Gewalt“ wurde an alle Schulleitungen in Baden-Württemberg verteilt. Das „Netzwerk gegen Gewalt an Schulen“ hat einen Reader und einen Film zum Thema „Aktiv gegen Gewalt“ herausgebracht. Der Reader wurde an alle Schulleitungen in Baden-Württemberg verteilt.

Kontakt:

Kontaktbüro Gewaltprävention im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Königstraße 19a, 70173 Stuttgart

Telefon 0711/279-2912, Telefax 0711/279-2877

Beate.Hille@km.kv.bwl.de

www.gewaltpraevention-bw.de

Koordinierungsstelle Gewaltprävention – Staatliches Schulamt Stadt Wetzlar

**Infostand: Baukasten „Schule ohne Gewalt“ Konzepte –
Materialien – Anregungen – Ergebnisse wissenschaftlicher
Begleitung für die Praxis.**

**Staatliches Schulamt Weilburg/Wetzlar – Koordinierungsstelle
Gewaltprävention**

Der Infostand der Koordinierungsstelle verschafft einen Einblick in die vielfältige gewaltpräventive Arbeit seit mehr als zehn Jahren. Diese Arbeit ist stets von der Wissenschaft begleitet und evaluiert worden. Somit stellt der „Baukasten Schule ohne Gewalt“ das Ergebnis langjähriger, erprobter und bewährter Gewaltprävention dar. Die vielfältigen Ansätze ermöglichen Gewaltprävention auf allen Ebenen: der primären, sekundären und auch tertiären Ebene.

Mit dem Baukasten werden Lehrkräfte und Eltern in die Lage versetzt, der Gewalt nachhaltig vorzubeugen, sie zu reduzieren und – wenn nötig – entschlossen zu intervenieren.

Ein wesentlicher Faktor in allen Präventionsmöglichkeiten ist die Verantwortungsübernahme, letztlich auch die von Jugendlichen für Jugendliche.

Die am Stand gezeigten Medienpakete „Der Gewalt auf der Spur“ und „Auf dem Weg zu einem besseren Klassen- und Schulklima“ machen deutlich, wie und wo diese Verantwortungsübernahme in Schulen möglich ist und welche Stationen zu beschreiten sind, will man das Klassen- und Schulklima entscheidend verbessern. Das Wichtigste aber ist, dass anhand der vielen positiven Beispiele Mut gemacht wird, sich auf den Weg zu Veränderungen zu begeben.

Es wird das Zusammenspiel zwischen Schule, Staatlichem Schulamt, Polizei, Präventionsräten, Jugendbehörden, Universität und Sponsoren deutlich.

Kontakt:

Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Brühlsbachstraße 15, 35578 Wetzlar

Telefon 06441/5002150, Telefax 06441/47445

Balser.Hartmut@t-online.de

www.verantwortung.de und www.partners-in-education.com

Kreisausschuss Odenwald**„Kids gegen Gewalt – wir üben dafür“**

Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Angebot zur Gewaltprävention an Schulen, das seit Februar 2000 gemeinsam durch Mitarbeiterinnen der Jugendgerichtshilfe des Odenwaldkreises und Polizeibeamte der Polizeidirektion Erbach durchgeführt wird.

Zielgruppe sind alle 6. Klassen im Odenwaldkreis, ca. 1200 Schüler pro Jahr

Ziele des Projektes:

- Kinder für die verschiedenen Formen von Gewalt sensibilisieren
- Konfliktwahrnehmung üben
- Konfliktlösungsmöglichkeiten kennen lernen und erproben
- Verhaltensformen entwickeln, um nicht Opfer zu werden
- Verantwortung übernehmen

Umsetzung des Projektes:

- 2 Teams bestehend aus einer Mitarbeiterin der Jugendgerichtshilfe und einem Polizeibeamten setzen das Projekt vor Ort um
- Vorbereitungs- und Auswertungsgespräche mit dem Lehrerkollegium
- Lerninhalte werden in 3 Schulstunden vermittelt
- Lernziele werden anhand von Interaktionsspielen erarbeitet

Kontakt:

Kreisausschuss Odenwald

Michelstädter Straße 12, 64711 Erbach/Odenwald

Telefon 06062/70305, Telefax 06062/70401

m_walther@odenwaldkreis.de

www.kids-gegen-gewalt.de

Kreissenorenrat Esslingen e.V.

Sicherheitsberater für Senioren – Eine Initiative des Kreissenorenrates Esslingen e.V. und der Polizeidirektion Esslingen für die Seniorensicherheit

Senioren leben in einer immer größer werdenden Kriminalitätsfurcht, die bereits negative Auswirkungen auf das Sozialverhalten zeigt. Vielfach trauen sich deshalb ältere Menschen nicht mehr auf die Straße und ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück.

Ziel des Projektes ist es, durch seniorengerechte Beratung das Sicherheitsgefühl älterer Menschen wieder zu stärken, ihre Kriminalitätsängste abzubauen, sie aus ihrer Isolation herauszuholen und sie gegen Straftäter wehrhaft zu machen. Die Polizeidirektion Esslingen hat deshalb in Kooperation mit dem Kreissenorenrat Esslingen e.V. 16 engagierte Seniorinnen und Senioren, darunter mehrere pensionierte Polizeibeamte, in einem mehrtägigen Seminar als „Sicherheitsberater für Senioren“ speziell geschult und auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Die Sicherheitsberater halten Vorträge bei Seniorenveranstaltungen, z.B. bei Seniorennachmittagen in Kirchengemeinden, sozialen Einrichtungen und in Vereinen.

Sie geben praktische Ratschläge, wie sich ältere Menschen wirkungsvoll vor kriminellen Praktiken schützen können (z.B. vor Straftaten an der Haustür oder auf der Straße), empfehlen vernünftige und preiswerte technische Sicherungen zum Schutz anwesender Personen in Haus und Wohnung und organisieren auf Wunsch spezielle Selbstbehauptungskurse für Senioren.

Kontakt:

Kreissenorenrat Esslingen e.V.

c/o. Rainer Häußler

Hölderlinstraße 9, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Telefon 0711/7546129, Telefax 0711/7540466

zimmer45@pdes.bwl.de

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Der Kriminalpräventive Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ist das zentrale Element der gesamtgesellschaftlich orientierten Kriminalprävention in Düsseldorf. Er ist als Lenkungsgruppe eingerichtet, die sich mit übergeordneten Fragen und Themenstellungen der Kriminalprävention befasst und problemorientierte Fachgruppen eingerichtet hat. Vorgestellt werden ausgewählte kriminalpräventive Maßnahmen. Die Kampagne gegen Diebstahl aus KFZ wurde im September 2003 gestartet. Durch die Nutzung vorhandener Ressourcen der Stadt und das Engagement einer Werbeagentur ist es gelungen, eine umfassende Kampagne zu gestalten, die den KFZ-Nutzern mit nicht alltäglichen Mitteln Gefahren und Vermeidungsverhalten aufzeigt. Die Fachgruppe Städtebauliche Kriminalprävention forciert neben der Verbesserung der technischen Sicherung bestehenden Wohnraumes die Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bereits in der Bauplanungs- und Baugenehmigungsphase. Dargestellt wird die Einbindung der beteiligten Ämter und die Informationsmöglichkeiten für Planer und Bauherren. Die enge Verzahnung von Repression und Prävention ist in Düsseldorf durch die Einrichtung eines Ordnungs- und Servicedienstes (OSD) erreicht worden. Der OSD beseitigt nicht nur Gefahren, sondern vermittelt auch soziale Angebote und bietet Bürgersprechstunden in den Stadtbezirken an.

Das Düsseldorfer Gutachten ‚Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen‘ und die ‚Leitlinien wirkungsorientierter Kriminalprävention‘, Dokumente über kriminalpräventive Projekte und die aktuelle Kampagne gegen Diebstahl aus KFZ werden interessierten Fachbesuchern kostenfrei auf CD zur Verfügung gestellt.

Kontakt:

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
40200 Düsseldorf
Telefon 0211/89-93795, Telefax 0211/89-29003
kriminalpraevention@stadt.duesseldorf.de
www.duesseldorf.de

Landeshauptstadt Erfurt – Stadtverwaltung**Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung
DER KRIMINALPRÄVENTIVE RAT
KOMMUNALES NETZWERK FÜR MEHR SICHERHEIT**

Vorstellung und Information von Präventionsprojekten des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt

- Ziele und Aufgaben des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt
- Poli-Pap – ein Präventionsprogramm für Kinder
- Der Kriminalitätsatlas der Stadt Erfurt
- Netzwerk „Primäre Suchtprävention“
- Informationen zum Thema „Unsicherheit“ bereitstellen
Umsetzung eines bürgerorientierten Konzeptes kommunaler Sicherheit
- Soziale Stadt
- Häusliche Gewalt

Kontakt:

Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung

Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

Telefon 0361/6551301

Telefax 0361/6551309

Dezernat03@erfurt.de

www.erfurt.de

**Landeshauptstadt Stuttgart,
Landespolizeidirektion Stuttgart II,
Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.**

Die Gemeinschaftsinitiative Sicheres und Sauberes Stuttgart stellt sich vor. Sie versteht sich als eine Partnerschaft zwischen der Bevölkerung, der Polizei und dem Rathaus für mehr Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt Stuttgart. Zu den verantwortlichen Mitgliedern zählen der Oberbürgermeister, Polizeipräsident und der Vorsitzende im Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V. Die Idee der Initiative liegt im Wesentlichen darin, sich gemeinsam um erkannte Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite zu kümmern. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens möglichst vieler Personen und Institutionen und zwar auf eine systematische und organisierte Weise. Dies ist in Stuttgart durch die flächendeckende Einrichtung von Sicherheitsbeiräten in allen 23 Stadtbezirken geschehen, wobei es gelungen ist, Eigeninitiative, Mitverantwortung, Solidarität und Gemeinsinn zu fördern. Die Präventionsarbeit hat in den Stadtbezirken ein sehr hohes Niveau erreicht, so dass sich die Erfolge in dem erstmals für das Jahr 1998 herausgegebenen gemeinsamen Präventionsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart und der Landespolizeidirektion Stuttgart II fortschreiben lassen. Mit dem Präventionsbericht 2003 wurde bereits zum sechsten Mal gemeinsam Bilanz aus der Sicherheitspartnerschaft gezogen. Insofern ermöglicht der Stuttgarter Präventionsbericht den Verantwortlichen in den Stadtbezirken mit ihren Kooperationspartnern, dass sie sich vergleichen und in einen Wettbewerb der besten Ideen und Aktivitäten treten können. Weitere Infos unter www.stuttgart.de (Politik und Verwaltung/ Bürgerengagement/Gemeinschaftsinitiative Sicheres und Sauberes Stuttgart)

Kontakt:

**Landeshauptstadt Stuttgart, Landespolizeidirektion
Stuttgart II, Förderverein Sicheres und Sauberes
Stuttgart e.V.**

Heilbronner Straße 7 (Geschäftsstelle), 70174 Stuttgart
Telefon 0711/216 6115, Telefax 0711/216 6105
edgar.hemmerich@stuttgart.de
www.stuttgart.de

Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“

Die **Landeskommission Berlin gegen Gewalt** ist eine Einrichtung des Senats von Berlin. Sie besteht aus Staatssekretär/innen der Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Sport (Vorsitz), Inneres, Justiz, Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, dem Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration und einem Beirat. Als das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin hat sie das Ziel, gemeinsam mit anderen Gewalt und Kriminalität in Berlin zu verringern. Sie hat den Auftrag, auf die Gestaltung einer langfristigen und nachhaltigen Präventionsarbeit in Berlin hinzuwirken. Auf der Grundlage der Empfehlungen der „Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin“ (1992-1994) arbeitet sie an der Weiterentwicklung des Berliner Präventionsansatzes und befasst sich vor allem mit den Themen „Jugend und Gewalt“, „Schule und Gewalt“, „Gewalt gegen Frauen“, „Jugendstrafrechtspflege“ sowie „Rechtsextremismus“ und „Gewalt in der Familie“.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt

- unterstützt die kommunale Prävention in Berlin
- entwickelt Maßnahmen und Konzepte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention
- verleiht den Berliner Präventionspreis
- fördert gewalt- und kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte
- informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention
- veranstaltet Workshops und Tagungen
- führt Recherchen durch
- wendet sich an die Öffentlichkeit
- gibt Arbeitsmaterialien, Wegweiser und Dokumentationen heraus und
- schafft neue Kooperationsnetze und fördert ressort- und institutionenübergreifendes Arbeiten.

Kontakt:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Beuthstraße 6–8, 10117 Berlin

Telefon 030/9026 5253 / 5259, Telefax 030/9026 5003

Manuela.Bohlemann@senbjs.verwalt-berlin.de

www.berlin-gegen-gewalt.de

**Landeskriminalamt Baden-Württemberg –
Abteilung Staatsschutz**

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Baden-Württemberg nimmt gegenüber ausländischen Mitbürgern eine ausgesprochen positive und tolerante Haltung ein. Diesem Umstand, dem hohen Engagement der Gemeinden, Städte und Landkreise sowie einem nachhaltigen und entschlossenen Vorgehen von Verfassungsschutz, Justiz und Polizei gegen jegliche politisch motivierte Straftaten und Aktivitäten ist es zuzuschreiben, dass insbesondere rechtsextremistische und fremdenfeindliche Delikte seit dem Jahr 2000 kontinuierlich zurückgegangen sind.

Dennoch ist die Gewaltbereitschaft des in Baden-Württemberg vorhandenen rechtsextremistischen Potenzials ungebrochen. Gerade deshalb besteht die Notwendigkeit, zielgerichtete Maßnahmen gegen derartige Bestrebungen weiter zu intensivieren, um damit Straftaten und einer Verfestigung der Szene schon im Ansatz entgegenzuwirken.

Dies geschieht u. a. durch das landesweite Angebot der Polizei, einen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene zu fördern bzw. zu begleiten aber auch durch Aufklärung.

Hierzu präsentiert die Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamts Baden-Württemberg an ihrem Stand Informationsmaterial und stellt die Aufgaben und Arbeitsweise der „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIG-REX) vor.

Kontakt:

**Landeskriminalamt Baden-Württemberg,
Abteilung Staatsschutz**

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Telefon 0711/5401-2623, Telefax 0711/5401-3615

dezernat623@lka.bwl.de

**Landeskriminalamt Baden-Württemberg –
Dezernat 422 Vorbeugung, Jugendschutz,
Jugendkriminalität**

Unser Spektrum in der Prävention ...

Nach einem Ministerratsbeschluss im März 2001 stellte die Landesstiftung Baden-Württemberg Fördermittel für Präventionsprojekte im Kinder- und Jugendbereich zu Verfügung. Auf der kommunalen Ebene konnten in allen Teilen des Landes insgesamt 100 neue Projekte initiiert werden. Ergänzt wurden diese Anstrengungen durch landesweite Projekte:

- Theaterpädagogisches Präventionsprojekt zum Thema Gewalt und Drogen
- Kino-Specials zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- Projekt Polifant zur Stärkung des kindlichen Opferschutzes
- Internetangebot www.time4teen.de für Kinder und Jugendliche
- Interaktives Computerlernspiel zur Drogenprävention
- Videofilm „Mondlandung“ zur Integration junger Spätaussiedler.

Die Zeitschrift KKPaktuell erscheint etwa dreimal im Jahr und informiert unter anderem über laufende Projekte der Kommunalen Kriminalprävention, wissenschaftliche Untersuchungen, Literaturhinweise, Kongresse, Veranstaltungen und vieles mehr.

Vorgestellt werden weitere aktuelle Medien zu den Themen:

- Städtebauliche Kriminalprävention
- Opferschutz
- Jugendtypische Waffen.

Kontakt:

**Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Dezernat 422 Vorbeugung, Jugendschutz,
Jugendkriminalität**

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Telefon 0711/5401-2422, Telefax 0711/5401-3455

Dezernat422@lka.bwl.de

**Landeskriminalamt Baden-Württemberg –
Dezernat 423**

Im Rahmen der Zukunftsoffensive Junge Generation hat das Landeskriminalamt Baden-Württemberg das interaktive PC-Spiel „Was geht?“ zur Drogenprävention produziert. Zielgruppe dieses Mediums sind 12- bis 15jährige, die hier auf eine altersgerechte und abwechslungsreiche Weise über die Gefahren im Umgang mit legalen und illegalen Drogen informiert werden und deren Widerstandskraft gegen Drogen dadurch gestärkt werden soll. Die Spielszenen behandeln auch Themen wie Selbstwertgefühl und Selbstbehauptung in der Gruppe und damit Faktoren, die für eine Hinwendung zum Drogenkonsum bei vielen Jugendlichen von großer Bedeutung sind. Das interaktive Computerlernspiel „Was geht?“ ist schwerpunktmäßig für den Einsatz in Schulen im Rahmen von Präventionsveranstaltungen durch Polizeibeamte vorgesehen, die weiter gehende und über das Spiel hinaus reichende Informationen vermitteln können.

Das theaterpädagogische Präventionsprojekt gegen Gewalt und Drogen wendet sich an die Zielgruppe der 12- bis 14jährigen. Es ist als Mitmach-, Zuruf- und Erlebnistheater angelegt und richtet sich an möglichen Problemsituationen von Gewalt und Drogenkonsum aus. Unter Anleitung von Theaterpädagogen werden durch ehemalige Drogenabhängige authentisch wirksame Konfliktlösungen vermittelt.

Im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention arbeiten Schulen und Polizei in Baden-Württemberg partnerschaftlich daran, die sozialen Kompetenzen junger Menschen zu entwickeln und ihre Gefährdung durch Kriminalität zu verringern.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Dezernat 423

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Telefon 0711/5401-3470, Telefax 0711/5401-3475

dezernat423@lka.bwl.de

www.lka-bw.de

**Landeskriminalamt Niedersachsen –
Dezernat 24 – Prävention –**

Sicheres Wohnen in Niedersachsen: Ein Modellprojekt des Landeskriminalamt Niedersachsen zur **Kriminalprävention im Städtebau**. Die Idee, durch bauliche Gestaltung Einfluss auf das Sicherheitsempfinden und die Kriminalitätsentwicklung zu nehmen, ist bislang noch unzureichend durch konkrete Handlungskonzepte umgesetzt worden. Die städtebauliche Gestaltung unter Einbeziehung kriminalpräventiver Aspekte soll die Wohnumwelt im positiven Sinn verändern und einen erheblichen Beitrag zur Reduzierung der Kriminalität sowie der Kriminalitätsfurcht leisten. Neben Städteplanern, sozialen Diensten und Architekten ist auch die Polizei gefordert, entsprechende Konzepte zu entwickeln und Maßnahmen zu initiieren, die sich positiv auf die Kriminalitätsentwicklung auswirken. Das LKA Niedersachsen erprobt zusammen mit anderen Behörden und Einrichtungen in einem landesweiten Modellprojekt an drei ausgewählten Standorten die systematische Einbeziehung der Kriminalprävention in städtebauliche Vorhaben.

Die zur Zeit stark diskutierten Alcopops haben den seit Jahren rückläufigen Trend des Alkoholkonsums unter Jugendlichen durchbrochen. Das Landeskriminalamt Niedersachsen informiert umfassend über die Situation und die Risiken des missbräuchlichen Alkoholkonsums im Kindes- und Jugendalter mit den damit verbundenen Wirkungen, Gefahren und Langzeitschäden. Darüber hinaus wird Wissenswertes über die aktuellen Szene-Drinks präsentiert und Möglichkeiten zur Alkoholprävention werden vorgestellt.

Kontakt:

**Landeskriminalamt Niedersachsen, Dezernat 24
– Prävention –**

Schützenstraße 25, 30161 Hannover

Telefo 0511/26262-2403, 0511/26262-2450

dez24@lka.polizei.niedersachsen.de

Landeskriminalamt Sachsen**Präventionsprojekte „Nachbarschaftshilfe“ und „Sicherheitsplakette – Sicher wohnen“**

Aubbauend auf den Erfahrungen bei der Umsetzung des bundesweiten Schwerpunktthemas Nachbarschaftshilfe des ProPK werden seit 1998 in besonders kriminalitätsgefährdeten Städten und Regionen des Freistaates Sachsen Aktionstage Nachbarschaftshilfe durchgeführt. Die Zielstellung ist, durch eine offensive Präventionsarbeit die sicherungstechnische Ausstattung von Häusern und Wohnungen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern. In Einzelgesprächen vor Ort werden konkrete Hinweise zum Einbruchschutz und verhaltensorientierte Tipps zum Schutz vor Straftaten gegeben und praktische Anwendungsbeispiele vermittelt. Durch Plakate, Aufkleber und Schilder mit der Aufschrift „Vorsicht! Wachsender Nachbar – Wir passen auf!“, welche in Stadtteilen, Straßenzügen, Häuserzeilen und an Häusern angebracht werden, wird das Engagement der Bürger für den Schutz des Eigentums und der persönlichen Sicherheit deutlich erkennbar dokumentiert. Zur Unterstützung der örtlichen Aktivitäten werden seit 1996 jährlich Preisausschreiben zur Nachbarschaftshilfe über die sächsische Presse durchgeführt, an denen sich bisher weit über 100.000 Bürger beteiligten. Die vielen positiven und zustimmenden Meinungen zu dieser Aktion zeigen das nach wie vor große Interesse der Öffentlichkeit. Zur komplexen Weiterführung des Projektes „Nachbarschaftshilfe“ und der noch engeren Verbindung mit Elementen der Sicherheitsberatung und Realisierung technischer Sicherungsmaßnahmen wurde das Projekt „Sicherheitsplakette – Sicher wohnen“ gestartet. Inhalt ist die Umsetzung von Mindeststandards im Sinne eines technischen Grundschutzes bei Wohnobjekten.

Kontakt:

Landeskriminalamt Sachsen

Neuländer Straße 60, 01129 Dresden

Telefon 0351/8550, 0351/8580044

Lka@polizei.sachsen.de

www.lka.sachsen.de

**Landespolizeidirektion Stuttgart II –
Inspektion Wirtschaftskriminalität**

Nach Expertenschätzungen sollen jährlich 30 bis 40 Mrd. Euro auf dem sogenannten „Grauen Kapitalmarkt“ bei unrentablen, riskanten und betrügerischen Anlageformen verloren gehen.

Visionen von Reichtum, sicherer Geldanlage, hohen Renditen und Steuerersparnissen führen oftmals zu einem bösen Erwachen.

Die Kriminalpolizeiinspektion 3 der Polizei Stuttgart, zuständig für Delikte der Wirtschaftskriminalität, hat sich diesem Problem angenommen und ein Konzept zum Thema Prävention im Bereich der Wirtschaftskriminalität entwickelt.

Mit themenbezogenen Plakaten, Flyern und Broschüren sowie sachkundigen Erläuterungen werden interessierte Bürger über unseriöse Anlageprodukte und gängige Abzockermethoden der Betrüger informiert und sensibilisiert.

Bereits zum dritten Mal waren die Wirtschaftskriminalisten auf der internationalen Anlegermesse Invest-Stuttgart im März 2004 mit ihrem Präventionsstand vertreten. Die positiven Reaktionen und die hohe Akzeptanz bei Veranstaltern (Messe GmbH und Börse-Stuttgart), Ausstellern (Geldinstitute, Finanzdienstleister) und Besuchern sind Beleg für die Notwendigkeit, auch in diesem schwierigen Deliktsfeld Präventionsarbeit zu leisten.

Kontakt:

**Landespolizeidirektion Stuttgart II,
Inspektion Wirtschaftskriminalität**

Schockenriedstraße 7, 70565 Stuttgart

Telefon 0711/8990-6000, Telefax 0711/8990-6049

d-3.1@lpds2.bwl.de

www.polizei-stuttgart.de

Landespolizeidirektion Stuttgart II – Verkehrserziehung

Die Verkehrserziehung der Landespolizeidirektion Stuttgart II ist verantwortlich für alle polizeilichen Verkehrspräventionsprojekte in Stuttgart.

In den vergangenen Jahren kam es in Stuttgart zu einer Vielzahl von schweren Unfällen, weil Kraftfahrzeugführer verbotswidrig über die Gleise der Stadtbahn abgebogen sind oder gewendet haben. Beim Aufprall der Stadtbahnzüge auf die Kraftfahrzeuge entstand nicht nur erheblicher Sachschaden, sondern es wurden auch die Fahrzeuginsassen schwer verletzt. Im Jahr 2003 verstarb ein Opfer an den Unfallfolgen. Ursachen für das Fehlverhalten der Kraftfahrzeugführer, die meistens ortskundig waren, waren unter anderem Termindruck, Leichtsinns aber auch das Unterschätzen der Geschwindigkeit, die von modernen Stadtbahnzügen gefahren werden.

Die Stuttgarter Polizei hat sich entschlossen gegen diesen Unfallschwerpunkt vorzugehen. Neben der Beanstandung von Kraftfahrzeugführern, die gegen ein Wende- oder Abbiegeverbot verstoßen hatten, sollten auch Präventionsaktionen zu diesem Thema durchgeführt werden.

Hierzu hat die Verkehrserziehung Schautafeln hergestellt und ein Unfallfahrzeug aus einem derartigen Unfall als Ausstellungsstück präparieren lassen. Zusammen mit der Stuttgarter Straßenbahn AG wurde ein Flyer entwickelt, in dem auf die besonderen Gefahren hingewiesen wird.

Bei mehreren Aktionen, an denen auch die Verkehrswacht Stuttgart beteiligt war, wurden Fahrzeugführer, die sich falsch verhalten hatten, angehalten und aufgeklärt. Die Einsatzstellen wurden an besonders belebte Stellen in der Stadt gelegt, so dass auch unbeteiligte Passanten und die Presse für das Thema sensibilisiert werden konnten, um eine möglichst große Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. In Gesprächen wurde auf die besondere Gefährlichkeit dieser Verkehrssituation hingewiesen und mit dem stark deformierten Unfallfahrzeug konnte die ungeheure Energie verdeutlicht werden, die von einem fahrenden Stadtbahnzug ausgeht.

Kontakt:

Landespolizeidirektion Stuttgart II, Verkehrserziehung

Löwentorbogen 9a, 70376 Stuttgart

Telefon 0711/8990-5270, Telefax 0711/8990-5279

ve@lpds2.bwl.de

Landespräventionsrat Niedersachsen**Beraten, unterstützen, informieren:****Aufgaben des Landespräventionsrates Niedersachsen**

Im Jahr 1995 hat die Niedersächsische Landesregierung die Einrichtung des Landespräventionsrates beschlossen und erklärt, dass es Ziel sei, „zum einen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und zum anderen, das Kriminalitätsaufkommen zu reduzieren“. Hieraus leiten sich für den Landespräventionsrat und die Geschäftsstelle folgende Kernaufgaben ab.

- Beratung und Unterstützung kommunaler Präventionsgremien
- Organisation von Erfahrungsaustausch und Vernetzung
- Analyse der Entwicklung überörtlicher Kriminalität und ihrer Entstehungsbedingungen
- Beratung der Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen
- Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen aus der Präventionsarbeit
- Initiierung, Trägerschaft und Begleitung von kriminalpräventiven Projekten
- Finanzielle Förderung kriminalpräventiver Projekte in Niedersachsen

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover

Telefon 0511/120-5254, Telefax 0511/120-5272

info@lpr.niedersachsen.de

www.lpr.niedersachsen.de

**Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung
Schleswig-Holstein**

Um die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln, gemeinsame Konzepte und Projekte zur Reduzierung Kriminalitätsursachen zu entwickeln und auf kommunaler Ebene für diese Idee zu werben, wurde im Oktober 1990 in Schleswig-Holstein – erstmals in Deutschland – der Rat für Kriminalitätsverhütung (Landes-Rat) gegründet.

Mittlerweile gibt es in nahezu 90 schleswig-holsteinischen Städten und Gemeinden kommunale kriminalpräventive Räte. Wir wollen gemeinsame Bedingungen schaffen, in denen der Anreiz zu Kriminalität verringert, die Hemmschwelle, Mitmenschen Schaden zuzufügen, erhöht, das Rechtsbewusstsein und die Bereitschaft der Menschen für einander einzutreten, gestärkt werden.

Eine wichtige Aufgabe des Landes-Rates ist darüber hinaus die Politikberatung, die sich auch in den kriminalpräventiven Konzepten widerspiegelt, die von Arbeitsgruppen des Landes-Rates konzipiert worden sind (siehe www.kriminalpraevention-sh.de).

Kontakt:

**Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung
Schleswig-Holstein**

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Telefon 0431/988-3156, Telefax 0431/988-3104

Rfk-sh@im.landsh.de

www.kriminalpraevention-sh.de

Landesstiftung Opferschutz Baden-Württemberg

Die Landesstiftung Opferschutz wurde im März 2001 vom damaligen Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll als Stiftung des bürgerlichen Rechts errichtet. Stiftungszwecke sind

- die materielle Hilfe für Opfer von Gewalttaten in Notfällen
- und die finanzielle Förderung von Opferzeugenbetreuungs-Programmen.

Hierzu erhält die Stiftung Zuwendungen der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH.

Mit den individuellen Opferhilfen werden Lücken des Opferschadensgesetzes geschlossen, das z.B. keine Opferschadensleistungen bei im Ausland erlittenen Gewalttaten oder den Ersatz tatbedingter Vermögenseinbußen und uneinbringlicher Schmerzensgeldansprüche vorsieht. Mit der finanziellen Förderung von Opferzeugenbetreuungs-Programmen wird die Arbeit von Opferhilfeorganisationen bei der Beratung, Betreuung- und Begleitung schutzbedürftiger OpferzeugInnen im Rahmen von Strafverfahren unterstützt. Dem Kuratorium der Stiftung gehören die Justizministerin als Vorsitzende, der Innenminister und weitere Persönlichkeiten an. Weitere Organe sind der Zuwendungsausschuss und der Vorstand, dem ein pensionierter Richter, der Landesbeauftragte des Weissen Rings und eine Ministerialrätin angehören.

Bisher hat die Stiftung 215 Gewaltopfern Zuwendungen im Betrag von 1,4 Millionen Euro gewährt und 33 Opferhilfeorganisationen mit insgesamt 784.000 Euro unterstützt.

Anschrift:

Landesstiftung Opferschutz, Neckarstr. 145, 70190 Stuttgart

Telefon: 0711/2846454, Fax: 0711/2847268

Vorstandsvorsitzender: Herbert Schmid

Geschäftsführung: Christine Glöckler

Kontakt:**Landesstiftung Opferschutz**

Neckarstraße 145, 70190 Stuttgart

Telefon 0711/2846454, Telefax 0711/2847268

landesstiftung-opferschutz@t-online.de

www.landesstiftung-opferschutz.de

**Landratsamt Esslingen,
Beauftragte für Suchtprophylaxe**

Future for all ist ein Projekt zur Kriminalitäts- und Suchtprävention, das im Landkreis Esslingen in allen Schularten in der 6. und 7. Klasse durchgeführt wird. Es wurde 1999 von der Polizeidirektion Esslingen und dem Landratsamt Esslingen, Beauftragte für Suchtprophylaxe, zusammen mit der Wilden Bühne Stuttgart entwickelt. Es wurde bisher über 250 mal in Schulklassen je einen ganzen Unterrichtstag durchgeführt. Zusätzlich wird ein Elternabend oder eine Veranstaltung für das Lehrerkollegium angeboten. Ziel ist es, SchülerInnen so früh als möglich zu erreichen, noch bevor sie Konsumgewohnheiten entwickelt haben. Sie sollen Raum haben für ihre Fragen rund um die Themen Sucht, Drogen und Kriminalität und in ihrer Lebenskompetenz und für die Bewältigung von belastenden Alltagssituationen gestärkt werden. Sie lernen Verhaltensalternativen für schwierige und belastende Alltagssituationen zu entwickeln. Referenten des Projektes sind ehemalige Drogenabhängige nach stationärer Therapie, die für dieses Projekt theaterpädagogisch ausgebildet und mit Supervision und therapeutisch durch die Wilde Bühne begleitet werden. Sie stellen im Rahmen des Projektes ihre Lebensgeschichte (Elternhaus, Schule, Clique, Entwicklung von Sucht und Kriminalität, Therapie, ihr heutiges Leben) vor. Über theaterpädagogische Übungen machen SchülerInnen Erfahrungen zu den Themen Selbst- und Fremdwahrnehmung, Vertrauen und Kommunikation. Der Schwerpunkt des Projektes liegt in der Rollenspielarbeit, geschlechtsspezifisch in Jungen- und Mädchengruppen, wo ausgehend von Situationen aus dem Leben der ehemaligen Drogenabhängigen (Elternhaus, Schule, Clique), die diese als weichenstellend für ihre Entwicklung in die Sucht und Kriminalität erlebt haben, konstruktive Verhaltensalternativen entwickelt werden.

Kontakt:

**Landratsamt Esslingen,
Beauftragte für Suchtprophylaxe**
Pulverwiesen 11, 73726 Esslingen
Telefon 0711/3902-2571, Telefax 0711/3902-1034
Kloes.Elke@Landkreis-Esslingen.de
www.landkreis-esslingen.de

Landratsamt Karlsruhe

Stadt, Landkreis und Polizeipräsidium Karlsruhe stellen Projekte der Kinder- und Jugendprävention vor, die alle durch die „Zukunftsoffensive III – Junge Generation“ gefördert wurden. SKARABÄUS, ein Projekt der Drogenhilfe Karlsruhe zur Prävention und Risikominimierung des Partydrogenkonsums. Eine geschulte Gruppe junger Leute informiert über riskanten Konsum. Zur Meinungsbildung sind am Infostand sachgerechte Informationen parat, ebenso Safer-Dancing-Utensilien. „WORK TOGETHER-LIVE TOGETHER“ will Jugendliche bei der Integration in die Gesellschaft helfen und Möglichkeiten sinnvoller Freizeitgestaltung anbieten, mit der sie sich auch für zukünftige Arbeits- und Ausbildungsgebiete qualifizieren können. Angeboten werden u. a. Jobbörse, Zweiradwerkstatt und Bewerbungstraining. „SPORTVEREINE ALS ERZIEHUNGSHELFER“, ist ein Projekt, dem straffällige männliche Jugendliche nach Vorschlag der Jugendgerichtshilfe zugewiesen werden. In einem Sportverein führen die Jugendlichen unter fachlicher Anleitung in Teamarbeit verschiedene handwerkliche Tätigkeiten aus. Außerdem nehmen sie am wöchentlich stattfindenden Vereinstraining teil. Ziel ist vor allem die Vermittlung sozialer Kompetenz und die Chance der Integration in den Sportverein. „WEGSCHAUEN IST KEINE LÖSUNG“ greift die oft beklagte mangelhafte Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes in der Öffentlichkeit auf, in der Fachleute die Hauptursache für ansteigenden Suchtmittelkonsum junger Menschen sehen. Ziel ist, gemeinsam mit Verantwortlichen vor Ort Wege zu finden, wie schützende Strukturen gefördert und bestehende Defizite beseitigt werden können, u.a. durch Einsetzung „Kommunaler Suchtbeauftragter“ als bürgerschaftliches Element in Suchtvorbeugung und Jugendschutz.

Kontakt:

Landratsamt Karlsruhe

Beiertheimer Allee 2, 76137 Karlsruhe

Telefon 0721/9366808

jugendamt@landratsamt-karlsruhe.de

www.landratsamt-karlsruhe.de

Landratsamt Ostalbkreis

1. „Projekte zur Prävention gegen Gewalt“. In den Beschreibungen dieser Projektsammlung handelt es sich um den Arbeitsansatz einzelner Projekte und Initiativen im Bereich Gewaltprävention im Ostalbkreis. Die Sammlung soll Anregung und Hilfe sein, Partner für Gewaltpräventionsprojekte aufzeigen und die Suche nach geeigneten Angeboten erleichtern.

2. Aktionsbox „KLASSE“

Die Aktionsbox bietet Unterrichtsmaterial die soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Sie sollen lernen, auf die Stärken und Schwächen ihrer Mitschüler einzugehen. In der Box sind alle Materialien, Auswertung und sozialkommunikative Übungen für die Grundschule, Klassen 5 bis 6 und Übungen für die Klassen 7 bis 10. Kurze prägnante Anleitung mit Foto jeder Übung erleichtern die Durchführung.

3. Jugendschutz geht alle an! Die Ostalbkinder sind's uns wert! Unter diesem Motto wurde eine Aktion gestartet, um durch vielfältige Maßnahmen die Belange des Jugendschutzes zu stärken und so in unserer Region und zum Wohle unserer Kinder Zeichen zu setzen. (Landratsamt Ostalbkreis und Polizeidirektion Aalen)

4. „Initiative Gewaltprävention“ ein Gewaltpräventionsprogramm für Schulklassen 8–9 in Kooperation von Jugendhilfe und Polizei. Das Markenzeichen des Präventionsmodells ist die gemeinsame Durchführung von Schülereinheiten in Schulklassen, eine enge Zusammenarbeit mit Lehrern und Eltern.

5. Max Besser

Gewaltpräventionsprogramm für die Grundschule.

Kontakt:

Landratsamt Ostalbkreis

Stuttgarter Straße 41, 73430 Aalen

Telefon 07361/503573, Telefax 07361/503477

andreas.schumschal@ostalbkreis.de

www.ostalbkreis.de

**Ministerium des Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz – Leitstelle Kriminalprävention**

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Informationsstand der Leitstelle „Kriminalprävention“ zur kommunalen Kriminalprävention, Organisation, Aufbau und Projektdurchführungen in Rheinland-Pfalz

Kontakt:

**Ministerium des Innern und für Sport –
Leitstelle Kriminalprävention**

Schillerplatz 3–5, 55116 Mainz

Telefon 06131/16-3712, Telefax 06131/16-3858

Helmut.Liesenfeld@ism.polizei.rlp.de

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

„Sport macht Freunde“

Der Sport bietet ein ideales Handlungsfeld, um die Bedeutung von Regeln und deren Einhaltung zu erfahren, Erfolge und Misserfolge zu erleben und zu verarbeiten, zum Austoben und gemeinsamen Miteinander. Darüber hinaus können seine „Helden“ als Vorbilder wirken. Sich diese sozialerzieherischen Möglichkeiten des Sports nutzbar zu machen und Position gegen Gewalt und Extremismus zu beziehen, sind Ziele dieser Initiative des Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

Im Rahmen der Maßnahme „Sport macht Freunde“ stellen bekannte baden-württembergische Sportlerinnen und Sportler für Schulsportveranstaltungen (auch in Kooperation mit Sportvereinen) zur Verfügung, die unter das Motto „Sport macht Freunde“ gestellt werden. Das Projekt ist ein weiteres Ergebnis der Schulsportoffensive des Landes.

Besondere Berücksichtigung und Förderung durch die „Stiftung Sport in der Schule Baden-Württemberg“ und die Krankenkasse BARMER erfahren schulsportliche Maßnahmen, die über den Veranstaltungscharakter hinaus wirken, indem Schulen die Veranstaltung zum Anlass nehmen, sich ein „Programm“ im Sinne der Gewaltprävention zu geben und/oder mit außerschulischen Partnern zusammenwirken:

Schülermentorin/Schülermentor Sport

Im Rahmen der Schülermentorenausbildung des Landes Baden-Württemberg (Sport, Hauptschule, Verkehrserziehung) erhalten Jugendliche eine erste Gelegenheit, sich anspruchsvoll zu engagieren und in einem überschaubaren Rahmen Verantwortung zu übernehmen. Neben den positiven Effekten für die persönliche Entwicklung der Jugendlichen führt die Schülermentorenausbildung zu einer sinnvollen Erweiterung des Sportangebotes und damit zu einer Bereicherung des Schullebens. Darüber hinaus werden wertvolle Impulse für eine weiterführende ehrenamtliche Tätigkeit, etwa in einem Sportverein gegeben, da die Schülermentorenausbildung als Teil der Trainer- bzw. Übungsleiterausbildung von den Fachverbänden anerkannt wird.

Kontakt:

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Königstraße 44, 70173 Stuttgart

Telefon 0711/2792638, Telefax 0711/279-2795

edwin.gahai@km.kv.bwl.de

www.schulsport-in-bw.de

Novar GmbH

Die Novar GmbH mit ihren traditionsreichen Marken Ackermann, Brand-Rex, ESSER, Friedland und Trend ist Marktführer in den Bereichen Brand- und Einbruchschutz sowie Krankenhaus- und Pflegekommunikation. Zusätzlich deckt sie als Komplettanbieter intelligenter Gebäudesysteme die Produktlinien Zutrittskontrolle, Zeiterfassung, Rettungswegtechnik, Gebäudeleittechnik sowie Installationssysteme & Datentechnik ab. Sie ist Teil des britischen Konzerns Novar plc, der weltweit tätig ist.

Auf dem Infostand des 9. Deutschen Präventionstag 2004 in Stuttgart zeigt die Novar GmbH ihr Managementsystem WINMAG mit den gewerkeübergreifenden Funktionalitäten und die neue digitale Videorecorder Serie mit UVV Kassen Zulassung.

Kontakt:

Novar GmbH

Dieselstraße 2, 41469 Neuss

Telefon 02137/170, Telefax 02137/17286

info@novar.de

www.novar.de

Otto Benecke Stiftung e.V.

Die Aufnahme von Zuwanderinnen und Zuwanderern kann nur von allen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam geleistet werden. Hierzu bedarf es sachgerechter Information und vor allem ausreichender Gelegenheit, das Zusammenleben in kultureller Vielfalt als gegenseitige Bereicherung zu erfahren. Seit Beginn der 90er Jahre entwickeln wir im Auftrag der Bundesregierung und der Europäischen Union Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und führen diese erfolgreich durch.

Begegnungen zu ermöglichen und zu fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegen zu wirken ist Ziel unserer gesellschaftspolitischen Förderprogramme.

Kontakt:

Otto Benecke Stiftung e.V.

Kennedyallee 105–107, 53175 Bonn

Telefon 0228/8163-147, Telefax 0228/8163-400

post@obs-ev.de

www.obs-ev.de

**Pad e.V. – Projekt Schadenswiedergutmachung/
Opferfonds/Graffiti****Eltern und Jugendliche gegen Drogenmißbrauch**

Gegründet 1990 auf Initiative engagierter Eltern, Lehrer und Jugendlicher vereint der pad e.V. derzeit über 20 Projekte und Einrichtungen in drei Berliner Bezirken und im Land Brandenburg. Dabei entwickelte sich ein sinnvoll aufeinander abgestimmtes System primär- und sekundärpräventiver Betreuungs-, Beratungs- und Einzelfallhilfsangebote.

Zu den Hauptschwerpunkten zählen:

- Kontakt- und Beratungsangebote
- offene Kinder- und Jugendarbeit
- Angebote und Leistungen im Rahmen der §§ 27 ff. KJHG
- Ambulante Betreuungsangebote für junge Straffällige
- Elternarbeit
- Multiplikatorenarbeit; Fortbildung

Der pad e.V. ist beim 9. DPT vertreten durch das Projekt Schadenswiedergutmachung/Opferfonds-Graffiti.

Das seit 1996 erfolgreich praktizierende Projekt betreut jugendliche bzw. heranwachsende Ersttäter im Alter von 14 bis 21 Jahren aus dem urbanen Großraum Berlin und Brandenburg, die nachweislich Sachbeschädigungen in Form von Graffiti, Scratches, Edding und anderen Arten des Vandalismus im Bereich des öffentlichen Personalnahverkehr sowie bei anderen Unternehmen begangen haben.

Das sozialpädagogische Angebot ermöglicht eine schnelle Reaktion auf delinquentes Verhalten von Jugendlichen, läuft außerhalb und unabhängig vom strafrechtlichen Verfahren und bearbeitet die zivilrechtlichen Forderungen der Geschädigten.

Kontakt:

**Pad e.V. – Projekt Schadenswiedergutmachung/
Opferfonds-Graffiti**

Ahrenshooper Straße 7, 13051 Berlin
Telefon 030/9200025, Telefax 030-9245219
gsw@padev.de
www.padev.de

Polizeiberatung Zeughaus – Kriminalpolizeidirektion Nürnberg

Kriminalprävention und Opferhilfe in Nürnberg – gemeinsame Dienststelle von Schutz- und Kriminalpolizei

Eine bewegte Zeit liegt hinter dem Zeughaus, einem historischen Baudenkmal inmitten der Nürnberger Fußgängerzone. Schon 1905 bis zu seiner Zerstörung 1944 war dort eine Polizeidienststelle untergebracht, was nach dem Wiederaufbau 1954 beibehalten wurde. Seit dem 4. Oktober 2002 beherbergt das Gebäude die Polizeiberatung Zeughaus. Mit dieser Einrichtung werden der Bevölkerung polizeiliche Präventionsangebote unter einem Dach offeriert und die enge Zusammenarbeit mit einer Vielzahl präventiv tätiger nichtpolizeilicher Institutionen dokumentiert. Eine zentrale Anlaufstelle in einer Zeit zu schaffen, in welcher der Prävention und Opferhilfe immer mehr Bedeutung zukommen, ist das Ziel der Einrichtung. Die Verbesserung der Koordination polizeilicher Präventionsaktivitäten in Nürnberg war ein wichtiger Grund zur Schaffung dieser gemeinsamen Dienststelle von Schutz- und Kriminalpolizei. Neuland wurde seitens der Polizei mit der Aufnahme einer präventiv tätigen, nichtpolizeilichen Organisation, dem Bayerischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU), im Zeughaus betreten. Untergebracht sind in der Polizeiberatung Zeughaus neben den Vertretern des BVSU das Kommissariat 34 mit sieben Beamten und einer Angestellten sowie 4 Beamte der Polizeidirektion Nürnberg. Alle sind hauptamtlich in der Prävention tätig und können sich ganz auf die verhaltensorientierte, mechanische und elektronische Prävention sowie die Opferhilfe konzentrieren.

Kontakt:

Polizeiberatung Zeughaus

Pfannenschmiedsgasse 24, 90402 Nürnberg
Telefon 0911/211-2760, Telefax 0911/211-2765
pp-mfr.nuernberg.kd@polizei.bayern.de
www.polizei.bayern.de/ppmfr/welcome.htm

Polizeidirektion Böblingen

Der Infostand dient der Präsentation des Fördervereins: „Sicherer Landkreis Böblingen e.V.“

Der Förderverein wurde am 14.11.2001 unter Vorsitz des Landrates gegründet. Alle 26 Kommunen des Landkreises sind Mitglied im Förderverein.

Hauptziele des Fördervereins sind:

- Aufklärung der Bevölkerung zur Verhütung und Vorbeugung von Kriminalität
- Unterstützung kriminalpräventiver Initiativen insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit
- Förderung der Kriminalprävention durch die Beschaffung von Mitteln
- Förderung der Zusammenarbeit aller mit der Kriminalitätsverhütung befassten Institutionen
- Förderung von Forschungsvorhaben im Bereich der Kriminalprävention

Die Finanzierung erfolgt durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Bußgeldzuweisungen.

Bis 2003 konnten im Landkreis Böblingen insgesamt 32 Einzelprojekte mit einer Fördersumme von 27.559,80 € unterstützt werden. Die Mehrzahl der geförderten Projekte befasste sich mit dem Bereich der schulischen Gewaltprävention.

Kontakt:

Polizeidirektion Böblingen

Talstraße 50, 71034 Böblingen

Telefon 07031/13-2170, Telefax 07031/13-2175

beratungsstelle@pddb.bwl.de

Polizeidirektion Esslingen**Gewaltprävention im Kindergarten: „Flipsy + Kasimir“ gegen sexuellen Missbrauch.**

Die Polizeidirektion Esslingen entwickelte mit Unterstützung einer Theaterpädagogin und Erzieherin das interaktive Puppenspiel „Flipsy+Kasimir“ mit dem Ziel, 3- bis 6-Jährigen das hochsensible Thema Sexueller Missbrauch zu vermitteln, ohne sie zu ängstigen. Das Projekt beruht auf drei Säulen: Im Erzieherinnengespräch wird der Inhalt und das Ziel des Projektes erläutert und die Erzieherinnen zur Mitarbeit motiviert. Für einen auftretenden Verdachtsfall werden Lösungsansätze aufgezeigt. Möglichkeiten der Vor- und Nachbereitung auf den Polizeibesuch werden besprochen. Bei einem Elternabend wird über Sexuellen Missbrauch von Kindern informiert. Die Erziehungsberechtigten werden am Projekt aktiv beteiligt, sie sollen das Thema zu Hause mit ihren Kindern nochmals behandeln. Der Inhalt des Puppenspiels wird erläutert und Medien für eine altersentsprechende Aufklärung vorgestellt. Das interaktive Puppenspiel wird von einer uniformierten Polizeibeamtin mit zwei Handpuppen durchgeführt: Das freche Mäusekind Flipsy, das alleine vom Kindergarten nach Hause geht, wird vom Kater Kasimir angesprochen und mit Käse zum Mitgehen gelockt, was es nicht darf. Der dadurch entstehende Gewissenkonflikt wird von den Kindern selbst unter Mithilfe der Polizeibeamtin gelöst und der Kater Kasimir im Anschluss lautstark verjagt. Das Medium Puppe vermittelt den Kindern die Realität über ihre Fantasiewelt. Die Kinder lernen über die Gefühlsebene frühzeitig Gefahrensituationen zu erkennen und selbstbewusst zu reagieren.

Kontakt:

Polizeidirektion Esslingen

Agnespromenade 4, 73728 Esslingen

Telefon 0711/3990-132, Telefax 0711/3990-129

winterul@pdes.bwl.de

**Polizeidirektion Hannover, Beauftragte für
Kriminalprävention – Landeshauptstadt Hannover,
Kommunaler Kriminalpräventionsrat**

In Anlehnung an das Motto des 9. DPT „Kommunale Kriminalprävention“ präsentieren die Beauftragte für Kriminalprävention der Polizeidirektion Hannover und der Kommunale Kriminalpräventionsrat der Landeshauptstadt Hannover ihr Präventionsangebot sowie das bestehende Netzwerk in Kooperation.

Schwerpunktt Themen sind:

- Verhaltensorientierte Prävention bei der Polizeidirektion Hannover; Seminarangebot für unterschiedliche Zielgruppen
- Netzwerkarbeit Polizeidirektion/Landeshauptstadt
Arbeitsgruppen des Kommunalen Kriminalpräventionsrates:
 - AG „Kriminalprävention im Städtebau“
Projektstandort Hannover-Linden „Gilde Carre“
 - AG „Sicher mit Bus und Bahnen“ (auch Workshop)
- Häusliche Gewalt
Netzwerk „Hannoversches Interventionsprojekt gegen Männergewalt in der Familie“ (HAIP)

Kontakt:

Polizeidirektion Hannover,

Waterloostraße 9, 30169 Hannover

Telefon 0511/109-1561, Telefon 0511/109-2270

E-Mail bfk@pd-hannover.polizei.niedersachsen.de

www.polizei.niedersachsen.de/pd-hannover

**Polizeidirektion Heidelberg –
Sicheres Heidelberg e.V.**

Die qualitative und quantitative Entwicklung der Kriminalität und die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung erfordern neben konsequentem repressivem Vorgehen auch verstärkte Anstrengungen zur Kriminalprävention. Nur so kann auf Dauer der Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft erhalten werden. Mit der Gewährleistung von innerer Sicherheit wird auch die Attraktivität einer Stadt wie Heidelberg und ihres Umlandes entscheidend positiv beeinflusst. Bisherige Kriminalprävention erstreckte sich im wesentlichen auf die general- und spezialpräventiven Wirkungen der Strafverfolgung durch Polizei und Justiz, auf die Vorbeugungs- und Beratungstätigkeit der Polizei sowie auf uniformierte Präsenz. Die zahlreichen Intensivierungsmaßnahmen sind letztlich aber allein nicht geeignet, die unterschiedlichsten Ursachen für vielfältige Kriminalitätsformen zu beseitigen. Kriminalität muss über die Betrachtung der Tat, der Täter sowie ihrer Erscheinungsformen hinaus vor allem in ihren übergreifenden Entstehungs- und Bedingungsbeziehungen erkannt und verdeutlicht werden. Deshalb bedarf eine Präventionsstrategie, die auf Ursachenreduzierung ausgerichtet ist, gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen ideeller, personeller und vor allem auch finanzieller Art. Kriminalitätsverhütung muss dort ansetzen, wo normabweichendes Verhalten in aller Regel entsteht, begünstigt oder gefördert wird: auf örtlicher Ebene.

Der Ausstellungsstand der Polizeidirektion Heidelberg verdeutlicht das Netzwerk Prävention auf anschauliche Weise und stellt Projekte für verschiedene Zielgruppen vor. Videodokumentationen und Informationsmaterial ergänzen das Angebot für die Besucher.

Kontakt:

Polizeidirektion Heidelberg

Römerstraße 2-4, 69115 Heidelberg

Telefon 06221/99-1241 bis 1243, Telefax 06221/99-1247

kp@pdhd.bwl.de

www.polizei-heidelberg.de

www.sicherheit.de

www.praevention-rhein-neckar.de

Polizeidirektion Heilbronn**ECHT STARK****- ein Grundschulprojekt für starke Kids -****ECHT STARK**

- ist ein Projekt für dritte Klassen der Grundschulen in Stadt und Landkreis Heilbronn
- will Kinder in ihrer Persönlichkeit stärken und sie damit vor Gewalt, sexuellem Missbrauch und Sucht schützen
- besteht aus 5 Einheiten für die Projektklasse zu je zwei Schulstunden, Vor- und Nachgesprächen mit den beteiligten Lehrkräften und einem vorausgehendem Elternabend sowie einer weiteren Einheit als „Follow-Up“ in der 4. Klasse
- wurde als Pilotprojekt im Frühjahr 2002 erstmals in einer Schulklasse durchgeführt
- wird nun durch ausgebildete MultiplikatorInnen flächen-deckend in Heilbronn angeboten.

ECHT STARK ist ein Projekt von:

- Polizeidirektion Heilbronn -FEST- Kriminalprävention
- Pfiiffigunde e.V. – Beratung und Hilfe bei sexuellem Missbrauch
- Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstelle für Suchterkrankungen der Caritas Heilbronn-Hohenlohe
- Städt. Gesundheitsamt, Koordinationsstelle für Suchtfragen für Stadt und Landkreis Heilbronn, Kommunaler Suchtbeauftragter

Interessierte wenden sich für die Buchung des Projektes

- an die Volkshochschule Unterland, Frau Hauck, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. 07131/5940-120, e-mail: hauck@vhs-unterland.de

für die Bestellung des Handbuches

- an PFIFFIGUNDE e.V., Beratung und Hilfe bei sexuellem Missbrauch, Dammstraße 15, 74076 Heilbronn, Tel. 07131/166178, e-mail: info@pfiiffigunde-hn.de

Kontakt:

Polizeidirektion Heilbronn

Karlstraße 108, 74076 Heilbronn

Telefon 07131/104-2783, Telefax 07131/104-2789

kbst@pdhn.bwl.de

Polizeidirektion Lörrach

FFiBB steht für **Faires Fahr'n in Bus und Bahn** und beschäftigt seit Februar 2002 die Verantwortlichen für Verkehrs- und Kriminalprävention von Polizei, Bundesgrenzschutz, Stadt Lörrach, Staatliches Schulamt, Landratsamt sowie die im Landkreis vertretenen Verkehrsunternehmen SüdbadenBus GmbH, Südwestdeutsche Verkehrs AG, Deutsche Bahn AG und den Dachverband der Verkehrsunternehmen, den Regio Verkehrsverbund Lörrach. Seit Mitte November ist auch die SBB GmbH Mitglied im Projekt.

Ziel des Projektes **FFiBB** ist die Ausbildung/Schulung von SchülerInnen ab 14 Jahren (i.d.R. Klassenstufe 8 der weiterführenden Schulen) zu **FahrzeugbegleiterInnen**.

Die wesentlichen Inhalte dieser Ausbildung liegen in der Stärkung der Sozialkompetenz und der Zivilcourage, im Bereich Streitschlichtung und Konflikthandhabung sowie in der Verbesserung des Sozialverhaltens der Jugendlichen.

Deutlich herauszustellen ist, dass sie **keine Hilfssheriffs** oder **Securities, keine Kontrolleure der Verkehrsbetriebe** und auch **keine „Petzer oder Verräter“** sind.

Die Ausbildung erfolgt durch fachkundiges Personal, unterstützt durch Polizei, BGS und die Verkehrsunternehmen im Rahmen von theoretischen und praktischen Unterrichtseinheiten während des normalen Schulunterrichts an den Schulen sowie direkt in den entsprechenden Fahrzeugen (Bus und Bahn).

Die ständige Betreuung der FahrzeugbegleiterInnen ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtkonzeption von **FFiBB**. Neben regelmäßigen Feedbackveranstaltungen steht an jeder teilnehmenden Schule ein(e) Ansprechpartner(in) (Lehrer) zur Verfügung.

Kontakt:

Polizeidirektion Lörrach

Weinbrennerstraße 8, 79539 Lörrach

Telefon 07621/176-0, Telefax 07621/176-112

postfach@pdlo.bwl.de

www.polizei-bw.de

Polizeidirektion Rottweil**Projekt 1:**

Gewaltprävention im Kindergarten gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern – interaktives Puppenspiel „Pieps & Schnurr“. Mit einem Puppenspiel sollen den Kindern einfache Botschaften zu einem besonders sensiblen Thema nahegebracht werden. Kindgerecht verpackt und ohne sie zu ängstigen sollen sie auf diese Weise Gefahren erkennen können und Versuchungen standhalten. Mit den Aufführungen in den Kindergärten soll das Selbstbewusstsein und der Mut zum Nein-Sagen gestärkt werden. Das Projekt beruht auf 3 Säulen, neben dem Puppenspiel, werden die Erzieherinnen sowie die Eltern umfassend über den sexuellen Missbrauch informiert.

Projekt 2:

Verkehrsprävention im Kindergarten Wie sichere ich mein Kind im Auto richtig? Welchen Kindersitz braucht mein Kind in welchem Alter? Fragen zum Thema Kindersicherung im Straßenverkehr beantworten Polizeihauptmeister Miller und Polizeihauptmeister Di Palma in ihrem Vorbeugungsprogramm, das sie als Ergänzung zur Arbeit des Verkehrserziehungsdienstes in Eigeninitiative erarbeitet haben. Neben Hinweisen für sicheres Verhalten im Straßenverkehr und Analyse von Unfällen werden Kindersitze praktisch vorgeführt und Empfehlungen zum Kauf eines alters- bzw. körpergerechten Sitzes gegeben.

Kontakt:**Polizeidirektion Rottweil**

Oberamteigasse 11, 78628 Rottweil

Telefon 0741/477-161, Telefax 0741/47-107

Josef.Bronner@pdrw.bwl.de

Polizeidirektion Schwäbisch Hall

Die Polizeidirektion Schwäbisch hall hat den Grundgedanken der Kommunalen Kriminalprävention weiter entwickelt und das Projekt „Zukunftswerkstatt“ initiiert. Im Kern geht es um die Optimierung der Prävention an Schulen mit dem Ziel, positiv und nachhaltig auf das Sozialverhalten von Kindern und Jugendlichen einzuwirken.

Im Landkreis Schwäbisch Hall haben sich nahezu alle Behörden, Institutionen und Einrichtungen, die in irgendeiner Form präventiv an Schulen tätig sind, in diesem Projekt zusammengeschlossen. Mit diesem Zusammenschluss wird es möglich sein, auf einzelne Schulen abgestimmte „Präventionsbiographien“ zu entwickeln. Aus der Zielgruppenperspektive kann so ein durchgängiges, d. h. vom Kindergarten beginnend bis hin zu den berufsbildenden Schulen reichendes, modular aufgebautes Präventionssystem entstehen. Die beteiligten Akteure erhoffen sich durch dieses Konzept, das über eine bloße Vernetzung hinausgehen wird, eine größere Nachhaltigkeit der Maßnahmen – trotz begrenzter Ressourcen.

Mit Beginn des neuen Schuljahres 2004/2005 wird die „Zukunftswerkstatt“ in die praktische Umsetzungsphase eintreten und wissenschaftlich begleitet.

Am Info-Stand der Polizeidirektion Schwäbisch Hall wird die Idee der „Zukunftswerkstatt“ von Vertretern der Projektgruppe vorgestellt.

Darüber hinaus wird das Konzept der im Jahr 2003 ausgezeichneten „Busschule“ präsentiert. Dieses Konzept verkörpert in besonderer Weise die Vernetzung von Verkehrs- und Kriminalprävention.

Kontakt:

Polizeidirektion Schwäbisch Hall

Gräterweg 8, 74523 Schwäbisch Hall

Telefon 0791/400-320

praevention@pdsha.bwl.de

Polizeidirektion Sigmaringen

Hexe Gunda in der Gewaltprävention

(Gemeinschaftsprojekt der Puppenbühne Ostrach mit der Polizeidirektion Sigmaringen, der Schulsozialarbeit Ostrach und dem Jugendamt Sigmaringen)

„Hexe Gunda zieht nach Quirliquitsch“, so heißt ein Theaterstück der Puppenbühne Ostrach, welches Kindergartenkinder ab vier Jahren und auch Kinder im Grundschulalter für das Thema Gewalt sensibilisieren soll. Dabei wollen die Akteure keine fertigen Lösungsmuster anbieten oder gar den Zeigefinger erheben. Sie wollen vielmehr Denkanstöße vermitteln, damit Kinder Recht von Unrecht unterscheiden lernen und ganz nebenbei zu Toleranz und Zivilcourage ermutigt werden. Seit der Premiere im März 2003 wurde das Stück schon vielfach im Landkreis Sigmaringen aufgeführt.

Das Theaterstück steht nicht für sich alleine da. Es ist vielmehr eingebettet in Gesamtkonzept, bestehend aus

- der Vorbereitung mit den Erzieherinnen
- der unmittelbaren Nachbereitung mit den Kindern
- sowie einem Elternabend.

Die bisherigen Reaktionen der Erzieherinnen, Kinder und Eltern haben gezeigt, dass die Initiatoren mit diesem Projekt genau richtig liegen.

Kontakt:

Polizeidirektion Sigmaringen

Karlstraße 15, 72488 Sigmaringen

Telefon 07571/104-303, Telefax 07571/104-319

kriminalpraevention@pdsig.bwl.de

Polizeidirektion Ulm**Kommunale Kriminalprävention in der Ulmer Weststadt**

1. Vorstellung der Struktur/Arbeit des Gremiums der Kommunalen Kriminalprävention „Sicherheit Weststadt“ unter Beteiligung der AG West e.V. und der Polizeidirektion Ulm. Die Ulmer Weststadt ist gekennzeichnet durch eine überdurchschnittliche hohe Jugendkriminalität, hohe Anzahl von jugendlichen Intensivtätern, Problemen mit Cliques, die durch Straftaten/Ordnungsstörungen auffallen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung massiv beeinträchtigen. Durch repressive Maßnahmen, beschleunigte Durchführung von Gerichtsverfahren, konnten Cliques teilweise zerschlagen bzw. deren Mitglieder von der Begehung weiterer Straftaten abgehalten werden. Um nachhaltig zu verhindern, dass neue Cliques entstehen bzw. jüngere Personen in bestehende Cliques nachwachsen, werden präventive Maßnahmen verstärkt auf diese Zielgruppe ausgerichtet.
2. Projekt OPEN SPACE – Offene Treffpunkte für Teenies in der Ulmer Weststadt:
Das Projekt fördert informelle offene Treffpunkte für Kinder und Jugendliche im Alter von 10–14 Jahren an verschiedenen öffentlichen Standorten in der Ulmer Weststadt. Die Treffpunkte animieren vorrangig zu Spiel, Sport und Bewegung im öffentlichen Raum und sollen präventiv wirken gegen Gewalt, Drogenmissbrauch, Fremdenfeindlichkeit.
3. AK „1. Hilfe bei Gewalt“ mit den Bausteinen „Schülerstreitschlichtung“ und „Konzepte zum Sozialen Lernen“.

Kontakt:

Polizeidirektion Ulm

Münsterplatz 47, 8073 Ulm

Telefon 0731/188-2501, Telefax 0731/188-61543

kriminalpraevention@pdul.bwl.de

AG West e.V. Verein für Jugendhilfe und Gemeinwesenarbeit

Moltkestraße 10, 8077 Ulm

Telefon 0731/3600405, Telefax 0731/3600404

www.agwest.telebus.de

Polizeidirektion und Berufsakademie Heidenheim

Mit dem Info-Stand soll die Kooperation von Polizei, Berufsakademie und Förderverein ‚Sicherer Landkreis‘ im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention im Landkreis Heidenheim dargestellt werden.

Es werden die Themenbereiche ‚Integration‘, ‚Gewalt‘ und ‚Sucht‘ näher dargestellt. Hierbei sollen insbesondere die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer Kooperation aber auch bestehende Unterschiede und Gemeinsamkeiten – hauptsächlich zwischen den Akteuren Polizei und Sozialarbeit – aufgezeigt werden.

Kontakt:

Polizeidirektion und Berufsakademie Heidenheim

Kurt-Bittel-Straße 12, 89518 Heidenheim

Telefon 07321/322-270, Telefax 07321/322-111

E-Mail braungue@pdhhdh.bwl.de

Polizeidirektion Waiblingen

Die Kommunale Kriminalprävention hat im Rems-Murr-Kreis eine lange Tradition. Bereits 1995 wurde eine Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizeidirektion Waiblingen und dem Landratsamt Rems-Murr-Kreis zum Thema Wohnungseinbruch geschlossen. Ab 1996 richteten die großen Kreisstädte Fellbach, Weinstadt, Waiblingen, Backnang, Schorndorf, Murrhardt, Winnenden und Welzheim feste Arbeitskreise zu unterschiedlichen Kriminalitätsschwerpunkten ein. Darüber hinaus erweiterte sich die Zusammenarbeit mit dem Landkreis seit 2000 durch die Kreis-Agenda 21 (Arbeitsgruppe Jugend und Gewalt bzw. Feldstudie zur Häuslichen Gewalt), den Runden Tisch zur Gewalt an Schulen, durch den Fachbeirat gegen Rechtsextremismus und durch einen überregionalen Motorradsicherheitstag. Ab 2005 wird die Federführung der kreisweiten KKP im Zuge der Verwaltungsreform dem Landkreis übertragen.

Bereits seit 1996 gibt es die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (s. Stand Nr. 366), welche als finanzstarker Kooperationspartner für lokale und kreisweite Präventionsprojekte zur Verfügung steht.

Derzeit laufen im Rems-Murr-Kreis 16 KKP-Projekte. Bedienstete der Polizeidirektion Waiblingen und des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis stellen bei der Ausstellung beispielhaft verschiedene Projekte der Zusammenarbeit mit dem Landkreis, den Kommunen, dem Förderverein und anderen Trägern wie örtliche Schulen vor.

Kontakt:

Polizeidirektion Waiblingen

Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen

Telefon 07151/950-210, Telefax 07151/50285972

Praevention@pdwn.bwl.de

praevis.de bzw. rems-murr-kreis.de

Polizeiinspektion Coburg

Wenn du klast, bist du dabei?

Der Videofilm soll in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden und hat ein pädagogisches Ziel: „Die Verhinderung von Ladendiebstählen“.

Der Film zeigt die Folgen eines Ladendiebstahls in chronologischem Ablauf, Vom „Anstiften“ und „Erwischen“, von den Maßnahmen der Polizei bis hin zur Gerichtsverhandlung und deren Ausgang.

Inhaltsbeschreibung: Die 15-jährige Nina Voss möchte Mitglied in einer Clique werden. Dabei nimmt sie auch in Kauf, durch eine Mutprobe mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen: Ihre „Freunde“ nehmen sie nur auf, wenn sie eine CD aus einem Kaufhaus stiehlt. Nina lässt sich überreden und wird prompt erwischt. Das Unheil nimmt seinen Lauf.

Gesamtlauzeit: 18 Minuten.

Das Medium wird zu einem didaktischen Mittel und bedarf einer didaktischen Vor-, Auf- und Nachbereitung. Von der Fachhochschule Coburg wurden in einem Begleitheft zum Film didaktische Handreichungen zusammengestellt. Sie sollen ermöglichen, dass der Film von allen Polizeibeamten in Schulen vorgeführt werden kann.

Der Film wird von den Jugendkontaktbeamten der PI Coburg mit Erfolg eingesetzt.

Kontakt:

Polizeiinspektion Coburg

Neustadter Straße 1, 96450 Coburg

Telefon 09561/645-240, Telefax 09561/645-208

Wolfgang.Desombre@polizei.bayern.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) Zentrale Geschäftsstelle

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Ein länderübergreifendes Projekt im gesamtgesellschaftlichen Kontext

Aufgaben, Ziele, Kommunikationsverständnis

ProPK: Ein von den Ländern und dem Bund gemeinsam getragenes Programm der Polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit mit kriminalpräventiver Ausrichtung. Wir unterstützen mit Medien, Maßnahmen und Konzepten die Polizeidienststellen bei ihren Aufgaben der polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention. Dies trägt der Erkenntnis Rechnung, dass Kriminalität überwiegend örtlich entsteht und erlebt wird und deshalb Kriminalprävention mit zielgerichteter Projektarbeit auf kommunaler Ebene auch besonders wirksam betrieben werden kann. Durch die Zielgruppen- und Bedarfsorientierung des ProPK soll erreicht werden, dass sich Bürger und Polizeibeamte verstärkt um eigene Beiträge zur Kriminalitätsvorbeugung bemühen. Das ProPK richtet sich strategisch an der Überlegung aus, dass der enge Schulterschluss zwischen Bürger und Polizei in Form einer Sicherheitspartnerschaft Grundvoraussetzung jeder vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung ist. Deshalb fordert das ProPK den Bürger zum aktiven Dialog mit seiner Polizei auf und stellt den Service für den Bürger als zentralen Leitgedanken in den Mittelpunkt seiner Kommunikationsarbeit.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Zentrale Geschäftsstelle

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Telefon (0711) 5401-2062, Telefax (0711) 2268000

zgs@polizei.propk.de

www.polizei.propk.de

Polizeipräsidium Essen**Präsentation der Ordnungspartnerschaft „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“**

In dieser Ordnungspartnerschaft wurde unter wissenschaftlicher Begleitung der Problembereich der offenen Drogenszene/Nichtsesshafte am Essener Hbf unter Einbeziehung öffentlicher Institutionen/Behörden und karikativer Hilfseinrichtungen geplant und in Form eines 4-Phasen-Konzeptes umgesetzt.

Auf der Grundlage dieses Konzeptes wurden folgende Ziele verfolgt:

- deutliche und dauerhafte Reduzierung der offenen Szene
- Verhinderung der Entstehung einer anderen Szene vergleichbarer Größe an anderen Plätzen der Stadt
- wirksame Hilfsangebote für suchtkranke Menschen zur Ermöglichung eines Ausstieges aus dem sozialen Elend.

Das Konzept ist aufgegangen. Die Szene wurde aufgelöst, Straftaten in der Innenstadt sind deutlich gesunken und die Hilfsangebote wurden von den Betroffenen angenommen.

Die Darstellung dieses Konzeptes erfolgt durch

- Abspielen eines Videofilmes
- Verteilen von Info-Broschüren
- Fachgesprächen/Diskussionen mit Interessenten durch
- Standbetreuer

Kontakt:

Polizeipräsidium Essen

Büscherstraße 2–6, 45117 Essen

Telefon 0201/829-3120/3121, Telefax 0201/829-3130

siegfried.gerbig@essen.polizei.nrw.de

Polizeipräsidium Köln

Sicheres Köln

Die Bewältigung erkannter Sicherheitsprobleme setzt konzentriertes Handeln verschiedener Behörden und Institutionen voraus. Bürger/-innen wollen in ihren Anliegen ernst genommen werden. Dazu arbeiten Polizeipräsidium und Stadt Köln mit anderen Behörden und gesellschaftlichen Institutionen zusammen. Fünf Ordnungspartnerschaften (zahlreiche Organisationen und Bürger/-innen) engagieren sich zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls.

Verlagerung des Straßenstrichs

In der Innenstadt im Sperrbezirk hatte sich ein illegaler Drogenstrich entwickelt. Prostituierte und unbeteiligte Bürger/-innen waren Willkür und Aggressionen von Freiern ausgesetzt. Mit der Verlagerung des Straßenstrichgebietes in ein bereitgestelltes, baulich gestaltetes Prostitutionsgelände außerhalb des Sperrbezirks werden die Prostituierten aus der Illegalität herausgehoben sowie soziale Betreuung (SkF) und Gesundheitsberatung (Gesundheitsamt) intensiviert. Präsenz von Polizei und Ordnungsamt sorgt für Sicherheit. (Evaluierbares Projekt)

„Häusliche Gewalt“

Ergänzend zum Gewaltschutzgesetz wurde der § 34a PolG NRW eingeführt und die Polizei ermächtigt, in Fällen „Häuslicher Gewalt“ den Schläger für 10 Tage aus der Wohnung zu verweisen. Zur Unterstützung der gefährdeten Personen initiierte die Kölner Polizei ein örtliches Hilfenetzwerk für ein ganzheitliches Konzept mit über 30 Hilfeorganisationen, Behörden, Institutionen, zwei Interventionsstellen und gemeinsamer Telefon-Hotline.

Kontakt:

Polizeipräsidium Köln

Walter-Pauli-Ring 2–4, 51103 Köln

Telefon 0221/229-0, Telefax 0221/229-2002

www.polizei.nrw.de/koeln

Polizeipräsidium Mannheim**Gewaltpräventives Puppenspiel für Kinder im Vorschulalter**

Uniformierte Polizeibeamte besuchen mit ihren Schoßpuppen die Kindergärten und vermitteln spielerisch Themen „Gewalt + Eigentum“ sowie einfache Muster für Konfliktlösungen.

Neuerdings treten die Polizeibeamten auch im Tandem mit Sozialarbeitern der „BIOTOPIA Arbeitsförderungsbetriebe Mannheim gGmbH“ auf.

Kontakt:

Polizeipräsidium Mannheim

L 6, 1, 68161 Mannheim

Telefon 0621/174 3011, Telefax 0621/174 3005

kbst@ppma.bwl.de

Polizeirevier Filderstadt**ICH SAGE HALT – Ein Projekt zum Schutz von Kindern.**

Ziele dieses Präventionsprojekts sind, Kinder angstfrei und kindgerecht über mögliche Gefahren aufzuklären, ihnen Verhaltens- und Hilfsmöglichkeiten zu vermitteln und das Selbstbewusstsein zu stärken. Darüber hinaus soll ein möglichst lückenloses Netz sozialer Kontrolle aufgebaut und gefestigt werden, um Kindern, die unterwegs sind und in eine Notsituation geraten, zu helfen. Das Projekt besteht aus 5 Modulen. Bei einem Infoabend werden die Eltern informiert und erhalten mit einer Mappe „Hausaufgaben“. Dann folgt ein themenbezogener Unterricht durch die Klassenlehrer, kurz darauf ein Besuch der Klasse durch Polizisten. Unter deren Anleitung erarbeiten die Kinder interaktiv Lösungsmöglichkeiten in ungewohnten oder bedrohlichen Situationen. Im Sportunterricht finden regelmäßig Übungen zur Ich-Stärkung und vorgegebene Rollenspiele statt. Die Kinder bekommen zum Abschluss eine kleine Polizeikelle mit besonderem Smiley, das Logo „Ich sage Halt“ erinnert sie bei ungunstigen Gefühlen an erlerntes Verhalten. Eine begleitende Projektmappe beinhaltet Informationen für alle Lehrkräfte mit Methodik- und Arbeitsunterlagen. Das Projekt beruht auf einer engen Kooperation von Schule, Eltern, Polizei, Stadt Filderstadt, Gewerbe und der AISo-Stiftung e.V. Mit der Einführung der „Kelly-Inseln“ in Filderstadt werden Geschäfte und Gewerbetreibende zu Inseln der Hilfe. Die beteiligten Partner, Geschäfte, Gewerbetreibende und Einzelhändler verpflichten sich, Kindern mit Rat und Tat zu helfen. Hier schließt sich der Kreis des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes der Prävention. Es entsteht ein Netzwerk zum Schutz aller Kinder.

Kontakt:

Polizeirevier Filderstadt

Karl-Benz-Straße 23. 70794 Filderstadt

Telefon 0711/7091-400, Telefax 0711/7091-505

prev-filderstadt@pdes.bwl.de

Polizeirevier Sindelfingen

Das Polizeirevier Sindelfingen führt seit Juli 2003 eine Präventionsaktion zum Thema ‚Alcopops‘ durch. Alcopops, als Mode-Mischgetränke mit einem nicht unerheblichen Alkoholanteil, finden seit Sommer vergangenen Jahres einen reißenden Absatz, vor allem bei Kindern und Jugendlichen, wie jüngste veröffentlichte Studien der BZgA belegen. Dabei sind die Getränke nach den Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes erst ab 18 Jahren abzugeben, sofern diese einen Branntwein-/bzw.Spirituosenanteil wie z. B. Wodka oder Rum enthalten. Sowohl für die Spirituosenindustrie als auch für den Einzelhandel ergaben sich erhebliche Umsatzgewinne im 3-stelligen Bereich. Zahlreiche Präventionsaktionen haben gezeigt, dass weder der brennende Inhalt noch das Abgabearter dieser sehr poppig aufgemachten Getränke bekannt sind. Unwissenheit herrscht nicht nur auf Seiten der Eltern, sondern auch bei den Kindern und Jugendlichen selbst. Auch ca. die Hälfte der befragten Einzelhändler wussten über das Abgabe-Alter nicht Bescheid. Um auf die Problematik aufmerksam zu machen, entwickelte das Polizeirevier Sindelfingen eine Präventionskampagne zu diesem Thema, bestehend aus einem Informationsstand, Flyern für Eltern und Jugendliche, Großplakate sowie Informationsbroschüren für verschiedene Zielgruppen. Für interessierte Erwachsene wurde zudem eine Verkostungs-Aktion angeboten, um sich ein persönliches Bild vom Geschmacksmuster dieser harmlos anmutenden Getränke zu machen. Der Informationsstand wird in dieser Form mit Verkostungs-Aktion auf dem 9. Deutschen Präventionstag präsentiert. Die Initiatoren dieser Präventionskampagne werden für persönliche Gespräche sowie Fragen gerne zur Verfügung stehen.

Kontakt:

Polizeirevier Sindelfingen

Gartenstraße 4, 71063 Sindelfingen
Telefon 07031/697-0, Telefax 07031/697-205
Postfach-SF-Prev@pddb.bwl.de +
Uwe.Boesel@pddb.bwl.de
www.vollistdoof.de

Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main

Am Infostand des Frankfurter Präventionsrates werden die Inhalte, Ziele und bisherigen Werbemaßnahmen der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ als auch der speziell für die Erlebniswelt der Jugendlichen abgewandelten Form „cool sein – cool bleiben“ vorgestellt.

Mangelnde Hilfsbereitschaft und fehlende Zivilcourage waren 1997 Anlass für den Frankfurter Präventionsrat, die Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ ins Leben zu rufen und damit langfristig der Entwicklung einer „Unkultur des Wegschauens“ entgegen zu steuern.

Die Kampagne wendet sich an alle Bürger und wirbt dafür, im Alltag Hinzusehen und zu Helfen. Dies wird flankiert von fachkundigen Ratschlägen, wie man sich als Zeuge von Notsituationen verhalten sollte, ohne sich dabei selbst zu gefährden. In Seminaren der Volkshochschule als auch bei Veranstaltungen vieler weiterer Kooperationspartner können diese Erkenntnisse vertieft und eingeübt werden.

Der Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main wurde im Juli 1996 gegründet und verfügt über ein Netzwerk von z. Z. 14 Stadtteilpräventionsräten. Vorsitzende des Präventionsrates ist die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Kontakt:

Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Straße 45, 60313 Frankfurt am Main

Telefon 069/212-35443, Telefax 069/212-31455

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

www.gewalt-sehen-helfen.de

**PräviS c/o Stiftung Deutsches Forum für
Kriminalprävention (DFK)**

Die Präventionsmanagementsoftware PräviS wurde in enger Zusammenarbeit von den Landespräventionsgremien und/oder Landeskriminalämtern der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen sowie dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) mit der Zielsetzung entwickelt,

- einen Überblick über die vorhandene Präventionslandschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen,
- den Akteuren der gesamtgesellschaftlichen Prävention eine Plattform zur Vernetzung zu bieten,
- Wissenstransfer zu unterstützen,
- Qualität, Effektivität und Effizienz von Prävention zu fördern,
- eine Komplettlösung zu ihrer Administration und Organisation zu bieten und
- den Präventionsgedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Das System PräviS umfasst die Komponenten Vollversion, dezentrales Erfassungsmodul und Internetdatenbank, die ausgewählte Daten aller mit PräviS arbeitenden Gremien und Institutionen im Internet komfortabel recherchierbar zur Verfügung stellt.

Kontakt:

PräviS

– c/o Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
(DFK)

Dahlmannstraße 5–7, 53113 Bonn

Telefon 0228/28044-0, Telefax 0228/28044-21

Praxis für Funktionale Integration und Angewandte Gewaltprävention/Verein für Jugend- und Bewährungshilfe Tübingen

Die Praxis für Funktionale Integration und Angewandte Gewaltprävention arbeitet und kommuniziert mit Bewegung und Körpersprache. Organisches Bewegungslernen und psychoanalytisch orientierte therapeutische und pädagogische Betreuung initiieren Verhaltensänderungen, fördern Eigenverantwortlichkeit und Gemeinschaftsfähigkeit und beugen einer weiteren Desintegration vor.

Seit über zwei Jahren werden in Kooperation mit dem Verein für Jugend- und Bewährungshilfe im Landgerichtsbezirk Tübingen gewaltpräventive und Opferschutzfördernde Maßnahmen durchgeführt:

AGT für Jugendliche und Erwachsene. Durch gezielte Körperwahrnehmung werden Verkrampfungen, Ängste und Aggressionen erkannt und aufgelöst. Konsequenzen von destruktiven Verhaltensmustern werden unmittelbar erfahren. Die Teilnehmer lernen sich selbst zu beherrschen, Abstand zu gewinnen, rechtzeitig Grenzen zu setzen und die Grenzen anderer zu akzeptieren.

AGT für Schüler in schwierigen Lebenslagen als außerschulisches Angebot zur Gewaltprävention und Konflikt-handhabung an Schulen.

Opferschutzfördernde Maßnahmen

Der konzeptionelle Rahmen des, in dieser Form modellhaften, Kooperationsprojekts bietet einen neuen verbesserten Ansatz zur Hilfe von Opfern von Straftaten, um das Spektrum individueller Opferhilfen möglichst umfassend und zeitnah abzudecken.

Funktionale Integration: die gezielte Auseinandersetzung mit Bewegung hilft Gewaltopfern die Sprachlosigkeit und den Zustand des Gelähmt-Seins zu überwinden und das Trauma als eine Ausnahmesituation zu begreifen.

Kontakt:

Praxis für Funktionale Integration und Angewandte Gewaltprävention in Kooperation mit dem Verein für Jugend- und Bewährungshilfe im Landgerichtsbezirk Tübingen

Am Markt 11, 72070 Tübingen

Telefon 07071/253133, Telefax 07071/253134

praxis@funktionale-integration.de

www.angewandte-gewaltpraevention.de

s'putnike <jungeKultur> im CJD Nienburg

Präsentation der interkulturellen, präventiven Jugendarbeit des Jugendmigrationsdienstes des CJD Nienburg, von s'putnike <jungeKultur> mit ihren Musicalproduktionen „on the road“ und „Go Go to Amerika“ zum Thema Integration von ZuwanderInnen mit u.a. folgenden Zielen:

- Abbau von Fremdenfeindlichkeit
- Erhöhung der Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung
- Stärkung der Identität und des Selbstbewusstseins der ZuwanderInnen
- Verbesserung des in der Öffentlichkeit vorherrschenden Image der MigrantInnen
- Vermittlung einer umfassenden inter-kulturellen künstlerisch-musischen Ausbildung an die Jugendlichen.

Junge AussiedlerInnen, im Ausland geborene und einheimische Jugendliche veröffentlichen Momente ihrer Geschichte, ihrer gesellschaftliche Situation und Zukunftsvisionen mit professionellen Mitwirkenden vor einem bundesweiten Publikum. Die Musicals verbinden wichtige gesellschaftspolitische Aspekte mit Jugendkultur in einer zeitgenössischen künstlerischen Form.

Beide Musicals werden von Fachleuten und KritikerInnen als Highlights zeitgenössischer Jugendkultur und als z.Z. wohl lebendigste und spannendste Beiträge zur Integration von MigrantInnen gelobt.

Präsentation des entimon-Projektes „Kein Fingerbreit der Fremdenfeindlichkeit“, eine nachhaltige und ergebnisorientierte Auseinandersetzung für SchülerInnen von BVJ-Klassen mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit in Form jugend(inter)-kultureller Bildung. Entwicklung einer stetig wachsenden Ausstellung zum Thema Fremdenfeindlichkeit unter der Prämisse: Partizipation der beteiligten Jugendlichen, erlebnishaft, prozesshaft und professionell.

Kontakt:

s'putnike <jungeKultur> im CJD Nienburg

Finkenhof 1, 31582 Nienburg

Telefon 05021/910257, Telefax 05021/9177800

sputnike@t-online.de – www.sputnike.de

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

Auf Beschluss von Bundestag und Bundesregierung wurde das Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung 1992 als überregionale Beratungsstelle eingerichtet. Die Ziele des TOA-Servicebüros sind darauf ausgerichtet, einen Beitrag zu leisten, materielle und immaterielle Wiedergutmachung als anerkannte Alternative zur traditionellen Strafrechtspraxis zu etablieren und die vermehrte, fachgerechte Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs zu erreichen. Daraus haben sich die Arbeitsschwerpunkte Qualitätssicherung, Information und Qualifikation entwickelt.

Täter-Opfer-Ausgleich bietet für Opfer und Täter eine Gelegenheit, außergerichtlich unter Beteiligung eines unparteiischen Dritten, eine befriedende Regelung von Konflikten herbeizuführen. Er umfasst regelmäßig Konfliktberatung und/oder Konfliktschlichtung, eine Vereinbarung über die Wiedergutmachung und die Berücksichtigung der Täter-Bemühungen im Strafprozess.

Kontakt:

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

Aachener Straße 1064, 50858 Köln

Telefon 0221/94865122, Telefax 0221/94865123

Info@toa-servicebuero.de

www.toa-servicebuero.de

SMOG e.V.

1. **Bundesland:** Hessen
2. **Projektbezeichnung: Kurztitel: SMOG**
für: „Schule machen ohne Gewalt“
3. **Projektbeginn:** 1999 als ein Projekt der Polizei, des Jugendamtes u. des Staatlichen Schulamtes im Vogelsbergkreis, seit Januar 2002 ganz wesentlich getragen und weiterentwickelt durch den Verein SMOG e.V., Severingstraße 1–7, 36041 Fulda, Tel. 0661/105-2000 u. 2020, E-Mail: kontakt@smogline.de, Internet: <http://www.smogline.de>
4. **Normativer Rahmen des Projekts**
Die unverändert hohe Zahl von straffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen sowie die immer häufiger zu beobachtende offene und/oder latente Gewaltbereitschaft, vor allem auch innerhalb der Schulen, stellen Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler als auch Eltern vor immer schwierigere Herausforderungen. Nicht selten zeigen sie sich überfordert. Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt SMOG in Osthessen installiert, um im Rahmen eines funktionierenden regionalen **Netzwerkes** mit den verschiedensten Kooperationspartnern Konfliktvermeidungsstrategien zu vermitteln und in Fällen von strafrechtlich relevanten Gewalthandlungen frühzeitig und abgestimmt zu intervenieren. Mittels Gewinnung von bekannten Persönlichkeiten aus dem Bereich der Politik und des Sports werden mit dem Ziel einer **gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung** die Ideen des Projekts öffentlichkeitswirksam umgesetzt.
5. **Kurzbeschreibung der Projektelemente**
SMOG arbeitet gezielt in den Bereichen Prävention, Repression, Netzwerkaufbau und Öffentlichkeitsarbeit mit deutlichen Schwerpunkten in der Prävention, insbesondere durch
 - Durchführung von Informationsveranstaltungen für Eltern und Lehrerkollegien
 - Schulungs- und Informationsveranstaltungen für Lehrer und Lehrerinnen (z. B. Moderation von pädagogischen Tagen zum Thema „Gewalt- und Suchtprävention“)
 - Angebot und Durchführung von Seminaren für Kinder und Jugendliche (z. B.: Schüler-Streitschlichter-Projekte, Antikonflikttraining „Cool sein – cool bleiben“, Verhaltenstraining für Grundschüler „Nicht mit mir“, Buslotsenausbildung, Gewaltpräventionsprojekt „faustlos“ der Universität Heidelberg)

Kontakt:

SMOG e.V.

Severingstraße 1–7, 36041 Fulda

Telefon 0661/105-2020, Telefax 0661/105-2009

herbert.bensing@polizei.hessen.de

www.smogline.de

Staatsanwaltschaft Gera

Seit September 2000 besteht in Gera eine Jugendstation.

Dorthin hat die Staatsanwaltschaft Gera, die Polizeidirektion Gera und das Jugendamt der Stadt Gera Mitarbeiter entsandt, die bei der Verfolgung von Straftaten, begangen durch Kinder und Jugendliche bzw. Heranwachsende Hand in Hand arbeiten, soweit sich die Zuständigkeit nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) auf die Stadt Gera bezieht.

Im Ergebnis ist eine schnellere und mehr an der Täterpersönlichkeit ausgerichtete Reaktion auf begangene Straftaten zu verzeichnen. Ferner kommen erzieherische Maßnahmen nach § 45 Abs. 2 JGG in überdurchschnittlichem Maße zur Anwendung, sofern ein Verfahren nach § 45 JGG eingestellt werden kann. Auf dem Stand der Jugendstation Gera wird ihre Arbeitsweise dargestellt und werden ihre Vorzüge erläutert.

Kontakt:

Staatsanwaltschaft Gera

Hainstraße 21, 07545 Gera

Telefon 0365/8213-309/-304, Telefax 0365/8213 301

t.villwock@sta-g.thueringen.de

Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern, Landeshauptstadt Stuttgart

STOP: Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt

Unterschiedliche Interventionsbereiche aus dem polizeilich-juristischen und dem psychosozialen Bereich arbeiten im Rahmen einer koordinierten Struktur an einer wirkungsvollen Prävention und Intervention bei häuslicher Gewalt. Diese soll durch eine effiziente Koordinierung und Steuerung der Interventionsbereiche und deren Schnittstellen langfristig reduziert werden. Neue Interventionsbereiche werden bei Bedarf in den Interventionsprozess integriert, neue Handlungsmodule zur Lösung des Gewaltgeflechts entwickelt (z.B. Täterinnenarbeit, Kinderschutz bei häuslicher Gewalt, häusliche Gewalt in verschiedenen Kulturen ...).

Neben der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit, die für die Koordination von STOP zuständig ist, präsentieren folgende Interventionsbereiche beim 9. Deutschen Präventionstag ihre Arbeit im Rahmen von STOP:

- Fraueninterventionsstelle (fachspezifische Beratung von Frauen)
- Männerinterventionsstelle (Arbeit mit gewalttätigen Männern)
- Gerichtshilfe (Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft)
- Krisen- und Notfalldienst (Erstberatungsstelle nachts und am Wochenende)
- In via Mädchentreff (Arbeit mit jungen Migrantinnen)

Kontakt:

Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern, Landeshauptstadt Stuttgart

Eberhardstraße 61, 70173 Stuttgart

Telefon 0711/216 39 43, Telefax 0711/216 69 45

Barbara.straub@stuttgart.de

Stadt Bensheim – Sicherheitskommission

„Wachsamer Nachbarn“: In einer Gemeinschaft, in der man sich umeinander kümmert, hat Kriminalität keinen Platz.

Die Ziele des Projekts:

Bürger-Verwaltung-Polizei ziehen an einem Strang, ein Miteinander, was sich auch bei den Nachbarn untereinander entweder bereits etabliert hat oder sich etablieren soll. Sowie die schnelle und gezielte Information der Bevölkerung.

Was sind Wachsamer Nachbarn?

- Sie lernen sich kennen
- Sie halten die Augen auf, wenn der Nachbar abwesend ist und kümmern sich im Urlaub darum, dass das Haus belebt erscheint.

Was ist der Nutzen?

Nachbarn, die sich kennen und sich umeinander kümmern sind eine starke Gemeinschaft und dadurch automatisch aufmerksamer was ihre Umgebung betrifft. Dies bedeutet „weniger Kriminalität durch bessere Kontrollen“. Können Sie es sich vorstellen, dass es einem Einbrecher gefällt, gefragt zu werden: „Kann ich Ihnen helfen?“ Der Bürger hat weniger Angst, Opfer einer Straftat zu werden und ist stolz in einer lebenswürdigen und lebenswerten Umgebung zu wohnen und hierfür mitverantwortlich zu sein. Die Polizei und die Stadtverwaltung werden als Partner gesehen. Ein wesentlicher Faktor für die Akzeptanz der „Wachsamen Nachbarn“ bei der Bevölkerung war die Installation eines „Ringmasterinformationssystems“ bei der Polizei. Also ein Computersystem mit entsprechender Software und Sprachaufzeichnungsprogramm, über das die Polizei in der Lage ist, in kürzester Zeit per Telefon die angeschlossenen Haushalte über entsprechende Ereignisse zu informieren.

Kontakt:

Stadt Bensheim – Sicherheitskommission

Kirchbergstraße 18, 64625 Bensheim

Telefon 06251/5826370, Telefax 06251/5826338

ordnungswesen@bensheim.de

www.bensheim.de

Stadt Freiburg

In Freiburg besteht im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention eine strukturierte und funktionierende Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion. Seit einigen Jahren besteht der Koordinationsrat Kommunale Kriminalprävention, der zum Ziele hat, unter Einbezug aller an der Gestaltung des öffentlichen Lebens Beteiligten (Ämter der Stadtverwaltung, Polizeidirektion, Gemeinderat etc.) die Grundlinie der KKP in Freiburg festzulegen. Vor rund zwei Jahren hat sich der Verein „Sicheres Freiburg e.V. – Verein zur Förderung der Kriminalitätsverhütung“ gegründet. Hier engagieren sich Vertreter/innen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen.

Zur Koordination der Aktivitäten hat die Stadt Freiburg im Sozial- und Jugendamt eine Geschäftsstelle Kommunale Kriminalprävention eingerichtet, die eng mit der Polizeidirektion – Prävention zusammenarbeitet.

Beim Präventionstag werden nun die Struktur und die Aktivitäten, die in Freiburg im Rahmen der KKP und mit den unterschiedlichsten Kooperationspartner/innen stattfinden, dargestellt.

Kontakt:

Stadt Freiburg

Jacob Burckhardt Straße 1, 79098 Freiburg

Telefon 0761/201-4880, Telefax 0761/201-3596

Petra.Kieffer@stadt.freiburg.de

Stadt Karlsruhe – Projekt Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt, meist Gewalt von Männern gegenüber ihren Partnerinnen und Kindern ist keine Privatsache, sondern ein nicht zu unterschätzendes gesellschaftliches Problem. Deshalb arbeiten in Karlsruhe Vertreterinnen und Vertreter der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der Frauenprojekte und der freien Träger sowie der Stadt Karlsruhe seit 1999 im Projekt „Häusliche Gewalt“ zusammen. Ziel des Projektes ist es, Maßnahmen zur konsequenten Ächtung jeder Form von Gewalt im sozialen Nahbereich zu entwickeln, Opfer zu schützen und Täter in die Verantwortung zu nehmen. Hierfür ist ein abgestimmtes Handeln der verschiedenen Berufsgruppen und Institutionen notwendig. Das Projekt ist Teil der kommunalen Kriminalprävention.

Das Vorgehen wird ständig systematisch ausgewertet und gemeinsam weiter entwickelt.

Seit 2000 wird eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit mit Plakataktionen (wie beispielweise mit dem Boxweltmeister Sven Ottke), Veranstaltungsreihen und Veröffentlichungen betrieben.

Fachtagungen und gezielte Fortbildungsangebote für einzelne Berufsgruppen dienen der Qualifizierung der Fachkräfte.

Seit Juni 2000 werden in Karlsruhe gewalttätige Personen (meist Männer) aus der Wohnung gewiesen, wenn die Frau und ggf. die Kinder gefährdet sind.

Im Jahr 2001 startete die erste Gruppe für Kinder, deren Mütter Partnergewalt erlebt haben.

Im Juli 2003 eröffnete die Beratungsstelle für Männer (Täterberatung), die Einzelberatung und soziale Trainingskurse durchführt.

Kontakt:

Stadt Karlsruhe – Projekt Häusliche Gewalt
c/o Frauenbeauftragte der Stadt Karlsruhe

76124 Karlsruhe

Telefon 0721/133-3060, Telefax 0721-133-3069

Fb@karlsruhe.de

Stadt Viernheim**Kooperationspartnerschaft zwischen der Stadt Viernheim – der Jugendförderung – den Schulen – und der Polizei**

Zwischen den Kooperationspartnern wurden Präventionsprogramme ausgearbeitet und vor Ort durchgeführt:

- 1. Gewaltige Zeiten** (Gewaltbegriff – Umgang mit Gewalt und deren Folgen- bis hin zu Straftaten – Verlauf eines Strafverfahrens)
- 2. Ausbildung zu Streitschlichtern an den Schulen**
- 3. Gestaltung eines Schulhaus-Klimas**

Die Programme werden in den einzelnen Stadtteilbüros der Jugendförderung vor Ort in den Schulen angeboten.

- Stadtteilbüro-West – Friedrich-Fröbel-Schule
- Stadtteilbüro-Ost – Alexander-von-Humboldt-Schule und Albertus-Magnus-Schule
- Stadtteilbüro Nord – Albert-Schweitzer-Schule

Darüber hinaus wurde in dem kommunalen Präventionsrat unter Vorsitz des Bürgermeisters und Mitwirkung der Stadtjugendförderung, der Drogenberatung PRISMA, sowie der Polizei eine Arbeitsgemeinschaft

- **Integration jugendlicher Spätaussiedler** gegründet.

Ziel: Erarbeiten von geeigneten Mitteln, um jugendliche Aussiedler die Integration in Viernheim besser als bisher zu ermöglichen und damit Straftaten zu vermeiden.

Die AG hat sich hierfür Unterstützung des Vereins

Deutsche Jugend aus Russland e.V. geholt und es ist geplant eine Ortsgruppierung Viernheim zu bilden.

Kontakt:

Stadt Viernheim

Kettelerstraße 3, 68519 Viernheim

Telefon 06204/974733, Telefax 06204/974735

PeterUliHoffmann@t-online.de

**Stadtverwaltung Jena – Jugendamt –
Krisen-Interventions-Projekt****Krisen-Interventions-Projekt (KIP)**

Kommunale Kriminalitätsprävention in Kooperation zwischen der Stadt Jena (Jugendamt/Jugendgerichtshilfe/KIP), der Polizeidirektion Jena und der Staatsanwaltschaft Gera, Zweigstelle Jena.

Zielgruppe: – Kinder, Jugendliche, Heranwachsende
– die Straftaten begehen und/oder
– Opfer bzw. Zeugen solcher werden
deren Eltern, oder sonstige an der Erziehung beteiligte

Ziele: – zeitnahe Krisenintervention
– gebrauchswertorientiertes Handlungsangebot
– Kriminalprävention durch Einstellungs- und Verhaltensänderung
– instanzübergreifende Kooperation
– instanzübergreifende Organisationsstruktur

Mittel/Methoden:

- Beratungsstelle in unmittelbarer Nähe der Polizei
- Krisenintervention/Kurzzeitbetreuung
- Beratung über Werdegang eines mögl. Strafverfahrens
- Verhinderung der Entstehung von kriminellen Bewältigungsstrategien
- Vermeidung von Stigmatisierung
- Grenzverdeutlichung (Normen/Werte)
- Prüfung Hilfebedarf/Vermittlung
- Netzwerkstelle zu anderen Trägern der Jugendhilfe
- Ausweitung von Diversionsmöglichkeiten

Kontakt:

**Stadtverwaltung Jena/Jugendamt/
Krisen-Interventions-Projekt**

Postfach 100 338, 07703 Jena

Telefon 03641/492233, Telefax 03641/492707

Tiedekes@jena.de

**Stadtverwaltung Ludwigsburg –
Büro für Frauenfragen**

RESPEKT – Aktion gewaltfreie Schulen ist ein kommunales Gewaltpräventionsprojekt, von der Stadt Ludwigsburg entwickelt und an 21 Schulen über 14 Monate hinweg erfolgreich durchgeführt. Kultusministerin Dr. Annette Schavan und die drei kommunalen Spitzenverbände Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag Baden-Württemberg konnten für die Schirmherrschaft gewonnen werden. Die Unfallkasse Baden-Württemberg hat die Trägerschaft bis zum Ende des Jahres 2005 übernommen und bietet nun 32 Kommunen die Möglichkeit an, das Projekt durchzuführen. Das Büro für Sozialkommunikation Höppner & Höppner hat ein Kommunikationskonzept entwickelt, das Öffentlichkeitsarbeit neben der Akquisition finanzieller, materieller und personeller Ressourcen zum Qualitätskriterium macht.

RESPEKT ist eine offene Plattform für ressourcen- und lösungsorientierte Präventionsarbeit. Dabei kann die bereits bestehende Arbeit integriert und neue schulinterne und schulübergreifende Projekte und Aktionen initiiert werden. Um Gewaltprävention am Lebensort Schule zu verankern, muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Jungen und Mädchen, sei es mit oder ohne Migrationshintergrund, Gewalt unterschiedlich und aus verschiedenen Motiven ausüben. RESPEKT begegnet dem durch die Verankerung der Kategorien Geschlecht und Kultur als grundständige Kriterien.

Besuchen Sie unseren Stand, Sie werden ausführlich und kompetent beraten!

Vorab-Informationen unter www.respekt-info.de.

Kontakt:

Stadtverwaltung Ludwigsburg, Büro für Frauenfragen

Obere Marktstraße 1, 71634 Ludwigsburg

Telefon 07141/910-2825, Telefax 07141/910-2791

bff@stadt.ludwigsburg.de

www.stadt.ludwigsburg.de; www.respekt-info.de

STEP 21 – die Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung

Im Dialog mit und unter Jugendlichen fördert STEP 21 demokratische Grundwerte. Toleranz, Zivilcourage und Verantwortung brauchen Räume, in denen sie gedeihen können. Engagement braucht vor allem Unterstützung. Wir bieten jungen Menschen ab 12 Jahren daher ein Forum für ungewöhnliche Ideen und Hilfestellungen für ihre Projekte. Kernelemente der pädagogischen Arbeit unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten sind unser lebendiges Jugend-Netzwerk mit bundesweiten Aktionen, Projekten und Begegnungen sowie unsere STEP 21-Medienboxen [Clique] und neu die STEP 21-Box [Zukunft : Identität].

Die neue STEP 21-Box [Zukunft : Identität]

Soziale Kompetenz muss selbst erarbeitet werden. Die sogenannten soft skills und die notwendigen Werte und Normen, Maßnahmen zur Gewaltprävention, zur Selbstqualifizierung oder zu sozialem Engagement werden in der Medienbox über mediale, spielerische und öffentlichkeitswirksame Module, Unterrichtseinheiten und Projektformate erarbeitet. Die Pädagogen erhalten erprobte Software, die STEP 21 selbst entwickelt hat und können so den Jugendlichen attraktive moderne Formate im Unterricht oder in der Workshoparbeit anbieten. Die neue STEP 21-Box [Zukunft : Identität] bietet Pädagogen in der schulischen wie außerschulischen Jugendarbeit moderne Software, umfangreiche Unterrichtsvorbereitungen und einen innovativen Medienpool an. Zu dem breiten Themenspektrum des Individuums in der Gesellschaft werden konkrete kleinschrittige Lerneinheiten angeboten, die von Spielfilmen, Musik-Software, Lehrfilmmaterial, einem Satz Comic-Hefte und weiteren Handreichungen begleitet werden. Als aufeinander abgestimmtes und maßgeschneidertes Kompaktangebot ist die Medienbox einmalig auf dem Lehr-Lernmittelmarkt.

Kontakt:

STEP 21 gGmbH

Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg

Telefon 040/378596-12, Telefax 040/378596-13

fietze.henning@step21.de

www.step21.de

Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“

Seit 1975 ermöglicht die Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“ überschuldeten Straffälligen aus Baden-Württemberg erfolgreich einen Neuanfang in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen. Zu diesem Zweck gewährt die Stiftung Darlehen, mit denen die Schulden der Antragsteller abgelöst und die Gläubiger vergleichsweise befriedigt werden. **Die Stiftung leistet mit ihrer Arbeit einen deutlichen Beitrag zur Vermeidung von Rückfallkriminalität aus wirtschaftlicher Not.** Darüber hinaus leistet sie einen erheblichen Beitrag zum Erhalt des Rechtsfriedens.

Ohne die Hilfen durch den Resozialisierungsfonds wäre die **Wiedergutmachung** der durch die Straftat eingetretenen Schäden in vielen Fällen nicht möglich. Die schnelle **Befriedigung der Gläubiger** würde häufig scheitern.

In Fällen, in denen ein gerichtlich festgestellter **Schmerzensgeldanspruch** besteht, sorgt die Stiftung weiterhin in der Regel für die möglichst ungekürzte Erfüllung dieses Anspruchs.

Die Darlehen und Zuschüsse der Stiftung kommen somit nicht nur den Straffälligen, sondern auch den Opfern von Straftaten zugute. **Damit dient die Arbeit der Stiftung gleichzeitig dem Opferschutz.**

Kontakt:

Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“

Postfach 103461, 70029 Stuttgart

Telefon 0711/2792173 (oder 2792180 oder 2792181)

Telefax 0711/2792264

reso@jum.bwl.de

www.resofonds-bw.de

Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt

Das Bündnis für Kinder – gegen Gewalt will einen Beitrag für ein gewaltfreies Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft leisten. Größte Herausforderung ist es, Gewalt bereits in der Entstehung zu verhindern. Schwerpunkt der Arbeit ist daher die Unterstützung gewaltpräventiver Projekte zur

- Stärkung von Kindern und Verbesserung ihrer sozialen Kompetenzen,
- Unterstützung von Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung und
- Qualifizierung von Fachleuten.

Dabei versteht sich das Bündnis für Kinder – gegen Gewalt als Plattform zwischen ausgewählten Gewaltschutzprojekten und engagierten PatnerInnen. Im Vordergrund der Stiftungsarbeit steht derzeit die bundesweite Etablierung des erfolgreichen Gewaltpräventionsprojektes „Faustlos“ in Kindergärten und Grundschulen sowie die Sensibilisierungskampagne „Mein Kind ist unschlagbar“.

Kontakt:

Stiftung Bündnis für Kinder gegen Gewalt

Winzererstraße 9, 90797 München

Telefon 089/1261-1308, Telefax 089/1261-1625

info@buendnis-fuer-kinder.de

www.buendnis-fuer-kinder.de

**Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
(DFK)**

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Länder gegründet. Intention des DFK ist es, durch Vernetzung und Kooperation, Bündelung von Präventionsaktivitäten, Wissenstransfer sowie Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit eine nachhaltige Kriminalprävention zu stärken und im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes bundesweit staatliche und gesellschaftliche Kräfte in gemeinsamer Verantwortung zusammen zu führen.

Ziel ist es, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Dahlmannstraße 5–7, 53113 Bonn

Telefon 0228/280440, Telefax 0228/2804421

DFK@kriminalpraevention.de

www.kriminalpraevention.de

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Im Umgang mit Gerichten und sonstigen Behörden oder Institutionen fühlen sich Opfer von Straftaten und deren Angehörige bei Problemen und Konflikten, die aus der Straftat resultieren, häufig unverstanden und allein gelassen. Im Strafverfahren gilt die Aufmerksamkeit vor allem dem Täter. Opfer werden als Zeuginnen und Zeugen in Anspruch genommen und erhalten in dieser Rolle bisher kaum staatliche Hilfe.

Erlittene körperliche und materielle Schäden können vom Sozialsystem bisher ebenfalls oft nur teilweise ausgeglichen werden.

Regionale Opferhilfebüros organisieren nunmehr in Niedersachsen mit hauptamtlichen Fachkräften die notwendige respektvolle Unterstützung und Hilfe von Opfern. Zentraler Partner ist dabei der WEISSE RING e.V.

Die Hilfeleistung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit anderen freien Trägern der Opferhilfe sowie mit Hilfe von Polizei, Sozialbehörden, Jugendämtern, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Therapeutinnen und Therapeuten.

Die Opferhilfebüros sind der **Stiftung Opferhilfe Niedersachsen** angegliedert.

Neben der Unterstützung von Opfern und deren Angehörigen fördert die Stiftung auch den **gesamtgemeinschaftlichen Prozess der Opferhilfe** durch die Unterstützung von freien Opferhilfeeinrichtungen und wissenschaftlichen Forschungsvorhaben in Niedersachsen.

Die Stiftung wurde als gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts im September 2001 von der Niedersächsischen Landesregierung eingerichtet.

Sie können die Arbeit der Stiftung und der Opferhilfebüros durch eine **Spende oder Zustiftung** unterstützen.

Kontakt:

**Stiftung Opferhilfe Niedersachsen – Geschäftsführung –
Generalstaatsanwaltschaft Celle**

Schloßplatz 2, 29221 Celle

Telefon 05141/206-439

Telefax 05141/206-328

rolf.naujok@gsta-ce.niedersachsen

www.opferhilfe.niedersachsen.de

Stiftung SPI – Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung / Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei / Fallschirm – Hilfen für strafunmündige Kinder

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei

Kremmener Straße 9–11, 10435 Berlin
Telefon 030/449 01 54, Telefax 030/4490167
E-Mail clearingstelle@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de
Jürgen Schendel

Fallschirm – Hilfen für strafunmündige Kinder

Buttmannstraße 9, 13357 Berlin
Telefon 030/46602425 und 46602426, Telefax 030/46602427
E-Mail fallschirm@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de
Sabine Hübner und Susanne Luh

Die Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut Berlin – bietet im Bereich Kriminalprävention mehrere Projekte an. Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei ist aktiv, den Dialog und die Kooperation zwischen Mitarbeitern/innen der Jugendhilfe und der Polizei in Berlin anzuregen, auszubauen und die Akzeptanz für das jeweils andere Berufsfeld zu stärken. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung berät Jugendliche und Heranwachsende, die eine Straftat begangen haben, im Hinblick auf die Schadenwiedergutmachung. Fallschirm bietet Hilfen für strafunmündige Intensivtäter an.

Kontakt:

Stiftung SPI

Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

Kremmener Straße 9–11, 10435 Berlin
Telefon 030/44009276 und 44009273, Telefax 030/449 01 67
diversion@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de
Renate Haustein und Doris Nithammer

**theaterpädagogische werkstatt in der Lagerhalle
gGmbH, Osnabrück**

Die theaterpäd. werkstatt wurde 1994 gegründet. Sie entwickelt und realisiert Präventionsprogramme zu den Themen sexueller Missbrauch, Sucht, Gewalt.

Die theaterpädagog. werkstatt ist bundesweit unterwegs.

Am 9. Deutschen Präventionstag hat die tpw ihre Premiere mit dem Gewaltstück: „Große Klappe – Stumme Schreie“ am 17. Mai 2004 auf der Eventbühne – eine Szenencollage mit pädagogischen Rahmenprogramm. Diese Collage richtet sich an Kinder 5. und 6. Klassen.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt

Lange Straße 15/17, 49080 Osnabrück

Telefon 0541/6002670, Telefax 0541/6002674

tpw@osnanet.de

www.theaterpaed-werkstatt.de

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Es begleitet die Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse. Über 200.000 Kinder wurden bereits erreicht.

Ziele:

- Förderung der Körperwahrnehmung und einer positiven Einstellung zur Gesundheit
- Stärkung des Selbstwertgefühls und der sozialen Kompetenz
- Schulung eines kritischen Umgangs mit Genussmitteln und Alltagsdrogen
- Schaffung eines gesundheitsfördernden Umfelds

Das Programm umfasst ca. 15 Unterrichtsstunden pro Schuljahr, die von den Lehrern und speziell geschulten Klasse 2000-Gesundheitsförderern umgesetzt werden.

Dazu erhalten sie detaillierte Unterrichtsvorschläge und umfangreiche Materialien (Poster, Hefte, CD, Stethoskope, etc.) Die Themen reichen vom Kennenlernen des eigenen Körpers über Ernährung, Bewegung, Umgang mit Gefühlen und gewaltfreie Konfliktlösung, bis hin zum Nein-Sagen gegenüber Tabak und Alkohol in Gruppendrucksituationen. Finanziert wird Klasse2000 über Spenden in Form von Patenschaften für einzelne Klassen. Der Patenschaftsbetrag liegt z. Zt. bei 260,- € pro Klasse und Schuljahr

Weitere Informationen: www.klasse2000.de

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Bienweg 14, 90425 Nürnberg

Telefon 0911/891210, Telefax 0911/8912130

info@klasse2000.de

www.klasse2000.de

WEISSER RING e.V.**Der WEISSE RING ...**

... ist die einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsopfer und ihre Familien. Der gemeinnützige Verein tritt auch öffentlich für die Interessen der Betroffenen ein und unterstützt den Vorbeugungsgedanken.

... ist eine überparteiliche und unabhängige private Bürgerinitiative, die ihre Arbeit ausschließlich aus den Beiträgen ihrer rund 65.000 Mitglieder, aus Spenden, Stiftungen, Nachlässen sowie Zuweisungen von Geldbußen finanziert.

... kann Opfern auf vielfältige Weise helfen: von der persönlichen Betreuung nach der Straftat über Hilfestellungen im Umgang mit den Behörden, Erholungsprogramme, einem Beratungsscheck für die kostenlose Erstberatung bei einem frei gewählten Anwalt, Rechtsschutz, einem Beratungsscheck für eine kostenlose medizinisch-psychologische Erstberatung bei seelischen Belastungen infolge einer Straftat, Begleitung zu Gerichtsterminen sowie der Vermittlung von Hilfen anderer Organisationen.

... kann zusätzlich zum menschlichen Beistand bedürftigen Opfern und ihren Familien auch durch finanzielle Unterstützungen dabei helfen, tatbedingte Notlagen zu überbrücken.

... unterstützt die Kriminalitätsvorbeugung und fordert mehr öffentliche Mittel für die Kriminalprävention.

... begleitet Projekte der Schadenswiedergutmachung und des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Kontakt:

WEISSER RING e.V.

Weberstraße 16, 55130 Mainz

Telefon 06131/83030, Telefax 06131/830345

Info@weisser-ring.de

www.weisser-ring.de

Liste der Aussteller

– sortiert nach Institutionen –

Ausstellende Institution	Stand	Seite
Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Alkohol/Drogen/Medikamente	101	216
Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Junge Fahrer	100	217
Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Kinder/Sicherer Schulweg	102	218
Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsprävention bei der LPD Tübingen	099	219
Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg	092	220
Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e.V.	160	221
BDWS – Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V.	124	222
Beratungsstelle „NEUE WEGE“ – Abt. Ambulante Rückfallvorbeugung	080	223
Bereitschaftspolizeipräsidium Baden-Württemberg	107	224
Bewährungshilfe Hechingen, Ulm und Baden-Baden	086	225
Bewährungshilfe Stuttgart e.V.	120	226
Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim – Polizeidirektion Pforzheim – Fachberatungsstelle für Beratung und Unterstützung Diakonie Pforzheim Stadt	112	227
Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt von Männern in Beziehungen – Polizei Bielefeld und Stadt Bielefeld - Sozial- und Kriminalpräventiver Rat der Stadt Bielefeld	183	228
BSW Bonus & Club	381	229
buch online oHG	370	230
Bund für Soziale Verteidigung e. V.	171	231
Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge	147	232
Bundesgrenzschutzamt Stuttgart	159	233
Bundeskriminalamt	373	234
Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.	377	235
Bundeszentrale für politische Bildung	383	236
Careyoung e.V. in Gründung c/o Wolfsburg AG	379	237
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands	380	238
Consis GmbH	367	239
Cormoran Fundraising	204	240
Cottbuser Jugendrechtshaus	117	241

Ausstellende Institution	Stand	Seite
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht + Kriminalpolitik	121	242
Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage e.V.	190	243
Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung (DGgKV)	134	244
Deutsche Jugend aus Russland e.V. (DJR)	088	245
Deutsche Post World Net	189	246
Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen – Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter	077	247
ECPAT Deutschland e. V. Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung	372	248
Ev. Gesellschaft Stuttgart e.V.	081	249
Evangelische Landeskirche Württemberg – Projektstelle Ökumenische Dekade	369	250
Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.	371	251
Förderverein „Sicherheit in Mannheim“ (SIMA) e.V.	139	252
Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg	161	253
Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.	196	254
Glen Mills Academie Deutschland e.V., Regionalbüro NRW	098	255
Haus des Jugendrechts Stuttgart	173	256
Hessisches Landeskriminalamt	093	257
Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.	378	258
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.	366	259
InkuTra Interkulturelle Trainings, Arbeiterwohlfahrt Nürnberg e.V.	376	260
Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V. (IFK) an der Universität Potsdam und Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.	129	261
Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V. (ibbw)	131	262
Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.	186	263
Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) c/o Bundesministerium der Justiz	187	264
Jugendamt der Stadt Dortmund	136	265
Jugendhaus „Schiffer“ Teltow – Polizeipräsidium Potsdam		
Schutzbereich Teltow-Fläming	096	266
Kommunaler Präventivrat der Stadt Mainz	200	267
Kontaktbüro Gewaltprävention im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	368	268
Koordinierungsstelle Gewaltprävention – Staatliches Schulamt Stadt Wetzlar	097	269
Kreisausschuss Odenwald	146	270
Kreissenorenrat Esslingen e.V.	091	271

Ausstellende Institution	Stand	Seite
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf	123	272
Landeshauptstadt Erfurt – Stadtverwaltung	126	273
Landeshauptstadt Stuttgart, Landespolizeidirektion Stuttgart II, Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.	172	274
Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“	087	275
Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Abteilung Staatsschutz	148	276
Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Dezernat 422 Vorbeugung, Jugendschutz, Jugendkriminalität	156	277
Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Dezernat 423	143	278
Landeskriminalamt Niedersachsen – Dezernat 24 – Prävention –	110	279
Landeskriminalamt Sachsen	115	280
Landespolizeidirektion Stuttgart II – Inspektion Wirtschaftskriminalität	174	281
Landespolizeidirektion Stuttgart II – Verkehrserziehung	103	282
Landespräventionsrat Niedersachsen	202	283
Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein	111	284
Landesstiftung Opferschutz Baden-Württemberg	082	285
Landratsamt Esslingen, Beauftragte für Suchtprophylaxe	163	286
Landratsamt Karlsruhe	153	287
Landratsamt Ostalbkreis	193	288
Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz – Leitstelle Kriminalprävention	104	289
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	106	290
Novar GmbH	249	291
Otto Benecke Stiftung e.V.	169	292
Pad e.V. – Projekt Schadenswiedergutmachung/ Opferfonds/Graffiti	138	293
Polizeiberatung Zeughaus – Kriminalpolizeidirektion Nürnberg	185	294
Polizeidirektion Böblingen	140	295
Polizeidirektion Esslingen	162	296
Polizeidirektion Hannover, Beauftragte für Kriminalprävention – Landeshauptstadt Hannover, Kommunaler Kriminalpräventionsrat	188	297
Polizeidirektion Heidelberg – Sicheres Heidelberg e.V.	119	298
Polizeidirektion Heilbronn	164	299
Polizeidirektion Lörrach	137	300
Polizeidirektion Rottweil	155	301
Polizeidirektion Schwäbisch Hall	144	302
Polizeidirektion Sigmaringen	118	303

Ausstellende Institution	Stand	Seite
Polizeidirektion Ulm	128	304
Polizeidirektion und Berufsakademie Heidenheim	166	305
Polizeidirektion Waiblingen	165	306
Polizeiinspektion Coburg	198	307
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) Zentrale Geschäftsstelle	199	308
Polizeipräsidium Essen	207	309
Polizeipräsidium Köln	084	310
Polizeipräsidium Mannheim	154	311
Polizeirevier Filderstadt	130	312
Polizeirevier Sindelfingen	142	313
Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main	184	314
PräVIS c/o Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	203	315
Praxis für Funktionale Integration und Angewandte Gewaltprävention/Verein für Jugend- und Bewährungshilfe Tübingen	243	316
s'putnike <jungeKultur> im CJD Nienburg	235	317
Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung	374	318
SMOG e.V.	079	319
Staatsanwaltschaft Gera	105	320
Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern, Landeshauptstadt Stuttgart	236	321
Stadt Bensheim – Sicherheitskommission	145	322
Stadt Freiburg	109	323
Stadt Karlsruhe – Projekt Häusliche Gewalt	151	324
Stadt Viernheim	095	325
Stadtverwaltung Jena – Jugendamt – Krisen-Interventions-Projekt	141	326
Stadtverwaltung Ludwigsburg – Büro für Frauenfragen	113	327
STEP 21 – Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung	416	328
Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“	083	329
Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt	090	330
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	298	331
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	167	332
Stiftung SPI – Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung/Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei/Fallschirm – Hilfen für strafunmündige Kinder	085	333
theaterpädagogische werkstatt in der Lagerhalle gGmbH, Osnabrück	182	334
Verein Programm Klasse2000 e.V.	127	335
WEISSER RING e.V.	114	336

Liste der Aussteller

– sortiert nach Standnummern –

Stand	Ausstellende Institution
077	Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen – Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter
079	SMOG e.V.
080	Beratungsstelle „NEUE WEGE“ – Abt. Ambulante Rückfallvorbeugung
081	Ev. Gesellschaft Stuttgart e.V.
082	Landesstiftung Opferschutz Baden-Württemberg
083	Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“
084	Polizeipräsidium Köln
085	Stiftung SPI – Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung/Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei/ Fallschirm – Hilfen für strafunmündige Kinder
086	Bewährungshilfe Hechingen, Ulm und Baden-Baden
087	Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“
088	Deutsche Jugend aus Russland e.V. (DJR)
090	Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt
091	Kreissenorenrat Esslingen e.V.
092	Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg
093	Hessisches Landeskriminalamt
095	Stadt Viernheim
096	Jugendhaus „Schiffer“ Teltow – Polizeipräsidium Potsdam – Schutzbereich Teltow-Fläming
097	Koordinierungsstelle Gewaltprävention – Staatliches Schulamt Stadt Wetzlar
098	Glen Mills Academie Deutschland e.V., Regionalbüro NRW
099	Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsprävention bei der LPD Tübingen
100	Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Junge Fahrer
101	Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Alkohol/Drogen/Medikamente
102	Aktion GIB ACHT IM VERKEHR Baden-Württemberg – ARGE Kinder/Sicherer Schulweg
103	Landespolizeidirektion Stuttgart II – Verkehrserziehung
104	Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz – Leitstelle Kriminalprävention
105	Staatsanwaltschaft Gera
106	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Stand Ausstellende Institution

- 107 Bereitschaftspolizeipräsidium Baden-Württemberg
- 109 Stadt Freiburg
- 110 Landeskriminalamt Niedersachsen – Dezernat 24 –
Prävention –
- 111 Landes-Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein
- 112 Bezirksverein für soziale Rechtspflege Pforzheim –
Polizeidirektion Pforzheim – Fachberatungsstelle für
Beratung und Unterstützung Diakonie Pforzheim Stadt
- 113 Stadtverwaltung Ludwigsburg – Büro für Frauenfragen
- 114 WEISSER RING e.V.
- 115 Landeskriminalamt Sachsen
- 117 Cottbuser Jugendrechtshaus
- 118 Polizeidirektion Sigmaringen
- 119 Polizeidirektion Heidelberg – Sicheres Heidelberg e.V.
- 120 Bewährungshilfe Stuttgart e.V.
- 121 DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht +
Kriminalpolitik
- 123 Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
- 124 BDWS – Bundesverband Deutscher Wach- und
Sicherheitsunternehmen e.V.
- 126 Landeshauptstadt Erfurt – Stadtverwaltung
- 127 Verein Programm Klasse2000 e.V.
- 128 Polizeidirektion Ulm
- 129 Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und
Jugendforschung e.V. (IFK) an der Universität Potsdam
und Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.
- 130 Polizeirevier Filderstadt
- 131 Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V. (ibbw)
- 134 Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und
-vernachlässigung (DGgKV)
- 136 Jugendamt der Stadt Dortmund
- 137 Polizeidirektion Lörrach
- 138 Pad e.V. – Projekt Schadenswiedergutmachung/
Opferfonds/Graffiti
- 139 Förderverein „Sicherheit in Mannheim“ (SIMA) e.V.
- 140 Polizeidirektion Böblingen
- 141 Stadtverwaltung Jena – Jugendamt –
Krisen-Interventions-Projekt
- 142 Polizeirevier Sindelfingen
- 143 Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Dezernat 423
- 144 Polizeidirektion Schwäbisch Hall
- 145 Stadt Bensheim – Sicherheitskommission
- 146 Kreisausschuss Odenwald

Stand Ausstellende Institution

- 147** Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
- 148** Landeskriminalamt Baden-Württemberg –
Abteilung Staatsschutz
- 151** Stadt Karlsruhe – Projekt Häusliche Gewalt
- 153** Landratsamt Karlsruhe
- 154** Polizeipräsidium Mannheim
- 155** Polizeidirektion Rottweil
- 156** Landeskriminalamt Baden-Württemberg – Dezernat 422
Vorbeugung, Jugendschutz, Jugendkriminalität
- 159** Bundesgrenzschutzamt Stuttgart
- 160** Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS)
Landesstelle NRW e.V.
- 161** Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in
Baden-Württemberg
- 162** Polizeidirektion Esslingen
- 163** Landratsamt Esslingen, Beauftragte für Suchtprophylaxe
- 164** Polizeidirektion Heilbronn
- 165** Polizeidirektion Waiblingen
- 166** Polizeidirektion und Berufsakademie Heidenheim
- 167** Stiftung Opferhilfe Niedersachsen
- 169** Otto Benecke Stiftung e.V.
- 171** Bund für Soziale Verteidigung e.V.
- 172** Landeshauptstadt Stuttgart, Landespolizeidirektion
Stuttgart II, Förderverein Sicheres und Sauberes
Stuttgart e.V.
- 173** Haus des Jugendrechts Stuttgart
- 174** Landespolizeidirektion Stuttgart II –
Inspektion Wirtschaftskriminalität
- 182** theaterpädagogische werkstatt in der Lagerhalle gGmbH,
Osnabrück
- 183** Bielefelder Interventionsprojekt gegen Gewalt von Männern
in Beziehungen – Polizei Bielefeld und Stadt Bielefeld –
Sozial- und Kriminalpräventiver Rat der Stadt Bielefeld
- 184** Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main
- 185** Polizeiberatung Zeughaus – Kriminalpolizeidirektion
Nürnberg
- 186** Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.
- 187** Interministerielle Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des
Bundes (IMA) c/o Bundesministerium der Justiz
- 188** Polizeidirektion Hannover, Beauftragte für
Kriminalprävention – Landeshauptstadt Hannover,
Kommunaler Kriminalpräventionsrat
- 189** Deutsche Post World Net
- 190** Deutsche Gesellschaft für Baby- und Kindermassage e.V.

Stand	Ausstellende Institution
193	Landratsamt Ostalbkreis
196	Gesellschaft Bürger & Polizei e.V.
198	Polizeiinspektion Coburg
199	Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) Zentrale Geschäftsstelle
200	Kommunaler Präventivrat der Stadt Mainz
202	Landespräventionsrat Niedersachsen
203	PräVIS c/o Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
204	Cormoran Fundraising
207	Polizeipräsidium Essen
235	s'putnike <jungeKultur> im CJD Nienburg
236	Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern, Landeshauptstadt Stuttgart
243	Praxis für Funktionale Integration und Angewandte Gewaltprävention/Verein für Jugend- und Bewährungshilfe Tübingen
249	Novar GmbH
298	Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
366	Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.
367	Consis GmbH
368	Kontaktbüro Gewaltprävention im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg
369	Evangelische Landeskirche Württemberg – Projektstelle Ökumenische Dekade
370	buch online oHG
371	Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.
372	ECPAT Deutschland e.V. Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung
373	Bundeskriminalamt
374	Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung
376	InkuTra Interkulturelle Trainings, Arbeiterwohlfahrt Nürnberg e.V.
377	Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.
378	Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.
379	Careyoung e.V. in Gründung c/o Wolfsburg AG
380	Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands
381	BSW Bonus & Club
383	Bundeszentrale für politische Bildung
416	STEP 21 – Jugendinitiative für Toleranz und Verantwortung

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

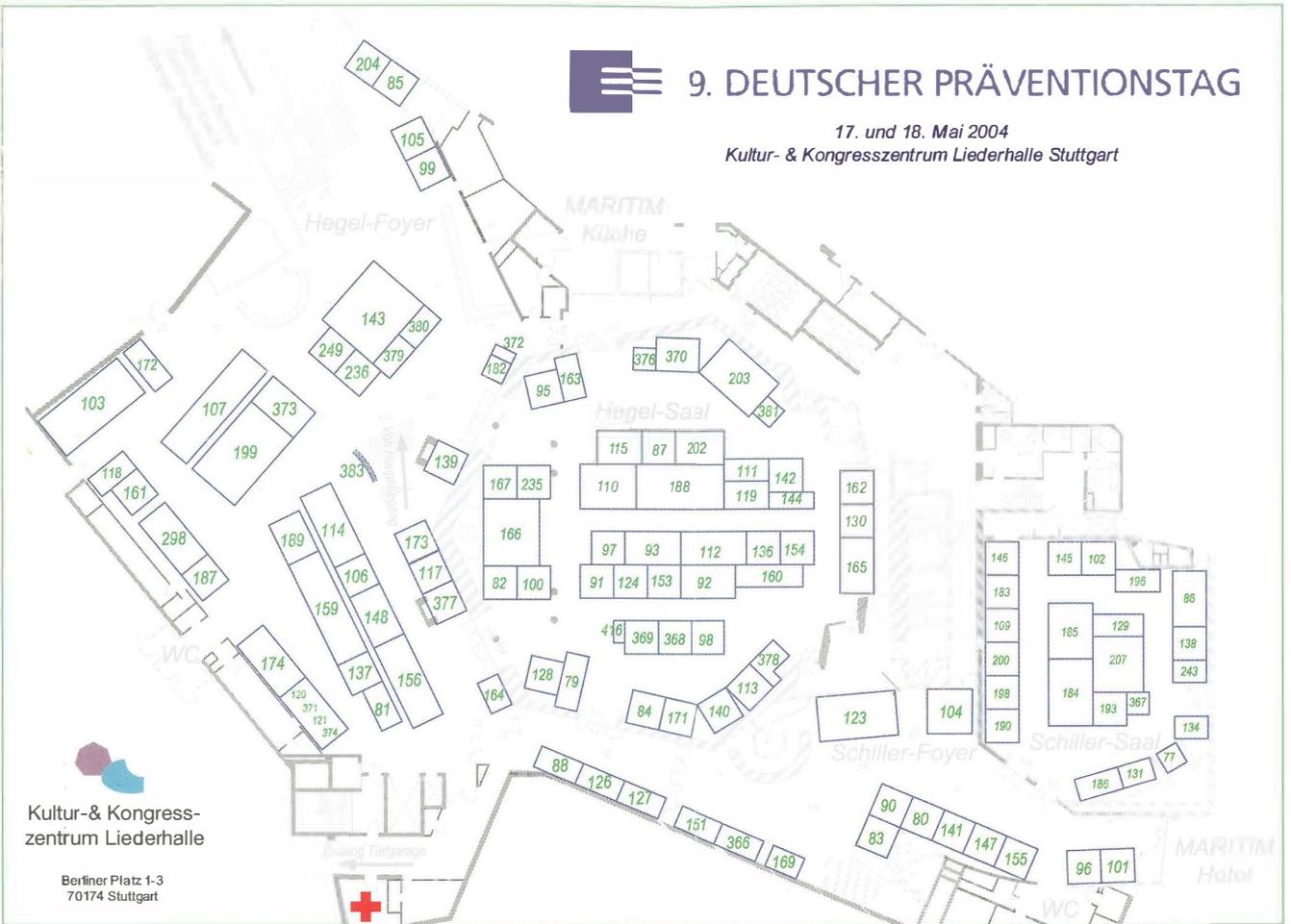
NOTIZEN



9. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

17. und 18. Mai 2004

Kultur- & Kongresszentrum Liederhalle Stuttgart



Kultur- & Kongresszentrum Liederhalle

Berliner Platz 1-3
70174 Stuttgart

Veranstalter:



gastgebende Veranstaltungspartner:



Baden-Württemberg

STUTTGART



ständige Veranstaltungspartner:



in Zusammenarbeit mit:



europäische Partner:



weitere Kooperationspartner:

- Deutsches Jugendinstitut
- eco Forum – Verband der Internetwirtschaft in Deutschland e.V.
- Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.
- Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle
- Stiftung Bündnis für Kinder – gegen Gewalt
- Universität Bielefeld

für Spenden zu Gunsten des 9. DPT danken wir:

- Robert Bosch GmbH
- Landesbank Baden-Württemberg

Sponsoren:

